

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Editorial Online-Journal soziales_kapital

Marc Diebäcker (Standort: Wien) für die Redaktion

Die Debatte zum Verhältnis von Klimagerechtigkeit und Sozialer Arbeit ist dringlich, aktuell und erst wenige Jahre alt. Die Gründung der AG „Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit“ der OGSA im Jahre 2022 oder die Schwerpunktausgabe „Klimawandel und Klimagerechtigkeit“ der SIO 1/2024, herausgegeben vom OBDS, markieren den Beginn einer fachlichen Auseinandersetzung in Österreich, die wir in *soziales_kapital* fortführen und vertiefen wollen.

Abseits vereinzelter Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung und Sozialer Arbeit, die seit den 2000er Jahren entstanden sind, ist die Klimakrise im deutschsprachigen Raum tatsächlich erst seit wenigen Jahren Gegenstand sozialarbeitswissenschaftlicher Auseinandersetzung. Im Kontext einer gewandelten Öffentlichkeit sind es häufig bewegungsnahe Aktivist*innen, Studierende, Praktiker*innen oder vereinzelte Hochschullehrende, die die Klimakrise mit den hohen normativen Orientierungen der Profession Sozialer Arbeit verbinden und damit Klimagerechtigkeit zum Gegenstand machen. Dabei wird beispielsweise auf die gestiegene Vulnerabilität von marginalisierten, geflüchteten oder armutsbetroffenen Gruppen hingewiesen und im Sinne der Adressat*innenorientierung eine Öffnung des fachlichen Selbstverständnisses in Richtung ökosoziale Perspektiven eingefordert (vgl. z.B. de Brabander 2024). Die verschärften sozialen Problemlagen durch ökologische Krisen oder die Gefährdung von Menschenrechten aufgrund zerstörter Lebensgrundlagen werden als Ausgangspunkte für die fachliche Auseinandersetzung mit dem Konzept der Klimagerechtigkeit angeführt (vgl. Kerle 2023: 458). Wenn Autor*innen mit einer sozialen Ungleichheitsperspektive die Verwobenheit von ökologischen und sozialen Krisen auf globaler und lokaler Ebene sowie in urbanen und ländlichen Räumen konstatieren, dann wird „environmental social work“ als Teilgebiet Sozialer Arbeit oder auch die Verpflichtung aller Sozialarbeiter*innen, zur ökologischen Nachhaltigkeit beizutragen, normativ gesetzt (vgl. z.B. Rao/Teixeira 2020: 198). Eine Verantwortung, der sich eine auf soziale Ungleichheiten sowie Prozesse sozialer In- und Exklusion spezialisierte Profession und Disziplin Sozialer Arbeit schwer verweigern kann und die sie herausfordert, etablierte Paradigmen zu hinterfragen und als professionalisierte soziale Praxis nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen.

Im internationalen Fachdiskurs gilt Lena Dominellis Buch *Green Social Work. From Environmental Crisis to Environmental Justice* aus dem Jahre 2012 als zentrale Referenz, um angesichts der Umweltkrise und des drohenden Klimakollapses Fragen nach neuen Zielen, Rollen und Aufgaben Sozialer Arbeit nachzugehen. In ihrem moral-ethischen, holistischen Ansatz verbindet Dominelli Kapitalismuskritik, Humanismus und ökosoziale Gerechtigkeit, um Green Social Work als eine professionelle Praxis zu konzipieren, die ausgehend von der Parteilichkeit für „marginalized, disempowered people“ (ebd. 193) und in Ko-Produktion zu nachhaltigen Lösungen beitragen kann. Nach Dominelli sollen die generellen Prinzipien Sozialer Arbeit, wie Menschenrechts-, Alltags-,

Ressourcen- und Partizipationsorientierung, eine egalitäre, solidarische und politische Praxis prägen (vgl. ebd. 193–195), um faire und alternative Formen der Produktion, Distribution und des Konsums für eine lebenssichernde Zukunft entwickeln zu können (vgl. ebd. 198f.). Dominelli konkretisierte ihr „new environmental paradigm“ in den darauffolgenden Jahren insbesondere im Feld des internationalen Katastrophenrisikomanagements (vgl. Dominelli 2018) und lieferte zentrale Impulse für das Feld der internationalen Sozialen Arbeit (vgl. Schmelz 2023: 22f.).

Auch in der DACH-Region bemühen sich Autor*innen mittlerweile darum, Klimagerechtigkeit in verschiedenen Arbeitsfeldern zu verankern, beispielsweise im Bereich Armut und materielle Sicherung (vgl. Aigner/Lichtenberger/Ranftler/Schmeißl 2023), in der gesundheitsbezogenen Sozialen Arbeit (vgl. Liedholz 2022), im Feld Migration und Flucht (vgl. Brizay 2022), Jugendarbeit (vgl. Schleinkofer 2022; Brebeck/Liedholz 2022), Gemeinwesenarbeit (vgl. Wendt 2022) oder auch in der Organisation Sozialer Arbeit bzw. Sozialmanagement (vgl. Hensky et al. 2022; Stepanek 2022). Möglicherweise steht die Soziale Arbeit in praktischer Hinsicht also gerade am Beginn eines Prozesses, in dessen Verlauf unterschiedliche Arbeits- und Organisationsansätze, Projekte und Fallbeispiele versammelt werden, die das Thema Nachhaltigkeit oder Klimagerechtigkeit repräsentieren und bearbeiten können.

Gegen eine wertorientierte Fassung einer grünen oder klimagerechten Sozialen Arbeit, die die ökosoziale und nachhaltige Transformation der Gesellschaft forcieren soll, ist in normativer Hinsicht möglicherweise wenig einzuwenden. In der dringlichen und appellativen Aufbruchstimmung gilt es jedoch, immanente Spannungsfelder und Widersprüche einer Disziplin und Profession Sozialer Arbeit zu beachten. Nicht zuletzt weil in der aktuellen programmatischen Auseinandersetzung vor „Selbstüberschätzung“ gewarnt und der „gesellschaftstheoretische[] Tiefgang“ (Schmidt 2023: 262) vermisst wird, gilt es, besondere Aufmerksamkeit auf theoretische und konzeptuelle Fragen zu lenken: Welche Konzeptualisierung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur kann die Basis für eine grüne Theorie Sozialer Arbeit bilden? Wie ist die post-humanistische Kritik der Klimabewegung mit dem menschenrechtsorientierten Humanismus der Sozialen Arbeit produktiv zu verbinden? Wie ist eine klimagerechte und transformative Praxis Sozialer Arbeit im kolonial rassifizierten, patriarchalen, globalen Kapitalismus denk- und umsetzbar, berücksichtigend, dass Praktiken Sozialer Arbeit selbst von dessen Ungleichheitsstrukturen und Exklusionsprozessen in hohem Maße geprägt sind? Wie kann professionelle Soziale Arbeit – angesichts ihrer staatlichen Beauftragung und Einbindung – ihre Handlungsspielräume strategisch erweitern, gerade wenn wachstumsorientierte und klimafeindliche Positionen weiterhin das staatliche Regieren prägen? Wie kann das Verhältnis zwischen Klimaaktivismus/-bewegung und einer grünen Sozialen Arbeit gefasst und gestaltet werden, akzeptierend, dass Soziale Bewegungen

und institutionalisierte Soziale Arbeit in vielen Aspekten different sind? Welches Bildungsverständnis verfolgt eine grüne Soziale Arbeit, wenn die Begleitung der komplexen, ökosozialen Transition im Alltag partizipativ verankert sein soll, während sie zugleich progressive und dringend nötige Entscheidungen in politisch-administrativen Gremien und sektoral organisierten Aufgaben vorantreiben möchte? Oder grundsätzlicher: Wie vereinigt eine grüne Soziale Arbeit angesichts des enormen Zeitdrucks ihren klimagerechten Gestaltungswillen mit ihren demokratiepolitischen Grundorientierungen, die im Angesicht illiberaler und autoritärer Entwicklungen zunehmend bedroht sind?

Die Komplexität der ökosozialen Transformation und die strukturelle wie auch widersprüchliche Konstitution von Sozialer Arbeit im Kapitalismus legen m.E.n. nahe, dass der Prozess der fachlichen Auseinandersetzung und Entwicklung kein harmonischer, sondern ein konfliktreicher sein wird und muss. Eine solche Debatte möchten wir mit dem Schwerpunkt „Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit“ dieser Ausgabe aktiv anstoßen.

Die im Schwerpunkt versammelten Beiträge des hier vorliegenden Bandes 29 adressieren und diskutieren viele wichtige Fragestellungen. Dass armutsbetroffene Menschen global und in Österreich stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, nehmen Marie Chahrouh, Anja Kerle, Anna Larcher und Hanna Lichtenberger zum Anlass, um Perspektiven einer sozial-ökologischen, transformativen Sozialen Arbeit mit Armutsbetroffenen zu skizzieren. Sarah Hafiz und Johanna Gürtl prüfen in ihrem Beitrag, inwiefern das Konzept der imperialen Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017; 2024) dazu dienen kann, die theoretische Perspektive einer klimagerechten Sozialen Arbeit zu erweitern, und welche Widersprüche sich dadurch ergeben. Aufgrund des Umschlagens von der menschlichen Naturbeherrschung zur Naturzerstörung rückt Gregor Husi die Frage des gesellschaftlichen Naturverhältnisses in den Mittelpunkt seiner Analyse und stellt die Frankfurter Version der Sozialen Ökologie als einen produktiven Ansatz für die theoretische Fundierung einer grünen Sozialen Arbeit vor.

Anhand der Ergebnisse dreier Fallstudien nehmen Sophie Gaidoschik, Johannes Gorbach, Elena Mitrenova, Christoph Stoik und Elisabeth Winkler das Spannungsfeld zwischen Bürger*innenbeteiligungsprozessen bei der Umgestaltung öffentlicher Räume und dem politischen Handlungsdruck bei Klimawandelanpassungsmaßnahmen in den Blick. Sie skizzieren u.a. Ein- und Ausschlussprozesse, Interessenskonflikte und Widersprüche, mit denen Gemeinwesenarbeit in diesen partizipativen Prozessen konfrontiert ist. Ursula Müllner und Marianne Skopal gehen anhand von vier Praxisbeispielen der Frage nach, welche Rolle sozialwirtschaftliche Organisationen bei der Förderung von Klimagerechtigkeit spielen können. Dies beschäftigt auch Maria Anastasiadis, die danach fragt, wie Organisationen der Sozialen Arbeit im Bereich der Armutsvermeidung und über

nachhaltigkeitsorientierte Methoden und Konzepte zur Erreichung von SDGs beitragen können; sie stützt sich dafür auf erste Erkenntnisse eines studentischen Forschungsprojektes.

Die Auswirkungen der Klimakrise auf das Feld der Sozialarbeit ist Gegenstand eines weiteren Beitrags, in dem die Rolle von Mutual-Aid-Gruppen beleuchtet wird, die Sozialarbeiter*innen dabei unterstützen sollen, die Auswirkungen der Klimakrise auf benachteiligte Personengruppen zu minimieren. Regina Scheitel, Dainess Ziba Amukwelele, Sofiat Abimbola Busari-Akinbode, Namoonga Chilwalo, Georgianna Lynn Dolan-Reilly, Sunday Ofili Ibabor, Núria Prat-Bau, Andrew Spaumer, Hélène Fillion Onserud, Michelle Willoughby und Samuel Ojima Adejoh resümieren, dass die aktive Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von Klima-Ungerechtigkeiten sowie die Methode der Gruppenarbeit hilfreich sind, um Sozialarbeiter*innen zu befähigen, aktiver gegen die Klimakrise vorzugehen.

In der Hoffnung, Neugierde auf die Beiträge im Schwerpunkt „Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit“ geweckt zu haben, gilt es nun auch, auf die wertvollen Beiträge von Autor*innen hinzuweisen, die in den anderen Rubriken von Band 29 eingereicht wurden. In der Rubrik „Sozialarbeitswissenschaft“ stellen Kathrin Bereiter und Stefan Kitzberger Ergebnisse ihrer qualitativen Studie zu Bedarfen bei der Unterbringung von rassifizierten Personen im österreichischen Maßnahmenvollzug vor und formulieren konkrete Empfehlungen, um adäquater auf eine veränderte Insass*innenpopulation reagieren zu können.

In der Rubrik „Junge Wissenschaft“ widmet sich Jakob Karas einem Vergleich der Sozialhilfesysteme von Salzburg und Wien und den damit verbundenen Implikationen für die Soziale Arbeit. Viktorija Marmaković geht anhand einer Fallstudie zum Freiwilligenmanagement in einem Jugendzentrum der Frage nach, wie Diversität für alle Kinder und Jugendliche definiert und gefördert sowie gemeinsam ein inklusiver Ort gestaltet werden kann. Einsamkeit durch Caring Communities zu überwinden, ist das Thema des Beitrags von Inga Plum, die anhand ihrer qualitativen Untersuchung die Bedeutung reziproker Unterstützungsbeziehungen analysiert. Zoé Schulmeister forschte anhand von Expert*inneninterviews zu dem in den USA verbreiteten Ansatz Trauma-Informed Care (TIC), der entwickelt wurde, um Langzeitfolgen von bestehenden Kindheitstraumata entgegenzuwirken und Fehldiagnosen bzw. Retraumatisierungen vorzubeugen.

In der Rubrik „Werkstatt“ stellt Anna Fischlmayr ein von ihr im Feld der Gemeinwesenarbeit entwickeltes Modell vor, mit dem Konflikte im Wohnumfeld in ihrer situativen, individuell/biographischen sowie sozialräumlichen Dimension erfasst und konkrete Reflexions- und Handlungsebenen abgeleitet werden können. Mira Liepold, Sophie Gaidoschik und Christoph Stoik diskutieren auf Basis einer qualitativen Begleitforschung zum Projekt „Wien 10 Connection“ der *Volkshilfe Wien* sowie anhand der Konzepte Community, Gemeinwesenarbeit und (Post-)Migration,

wie das Projekt in das Feld der Gemeinwesenarbeit eingeordnet werden kann.

In der Rubrik Rezensionen werden abschließend zwei aktuelle Monographien besprochen: Lisa Apollonio rezensiert das Buch *Stärkenorientierte Schulsozialarbeit. Grundlagen, Methoden und Handlungskonzepte* von Petra Wagner und Dagmar Strohmeier, das 2023 bei Kohlhammer erschienen ist; Philip Czech bespricht Katrin Rossmanns *Menschenrechtsbildung in der Sozialen Arbeit. Mit Global Citizenship Education zur sozialökologischen Transformation* (2024) und Marc Diebäcker widmet sich dem Werk *Mit Sozialpolitik regieren. Eine ressourcentheoretische Policy-Analyse der Beschäftigungsförderung benachteiligter Jugendlicher in Österreich* von Alban Knecht, das 2024 bei Barbara Budrich veröffentlicht wurde.

Literaturverzeichnis

Aigner, Ernest/Lichtenberger, Hanna/Ranftler, Judith/Schmeißl, Sonja (2023): „Es ist wie in einer Sauna“: Die Betroffenheit armutsbetroffener Kinder und ihrer Familie durch die Klimakrise und sozialpolitische Antworten. In: *soziales_kapital*, Band 27, S. 79–99. <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/779/1461>

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*. München: oekom.

Brebeck, Andrea/Liedholz, Yannick (2022): *Bildung für nachhaltige Entwicklung und Jugendarbeit. Partizipation – Parteilichkeit – Gender*. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): *Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 167–178.

Brizay, Ulrike (2022): *Klimawandel und Migration*. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): *Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 216–228.

De Brabander, Richard (2024): *Against the grain. Towards an ecosocial perspective on social work*. In: *SIÖ*, 1, S. 8–11.

Dominelli, Lisa (2012): *Green Social Work. From Environmental Crisis to Environmental Justice*. Cambridge: Polity Press.

Dominelli, Lisa (2018) (Hg.): *The Routledge Handbook of Green Social Work*. Milton Park/New York: Routledge.

Hensky, Rachel J./Kautz, Sarah/Ploß, Lysann/Reich, Christine Zoe/Retkowski, Alexandra/Töpfer, Jonathan (2022): Umsetzung der SDGs in Einrichtungen Sozialer Arbeit. Eine quantitative und qualitative Exploration. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): *Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 104–118.

Kerle, Anja (2023): In Bewegung kommen. Klimagerechtigkeit als gemeinsames Engagement von Sozialer Arbeit und Klimabewegungen. In: *Soziale Arbeit*, 12(72), S. 457–462.

Liedholz, Yannick (2022): Hitze und Soziale Arbeit. Der Ruf nach Hitzeaktionsplänen wird lauter. In: *Soziale Sicherheit*, 71(10), S. 361–365.

Rao, Smitha/Teixeira, Samantha (2020): The Green New Deal: Social Work's Role in Environmental Justice Policy. In: *Social Work*, 2(65), S. 197–200.

Schleinkofer, Jessica (2022): Jugendsozialarbeit trifft Bildung für Nachhaltige Entwicklung – ein Förderprogramm für Jugendliche für junge Menschen in schwierigen Lebenslagen. In: Liedholz, Yannick/Verch, Johannes (Hg.): *Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit: Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 199–211.

Schmelz, Andrea (2023): Green Social Work und die Zukunft eines bewohnbaren Planeten. In: *Sozial Extra*, 8(47), S. 19–24.

Schmidt, Marcel (2023): Nachhaltigkeit und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit. Ein unvollständiger Einblick. In: *Sozial Extra*, 5(47), S. 259–263.

Stepanek, Peter (2022): *Sozialwirtschaft nachhaltig managen*. Wiesbaden: Springer.

Wendt, Peter-Ulrich (2022): „Ja, der Klimawandel ist nicht zu bestreiten...“. Zum Beitrag der Gemeinwesenarbeit bei der Bewältigung der Klimakrise. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 180–191.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Organisationen der Sozialen Arbeit und nachhaltige Entwicklung

Theoretische Bezugspunkte und empirische Erkenntnisse aus dem Handlungsfeld Armutsvermeidung

Maria Anastasiadis

Maria Anastasiadis. Organisationen der Sozialen Arbeit und nachhaltige Entwicklung. Theoretische Bezugspunkte und empirische Erkenntnisse aus dem Handlungsfeld Armutsvermeidung. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Graz.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/826/1533>

Zusammenfassung

In internationalen Diskursen wird schon länger der Frage nachgegangen, inwieweit und in welcher Form die ökologischen und sozialen Auswirkungen der Klimakrise die Profession der Sozialen Arbeit betreffen. Unter den Stichworten Klimagerechtigkeit, nachhaltige oder grüne Soziale Arbeit werden diese Themen inzwischen auch im deutschsprachigen Raum diskutiert. Der vorliegende Beitrag untersucht auf theoretischer und empirischer Basis, inwieweit Organisationen der Sozialen Arbeit insbesondere im Handlungsfeld der Armutsvermeidung zu einer nachhaltigeren Gesellschaft beitragen können bzw. wie sie durch innovative, nachhaltigkeitsorientierte Methoden und Konzepte die Erreichung der Sustainable Development Goals unterstützen. Es werden Potenziale sichtbar gemacht und es wird nach Herausforderungen und zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten gefragt.

Schlagerworte: Soziale Arbeit, nachhaltige Entwicklung, social economy, SDGs

Abstract

The question of the extent to which the climate crisis, with its attendant ecological and social impacts, affects the profession of social work has been a topic of international discourse for some time. The keywords 'climate justice', 'sustainable social work' or 'green social work' are now also the subject of discussion in German-speaking countries. This article examines on both theoretical and empirical grounds, the extent to which social work organizations, in particular those engaged in poverty reduction, can contribute to create a more sustainable society. Furthermore, it analyzes how they can support the achievement of the Sustainable Development Goals through the application of innovative, sustainability-oriented methods and concepts. The article identifies potential avenues for advancement, while also examining the challenges and future development opportunities.

Keywords: social work, sustainable development, SDGs, social economy

1 Einleitung

Angesichts Klimakrisen-bedingter gesellschaftlicher Veränderungen, die eine tiefgreifende Umgestaltung des Sozialen bedingen, rücken in den Diskursen der Sozialen Arbeit ökologische Fragen verstärkt in den Fokus. Im Rahmen einer nachhaltigkeitsorientierten Sozialen Arbeit wird gefragt, inwieweit und in welcher Form die ökologischen und sozialen Auswirkungen der Klimakrise die Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit tangieren bzw. wie Soziale Arbeit das Bewusstsein schärfen kann für die Verzahnung von sozialen Belangen und Klima- und Umweltthemen.

Die in internationalen Diskursen schon seit längerem unter den Schlagworten Klimagerechtigkeit, nachhaltige oder grüne Soziale Arbeit geführten Debatten (vgl. Dominelli 2012; 2018) haben inzwischen den deutschsprachigen Raum erreicht (vgl. z.B. Pfaff/Schramkowski/Lutz 2022; Liedholz 2021). Sie sind „in Theorie und Praxis vom Rand in die Mitte“ gerückt, wie es Elsen (2023a: 265) formuliert. Ein Blick in die Historie zeigt jedoch, dass Organisationen der Sozialen Arbeit schon lange – wenn auch weitgehend unerkant bzw. in Vergessenheit geraten – soziale, ökologische und alternativ-ökonomische Beiträge leisten und so die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung bedienen. Erste Spuren finden sich in den Schriften von Jane Addams, in denen sie über Entwicklungen im Settlement Hull-House nachdenkt – ein solidarökonomisches Wohn- und Lebensprojekt mit ökologischen Effekten (vgl. dazu Elsen 2023a: 264–267; IASSW/ICSW/IFSW 2018: 2). Ein jüngeres Beispiel sind die seit Mitte der 1980er Jahre wirkenden arbeitsmarktintegrativen Projekte, die als Soziale Unternehmen vielfach in ökologischen Geschäftsfeldern, wie Re-Use und Recycling, agieren (vgl. Anastasiadis: 2019; 2023). Auch ist auf die Entwicklungen der Sozialen Landwirtschaft zu verweisen, in der sich soziale, ökonomische und ökologische Ziele verbinden (vgl. Griesbacher/Höllinger 2019; van Elsen 2018).

Im folgenden Artikel werden die hier angedeuteten Schnittpunkte eingehender untersucht. Auf Basis einer explorativen Studie wird nach den Beiträgen von Organisationen der Sozialen Arbeit zur nachhaltigen Entwicklung gefragt. Konkret zielt die Forschung darauf ab, ihre Nachhaltigkeitspotenziale sichtbar zu machen, Herausforderungen aufzuspüren und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten zu eruieren. Den Ausgangspunkt des Beitrages bildet eine theoretische Spezifizierung der beiden zentralen Konzepte ‚nachhaltige Entwicklung‘ und ‚Organisationen der Sozialen Arbeit‘. Es wird nach konzeptionellen Bezügen zwischen beiden gesucht und gezeigt, dass Organisationen der Sozialen Arbeit zur Realisierung einer nachhaltigen Gesellschaft wichtige Beiträge leisten bzw. leisten können (Kapitel 2). Daran anschließend wird das Forschungsdesign skizziert, das auf einer kriteriengeleiteten Bestandsaufnahme von Organisationen in ausgewählten Handlungsfeldern sowie auf leitfadengestützten Expert:innengesprächen mit Vertreter:innen aus den Organisationen basiert (Kapitel 3). Im Kapitel 4 werden ausgewählte Ergebnisse aus dem

Handlungsfeld Armutsvermeidung präsentiert, aus denen sich erste Tendenzen ablesen lassen. Im Kapitel 5 wird nach handlungsfeldspezifischen Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten gefragt. Eine Ergebnisdiskussion sowie ein Ausblick zur zukünftigen Positionierung der Sozialen Arbeit in den aktuellen interdisziplinären Diskursen zur nachhaltigen Entwicklung runden den Beitrag ab (Kapitel 6).

2 Theoretische Rahmung: Nachhaltige Entwicklung und Organisationen der Sozialen Arbeit

Die Idee einer nachhaltigen Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Thema der internationalen Politik avanciert. Die Verknappung natürlicher Ressourcen in Verbindung mit wachsender sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Instabilität bringen Konflikte mit sich, die nationalstaatlich nicht zu bewältigen sind und somit ein globales Modell erzwingen (vgl. Kuhn/Heinrichs 2011: 16). Ein solches globales Modell wurde erstmals im Brundtland-Bericht von 1987 formuliert. Seitdem definieren wir nachhaltige Entwicklung als „eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“ (WCED 1987: 43).

2.1 Nachhaltige Entwicklung: Elemente und Diskurse

Nachhaltige Entwicklung fokussiert von Anfang an auf die Dimensionen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie stellt auf ein ökologisch verträgliches Wirtschaftswachstum sowie eine intra- und intergenerationelle soziale Gerechtigkeit ab (vgl. Elkington 1999: 70). Dafür müssen alle drei Dimensionen gleichzeitig und miteinander verschränkt adressiert werden. Das wird insbesondere in der Agenda 2030 und den darin definierten 17 Sustainable Development Goals (SDGs) betont: „They [die SDGs, Anm. MA] are integrated and indivisible and balance the three dimensions of sustainable development: the economic, social and environmental“ (UN 2015: 1). Da sich die SDGs weniger an Dimensionen, sondern an Querschnittsthemen orientieren, wie z.B. „keine Armut“, „menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ oder „nachhaltiger Konsum und Produktion“, wird die Verschränkung der Dimensionen zentriert. In diesem Zusammenhang ist auf unterschiedliche Nachhaltigkeitsverständnisse zu verweisen, die sich im Kontinuum zwischen den Polen schwache und starke Nachhaltigkeit positionieren (vgl. Grundwald/Kopfmüller 2012: 65–68; Liedholz 2023: 38–40). Schwache Nachhaltigkeit orientiert sich am Drei-Säulen-Modell und betrachtet die Dimensionen als gleichwertig, wobei ökologische Ressourcen genutzt werden können, um einen Anstieg ökonomischer und sozialer Ressourcen zu gewährleisten. Starke Nachhaltigkeit hingegen priorisiert die ökologische Dimension. Da ökologische Ressourcen nicht durch ökonomische und

soziale ersetzbar sind, sind sie auch nicht gegeneinander austauschbar. Natürliche Ressourcen bilden das Fundament für eine nachhaltige Entwicklung, auf das sich die Ökonomie, Kultur und Soziales stützen.

Um den Rahmen des Beitrages nicht überzustrapazieren, wird auf eine Vertiefung dieser differenter Zugänge verzichtet. Stattdessen gilt es, einen weiteren zentralen Aspekt von nachhaltiger Entwicklung zu akzentuieren, der sich auf die konkrete Umsetzung bezieht, denn diese erfordert spezifische Ansätze, die auf Partizipation und Kooperation gründen (vgl. Newig/Kuhn/Heinrichs 2011: 27). Dies wurde bereits in der Agenda 21 herausgestrichen (vgl. UN 1992: 276) und in einer erweiterten Variante des Drei-Säulen-Modells als vierte institutionelle bzw. institutionell-politische Dimension diskutiert (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 51; 2012: 58). Im SDG 17 „Partnerschaft zur Erreichung der Ziele“ der Agenda 2030 werden Partizipation und Kooperation ebenso explizit hervorgehoben. Damit wird die Notwendigkeit betont, alle gesellschaftlichen Gruppen in Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse für nachhaltige Entwicklung einzubeziehen, was wiederum politische oder andere Formen der Steuerung voraussetzt, die unter dem Schlagwort Governance diskutiert werden (vgl. Kuhn/Heinrichs 2011: 19). Partizipativ entwickelte Lösungen sind vor allem für das Ausbalancieren von Zielkonflikten zentral (vgl. Anastasiadis 2019: 162). Nach Liedholz und Verch (2023) kann die Soziale Arbeit gerade in diesem Zusammenhang Wesentliches zur Förderung einer nachhaltigen Gesellschaft leisten. Ihre Aufgabe ist es, „sich in diese Auseinandersetzung einzuschalten und möglichst viele Menschen ‚anwaltschaftlich‘ [...] darin zu unterstützen, an den Informations-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu (starker) Nachhaltigkeit zu partizipieren“ (ebd.: 12).

2.2 Nachhaltige Entwicklung: Ein Thema in der Sozialen Arbeit

Die breite Kategorisierung der SDGs und auch deren verstärkte öffentliche Wahrnehmung im Zusammenhang mit der Klimakrise kann vermutlich als Auslöser dafür angesehen werden, dass sich die Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit intensiver in diese Diskurse einbringt und ihre Beiträge zur Nachhaltigen Entwicklung bzw. den SDGs diskutiert, reflektiert und sichtbar macht. In internationalen Diskursen werden unter den Schlagworten „Green Social Work“ (vgl. Dominelli 2012; 2018) oder „Ecological Social Work“ (vgl. McKinnon/Alston 2016), „Environmental Social Work“ (vgl. Gray/Coates/Hetherington 2013) sowie „Ecosocial Work“ (vgl. Rambere/Powers/Smith 2023) Konzepte vorgelegt, die auf die Förderung sozialer und ökologischer Gerechtigkeit abzielen und so einen „ecocentric turn in social work“ (Coates/Grey 2019; 176) bewirken. Die Rolle der Sozialen Arbeit wird dabei vielfältig definiert, als „protectors, consciousness-raisers, lobbyists, coordinators, mobilisers, translators, dialogue agents and curriculum changers“ (Dominelli 2018: 14–16). Es

handelt sich um unterschiedliche Stränge einer Debatte, die eine ökosoziale Perspektivierung und Kapitalismuskritik als Gemeinsamkeit haben. Dabei ist „die Soziale Arbeit über ihren auf den Menschen verengten Blick zu öffnen“ (Schmitt 2023: 271). Themen sind die gleichberechtigte Nutzung der Ressourcen, eine kritische Reflexion sozialökonomischer und politischer Bedingungen sowie die Vermeidung ökologischer Risiken durch Konsum und Wirtschaftswachstumsambitionen (vgl. ebd.).

Inzwischen werden auch im deutschsprachigen Raum entsprechende Themen diskutiert, hier mehrheitlich unter dem Begriff Nachhaltigkeit. Im Zuge einer Sichtung der jüngsten Publikationen identifiziert Schmidt (2023) drei Diskursstränge mit unterschiedlicher Fokussierung: 1.) auf ökologische Nachhaltigkeit (vgl. Liedholz/Verch 2023), 2.) auf ökosoziale Nachhaltigkeit (vgl. Pfaff et al. 2022) und 3.) auf sozioökonomische Nachhaltigkeit (vgl. Elsen 2023b). Überlegungen des ersten Bereichs zielen auf die Förderung einer starken Nachhaltigkeit ab, bei der die ökologische Dimension priorisiert wird, im zweiten ist das Thema Klimagerechtigkeit zentral und der dritte Strang konzentriert sich auf die Potenziale sozialer und solidarischer Ökonomien – ein Aspekt, der in den anderen beiden Zugängen noch weitgehend ausgeklammert ist, der aber für die Positionierung der Sozialen Arbeit in den interdisziplinären Diskursen zur nachhaltigen Entwicklung einen wesentlichen Anker setzt. Wie in diesem Beitrag noch gezeigt wird, sind viele Organisationen der Sozialen Arbeit diesem ökonomischen Feld zuzuzählen.

Mittlerweile liegen auch vereinzelt empirische Studien vor, die das Bewusstsein und die Kenntnisse über nachhaltige Entwicklung sowie deren Realisierung in Einrichtungen der Sozialen Arbeit erforschen. Exemplarisch genannt sei hier ein Forschungsprojekt von Hensky/Kautz/Ploß/Reich/Retkowski/Töpfer (2022: 104–119), das auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit fokussiert und v.a. hinsichtlich letzterer auf markante Entwicklungspotenziale verweist.

2.3 Nachhaltige Entwicklung in Organisationen der Sozialen Arbeit

Im Folgenden werden konzeptionelle Bezüge zwischen der Sozialen Arbeit und nachhaltiger Entwicklung herausgearbeitet. Dabei wird auch das dem Beitrag zugrundeliegende Verständnis von Organisationen der Sozialen Arbeit ausbuchstabiert. Insgesamt lassen sich mindestens vier zentrale Schnittpunkte auf theoretischer Ebene festmachen (vgl. dazu auch Anastasiadis 2023: 260–261).

Ein erster Bezugspunkt findet sich in den Menschenrechten. Für die Soziale Arbeit als auch für nachhaltige Entwicklung sind die Menschenrechte fundamental (vgl. dazu auch Dörfler/Stamm 2023: 81–93). So versteht sich die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, „having as its basic tenet the intrinsic value of every human being and as one of its main aims the promotion of equitable

social structures, which can offer people security and development while upholding their dignity“ (IFSW 2010: 11). Wie bereits implizit aus der grundlegenden Definition von nachhaltiger Entwicklung im Brundtland-Bericht zu erkennen ist, handelt es sich dabei um ein Gerechtigkeitsprojekt, das auf die Menschenrechte zentriert (vgl. Schneidewind/Singer-Brodowski 2014: 27). Das wird in der Agenda 2030 nochmals betont:

„The 17 Sustainable Development Goals and 169 targets which we are announcing today demonstrate the scale and ambition of this new universal Agenda. They seek to build on the Millennium Development Goals and complete what they did not achieve. They seek to realize the human rights of all.“ (UN 2015: 1)

Dryer und Klus positionierten bereits 2017 die Menschenrechte als zentralen Bezugspunkt einer Sozialen Arbeit, die auf nachhaltige Entwicklung abzielt:

„Menschenrechtsprofession zu sein, bedeutet für die Soziale Arbeit zwangsläufig, eine gerechtere Verteilung von Ressourcen einzufordern und dabei auch eigene Verstrickungen in Menschenrechtsverletzungen zu reflektieren. Die Verwirklichung der Menschenrechte und eine nachhaltige globale Entwicklung sind keine Utopien, sondern erreichbare Ideale.“ (Dreyer/Klus 2017: 77)

Ein zweiter markanter Schnittpunkt zeigt sich im Dienstleistungsspektrum der Sozialen Arbeit. Dieses reicht von der Kinder- und Jugendarbeit sowie -hilfe über die Familienarbeit, Altenpflege, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, körperlichen und psychischen Erkrankungen, Armut, Gewalt und Kriminalität bis hin zur Gemeinwesenarbeit (vgl. Heimgartner 2009: 129). Mit all diesen Leistungen unterstützt die Soziale Arbeit die Erreichung zentrale SDGs, beispielsweise: „Keine Armut“, „Kein Hunger“, „Gesundheit und Wohlergehen“, „Weniger Ungleichheiten“ oder „Nachhaltige/r Konsum und Produktion“ (vgl. UN 2015), wie wir es in Re-Use-Shops oder in der Sozialen Landwirtschaft erleben. Zudem kann sie zur Förderung nachhaltiger Städte über die Gemeinwesenarbeit beitragen. Nicht zu Unrecht sehen Emanuel, Graßhoff, Klomann und Weinhardt (2023: 254) in den SDGs – insbesondere in jenen, die zum Cluster Mensch zählen – „ursozialpädagogische Themen“ benannt. Eine dritte Schnittstelle bilden die Arbeitsprinzipien und Methoden der Sozialen Arbeit. Lebenswelt-, Sozialraum- und Ressourcenorientierung sowie Empowerment und Partizipation (vgl. dazu u.a. Wendt 2017) spiegeln sich in den im Nachhaltigkeitsdiskurs geforderten Haltungen wider, die bereits in der Agenda 21 ausschraffiert wurden. Zentral dabei ist die Stärkung der Rolle von relevanten

Akteur:innen, wie beispielsweise Frauen, Kindern und Jugendlichen, indigenen Völkern, NGOs, lokalen Initiativen, Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen sowie Wissenschaft und Technik. Diesen Gruppierungen wird dezidiert ein Anspruch auf Partizipation bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung eingeräumt, wobei insbesondere Organisationen der sozialen und solidarischen Ökonomien eine „entscheidende Rolle bei der Ausformulierung und Umsetzung einer teilhabenden Demokratie zukommt“ (UN 1992: 288). Es sind gerade diese Organisationen, die aufgrund ihrer organisationalen Strukturen Mitgestaltungsoptionen eröffnen (vgl. dazu Anastasiadis 2019). Da zahlreiche Organisationen der Sozialen Arbeit als solche agieren, lässt sich ein vierter Bezugspunkt zur nachhaltigen Entwicklung festmachen (vgl. dazu auch Elsen 2023b: 247).

Formen sozialer und solidarischer Ökonomien werden aktuell unter dem Oberbegriff Social Economy gefasst (vgl. Europäische Kommission 2021). Damit ist jenes ökonomische Feld gemeint, das zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft positioniert ist und unterschiedliche Typen von Unternehmen einschließt. Diese reichen von klassischen NPOs, über neuere Social Enterprises bis hin zu Formaten der Gemeinwesen- und Nachbarschaftsökonomie (vgl. ebd.: 5). Auch wenn das organisationale Spektrum äußerst heterogen ist, lassen sich zwischen diesen Organisationen Gemeinsamkeiten identifizieren. Sie zeichnen sich durch spezifische soziale, ökonomische und partizipative Handlungsweisen aus, wodurch sie sich vom marktwirtschaftlichen Sektor unterscheiden (vgl. ebd.) und eine Alternative zu neoliberalen Wirtschaftsdoktrinen darstellen. Sie

„stehen gegen die systematische Individualisierung, die den Kern eines neoliberalen Denkens und Handelns bildet. Sie basieren nicht nur strategisch auf Gegenseitigkeit und kollektivem Handeln, sondern reflexive Solidarität und Kooperation sind ihre zentralen Prinzipien und strategische Ausrichtung.“ (Elsen 2023b: 247)

Gemäß des *Social Economy Action Plan* der EU (2021) verfolgen diese Unternehmen primär soziale Ziele und weisen eine explizite Gemeinwohlorientierung auf. Das kombinieren sie mit ökonomischen Strategien, indem sie kontinuierlich wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben (z.B. Verkauf von Produkten und Dienstleistungen). Zusätzlich finanzieren sie sich zumeist über Aufträge aus dem öffentlichen und privaten Sektor, Mitgliedsbeiträge, Spenden sowie Sponsoring, womit sie einen für die Social Economy typischen Finanzierungsmix aufweisen. Zentral dabei ist, dass die erzielten Gewinne in das Unternehmen und das soziale Ziel zurückfließen, d.h. sie agieren nicht gewinnmaximierend. Ein weiteres Kennzeichen ist ihre demokratische Unternehmenskultur, die ein bedarfsorientiertes Agieren gewährleistet, indem Arbeitnehmer:innen, Kund:innen, Mitglieder etc. eingebunden werden. Dafür können diverse Rechtsformen gewählt werden, die eine solche Unternehmenskultur

begünstigen (z.B. Vereine, Genossenschaften). Ebenso zentral sind in diesem Zusammenhang die vielfältigen Kooperationen mit unterschiedlichen Partner:innen (vgl. Anastasiadis 2022: 13).

Anhand der genannten Charakteristika zeigt sich, dass diese Organisationen der Sozialen Arbeit neben den bereits dargelegten sozioökologischen Potenzialen auch alternativ-ökonomische und an Partizipation orientierte Möglichkeiten bieten, um die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft zu unterstützen. Diese theoretisch hergeleitete These bildete den Ausgangspunkt für eine explorative Studie, die die Nachhaltigkeitspotenziale jener Organisationen der Sozialen Arbeit, die im Segment der Social Economy agieren, empirisch sichtbar macht, aber auch nach Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten fragt.

3 Empirisches Design

Für die Forschung wurde ein mehrstufiges qualitatives Design entwickelt, dessen Umsetzung in ein Lehrforschungsprojekt an der Universität Graz eingebettet ist. Dieses startete im März 2021 und befindet sich aktuell in der Auswertungsphase. Im Projekt wurde in einem ersten Schritt eine kriteriengeleitete Bestandsaufnahme von Organisationen der Sozialen Arbeit in ausgewählten Handlungsfeldern durchgeführt. Die Auswahl der Handlungsfelder erfolgte nach der Interessenslage der involvierten Studierenden. Geforscht wurde in den Bereichen Arbeitsmarktintegration, Armutsbekämpfung, Gesundheit, Gemeinwesenarbeit, Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Kriminalität und Behinderung. Im Modus einer nicht auf Vollständigkeit orientierten Sammlung (vgl. Sing 2009: 77–87) wurden in diesen Handlungsfeldern mittels einer Internetrecherche aktive Organisationen identifiziert, die vorrangig in der Steiermark wirken und ihr Handeln in besonderem Maße an sozialen, alternativ-ökonomischen, ökologischen sowie partizipativ-organisationalen Praktiken orientieren. Diese wurden im Anschluss tabellarisch dokumentiert, um einerseits einen ersten Überblick über ihre Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung zu gewinnen und andererseits Organisationen für vertiefende Erhebungen auswählen zu können. Insgesamt wurden die Leistungen von 65 Organisationen entlang der benannten Kriterien portraitiert. Eine detaillierte Auswertung wird inhaltsanalytisch erfolgen, orientiert an der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Organisationen hinsichtlich deren Realisierung der Nachhaltigkeitsziele.

In einem zweiten Schritt wurden vertiefende leitfadengestützte Interviews mit Vertreter:innen aus diesen Organisationen geführt. Insgesamt wurden bisher Interviews in 35 Organisationen geführt. Gefragt wurde nach ihrer sozialen, ökonomischen, ökologischen und organisationalen Performance, aber auch nach Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Die Interviews wurden bzw. werden noch inhaltsanalytisch und computerunterstützt ausgewertet (vgl. dazu z.B. Mayring 2010) und entlang der im Leitfaden entwickelten Hauptkategorien interpretiert. Im Folgenden werden erste

Ergebnisse präsentiert. Der Fokus wird dabei auf das Handlungsfeld Armutsbekämpfung gelegt. Da sich die Datenbasis auf drei Interviews bezieht, lassen sich daraus lediglich erste Tendenzen hinsichtlich der nachhaltigkeitsbezogenen Potenziale der untersuchten Organisationen ablesen.

4 Erste Erkenntnisse – erste Tendenzen

Die befragten drei Organisationen haben neben allgemeinen Aktivitäten zur Armutsvermeidung unterschiedliche Schwerpunkte: So fokussiert Organisation A auf Auslandshilfe und Kleidersammlungen, Organisation B auf Beratung zur Existenzsicherung und Organisation C auf Obdachlosenhilfe. Ihre detaillierten Angebote und Leistungen werden nun entlang der Dimensionen sozial, ökonomisch, ökologisch und organisational dargelegt.

4.1 Soziale Dimension

Hinsichtlich der sozialen Dimension weisen alle drei Organisationen eine primäre soziale Zielstellung auf, was bei Organisationen der Sozialen Arbeit wenig überrascht. Sie zielen darauf ab, Obdachlosigkeit entgegenzuwirken, die finanzielle Absicherung von Familien und Haushalten sicherzustellen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern und Ungleichheiten zu verringern. Ihre Zielgruppen sind vielfältig und auf mehreren Ebenen mit gesellschaftlicher Ausgrenzung konfrontiert (z.B. durch Migration, Bildungsarmut, Suchterkrankungen). Die Angebote inkludieren Notschlafstellen und Wohnversorgung, Kleider- und Essensausgabe, Second Hand Läden, Sozialmärkte, Arbeitsmarktintegrationsprojekte, niederschwellige Gesundheitsversorgung, Beratung in allen Lebensbereichen, finanzielle Unterstützung, Lerncafés und Einsätze zur Katastrophenhilfe im Ausland. Methodisch fokussieren sie auf Empowerment, Inklusion und Ressourcenorientierung.

In einer Zusammenschau lassen sich aus ihrer sozialen Performance Bezugspunkte zu folgenden SDGs ableiten: „keine Armut“, „kein Hunger“, „hochwertige Bildung“, „Gesundheit und Wohlergehen“ sowie „weniger Ungleichheit“. Hierin manifestiert sich der „ursozialpädagogische“ Gehalt (Emanuel et al. 2023: 254) zentraler SDGs.

4.2 Ökonomische Dimension

Mit Blick auf die ökonomische Ausrichtung handeln alle drei befragten Organisationen nicht gewinnorientiert bzw. nicht gewinnmaximierend, wobei in der Finanzierungsstruktur Unterschiede vorliegen. So finanzieren sich Organisation A und C über einen Mix aus Förderungen, Eigenerwirtschaftung und Spenden. Die Einnahmen kommen aus Second Hand Läden und Sozialmärkten und werden in die Infrastruktur sowie in soziale Projekte re-investiert. Demgegenüber

finanziert sich Organisation B hauptsächlich über Spenden von Privatpersonen oder regionalen Firmen.

Alle drei Organisationen verfügen zudem über bezahlte Mitarbeiter:innen, was als Ausdruck eines wirtschaftlichen Handelns interpretiert werden kann, wobei sich auch hier Unterschiede zeigen. Während Organisation B eine geringe Mitarbeiter:innenzahl aufweist, diese aber zum Großteil bezahlt agieren (sechs Personen bezahlt, eine ehrenamtlich), weist Organisation C zusätzlich zu bezahlten Mitarbeiter:innen einen hohen Anteil an Ehrenamtlichen auf (50 bezahlt, 900 ehrenamtlich). Organisation A lässt sich durch einen ausgewogenen Mitarbeiter:innenmix charakterisieren, der sich aus 450 bezahlten Mitarbeiter:innen und zusätzlich numerisch nicht näher definierten Ehrenamtlichen, Transitkräften, Zivildienern und Praktikant:innen zusammensetzt.

Insgesamt lassen sich in ihrer ökonomischen Ausrichtung alternativ-ökonomische Züge erkennen, woraus sich zusätzlich zu den aus der sozialen Dimension bereits benannten Bezügen zu den SDGs ein vorsichtiger Konnex zum Ziel „menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ ableiten lässt.

4.3 Ökologische Dimension

Aus den Daten geht hervor, dass alle drei befragten Organisationen Aktivitäten zur Verringerung von Umweltrisiken setzen, wobei zwischen organisationsinternen und geschäftsfeldbezogenen zu differenzieren ist. Organisation A und C bedienen ein explizit ökologisches Geschäftsfeld. Durch die Wiederverwertung von Lebensmitteln, Kleidung, Möbeln, Elektrogeräten etc., die sie in Sozialmärkten und Second Hand Läden sowie im Bereich der Auslandshilfe anbieten, tragen sie zur Kreislaufwirtschaft bei. Organisation B führt im Zuge der Beratung Energieberatung durch. Intern setzen alle drei befragten Organisationen Maßnahmen zur Ressourcenschonung durch, z.B. Raumsharing, Mobilitätsreduktion durch Home Office sowie mehrheitliche Fahrradnutzung. Zudem werden fallweise die Kosten für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel von der Organisation übernommen. Auch werden Schulungen zum Thema Umweltschutz für Mitarbeiter:innen angeboten. Damit leisten sie Beiträge zu weiteren SDGs, konkret zu „Maßnahmen zum Klimaschutz“ und zu „nachhaltige/m Konsum- und Produktion“.

4.4 Organisationale Dimension

Als Organisationen der Social Economy weisen alle drei befragten Organisationen partizipative und kooperative Merkmale, entsprechend ihrer Organisationsstruktur bzw. Rechtsform, auf. Organisation A und B sind Suborganisationen eines gemeinnützigen Trägers nach kirchlichem Recht und Organisation C agiert als gemeinnütziger Verein und Trägerorganisation. Auf die Frage

nach den innerorganisationalen Partizipationsmöglichkeiten für Mitarbeiter:innen wurden formelle Settings wie z.B. Teamsitzungen, Klausuren, Mitarbeiter:innenbefragungen und -gespräche genannt. Darüber hinaus findet ein informeller niederschwelliger Austausch statt, um Anregungen einbringen zu können. Die Kooperationen erweisen sich ebenso als vielfältig. So kooperieren die Organisationen untereinander und mit anderen fachlichen Einrichtungen und Behörden, um die Angebote sicherstellen zu können. Sie arbeiten zusammen mit regionalen Firmen, u.a. um Spenden zu akquirieren, und mit der Universität, um innovative Projekte zu entwickeln. Zudem sind sie Mitglied in Netzwerken, was für den Austausch und die Entwicklung von Innovationen ebenso zentral ist. Derlei Aktivitäten weisen Bezugspunkte zum SDG 17 „Partnerschaft zur Erreichung der Ziele“ auf.

4.5 Erste Tendenzen

Insgesamt zeichnet sich in diesen hier knapp dargestellten ersten Erkenntnissen aus dem Handlungsfeld Armutsbekämpfung die Tendenz ab, dass die befragten Organisationen durch ihre primäre soziale Zielstellung, ihre alternativ-ökonomische Ausrichtung, ihre ökologischen Akzente und organisationalen Strukturen Beiträge zu unterschiedlichen SDGs leisten. Damit sind aber auch Herausforderungen verbunden, aus denen sich wiederum Entwicklungsmöglichkeiten ableiten lassen, auf die im Folgenden eingegangen wird.

5 Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten

In den Interviews wurden drei aktuelle Herausforderungen angesprochen. Es wurden aber auch Möglichkeiten genannt, diese zu bewältigen. Die erste Herausforderung zeigt sich in der Finanzierung. Alle drei Organisationen sind bis zu einem gewissen Grad auf Spenden angewiesen, sowohl in Form von Sach- als auch von Geldspenden. Dies ist eine unsichere Finanzierungsquelle, da sie a) auf Spendenbereitschaft beruht und weil b) bei steigendem Bedarf, wie es bei der derzeitigen Inflation der Fall ist, mehr benötigt wird als kalkuliert. Aus diesem Grund sollten zukünftig zum einen öffentliche Einrichtungen stärker in die Pflicht genommen werden, sinnvoll und nachhaltig in die Armutsbekämpfung zu investieren. Zum anderen sollte die Gesellschaft für die Thematik mehr sensibilisiert werden, damit sich mehr Menschen in Form von Spenden oder ehrenamtlicher Arbeit engagieren.

Eine weitere Herausforderung steht in Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft. Gebrauchte Produkte liegen im Trend, was als begrüßenswert gilt. Jedoch verringert sich deren Zahl durch die Produktion von billigen und irreparablen Produkten zunehmend. Um dem entgegenzuwirken, müssen lt. Aussagen der Interviewpartner:innen Regulative zur Erhöhung der Hersteller:innenverantwortung eingeführt werden. Sie sollten dafür Sorge tragen, reparaturfähige

Geräte und qualitativ hochwertige Produkte herzustellen.

Die dritte Herausforderung besteht sich in der zunehmenden Digitalisierung. Da insbesondere armutsgefährdete Menschen oftmals nicht über ausreichende digitale Ressourcen und Kompetenzen verfügen, erschwert die fortschreitende Digitalisierung im behördlichen Kontext den ohnehin schon schwierigen Zugang zu öffentlichen Unterstützungsleistungen. Der Bedarf an Beratung im Zuge der Antragsstellung für z.B. Mindestsicherung, Zuschüsse oder Arbeitslosengeld ist deutlich gestiegen. Dahingehend wird ein erleichterter und bedürfnisorientierter Zugang gefordert.

6 Ergebnisdiskussion und Ausblick

Auch wenn sich die empirischen Ergebnisse auf einen limitierten Ausschnitt beziehen, bestätigen sie in der Tendenz die theoretisch hergeleiteten Bezugspunkte zwischen nachhaltiger Entwicklung und Organisationen der Sozialen Arbeit. Es sind insbesondere ihre primäre soziale Zielstellung sowie die Angebote und Methoden, durch die die Organisationen auch zur Erreichung zentraler, v.a. sozial orientierter SDGs beitragen. Aber sie setzen auch alternativ-ökonomische und ökologische Akzente durch ihre wirtschaftliche und organisationale Struktur. Das zeigt sich in ihrer nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Orientierung, dem Finanzierungsmix und schließlich anhand ihrer ökologisch-nachhaltigen Geschäftsfelder. Mit Blick auf Partizipation und Kooperation eröffnen sie als Organisationen der Social Economy aufgrund ihrer Positionierung zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft Möglichkeitsräume (vgl. Anastasiadis 2019: 600). Sie vermitteln zwischen Personen, Organisationen sowie gesellschaftlichen Institutionen und tragen so zur Entwicklung bedarfsorientierter Angebote bei, durch kritisch-reflektiertes und vernetztes Agieren können sie zudem sozialpolitische Rahmenbedingungen mitgestalten. Nicht zuletzt deshalb sind sie wichtige Partner:innen, die in die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung entsprechend der UN-Empfehlung (vgl. UN 1992: 288) einbezogen werden müssen.

Die sich in der empirischen Forschung herauskristallisierten Herausforderungen und Perspektiven verdeutlichen, dass die Soziale Arbeit unmittelbar mit sich verändernden gesellschaftlichen Problemlagen konfrontiert ist und als Menschenrechtsprofession auch gefordert ist, den gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten. Eine Orientierung an den SDGs kann Möglichkeiten eröffnen, ihre gesellschaftlich relevanten Leistungen sichtbar zu machen und Bedürfnisse in einem größeren multidisziplinären Rahmen zu kommunizieren sowie partizipativ Lösungen zu entwickeln. Dazu wird es zukünftig einer Fortführung und Intensivierung der jüngeren Debatten zum Thema bedürfen – und zwar in Forschung, Lehre und Praxis. Eine vertiefte analytisch-theoretische Klärung des Verhältnisses zwischen nachhaltiger Entwicklung und Sozialer Arbeit in Gegenwart und Historie wird ebenso nötig sein wie eine systematische Erforschung der Praxis, um Potenziale und

Innovationsmöglichkeiten zu eruieren.

Verweise

ⁱ Die in diesem Beitrag verwendeten Daten wurden in mehreren Seminaren des Masterstudiums Sozialpädagogik am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft unter der Leitung der Autorin dieses Beitrages generiert, die sich an dieser Stelle bei allen an der Forschung beteiligten Studierenden bedankt.

Literaturverzeichnis

Anastasiadis, Maria (2019): Soziale Organisationen als Partizipationsräume. Zwischen Aktivierung, Ökonomisierung und Gestaltung. Perspektiven für die Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Anastasiadis, Maria (2022): Soziale Unternehmen. Akteur_innen Sozialer Innovation. Eine Spurensuche. In: soziales_kapital, 26, S. 6–23. <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/743/1378>

Anastasiadis, Maria (2023): Social Work Organisations as Sustainable Actors: Characteristics and Perspectives of Ecologically Oriented Work Integration Social Enterprises. In: Assinger, Philipp/Bauer, Christian/Brudermann, Thomas/Hummel, Sandra/Jany, Andrea/Jury, Martin/Rauter, Romana/van Poppel, Mireille (Hg.): Shaping Tomorrow Today – SDGs from multiple perspectives. Wiesbaden: VS Verlag Springer, S. 259–280.

Coates, John/Gray Mel (2019): How green is social work? Towards an ecocentric turn in social work. In: Payne, Malcol/Reith-Hall, Emma (Hg.): The Routledge handbook of social work theory. London/New York: Routledge, S. 171–180.

Dominelli, Lena (2012): Green social work. From environmental crisis to environmental justice. Cambridge: Polity Press.

Dominelli, Lena (Hg.) (2018): The Routledge Handbook of green social work. London/New York: Routledge.

Dörfler, Lisa/Stamm, Ingo (2023): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. In: Liedholz, Yannick/Verch, Johannes (Hg.): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 81–93.

Dreyer, Marcel/Klus, Sebastian (2017): Das Konzept der Nachhaltigkeit und sein Beitrag für die Menschenrechtsprofession Soziale Arbeit. In: Gögercin, Süleyman/Sauer, Karin E. (Hg.): Neue Anstöße in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: Springer, S. 59–80.

Elkington, John (1999): Cannibals with Forks. The Triple Bottom Line of 21st Century Business. Oxford: Capstone.

Elsen, Susanne (2023a): Nachhaltigkeit als Thema in der Sozialen Arbeit. Vergessene Wurzeln und ihre aktuellen Bedeutungen. In: Sozial Extra, 5/2023, S. 264–268.

Elsen, Susanne (2023b): Solidarische Ökonomien, öko-soziale Transformation und Soziale Arbeit. In: Liedholz, Yannick/Verch, Johannes (Hg.): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 245–256.

Emanuel, Markus/Graßhoff, Gunther/Klomann, Verena/Weinhardt, Marc (2023): Vom Triple- zum Quadruplemandat? Nachhaltigkeit als theoretischer Zugang der Sozialen Arbeit. In: Sozial Extra, 5/2023, S. 253–258.

Europäische Kommission (2021): Social Economy Action Plan. https://social-economy-gateway.ec.europa.eu/eu-initiatives/seap_en (30.04.2024).

Gray, Mel/Coates, John/ Hetherington Tiani (Hg.) (2013): Environmental social work. London/New York: Routledge.

Griesbacher, Eva-Maria/Höllinger, Franz (2019): Soziale Landwirtschaft in der Steiermark – Die Betriebe. In: Griesbacher, Eva-Maria/Höllinger, Franz (Hg.): Soziale Landwirtschaft in der Steiermark. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Green Care – Innovative Sozialprojekte am Bauernhof“. Graz: Unipress, S. 7–26.

Grunwald, Armin/Kopfmüller, Jürgen (Hg.) (2006): Nachhaltigkeit. Frankfurt/New York: Campus.

Grunwald, Armin/Kopfmüller, Jürgen (Hg.) (2012): Nachhaltigkeit. Eine Einführung. 2., akt. Aufl. Frankfurt/New York: Campus.

Heimgartner, Arno (2009): Komponenten einer prospektiven Entwicklung der Sozialen Arbeit. Münster/Berlin/Wien: LIT.

Hensky, Rachel J./Kautz, Sarah/Ploß, Lysann/Reich, Cölestine Zoe/Retkowski, Alexandra/Töpfer, Jonathan (2022): Umsetzung der 17 SDGs in Einrichtungen der Sozialen Arbeit. Eine quantitative und qualitative Exploration. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 104–119.

IASSW/ICSW/IFSW – International Association of Schools of Social Work/International Council on Social Welfare/International Federation of Social Workers (2018): Global Agenda for Social Work and Social Development: Third Report. Promoting Community and Environmental Sustainability. Hg. von David N Jones. Rheinfelden: IFSW.

IFSW – International Federation of Social Workers (2010): Standards in Social Work. Practice meeting Human Rights. Berlin.

Kuhn, Katina/Heinrichs, Harald (2011): Partizipation, Kooperation und nachhaltige Entwicklung im Kontext globalen Wandels. In: Heinrichs, Harald/Kuhn, Katina/Newig, Jens (Hg.): Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? Wiesbaden: VS Verlag, S. 15–25.

Liedholz, Yannick (2021): Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Liedholz, Yannick (2023): Starke und schwache Nachhaltigkeit. Eine Annäherung für die Soziale Arbeit. In: Liedholz, Yannick/Verch, Johannes (Hg.): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 37–51.

Liedholz, Yannick/Verch, Johannes (2023): Einleitung: Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. In: Dies. (Hg.): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 7–23.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz Juventa.

McKinnon, Jennifer/Alston, Margaret (2016): Introduction. In: Dies. (Hg.): Ecological social work. Towards sustainability. London/New York/Dublin: Bloomsbury Academic, S. 1–17.

Newig, Jens/Kuhn, Katina/Heinrichs, Harald (2011): Nachhaltige Entwicklung durch gesellschaftliche Partizipation und Kooperation? Eine kritische Revision zentraler Theorien und Konzepte. In: Heinrichs, Harald/Kuhn, Katina/Newig, Jens (Hg.): Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? Wiesbaden: VS Verlag, S. 27–46.

Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.) (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Rambaree, Komal Singh/Powers, Meredith C. F./Smith, Richard J. (2023): Ecosocial work and social change in community practice. In: Dies. (Hg.): Ecosocial work in community practice. London/New York: Routledge, S. 1–8.

Schmidt, Marcel (2023): Nachhaltigkeit und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit. In: Sozial Extra, 5/2023, S. 259–263.

Schmitt, Caroline (2023): Nachhaltigkeit, Soziale Arbeit und ökosoziale Transformation. Internationale Zugänge. In: Sozial Extra, 5/2023, S. 269–273.

Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2014): Transformative Wissenschaft: Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.

Sing, Eva (2009): Gemeinwesenarbeit in Österreich eine Bestandsaufnahme. In: Sing, Eva/Heimgartner, Arno (Hg.): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz: Leykam, S. 77–99.

UN – United Nations (1992): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro, Juni 1992. http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (20.08.2024).

UN – United Nations (2015): Transforming our world. The 2030 Agenda for Sustainable Development. <https://sdgs.un.org/sites/default/files/publications/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf> (20.08.2024).

van Elsen, Thomas (2018): Soziale Landwirtschaft in Europa. Von Entwicklungen im Ausland lernen. In: Lebendige Erde, 68(1), S. 12–13.

WCED – World Commission on Environment and Development (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf> (20.08.2024).

Wendt, Peter Ulrich (2017): Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa.

Über die Autorin

Assoz. Prof. Mag. Dr. Maria Anastasiadis

maria.anastasiadis@uni-graz.at

Maria Anastasiadis ist assoziierte Professorin im Arbeitsbereich Sozialpädagogik am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Karl-Franzens-Universität Graz. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: Soziale Organisationen und deren Beiträge zur Partizipation und Sozialen Innovation, sozialpolitische Wandlungsprozesse und deren Konsequenzen für die Soziale Arbeit, Soziale Arbeit und nachhaltige Entwicklung, partizipative Forschung.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

**(Klima-)Politische Beteiligungsformate
armutssensibel gestalten**

Impulse für eine sozial-ökologisch transformative
Soziale Arbeit mit armutserfahrenen Menschen

Marie Chahrour, Anja Kerle, Anna Larcher & Hanna Lichtenberger

Marie Chahrour, Anja Kerle, Anna Larcher & Hanna Lichtenberger. (Klima-)Politische Beteiligungsformate armutssensibel gestalten. Impulse für eine sozial-ökologisch transformative Soziale Arbeit mit armutserfahrenen Menschen. *soziales_kapital*, Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Vorarlberg.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/827/1535>

Zusammenfassung

Armutsbetroffene Menschen sind nicht nur global, sondern auch in Österreich stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen als Personen ohne Armutserfahrungen – unter anderem aufgrund des geringeren finanziellen Spielraums zur Klimawandelanpassung. Im Artikel werden Armut und Klimakrise mit der Theorieperspektive der Imperialen Lebensweise zusammengedacht. Darauf aufbauend werden Impulse für eine sozial-ökologisch transformative Sozialen Arbeit im Kontext der Klimakrise vorgestellt. Konkrete Erfahrungen mit der Gestaltung und Durchführung von armutssensiblen Empowerment- und Beteiligungsformaten mit armutserfahrenen Menschen aus einem jüngst abgeschlossenen Forschungsprojekt der *Volkshilfe Österreich* werden präsentiert. Ein Exkurs betont die Notwendigkeit, auch armutsbetroffene Kinder und Jugendliche in Fragen der Klimakrise zu beteiligen. Einer ungleichheitsinformierten Sozialen Arbeit kommt bei der Beteiligung von armutserfahrenen Menschen eine wichtige Rolle zu, da sie Räume des Austauschs und der Selbstorganisierung zur Verfügung stellen kann, in denen wiederum Rechte gestärkt und Forderungen formuliert werden können. Soziale Arbeit kann durch die beharrliche Auslegung des politischen Mandats aber auch dazu beitragen, Entscheidungsträger*innen in die Verantwortung zu nehmen und klimasoziale Maßnahmen umzusetzen.

Schlagnworte: Klimakrise, Armut, Beteiligung, Soziale Arbeit, Green Social Work, Kinderarmut, Kinder und Jugendliche, sozialökologische Transformation

Abstract

Those living in poverty are significantly more affected by the consequences of the climate crisis than those without experience of poverty, both globally and in Austria. This is, at least in part, due to the limited financial resources available for adaptation to climate change. The article draws upon the theoretical concept of the imperial way of living to establish a link between poverty and the climate crisis. Consequently, it offers insights into the potential for social-ecological, transformative social work with individuals experiencing poverty in the context of the climate crisis. A research project, conducted by *Volkshilfe Österreich*, constitutes the foundation for this investigation. The project's objective was to examine the design and implementation of poverty-sensitive empowerment and participation formats. An excursus highlights the importance of including children and adolescents affected by poverty in discussions about the climate crisis. As a result, the article shows that social work informed by an understanding of inequality plays a pivotal role in enabling people experiencing poverty to participate in spaces for exchange and self-organization, where their rights can be strengthened and their demands formulated. However, social work can also facilitate

the continued interpretation of its political mandate to hold decision-makers accountable and to implement climate-social measures.

Keywords: climate crisis, poverty, participation, social work, green social work, child poverty, children and adolescents, socio-ecological transformation

1 Soziale Arbeit, Armut und die Klimakrise: Sozial-ökologische Transformationen gestalten und Beteiligungen ermöglichen

„Als erstes kommt die Familie, dann mache ich mir Sorgen um die Natur. Wenn das Klima endet, wie kann ich für die Familie sorgen? Alles hängt zusammen, Klima, Natur, Familie, Verwandte. Ich denke immer an die Katastrophen, erkläre meinen Kindern immer, dass wir das Klima und die Natur schützen müssen. Aber was kann ich alleine machen?“ (Zitat eines armutsbetroffenen Vaters, BMK 2024)

In Österreich werden zunehmend Diskurse um Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Sozialen Arbeit geführt (siehe die Beiträge in der Rubrik Thema in dieser Ausgabe oder das Schwerpunktheft der SIÖ zu „Klimawandel und Klimagerechtigkeit“ [2024]; vgl. auch Aigner/Lichtenberger/Ranftler/Schmeißl 2023; Kerle 2023), wodurch die enge Verwobenheit sozialer und ökologischer Fragestellungen in den Mittelpunkt rückt. Darüber hinaus wurden und werden die Auswirkungen der Klimakrise für armutserfahrene Menschen in Österreich zunehmend thematisiert (vgl. Armutskonferenz/ATTAC/BEIGEWUM 2021; Armutskonferenz 2023; Aigner et al. 2023b; BMK 2024). In Debatten um Klimagerechtigkeit wird auf die Notwendigkeit einer Veränderung von Machtstrukturen aufmerksam gemacht, die neben Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich der Ressourcen und Risiken auch Fragen der Generationen-, Anerkennungs- und Verfahrensgerechtigkeit und demzufolge die Mitbestimmung verschiedener Personengruppen einschließt (vgl. Liedholz 2021; Baasch 2024). Der vorliegende Text geht den Fragen nach, wie armutserfahrene Familien und Kinder bei der Gestaltung von klimapolitischen Maßnahmen beteiligt und wie Beteiligungsformate von Sozialarbeiter*innen armutssensibel gestaltet werden können.

2 Sozial-ökologische Ungleichheiten und deren Auswirkungen auf armutserfahrene Familien und Kinder

2.1 Die Auswirkungen der Klimakrise auf armutserfahrene Familien mit Kindern

Weltweit leiden Kinder im Globalen Süden besonders unter den Folgen der Klimakrise (vgl. UNICEF 2021). Aber auch im Globalen Norden erleben Kinder zahlreiche gesundheitliche Herausforderungen angesichts von Extremwetterereignissen, insbesondere durch Hitze, durch UV-Strahlung und Umweltverschmutzungen, wie z.B. hohe Schadstoffbelastung in der Luft und/oder in Lebensmitteln (vgl. Wettach/Albers/Herbst 2023; IPCC 2022). Besonders vulnerabel sind Kinder

aus armutserfahrenen Familien, da es ihnen an finanziellen Möglichkeiten fehlt, sich vor den Folgen der Klimakrise adäquat zu schützen (vgl. Aigner/Lichtenberger/Brugger/Schmidt 2023a; BMK 2024). Anhand der Zusammenschau dreier Studien aus Österreich lässt sich zeigen, dass 67% der Eltern beobachten, dass ihre Kinder aufgrund von Hitzebelastungen schlechter schlafen; 45% der Sorgenden bemerken Übelkeit, Ausschlag, Kopfschmerzen und Schwindel bei ihren Kindern (vgl. Aigner et al. 2023a: 84).

2.2 Die Imperiale Lebensweise als eine Ursache sozialer und ökologischer Ungleichheiten

Der hohen Betroffenheit von armutserfahrenen Personen steht deren geringer Beitrag zur Verursachung der Klimakrise entgegen; Studien zeigen, dass global (vgl. Gore 2020), aber auch in Österreich (vgl. Tölgyes 2023) die meisten Emissionen von den reichsten Bevölkerungsschichten verursacht werden. Dieser Gap zwischen Verursachung und Betroffenheit(en) zeigt sich besonders stark in Ländern des Globalen Südens, wo Flinta*s, People of Colour, Indigene Menschen, armutsbetroffene und junge Personen am stärksten unter der Krise leiden – während sie am wenigsten dazu beigetragen haben (vgl. IPCC 2022). Deutlich ist, dass soziale und ökologische Krisen eng miteinander verwoben sind.

Brand und Wissen (2017) sehen die Ursachen der sozial-ökologischen Krisen in der sogenannten Imperialen Lebensweise des Globalen Nordens: Die alltägliche Lebensweise kapitalistischer Gesellschaften vollzieht sich hier über den Zugriff, die Verwertung, Ausbeutung und Zerstörung von Natur und Arbeitskraft im Globalen Süden. Durch die Aufrechterhaltung kapitalistischer Gesellschafts- und Produktionsordnungen werden koloniale und patriarchale Strukturen fortgeschrieben und globale Macht- und Ungleichheitsverhältnisse (re)produziert.

2.3 Sozial-ökologische Transformationen und Klimagerechtigkeit gestalten

Die Überwindung der Imperialen Lebensweise wird als Grundlage für sozial-ökologische Transformationen mit dem Ziel veränderter, klimagerechter und solidarischer Mensch-Natur-Verhältnisse gesehen (vgl. Brand/Wissen 2017). Zentral sind die Ausweitung und Institutionalisierung solidarischer Beziehungs- und alternativer Wirtschaftsweisen (vgl. Gottschlich 2022; Armutskonferenz/ATTAC/BEIGEWUM 2021) sowie ein entsprechendes Handeln politischer Entscheidungsträger*innen. Statt ausschließlich an die Verhaltensanpassung von Individuen zu appellieren, ist laut Bericht des *Austrian Panel on Climate Change* (APCC) (2023) für Österreich die Gestaltung von klimafreundlichen und der Rückbau klimaschädigender Strukturen notwendig. „Bei den Akteuren, die Strukturen klimafreundlich gestalten können, gibt es auch in Österreich noch

kein hinreichendes Engagement dafür, bestehende Gestaltungsspielräume zu nutzen bzw. neue Strukturen für ein klimafreundliches Leben zu schaffen.“ (APCC 2023: 2; auch Armutskonferenz/ATTAC/BEIGEWUM 2021).

2.4 Beteiligungsformate als Möglichkeit (der Sozialen Arbeit) zur Realisierung von Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit

Aufgrund der weitreichenden Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschenrechte und auf soziale Gerechtigkeit ist die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession aufgefordert, sich zukünftig noch stärker für sozial-ökologische Transformationen und Klimagerechtigkeit einzusetzen (vgl. Liedholz 2021; Pfaff/Schramkowski/Lutz 2022; Dörfler 2022; Kerle 2023).ⁱ Eine Soziale Arbeit, die sich im Kontext von Armut und in Zeiten der Klimakrise als transformatorische Makropraxis versteht, kann auf Handlungsansätze wie beispielsweise die Einmischung in öffentliche Diskurse zurückgreifen, wie es etwa Staub-Bernasconi (2018: 282) als Umgang mit Machtasymmetrien vorschlägt. Konkrete Methoden zur Ermöglichung von struktureller Veränderung (vgl. Prasad 2023) könnten daran anschließend Lobbyarbeit, Advocacy und Interessenvertretung darstellen. Lutz (2022) verweist insbesondere im Hinblick auf eine transformative Soziale Arbeit in Zeiten der Klimakrise auf das politische Mandat.

In Debatten um Klimagerechtigkeit und sozial-ökologische Transformationen werden Forderungen nach Generationen-, Anerkennungs-, Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit formuliert (vgl. Liedholz 2021; Baasch 2024). Verteilungsgerechtigkeit meint hierbei die gerechte Verteilung von Nutzen, Vorteilen, Kosten und Schäden im Zusammenhang mit der Klimakrise und setzt häufig Verfahrensgerechtigkeit voraus, welche als inklusiver und demokratischer Entscheidungsprozess verstanden wird. Anerkennungsgerechtigkeit zielt darauf ab, die Ansprüche und Interessen der von den Entscheidungen betroffenen Personen hervorzuheben (vgl. Baasch 2024: 47).ⁱⁱ Im Kontext von Umwelt- und Klimapolitik gewinnen Beteiligungs- und Partizipationsformen an Relevanz. Diese können von (1) formellen, gesetzlich vorgeschriebenen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung, etwa im Rahmen von Mitwirkungsrechten in Genehmigungsverfahren, über rechtlich und formal nicht bindende, informelle Beteiligungsformate (2), wie beispielsweise Zukunftswerkstätten, Beteiligungsfrühstücke, Diskussionsveranstaltungen, bis hin zu (3) unkonventionellen Partizipationsformaten, wie zum Beispiel Demonstrationen und zivilem Ungehorsam, reichen (vgl. Baasch 2024: 52–53).

Angesichts der Einschränkung der politischen Teilhabe(möglichkeit) armutserfahrener Menschen (vgl. Lessenich 2019; Zandonella/Ehs 2021) rücken die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Beteiligung auch an sozial- und klimapolitischen Entscheidungsprozessen in den Fokus. Die

Beteiligung von armutserfahrenen Kindern an solchen Formaten ist besonders wichtig, um Ansprüche an Generationengerechtigkeit einzulösen. Bislang werden die Interessen von jungen Menschen bei klimapolitischen Entscheidungen unzureichend berücksichtigt bzw. in adultistischer Weise übergangen (vgl. Liebel/Meade 2023). Vorschläge für alternative informelle Beteiligungsformate hat die *Volkshilfe* Österreich für Auseinandersetzungen im Umwelt- bzw. Klimakontext entwickelt und erprobt.

3 Möglichkeiten der (klima-)politischen Beteiligung armutserfahrener Erwachsener

Insbesondere vor dem Hintergrund der erhöhten Klimavulnerabilität von armutserfahrenen Menschen ist es notwendig, mit Betroffenen über sozial-ökologische Themen zu sprechen: einerseits um sie mit Informationen zu Unterstützungsangeboten zu erreichen, und andererseits um zu erfahren, mit welchen klimabedingten Herausforderungen sie konfrontiert sind. Letzteres ist nicht nur Voraussetzung für die Entwicklung adäquater sozial-ökologischer Maßnahmen, sondern auch für die anwaltschaftliche Arbeit sozialer Organisationen.

3.1 Leitlinien für armutssensibles Handeln sozialer Organisationen in der Klimakrise

Um Beteiligung in Auseinandersetzungen mit Klima- und Umweltthemen für Menschen mit Armutserfahrungen zu ermöglichen, entwickelte die *Volkshilfe* vier Leitlinien für die Gestaltung armutssensibler Beteiligungsformate im Klimakontext (vgl. BMK 2024):ⁱⁱⁱ Wissensvermittlung, Empowerment, Advocacy und Klimagerechtigkeit.

In Bezug auf die Wissensvermittlung muss bei der Gestaltung von Beteiligungsformaten berücksichtigt werden, dass Menschen mit geringem Einkommen äußerst begrenzte Handlungsspielräume in Bezug auf Klimaschutz haben. Anstatt darüber aufzuklären, was sie für das Klima tun können, sollten sie über Unterstützungsleistungen und Anpassungsmaßnahmen informiert werden. Auch Empowerment soll in den Formaten erreicht werden, indem ein Austausch mit anderen Menschen in ähnlichen Lebenslagen sowie mit Menschen aus der Politik stattfindet. Wichtig ist in diesem Kontext auch, dass Armutsbetroffene sich im Sinne einer lebenslagenorientierten Sozialen Arbeit als Expert*innen ihrer eigenen Lebenslage wahrnehmen (vgl. Thiersch 2020). Informationen über die Lebensrealitäten und Herausforderungen eines Lebens in Armut sollen dokumentiert und von sozialen Organisationen sowie anderen Stakeholdern für die Advocacy-Arbeit genutzt werden. Schließlich muss den Formaten ein Bewusstsein für Klimagerechtigkeit zugrunde liegen. Dies kann beispielsweise dadurch berücksichtigt werden, dass von armutserfahrenen Menschen

kein Verzicht im Namen des Klimaschutzes verlangt oder Druck auf sie ausgeübt wird, sondern dass auf strukturelle, klimasoziale Lösungen gesetzt wird. Hier kann auf die von Staub-Bernasconi vorgeschlagenen Methoden der Bewusstseinsbildung (vgl. Staub-Bernasconi 2018: 275–276) sowie der anwaltschaftlichen Arbeit (vgl. ebd.: 445–447; Prasad 2023) für eine Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft rekurriert werden.

Da armutsbetroffene Menschen zu einer besonders vulnerablen Gruppe gehören, ist es von großer Bedeutung, dass sie sich wertgeschätzt fühlen. Eine armutssensible Sprache, die keine stigmatisierenden und klassistischen Begriffe, wie beispielsweise ‚sozial schwach‘, verwendet und die Armutslage nicht auf individuelles Verschulden zurückführt, ist dafür unabdingbar. Darüber hinaus sind konkrete und verständlich formulierte Fragestellungen essenziell. Persönliche, telefonische Einladungen zu den Formaten geben außerdem die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen, und helfen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Bei den Formaten der *Volkshilfe* wurden den Teilnehmenden mit Armutserfahrung zudem Supermarkt-Gutscheine als Aufwandsentschädigung übergeben. Um auch Menschen mit Betreuungspflichten und Flinta*-Personen die Teilnahme zu ermöglichen, wurde bei allen Formaten Kinderbetreuung angeboten. Die armutssensible Vorgangsweise zeichnet sich außerdem dadurch aus, dass bei sämtlichen Formaten eine kostenlose Verpflegung bereitsteht, die nach Wunsch auch mit nach Hause genommen werden kann. Zusätzlich ist eine Kombination der Beteiligungsformate mit weiteren sozialarbeiterischen Angeboten zu empfehlen. Viele der Teilnehmenden hatten individuelle Anliegen, die sie im Anschluss mit anwesenden Fachkräften der Sozialen Arbeit besprechen konnten (vgl. auch Wendt 2017).

Insgesamt ergeben sich Vorteile, wenn Beteiligungsformate im Klima- und Umweltkontext von sozialen Organisationen oder Einrichtungen durchgeführt werden. Wenn die Teilnehmenden Klient*innen der jeweiligen Organisation sind, besteht meist ein gewisses Vertrauensverhältnis, welches sich positiv auf die Teilnahmebereitschaft auswirkt. Gleichzeitig haben Fachkräfte der Sozialen Arbeit das nötige Wissen im Umgang mit den Teilnehmenden und können an einer Gestaltung der Formate mitwirken, damit diese auf die Rahmenbedingungen und Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt sind. Sozialarbeiter*innen können somit eine wichtige Vermittlungsrolle in Bezug auf sozial-ökologische Themen einnehmen sowie Ansprechpersonen für klimarelevante Anliegen von armutserfahrenen Personen sein.

3.2 Beispiele für Beteiligungsformate aus der *Volkshilfe*

Aufbauend auf den dargestellten Leitlinien für armutssensibles Handeln in der Klimakrise wurden im Zuge des Projekts *Betroffen von der Klimakrise* fünf verschiedene Beteiligungsformate entwickelt und durchgeführt. Insgesamt nahmen 71 armutsbetroffene Klient*innen der *Volkshilfe*

sowie 22 Stakeholder aus den Bereichen Klima und Soziales an den Formaten teil. Die Partizipationsmöglichkeiten wurden je nach Format auf unterschiedliche Art und Weise gestaltet. So wurden beispielsweise besonders vulnerable Gruppen unmittelbar aufgesucht und zu sozial-ökologischen Themen befragt, teilweise wurde ein direkter Austausch zwischen politischen Entscheidungsträger*innen und Armutsbetroffenen ermöglicht. Im Folgenden werden die fünf durchgeführten Formate überblicksartig dargestellt.

3.2.1 Fokusgruppe mit Armutsbetroffenen

Diese Methode aus der empirischen Sozialforschung (vgl. Schulz/Mack/Renn 2012) ist sowohl zur Erhebung von Daten als auch zum Austausch zwischen den Teilnehmenden geeignet. Insbesondere am Beginn von Projekten im Klima- und Umweltbereich ist die Durchführung einer Fokusgruppe mit offenen Fragestellungen zu empfehlen, um für die Zielgruppe relevante Themenfelder zu identifizieren. Inhaltlich kann ein breites Spektrum an sozial-ökologischen Themen behandelt werden, beispielsweise Hitzebelastungen im eigenen Wohnraum oder im öffentlichen Raum, Energiearmut oder andere Sorgen bzw. Ängste in Bezug auf die Klimakrise. Besonders relevant ist dabei die Frage, welche Strategien die Teilnehmenden im Umgang mit diversen (klimainduzierten) Herausforderungen anwenden. In bisherigen Fokusgruppen empfanden die Klient*innen die Teilnahme häufig als bestärkend, da ihre eigenen Erfahrungen als relevant anerkannt werden und sie Raum dafür erhalten, sich mit Menschen in ähnlichen Lebenssituationen auszutauschen. Anschlussfähig ist dies an die Grundgedanken der Methode der Gruppenarbeit (z.B. in Galuske 2013 und Wendt 2017).

3.2.2 Qualitativer Nutzer*innentest

Die Miteinbeziehung von Betroffenen ist auch bei der Entwicklung von klimarelevanten Informationsmaterialien von Bedeutung, um diese zielgruppengerecht zu gestalten. Für die Gestaltung einer Website zur Bekämpfung von Energiearmut^{iv} wurde deshalb ein qualitativer Nutzer*innentest (vgl. Verdure o.J.) durchgeführt und armutssensibel adaptiert. Hierbei wurden die Nutzer*innenfreundlichkeit der Website sowie andere Informationsmaterialien zum Thema Energiearmut direkt von der Zielgruppe getestet und evaluiert. Beim Website-Test wurden die Teilnehmer*innen individuell betreut und beobachtet, während sie sich mit der Website beschäftigten. In einer anschließenden Fokusgruppe wurden die Rückmeldungen gemeinsam besprochen. Die Anwendung dieser Methode ist dann zu empfehlen, wenn eine neue Website oder Informationsmaterialien entwickelt werden, die direkt von Armutsbetroffenen genutzt werden sollen. Die Zielgruppe kann wertvolles Feedback in Bezug auf die Inhalte und die Verständlichkeit

der Materialien sowie die alltagsnahe Umsetzbarkeit von Maßnahmen geben. Werden die Rückmeldungen entsprechend berücksichtigt, kann die Reichweite der Informationen erhöht und es können mehr Menschen bei der Klimawandelanpassung und in Fragen des Klimaschutzes unterstützt werden.

3.2.3 Beteiligungsfrühstück

Dieses Format bietet einen Rahmen, in dem Menschen mit Armutserfahrung in einem moderierten Gespräch in Austausch mit Stakeholdern aus dem Klima- und Sozialbereich treten können. Im Zentrum stehen die Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen in Bezug auf klimarelevante Themen. Die Inhalte und Impulsfragen können je nach Bedarf adaptiert werden, im Sinne einer armutssensiblen Klimakommunikation ist es jedoch empfehlenswert, inhaltlich bei den Herausforderungen und Lebensrealitäten der Betroffenen anzusetzen. Thematisch geeignet sind spürbare Auswirkungen der Klimakrise, beispielsweise Hitze oder Überschwemmungen, Themen des sozialen Raumes, wie öffentliche Infrastruktur, Mobilität oder Maßnahmen gegen Hitze im öffentlichen Raum. In diesem Format kommt es zu einer Umkehrung der üblichen Rollenverteilung, da die armutserfahrenen Teilnehmenden die Rolle der Expert*innen einnehmen, während die anwesenden Stakeholder zuhören und ggf. Nachfragen stellen. Ziel ist die anwesenden Nicht-Armutsbetroffenen für die Lebensrealitäten armutserfahrener Menschen zu sensibilisieren und einen persönlichen Kontakt zwischen zwei Gruppen herzustellen, die in ihrem Alltag (meist) nicht viele Berührungspunkte haben. Auch hier werden armutserfahrene Menschen, in Anlehnung an das Paradigma der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit, als Expert*innen ihrer Lebenswelt verstanden (vgl. Thiersch 2020).

3.2.4 Beratungscafé

Grundgedanke des Beratungscafés ist es, verschiedene Formen der Beratung miteinander zu verbinden und an einem öffentlichen Ort anzubieten. Auf diese Weise können Menschen mit Unterstützungsbedarf niederschwellig angesprochen und klimarelevante Informationen an sie vermittelt werden. Die Inhalte der Beratungen sind offen und orientieren sich an den Bedürfnissen und Anliegen der Betroffenen. Empfehlenswert ist es, verschiedene Fokussierungen anzubieten, wie zum Beispiel Sozialberatung, Energieberatung und Klimaberatung. Die sogenannte Klimaberatung ist ein innovativer Zugang der *Volkshilfe*, der im Rahmen des Beratungscafés erstmals getestet wurde. Es ist ein Angebot an armutsbetroffene Menschen, ihre Sorgen, Ängste und Fragen in Bezug auf die Klimakrise mit einer*em Expert*in für Klima- und Umweltthemen zu besprechen. Gleichzeitig können im Rahmen der Beratungen armutssensible Tipps zur besseren Klimawandelanpassung gegeben

werden, beispielsweise dafür, was während Hitzewellen getan werden kann. Die Beratungscafés der *Volkshilfe* zeigen, wie die Methode der Beratung (vgl. Galuske 2013) armutssensibel und klimagerecht gestaltet werden kann.

3.2.5 Aufsuchende Klimagespräche

Mit dieser Methode können besonders vulnerable und ausgegrenzte (auch: Hard-to-reach-Klient*innen) Personengruppen direkt aufgesucht werden, beispielsweise in Wohneinrichtungen. Angeknüpft werden kann hier an aufsuchende Methoden der Sozialen Arbeit, z.B. Streetwork (vgl. Galuske 2013: 292–298). Erfahrungen mit klimarelevanten Themen werden im Rahmen von offenen, moderierten Gesprächsrunden zwischen den Betroffenen ausgetauscht. Ähnlich wie bei der Fokusgruppe dient auch diese Methode sowohl der Erhebung von Daten als auch dem Austausch zwischen den Teilnehmenden. Zusätzlich kann auch hier die Gelegenheit genutzt werden, klimarelevante Informationen, z.B. über Unterstützungsleistungen oder Anpassungstipps, an Gruppen zu kommunizieren, die sonst nur schwer erreichbar sind. Eine gute Abstimmung mit dem professionellen Team vor Ort ist für dieses Format besonders wichtig. Darüber hinaus sollten auch hier die Themen der Gespräche gut an die Lebensrealitäten der Teilnehmenden anschließen. Unmittelbar spürbare Belastungen, beispielsweise aufgrund von Energiearmut oder Hitze, eignen sich besonders. Im Rahmen des Projektes wurde dieses Format in einer Wohneinrichtung für armutsbetroffene Frauen umgesetzt. Inhaltlich lag der Fokus der Gespräche auf den Erfahrungen der Frauen mit Energiearmut.

Abschließend ist zu beachten, dass die angeführten Leitlinien und Formate sich vorrangig an erwachsene Personen richten. Aus den bereits genannten Gründen ist die Klimakrise jedoch gerade für Kinder und Jugendliche ein bedeutsames Thema. Für sie braucht es eigens konzipierte Beteiligungsformen. Wie diese aussehen könnten, wird im Folgenden skizziert.

4 Möglichkeiten der (klima-)politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Dass ein intakter Planet auch in der Zukunft Teil der Kinderrechte ist, wurde viel diskutiert (vgl. UN 2023). Zudem sichert der Artikel 11 der Kinderrechtskonvention Kindern das Recht auf eine eigene Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten (vgl. UNICEF 2023). Um Kinder zu politischen Subjekten zu machen, müssen ihre spezifischen Bedürfnisse anerkannt (vgl. Müller/Unkauf 2016) und ihrem Wissen und ihren Erfahrungen Relevanz und Bedeutung gegeben werden. Ist dem nicht so, kann von Adultismus gesprochen werden. Liebel (2020: 29) nennt als eine Dimension von Adultismus die „Nicht-Beachtung der Altersgruppe der Kinder bei politischen Entscheidungen,

die im späteren Leben der Kinder oder für nachfolgende Generationen lebenswichtige Auswirkungen haben". Angesichts der massiven negativen Auswirkungen der Klimakrise liegt es auf der Hand, die Klimapolitik als Bereich mit solchen lebenswichtigen Auswirkungen zu bezeichnen (vgl. beispielhaft im Zusammenhang mit intergenerationaler Klimagerechtigkeit bei Vanderheiden 2008).

Kennzeichen für eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind unter anderem: Beteiligungsoffenheit, die Bereitstellung von angemessenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen sowohl für den Prozess als auch die konkrete Umsetzung, Möglichkeit des gegenseitigen Zuhörens, das Bereitstellen von Informationen über den rechtlichen, institutionellen und personalen Rahmen, die Bereitschaft, Macht und Ressourcen abzugeben und tradierte Wege zu verlassen, die Freiwilligkeit von Kindern und Jugendlichen, an den Beteiligungsprozessen teilzunehmen, die Verbindlichkeit der Diskussion im Hinblick auf die Umsetzung und die Beteiligung an Planungsphase Umsetzung und Entscheidung (vgl. Eylert-Schwarz 2014; Müller/Unkauf 2016).

Das laufende Projekt **Wiener Kinder- und Jugendmillion** sei beispielhaft für gelungene Kinder- und Jugendbeteiligung erwähnt. Hier können Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 20 Jahren zwei Mal stadtpolitische Ideen online einreichen. Im Austausch mit Expert*innen aus den Dienststellen der Stadt sowie mit Bezirks-Vertreter*innen wird weiter an den Projekten gearbeitet, für die im Anschluss online abgestimmt werden kann. Bemerkenswert ist, dass in der Vergangenheit sogar Kinder im Kindergartenalter am Projekt teilnahmen; darüber hinaus das gemeinsame Arbeiten von Kindern und Jugendlichen, Verwaltungspersonal und politisch Verantwortlichen an den Ideen sowie dem direkten Feedback zur Machbarkeit (vgl. Stadt Wien 2024). Zahlreiche von Kindern in den vorherigen Runden eingereichte und abgestimmte Projekte können auch als Beitrag im Kampf gegen die Klimakrise bzw. für die Anpassung von Kind-spezifischer sozialer Infrastruktur an die Erfordernisse in der Klimakrise verstanden werden (vgl. ebd.). Besonders relevant ist angesichts der ungleichen Herausforderungen an Wiens Schulen, dass auch jene Schulen mitmachen, in denen besonders viele Schüler*innen armutsbetroffen sind. Hier könnte insbesondere die Schulsozialarbeit unterstützen.

Die Soziale Arbeit kann im Sinne einer Politik für Kinder die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen einfordern und ihre Positionen sichtbar und hörbar machen. Dazu muss sie nicht nur die Menschen-, sondern auch die Kinderrechte als Grundlage ihres politischen Mandats anerkennen. Im Feld der Politik *mit* Kindern (vgl. Eylert-Schwarz 2014: 260) unterstützt Soziale Arbeit dabei, Rechte zu stärken und einzufordern, sodass Kinderschutzkonzepte tatsächlich eingehalten werden. Gemeinsam mit anderen Professionen können Rahmen, Ort und Zeit zur Verfügung gestellt werden, damit Kinder Politik *von* Kindern umsetzen können. So kann die Soziale Arbeit frühzeitig auf strukturelle Ausschlussprozesse zwischen den Kindern/Jugendlichen hinweisen und hierbei

Unterstützung anbieten.

5 Sozial-ökologisch transformative Soziale Arbeit mit armutsbetroffenen Menschen

Eine klimagerechte und sozial-ökologisch transformative Soziale Arbeit in Österreich ist gefordert, die Perspektiven, Bedürfnisse und Wünsche armutserfahrener Menschen allen Alters sicht- und hörbar zu machen. Die Soziale Arbeit kann zur Förderung von Empowerment und zur Ermöglichung von solidarischem Austausch zwischen Menschen beitragen. Diesen Auftrag kann sie aus dem politischen Mandat der Sozialen Arbeit ableiten (vgl. Aigner et al. 2023b; Schmelz 2022; Dörfler 2022; Lutz 2022).

Für eine stärkere politische Beteiligung armutserfahrener Menschen sind neben zeitlichen Ressourcen und Informationen besonders finanzielle Mittel ein ausschlaggebender Faktor. Zentral im Kontext von Klima(un)gerechtigkeit sind intersektionale Perspektiven (vgl. Mikulewicz/Caretta/Sultana/Crawford 2023), um Beteiligungshürden, wie Barrieren für armutserfahrene Menschen mit Behinderungen und/oder Migrationsgeschichte (vgl. Armutskonferenz o.J.), abzubauen sowie die Berücksichtigung der besonderen Bedarfe von Sorgearbeit leistenden Menschen; ebenso wenig darf Alter ein Ausschlussgrund sein.

Von einer tatsächlichen Beteiligung armuts- und ausgrenzungsgefährdeter Personen kann schließlich nur dann die Rede sein, wenn die Miteinbeziehung nicht ausschließlich bei der Durchführung von partizipativen Formaten bleibt. Beteiligungsformate dürfen nicht zum Selbstzweck werden und müssen in entsprechende Handlungen seitens der politischen Entscheidungsträger*innen münden. Armutserfahrenen Menschen fehlt es in Zeiten der Klimakrise in erster Linie an finanziellen Mitteln, nicht an mangelndem Umweltbewusstsein. Dies lässt sich nur durch eine angemessene Existenzsicherung bearbeiten, wie die Antwort einer Projektteilnehmerin auf die Frage verdeutlicht, ob Energieberatung durch Sozialarbeiter*innen Entlastung bei hohen Energie- und Wohnkosten bringt:

„Aber das wäre wieder nur Sprechen, das wäre jetzt keine richtige Problemlösung. Ich spreche mit der Beraterin ja, aber das bringt mir zum Schluss nichts.“ (Zitat einer armutsbetroffenen Alleinerzieherin, BMK 2024).

Zur Bewältigung sozialer und ökologischer Krisen sind tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Veränderungen notwendig, wie die Etablierung eines solidarischen Zusammenlebens und die Überwindung der Imperialen Lebensweise. Der Beitrag der Sozialen Arbeit kann das gemeinsame

Engagement mit Klimagerechtigkeitsbewegungen sein, um Politiker*innen an diese Verantwortung zu erinnern und darauf zu pochen, dass die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse armutsbetroffener Familien auf dem politischen Parkett Gehör finden. Dafür ist auch die Einbindung von Kindern und Jugendlichen relevant. Eine intersektional informierte klimagerechte Soziale Arbeit als Makropraxis kann Beteiligung ermöglichen, ohne den Blick auf verschiedene Ungleichheitsverhältnisse und ihre strukturellen Ursachen – auch im globalen Maßstab – zu verlieren.

Verweise

ⁱ Die Diskussionen um die Mandatierung der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund sozial-ökologischer Fragestellungen ist für den Diskurs in Österreich noch zu führen. Verwiesen sei hier insbesondere auf das Verständnis Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession (vgl. Staub-Bernasconi 2018) und auf das damit verbundene Tripelmandat sowie auf die Definition der IFSW zur Förderung sozialer Gerechtigkeit. Beides, die Menschenrechte ebenso wie soziale Gerechtigkeit, ist durch die Auswirkungen der Klimakrise in vielfacher Weise bedroht (vgl. Dörfler 2022).

ⁱⁱ In diesem Zusammenhang wird außerdem diskutiert, inwiefern Natur in Gerechtigkeitsdebatten um Klima- und Umweltgerechtigkeit allgemein sowie in ethischen Positionierungen einer sozial-transformativen Sozialen Arbeit einen noch stärkeren Stellenwert einnehmen kann (vgl. exemplarisch DGSA o.J.)

ⁱⁱⁱ Das Projekt wurde vom Klimaschutzministerium (BMK) in Auftrag gegeben. Basierend auf den Ergebnissen wurde die Broschüre Perspektiven armutsbetroffener Menschen auf die Klimakrise. Wege zu einer armutssensiblen Klimakommunikation entwickelt, die online verfügbar unter: https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:c0e4b799-faa5-4956-b07b-af1223e87a29/BMK_Publikation_Volkshilfe_UA.pdf

^{iv} Es handelt sich dabei um die Website der kea – Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut: <https://kea.gv.at/> (02.09.2024).

Literaturverzeichnis

Aigner, Ernest/Lichtenberger, Hanna/Brugger, Katharina/Schmidt, Andrea (2023a): Armutsgefährdete Kinder in der Klimakrise: Betroffene, Anpassung und soziale Infrastruktur. Endbericht von StartClim2022.A. In: StartClim2022: Schlüsselmaßnahmen, Messbarkeit und Notfallszenarien. Wien: BMK, BMWFW, Klima- und Energiefonds, Land Oberösterreich

Aigner, Ernest/Lichtenberger, Hanna/Ranftler, Judith/Schmeißl, Sonja (2023b): "Es ist wie in einer Sauna": Die Betroffenheit armutsbetroffener Kinder und ihrer Familie durch die Klimakrise und sozialpolitische Antworten. In: Soziales Kapital, Band 27, S. 79–99. <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/779/1461>

APCC – Austrian Panel on Climate Change (2023): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Hrsg. v. Görg, Christoph/Madner, Verena/Muhar, Andreas/Novy, Andreas/Posch, Alfred/Steininger, Karl/Aigner, Ernest. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum.

Armutskonferenz (2023): Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. Norderstedt bei Hamburg: BoD-Verlag.

Armutskonferenz (o.J.): Stimmen gegen Armut. Stärkung von Partizipation. https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_staerkung_partizipation_20200304.pdf (01.09.2024).
Armutskonferenz/ATTAC/BEIGEWUM (Hg.) (2021): Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe.

Baasch, Stefanie (2024): Multipel, komplex und oft übersehen. Gerechtigkeit(en) in Beteiligungsverfahren. In: Klepp, Silja/Hein, Jonas (Hg.): Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation. Bielefeld: transcript, S. 45–64.

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2024): Betroffen von der Klimakrise. Ein Projekt zur Perspektive von armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen auf die Klimakrise und deren Folgen. Wien. https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:c0e4b799-faa5-4956-b07b-af1223e87a29/BMK_Publikation_Volkshilfe_UA.pdf (15.11.2024).

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

DGSA – Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (o.J.): Positionspapier: „Zur Relevanz ökologischer Gerechtigkeit für die Menschenrechtsprofession Soziale Arbeit. Impulse für eine Erweiterung der Ethik“. https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Fachgruppen/Sozial-oekologische_Transformationen_und_Klimagerechtigkeit_in_der_Sozialen_Arbeit/Positionspapier_FG_Klimagerechtigkeit_2023.pdf (11.11.2024).

Dörfler, Lisa (2022): Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession im Kontext der Klimakrise. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 81–90.

Eylert-Schwarz, Andreas (2014): Politik für Kinder, mit Kindern, von Kindern. Partizipation als Aufgabe der Sozialen Arbeit. In: Panitzsch-Wiebe, Marion/Becker, Bjarne/Kunstreich, Timm (Hg.): Politik der Sozialen Arbeit. Politik des Sozialen. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 255–263.

Galuske, Michael (2013): Methoden der Sozialen Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz.

Gore, Tim (2020): Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf?sequence=1> (22.07.2023).

Gottschlich, Daniela (2022): Transformation. In: Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.): Sozialraum. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit. Wiesbaden: Springer, S. 693–704.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2022): Summary for Policymakers. In: Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, S. 5–33. https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf (01.09.2024).

Kerle, Anja (2023): In Bewegung kommen. Klimagerechtigkeit als gemeinsames Engagement von Sozialer Arbeit und Klimabewegungen. In: Soziale Arbeit: Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete, 72. Jahrgang, Dezember 2023, S. 457–462.

Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart: Reclam.

Liebel, Manfred (2020): Unerhört. Kinder und Macht. Weinheim: Beltz Juventa.

Liebel, Manfred/Meade, Philip (2023): Adultismus. Die Macht der Erwachsenen über die Kinder. Eine kritische Einführung. Berlin: Bertz + Fischer.

Liedholz, Yannik (2021): Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Lutz, Ronald (2022): Anthropozän und Klimaverwandlung. Skizzen einer transformativen Sozialen Arbeit. In: Tino, Pfaff/Barbara, Schramkowski/Ronald, Lutz (Hg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Weinheim: Beltz Juventa, S. 370–395.

Mikulewicz, Michael/Caretta, Martina/Sultana, Farhana/Crawford, Neil J.W. (2023): Intersectionality & Climate Justice: A call for synergy in climate change scholarship. In: Environmental Politics, Vol. 32, S. 1275–1286.

Müller, Sebastian/Unkauf, Urs (2016): Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. In: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Wiesbaden: Springer VS, S. 317–340.

Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.) (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Weinheim: Beltz Juventa.

Prasad, Nivedita (Hg.) (2023): Methoden struktureller Veränderung in der Sozialen Arbeit. Opladen/Toronto: Barbara Budrich.

Schmelz, Andrea (2022): Greening Social Work im Anthropozän. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 22–36.

Schulz, Marlen/Mack, Birgit/Renn, Ortwin (2012): Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Stuttgart: Springer VS.

SIÖ – Soziale Arbeit in Österreich (2024): Klimawandel und Klimagerechtigkeit, 59(1).

Stadt Wien (2024): Die partizipative Kinder- und Jugendmillion. Kinder und Jugendliche gestalten mit ihren Ideen die Stadt. <https://junges.wien.gv.at/jungeswien/> (02.08.2024).

Staub-Bernasconi, Silvia (2018): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft, Soziale Arbeit auf dem Weg zur kritischen Professionalität. Opladen/Toronto: Barbara Budrich.

Thiersch, Hans (2020): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – revisited. Weinheim: Beltz Juventa.

Tölgyes, Joel (2023): Reichstes Zehntel verursacht ein Drittel der Emissionen. Momentum Institut. www.momentum-institut.at/news/emissionsungleichheit (25.07.2023).

UN – United Nations (2023): CRC/C/GC/26: General comment No. 26 (2023) on children's rights and the environment with a special focus on climate change. <https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/crccgc26-general-comment-no-26-2023-childrens-rights> (02.08.2024).

UNICEF (2021): The Climate Crisis is a Child Rights Crisis: Introducing the Children's Climate Risk Index. New York.

UNICEF (2023): Konvention über die Rechte des Kindes. https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/194402/3828b8c72fa8129171290d21f3de9c37/d0006-kinderkonvention-neu-data.pdf (02.08.2024).

Vanderheiden, Steve (2008): Atmospheric Justice: A Political Theory of Climate Change. New York: Oxford University Press.

Verdure (o.J.): Wie Sie einen Usability-Test für Ihre Website durchführen können. <https://www.verdure.de/magazin/design/website-usability-test-durchfuehren/> (17.08.2024).

Wendt, Peter-Ulrich (2017): Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit. 2. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa.

Wettach, Christof/Albers, Maria/Herbst, Antje (2023): Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen. Ein Positionspapier der AG Pädiatrie bei der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit. <https://www.klimawandel-gesundheit.de/wp-content/uploads/2023/11/Positionspapier-Kinder-vor-den-Folgen-der-Klimakrise-schuetzen.pdf> (11.07.2024).

Zandonella, Martina/Ehs, Tamara (2021): Demokratie der Reichen. Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 47. Jahrgang (1), S. 63–101.

Über die Autorinnen

Marie Chahrour, MA

marie.chahrour@volkshilfe.at

Ist Soziologin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der *Volkshilfe Österreich* im Bereich Soziale Arbeit, Forschung und Sozialpolitik tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Klima

und Armut sowie Kinderarmut und Frauenarmut.

Anja Kerle (Prof*in, Dr.*in)

anja.kerle@hs-rm.de

Ist Sozialarbeiter*in und hat die Professur für Nachhaltigkeit in der Sozialen Arbeit an der Hochschule Rhein-Main inne. Anja lehrt, schreibt und reflektiert zu den Themen Armut, Klassismus und Klimagerechtigkeit.

Anna Larcher, MA

anna.larcher@volkshilfe.at

Ist Soziologin und studierte Soziale Arbeit, ist stellvertretende Bereichsleiterin bei der *Volkshilfe Österreich* und Vorstandsvorsitzende bei *SolidarityPlus – Verein für ein solidarisches Miteinander*.

Mag.^a Hanna Lichtenberger, MA

hanna.lichtenberger@volkshilfe.at

Ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin. In der *Volkshilfe Österreich* arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Bereichen Soziale Arbeit, Forschung und Sozialpolitik. Sie lehrt an div. Universitäten und Fachhochschulen zu ihren Forschungsschwerpunkten politische Ökonomie, Sozialpolitik, Armut und Kinderarmut.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Klimaneutrale Stadtentwicklung versus Bürger:innen-Beteiligung?

Inklusion und Ausschluss von Bewohner:innen und
Nutzer:innen öffentlicher Räume im Zuge der urbanen
Transformation am Beispiel Wiens

Sophie Gaidoschik, Johannes Gorbach, Elena Mitrenova,
Christoph Stoik & Elisabeth Winkler

Sophie Gaidoschik, Johannes Gorbach, Elena Mitrenova,
Christoph Stoik, Elisabeth Winkler. Klimaneutrale
Stadtentwicklung versus Bürger:innen-Beteiligung?
Inklusion und Ausschluss von Bewohner:innen und
Nutzer:innen öffentlicher Räume im Zuge der urbanen
Transformation am Beispiel Wiens. *soziales_kapital*,
Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Feldkirchen.

Printversion: [http://www.soziales-kapital.at/index.php/
sozialeskapital/article/view/828/1537](http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/828/1537)

Zusammenfassung

Bei der Umgestaltung öffentlicher Räume werden in Wien zunehmend Beteiligungsformate für Bürger:innen genutzt. Während diese ergebnisoffen und inklusiv durchgeführt werden sollen, steht die Stadt zugleich unter dem Druck, Klimawandelanpassungsmaßnahmen umzusetzen, um öffentliche Räume angesichts der urbanen Erhitzung nutzbar zu halten. Letzteres ist aus Sicht der Gemeinwesenarbeit besonders relevant, da benachteiligte soziale Gruppen auf öffentliche Räume angewiesen sind. Ein interdisziplinäres Team der FH Campus Wien untersuchte anhand von drei Fallstudien die Inklusions- und Ausschlussprozesse sowie Interessensgegensätze zwischen verschiedenen Akteur:innen bei der Umgestaltung öffentlicher Räume in Wien. Durch ein Mixed-Methods-Design wurden die Reichweite von Beteiligungsprozessen und Einflussfaktoren, wie die Programmatik der Prozesse, Partizipationsmethoden, die Symbolik der Beteiligungssettings, die Zeit als Ausschlussfaktor sowie politische Prozesse und Verwaltungsstrukturen untersucht.

Schlagnorte: klimaneutrale Stadtentwicklung, Bürger:innenbeteiligung, Inklusion, Ausschlussprozesse, Partizipationsmethoden

Abstract

The utilisation of participatory formats for citizens is becoming increasingly prevalent in the redesign of public spaces in Vienna. While these processes are intended to be open-ended and inclusive, the city is simultaneously under pressure to implement climate adaptation measures to ensure the continued usability of public spaces in the face of urban overheating. The latter is particularly relevant from the perspective of community work, as disadvantaged social groups rely heavily on public spaces. An interdisciplinary team from FH Campus Wien investigated the processes of inclusion and exclusion, as well as conflicts of interest among different stakeholders, in the redesign of public spaces in Vienna through three case studies. Using a mixed-methods approach, the study investigated the reach of these participation processes and the influence of various factors, such as the objectives of the processes, participation methods, the symbolism of the participation settings, time as a factor of exclusion, and political and administrative structures.

Keywords: climate-neutral urban development, citizen participation, inclusion, exclusion processes, participation methods

1 Einleitung

Die Stadtentwicklung ist aktuell gefordert, den urbanen Raum so umzugestalten, dass dieser klimaneutral wird und trotz zunehmender Erderwärmung nutzbar bleibt. Die Nutzung öffentlicher Räume in Zeiten der Klimakrise ist aus der Perspektive der Sozialen Arbeit unter anderem deshalb von Relevanz, weil Menschen, die nicht über ausreichend private gekühlte Räume verfügen, besonders auf öffentliche Räume angewiesen sind. Gleichzeitig besteht zunehmend die Anforderung, Menschen in die Stadtentwicklung einzubeziehen. Die Partizipation von Bürger:innen¹ und Geschäftsleuten bei der (Um-)Gestaltung der Stadt entwickelt sich aktuell zu einem (zumindest normativen) Standard in der Stadtentwicklung. Bürger:innenbeteiligungs-Prozesse benötigen allerdings Zeit und basieren idealerweise auf dem Anspruch, ergebnisoffen zu bleiben, damit die Interessen möglichst vieler Akteur:innen einfließen können. Partizipation in diesem Sinne scheint demnach nur bedingt vereinbar mit der Notwendigkeit bestimmter Veränderungen für eine klimagerechte Stadt.

Das von der Stadt Wien (MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik) geförderte Projekt „Public Value of Participation in Urban Development – Gemeinwohleffekte von Partizipation in der Stadtentwicklung“ beforschte den Mehrwert der Beteiligung von Bürger:innen an urbanen Transformationsprozessen. Durchgeführt wurde es von einem interdisziplinären Team der FH Campus Wien. Es bestand aus Julia Dahlvik, Martina Kollegger und Wolfgang Tomaschitz, die im Department „Verwaltung, Wirtschaft, Sicherheit, Politik“ tätig sind und einen politikwissenschaftlichen Hintergrund haben; Elena Mitrenova, mit Architektur-Hintergrund, aus dem Department „Bauen und Gestalten“; Sophie Gaidoschik, Johannes Gorbach, Christoph Stoik und Elisabeth Winkler aus dem Department „Soziales“ mit sozialarbeitswissenschaftlichem Hintergrund. Durch die interdisziplinäre Zusammensetzung konnte untersucht werden, wie Bürger:innenbeteiligungsprozesse in der Stadtentwicklung von Akteur:innen aus Verwaltung und Politik wahrgenommen bzw. genutzt werden und wie Bewohner:innen der Stadt und Nutzer:innen öffentlicher Räume in die Prozesse inkludiert bzw. ausgeschlossen werden.

Die empirische Umsetzung erfolgte in Form von drei Fallstudien zu ausgewählten Partizipationsprozessen, die jeweils in diachroner Perspektive über drei Jahre ab September 2021 begleitet wurden. Für die Untersuchung ausgewählt wurden (i) eine top-down-organisierte Umgestaltung einer zentralen Einkaufsstraße (Lerchenfelderstraße), (ii) ein peripher gelegener Verkehrsknotenpunkt (Quellenplatz), der von einer Gebietsbetreuung fokussiert wurde und (iii) ein relativ zentral gelegenes Marktgebiet (Gebiet um den Meidlinger Markt), das eine Bürger:innen-Initiative umgestalten will.

Im Fokus des folgenden Artikels stehen die (möglichen) Spannungen, die zwischen dem Handlungsdruck zur klimagerechten Umgestaltung einerseits und der Partizipation von Bürger:innen

andererseits bestehen. Folgende Fragestellungen waren dabei leitend:

- Welche Menschen (Bewohner:innen bzw. Nutzer:innen öffentlicher Räume) werden bei der Planung und Entwicklung öffentlicher Räume einbezogen bzw. ausgeschlossen und wie geschieht dies (Methoden bzw. Ausschlussprozesse)?
- In welchem (Spannungs-)Verhältnis stehen städtische bzw. fachliche Interessen (Klimaanpassungsmaßnahmen, Stadtarchitektur) zu den Interessen von Nutzer:innen bzw. Bewohner:innen?
- Wie wird mit Interessensgegensätzen zwischen unterschiedlichen Akteur:innen umgegangen?

2 Theoretische Einbettung

2.1 Bürger:innenbeteiligung in der Stadtentwicklung



Abb. 1: Bürger:innenbeteiligung am Quellenplatz, 10. Wiener Gemeindebezirk.

Die aktive Teilnahme und Mitentscheidungsmöglichkeit der Bürger:innen bei politischen Prozessen gelten als zentrale Säulen moderner Demokratien (vgl. Zmerli 2011: 34). Fragen nach dem Partizipationsgrad – Inwieweit können die betroffenen Personen mitentscheiden? – und nach der Partizipationsmöglichkeit – Wer darf mitentscheiden? – spielen dabei eine zentrale Rolle.

Basierend auf den ‚Stufen der Partizipation‘ nach Arnstein (1969) entwickelte Kerstin Arbter ein dreistufiges Modell, das die Partizipationsmöglichkeiten unterteilt in: Information, Konsultation und Mitbestimmung (vgl. Arbter/Handler/Purker/Tappeiner/Trattnigg 2005: 9). Dieses Modell wurde als Leitfaden für die Erstellung der offiziellen Richtlinien für Partizipation der Stadt Wien verwendet: Der *Masterplan partizipative Stadtentwicklung* (vgl. MA 21 2017) ist das offizielle Instrument der Magistratsabteilungen, um informelle Beteiligung in die Planungsabläufe der Stadt Wien zu integrieren. Darüber hinaus steht auch das *Praxisbuch Partizipation* der Stadt Wien zur Verfügung, das sich in erster Linie an die Prozesstreibenden richtet und auf praktische Vorschläge zur Durchführung von Beteiligungsprozessen konzentriert (vgl. Arbter 2014: 12).

2.2 Partizipation im Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion

Eine inklusive Stadt (vgl. Bukow/Berding/Cudak 2018: 13f.) sollte unterschiedliche Formen von Exklusion reduzieren und zur Realisierung der Menschenrechte im urbanen Raum beitragen. Hinsichtlich der Partizipation der Stadtbewohner:innen bei der Stadtplanung sind deshalb die Zusammenhänge zwischen Ausgrenzung und Wohngebiet einerseits und andererseits die unterschiedlichen Möglichkeiten, eine aktive Rolle bei der Entwicklung des Quartiers einzunehmen, zu berücksichtigen (vgl. Kronauer/Häußermann 2019: 197, 200). Die Gemeinwesenarbeit (GWA) wird als Fachkonzept für die Gestaltung und Begleitung von Beteiligungsprozessen im deutschsprachigen Raum herangezogen (vgl. Becker 2014; Drilling/Oehler 2016; Stövesand/Stoik/Troxler 2013). Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit betrachtet, bieten Konzepte der GWA die Möglichkeit, Ungleichheiten, Ausschlüsse und Diskriminierung in Beteiligungsprozessen zu fokussieren – und ihnen entgegenzuwirken (vgl. z.B. Kirsch-Soriano da Silva/Stoik 2023; Stoik 2021).

2.3 Bezüge zur Klimakrise

Die Klimakrise trifft Menschen, die von Armut betroffen sind, am härtesten. Wie Yannik Liedholz (2023: 189) formuliert, sind „klimafreundliche Handlungsweisen [zudem] nicht für alle Menschen gleich zugänglich und finanzierbar“. Das Resümee der 13. Armutskonferenz im Mai 2022 lautete daher: „Klimaschutz kann nur dann erfolgreich sein und Akzeptanz finden, wenn er nicht sozial blind ist. Klimaschutz selbst muss Armut bekämpfen.“ (Appel et al. 2023: 11) Gerade von Armut betroffene und/oder obdachlose Menschen, aber auch Jugendliche sind auf öffentliche Räume in Städten angewiesen. Diese sind daher so zu gestalten, dass sie trotz Hitze eine hohe Aufenthaltsqualität haben. Hitze trifft vor allem jene, die sich nicht in klimatisierte Wohnungen oder Büros zurückziehen können (vgl. Haunold 2023: 179).

Auch in Wien ist es dort, wo die Stadt am dichtesten gebaut ist und wo viele u.a. einkommensschwache Menschen leben, oft um mehrere Grad heißer als in anderen Vierteln. 2019 wurde die *Urban Heat Vulnerability Map* im Auftrag der Stadt Wien erstellt (vgl. ECOTEN 2019). Diese kombiniert Klimadaten mit Sozialraumdaten, wodurch erhöhte Belastungen durch Hitze in verschiedenen Teilen der Stadt ausgemacht werden können. Laut Staller und Studer (2022) sind ein gesamtstädtisches Konzept und eine flächendeckende und partizipative Umgestaltung wichtig, da es bei kleinräumigen, teuren Neugestaltungen auch zu Gentrifizierungsprozessen kommen kann (vgl. ebd.: 48ff.). Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz sollen nach Behr und Ahaus (2016) 1) gemeinschaftlich, 2) vor Ort und 3) thematisch offen sein und einen Bezug zur Alltagswelt aufweisen.

2021 wurde von der derzeitigen Wiener Stadtregierung das Förderprogramm „Klimamusterstadt“ gestartet. Bis 2025 steht dazu ein Budget von jährlich 20 Millionen Euro zur Verfügung, mit dem Projekte finanziert werden sollen, die der Bodenentsiegelung, der Pflanzung von Bäumen und Grünflächen und dem Schwammstadtprinzip dienen. Ziel ist es, dass Wien bis 2040 CO₂-neutral wird. Ebenso verfolgen die „Smart City Rahmenstrategie“, das Klimaschutzprogramm KliP und InKA sowie der Stadtentwicklungsplan STEP 2025 diese Ziele.

3 Forschungsfeld

Für das Forschungsprojekt wurden drei Fallbeispiele innerhalb Wiens untersucht, in denen Beteiligungsverfahren stattfanden. Sie wurden in Hinblick auf ihre Verschiedenheit – der Demografie, der Verortung in Wien, der Funktion der Orte, der Organisation der Prozesse und der politischen Verhältnissen – ausgewählt, um eine Kontrastierung vornehmen zu können.

3.1 Fallbeispiel Lerchenfelderstraße

Die Umgestaltung der Lerchenfelderstraße wurde von den Bezirken Neubau (7.) und Josefstadt (8.) initiiert, um die Einkaufsstraße attraktiver und klimafitter zu gestalten. Die Organisation *StadtPsychologie* wurde mit der Koordination des Beteiligungsprozesses und des Projektteams beauftragt, wobei die Gebietsbetreuung und der Verein der Gewerbetreibenden *Lebendige Lerchenfelder Straße* eine aktive Rolle spielten.

–



Abb. 2: Beteiligungsprozess Lerchenfelderstraße (eigene Darstellung)

Das Projekt begann im Februar 2022 und die Aktivitäten erstreckten sich über die Jahre 2022 und 2023. Es zeichnet sich durch eine klare Organisationsstruktur aus: Neben wöchentlichen Jour Fixes und regelmäßigen Treffen des Steuerungsteams (beide Bezirksvorstehungen) gab es sogenannte Resonanzgremien mit mehreren Magistratsabteilungen, den Wiener Linien und Vertreter:innen von Vereinen und Bürger:inneninitiativen.

Im April 2022 wurden verschiedene Nutzungen der Straße anhand der Beobachtungen der Gebietsbetreuung erfasst. Die Involvierung der Bevölkerung erfolgte durch eine Straßenbefragung im Mai und Juni 2022. Im September 2022 wurden die Ergebnisse während zweier Abendveranstaltungen („Dialogforen“) in den Bezirksämtern mit Teilen der Anwohner:innenschaft diskutiert. Feedbackmöglichkeiten gab es auch im Kontext einer Ausstellung, die im Herbst 2022 im Büro des Vereins *Lebendige Lerchenfelder Straße* stattfand. Die Umgestaltung wurde bisher noch nicht umgesetzt.

3.2 Fallbeispiel Meidlinger Markt

Das zweite Beteiligungsverfahren fand im 12. Bezirk statt, es fokussierte das Gebiet rund um den Meidlinger Markt und ging von der Initiative *MeiMeidling* aus. *MeiMeidling* setzt sich für eine klimagerechte und partizipative Gestaltung im Bezirk ein. Anfänglich fand eine Steuerung und Anleitung durch die Gebietsbetreuung vor Ort statt. In weiterer Folge engagierte sich hauptsächlich die Bürger:inneninitiative für die Umgestaltung.

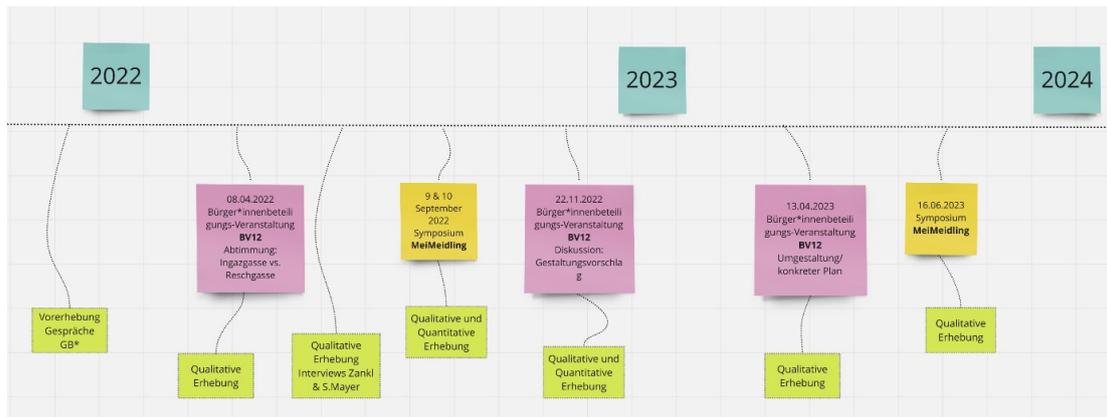


Abb. 3: Beteiligungsprozess Meidlinger Markt (eigene Darstellung)

Der spätere Beteiligungsprozess wurde direkt vom Bezirksvorsteher des 12. Bezirks in Form von drei Abendveranstaltungen übernommen, die zwischen April 2022 und April 2023 stattfanden. Parallel dazu fanden mehrere Grätzl-Treffen und das jährliche Klima-Grätzl-Fest von *MeiMeidling* statt. Letztere hatten einen informellen Charakter und zielten auf die Bewerbung der Initiative sowie die Bewusstseinsbildung bezüglich der Notwendigkeit von Klimawandelanpassungsmaßnahmen ab. Die Umsetzung der konkreten Umgestaltung einer Straße war für Frühjahr 2024 geplant.

3.3 Fallbeispiel Quellenplatz

Im dritten Beteiligungsverfahren ging es um die Gestaltung des Quellenplatzes im 10. Bezirk. Der Quellenplatz fungiert als Verkehrsknotenpunkt und zeichnet sich durch ein hohes Transitaufkommen und wenig Aufenthaltsqualität aus. Durch den Prozess sollte auf diese Probleme und die Notwendigkeit einer Verkehrsberuhigung hingewiesen werden.



Abb. 4: Beteiligungsprozess Quellenplatz (eigene Darstellung)

Die Umgestaltung des Quellenplatzes wurde im Juni 2021 von *WieNeu+* initiiert. Aufgrund der Komplexität der Umgestaltung eines Verkehrsknotenpunkts konzentrierte sich die Projektarbeit zuerst auf die Koordination mit verschiedenen Dienststellen der Stadt Wien und den Wiener Linien. Die Bürger:innenbeteiligung, die die Gebietsbetreuung 10 durchführte, hatte die Funktion, dass diverse Akteur:innen für eine notwendige Umgestaltung sensibilisiert werden. Die Involvierung der Bürger:innen begann im September 2021 mit informellen Straßenbefragungen. Die Haupterhebung fand im September 2022 während einer ganztägigen Freiluftwerkstatt statt. Eine konkrete Umgestaltung des Quellenplatzes wurde bisher noch nicht geplant.

4 Methodisches Vorgehen der Forschung

4.1 Qualitative Perspektive

Das Forschungsteam führte insgesamt 17 teilnehmende Beobachtungen (vgl. Slezak 2010) bei Versammlungen, Veranstaltungen, Workshops und Aushandlungsprozessen der drei untersuchten Fallbeispiele im Zeitraum von März 2022 bis November 2023 durch. Während der Beobachtungen wurden folgende Fragen berücksichtigt: Welche Themen werden von welchen Teilnehmenden aufgegriffen und behandelt? Welche Themen werden hingegen nicht aufgegriffen? Wie verlaufen diese Ausschlussprozesse?

Zudem wurden qualitative Dokumentenanalysen (vgl. Deutschmann 2014) von verschiedenen, von den Prozesstreibenden produzierten Quellen durchgeführt – darunter Nutzungs- und Sozialraumanalysen, Protokolle, Prozessbeschreibungen, Einladungen zu Beteiligungsveranstaltungen, Flyer, Poster sowie Ergebnisse von Befragungen. Diese wurden inhaltsanalytisch untersucht, um die Ziele der Prozesse, angewendete Methoden und die sich im Laufe der Zeit durchsetzenden Interessen zu erfassen. Insgesamt wurden 40 fremde Quellen analysiert.

Parallel dazu fanden insgesamt neun Gespräche, Expert:inneninterviews und Fokusgruppen (vgl. Dannecker/Vossemer 2014) mit den Prozesstreibenden statt, die zu verschiedenen Zeitpunkten der Forschung und mit unterschiedlichen Zwecken durchgeführt wurden: zum Feldeinstieg, zur Klärung offener Fragen bezüglich der Prozesse, zu den angewendeten Methoden und erreichten Personen sowie zur Reflexion der vorläufigen Ergebnisse mit den Prozesstreibenden am Ende der Forschung.

4.2 Quantitative Perspektive

Zur Bearbeitung der Frage, welche Menschen bei der Entwicklung öffentlicher Räume einbezogen bzw. ausgeschlossen werden, umfasste das Mixed-Methods-Design (vgl. Slezak 2014) zusätzlich zu den qualitativen Erhebungen auch standardisierte Befragungen. Mittels dieses quantitativen Verfahrens sollte die soziale Reichweite der Prozesse erhoben werden, wie sie auch im *Masterplan Partizipative Stadtentwicklung* (vgl. MA 21 2017: 96) beschrieben wird: „Für das Gelingen von Beteiligungsprozessen ist darauf zu achten, dass sich möglichst viele und unterschiedliche Personen beteiligen.“ Dementsprechend richteten sich die quantitativen Befragungen an jene Personen, die in den drei Fallstudien im Forschungszeitraum durch die Partizipationsmaßnahmen erreicht wurden. Als „in die Entwicklung öffentlicher Räume einbezogen“ wurden folglich alle Personen betrachtet, die an den Partizipationsangeboten der prozesstreibenden Akteur:innen teilnahmen. Zum einen gewährte die Befragung Einblicke in ihre Wahrnehmung der Stadtentwicklung und diente zur Triangulation mit den qualitativen Daten. Zum anderen erweiterte der quantitative Ansatz die Möglichkeiten einer Charakterisierung der einbezogenen Personengruppen anhand abgefragter sozio-demographischer Merkmale. Dadurch konnten die Befragten mit der Grundgesamtheit all jener Personen verglichen werden, die von den prozesstreibenden Akteur:innen adressiert wurden.

Für die Auseinandersetzung mit eventuell exkludierten Personengruppen anhand sozio-demographischer Merkmale konnten verfügbare Bevölkerungsdaten herangezogen werden, die mit den Daten aus der Befragung verglichen wurden. Die Magistratsabteilung 23 der Stadt Wien (MA 23) stellte für das Forschungsprojekt aggregierte Bevölkerungsdaten auf Ebene der Zählsprenkel zur Verfügung. Die Auswahl der entsprechenden Zählsprenkel je Fallstudie erfolgte anhand der von den Prozesstreibenden adressierten Referenzgebiete. Für die beschriebenen Referenzgebiete der drei Fallstudien wurden von der MA 23 aggregierte Bevölkerungsdaten für insgesamt 32 Zählsprenkel in Wien zur Verfügung gestellt. Die zugrundeliegenden Daten der *Statistik Austria* wurden am 31.10.2020 erhoben und umfassen insgesamt 36.502 Personen (Lerchenfelderstraße: 20.738; Meidlinger Markt: 6.140; Quellenplatz: 9.624). Für das Fallbeispiel Lerchenfelderstraße wurden außerdem Sekundärdaten einer Sozialraumerhebung und Straßenbefragung (LeFe) herangezogen, die von den Prozesstreibenden (Gebietsbetreuung Stadterneuerung [GB*]) im Mai und Juni 2022 durchgeführt wurden.

Der entwickelte Fragebogen umfasste zehn Fragen und gliederte sich in die zwei Bereiche „Umgestaltungsthemen“ und „Sozio-Demographie“. Es wurden insgesamt 264 Teilnehmende bei sieben Veranstaltungen befragt, die von den Prozesstreibenden der drei Fallstudien zu Partizipationszwecken zwischen September 2022 und Mai 2023 durchgeführt wurden. Zusätzlich wurden zwischen Oktober 2022 und Jänner 2023 mit einer Online-Version des Fragebogens

insgesamt 38 Personen befragt, die von den Prozesstreibenden einen Teilnahmelink per E-Mail erhielten.



Abb. 5: Quantitative Befragungen. Dialogforum Lerchenfelderstraße.

5 Forschungsergebnisse

5.1 Inklusion – Exklusion

Die quantitative Erhebung zeigte deutlich, dass gesellschaftlich benachteiligte Gruppen auch bei Beteiligungsprozessen nur sehr eingeschränkt inkludiert wurden. Bei den Merkmalen Staatsangehörigkeit, Bildungsabschluss und Beschäftigung zeigten sich in allen Fallbeispielen statistisch signifikante Unterschiede ($\alpha=0,05$) zwischen den Beteiligten und der jeweiligen Referenzbevölkerung: Drittstaatsangehörige, Personen mit Pflichtschulabschluss und Arbeitslose wurden mit den Beteiligungsangeboten weniger erreicht bzw. konnten teilweise gar nicht erreicht werden.

Personen mit Pflichtschulabschluss wurden am Meidlinger Markt und bei der Lerchenfelderstraße nicht erreicht (während diese Personengruppe in den Referenzbevölkerungen 26% und 12% ausmacht); lediglich am Quellenplatz gaben 24% der erreichten Personen an, als höchsten Bildungsabschluss einen Pflichtschulabschluss zu haben (versus 43% in der Referenzbevölkerung).

Vergleich demographischer Merkmale	Bildungsabschluss				Lesebeispiel: Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 0% (0,00) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 12% (0,12). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).
	Pflichtschule	Lehre/BMS	AHS/BMS	Uni/FH	
Fallbeispiele					
Lerchenfelderstraße	0,00 ↓* 0,12	0,04 ↓* 0,20	0,19 ↓* 0,22	0,77 ↑* 0,46	
Meidlinger Markt	0,00 ↓* 0,26	0,08 ↓* 0,31	0,15 ↓* 0,18	0,77 ↑* 0,25	
Quellenplatz	0,24 ↓* 0,43	0,29 ↓* 0,31	0,26 ↑* 0,14	0,21 ↑* 0,12	

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 1: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf den Bildungsabschluss (eigene Darstellung).

Die Daten zeigen deutlich, dass Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss besser und Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss schlechter erreicht wurden. Ähnliche Inklusions- bzw. Exklusionsprozesse zeigten sich auch in Bezug auf das Merkmal Beschäftigung: Arbeitslose Personen wurden bei der Lerchenfelderstraße im Beteiligungsprozess nicht erreicht (in der Referenzbevölkerung sind 5% arbeitslos); am Meidlinger Markt gaben 3% der Erreichten Personen an, arbeitslos zu sein (versus 10% in der Referenzbevölkerung) und am Quellenplatz waren 5% der Erreichten arbeitslos (versus 14% in der Referenzbevölkerung). Erwerbstätige und Pensionist:innen waren bei den Beteiligungsprozessen stärker als in der Referenzbevölkerung vertreten.

Vergleich demographischer Merkmale	Beschäftigungssituation				Lesebeispiel: Anteil der arbeitslosen Personen ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 0% (0,00) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 5% (0,05). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).
	Arbeitslos	Erwerbstätig	Pension	Sonstige	
Fallbeispiele					
Lerchenfelderstraße	0,00 ↓* 0,05	0,63 ↑* 0,58	0,29 ↑* 0,17	0,08 ↓* 0,20	
Meidlinger Markt	0,03 ↓* 0,10	0,71 ↑* 0,55	0,16 ↓* 0,17	0,10 ↓* 0,18	
Quellenplatz	0,05 ↓* 0,14	0,45 ↓* 0,50	0,37 ↑* 0,15	0,13 ↓* 0,21	

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 2: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf die Beschäftigungssituation (eigene Darstellung).

Auch bei der Staatsangehörigkeit zeigten sich ähnliche Ergebnisse: Bei der Lerchenfelderstraße wurden keine Drittstaatsangehörigen erreicht, die in der Referenzbevölkerung allerdings 13% ausmachen; am Meidlinger Markt gab 1% der Erreichten an, Drittstaatsangehörige:r zu sein (versus 27% in der Referenzbevölkerung); lediglich am Quellenplatz lag der Anteil an Drittstaatsangehörigen bei 13% (versus 39% in der Referenzbevölkerung). Aber auch ausländische EU-Bürger:innen wurden

in allen drei Fallbeispielen weniger erreicht, als sie in der Referenzbevölkerung vertreten sind.

Vergleich demographischer Merkmale	Staatsangehörigkeit		
	Österreich	EU	Drittstaat
Fallbeispiele			
Lerchenfelderstraße	0,96 ↑* 0,70	0,04 ↓* 0,17	0,00 ↓* 0,13
Meidlinger Markt	0,84 ↑* 0,53	0,15 ↓* 0,20	0,01 ↓* 0,27
Quellenplatz	0,77 ↑* 0,40	0,10 ↓* 0,21	0,13 ↓* 0,39

Lesebeispiel:
Anteil der Personen mit Staatsangehörigkeit Österreich ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 96% (0,96) höher (↑) als im Referenzgebiet mit 70% (0,70). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 3: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf die Staatsangehörigkeit (eigene Darstellung).

Ebenfalls signifikante Unterschiede ($\alpha=0,05$) zwischen den erreichten Personen in allen Fallbeispielen und der jeweiligen Referenzbevölkerung zeigten sich hinsichtlich des Alters: Bei den 15- bis 24-Jährigen lag der Anteil der erreichten Personen bei der Lerchenfelderstraße bei 4% (gegenüber 14% in der Referenzbevölkerung) und beim Meidlinger Markt bei 6% (gegenüber 13%); lediglich am Quellenplatz lag der Anteil der Erreichten mit 13% etwas weniger deutlich unter den 16% der Referenzbevölkerung.

Vergleich demographischer Merkmale	Alter		
	15-24	25-64	ü65
Fallbeispiele			
Lerchenfelderstraße	0,04 ↓* 0,14	0,72 ↑* 0,69	0,24 ↑* 0,17
Meidlinger Markt	0,06 ↓* 0,13	0,83 ↑* 0,71	0,11 ↓* 0,16
Quellenplatz	0,13 ↓* 0,16	0,64 ↓* 0,70	0,23 ↑* 0,14

Lesebeispiel:
Anteil der Personen im Alter zwischen 15-24 Jahren ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 4% (0,04) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 14% (0,14). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 4: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf die Altersgruppen (eigene Darstellung).

Jüngere Menschen wurden also weniger gut erreicht als andere Altersgruppen. Die schwächere Repräsentation der Interessen von Jugendlichen und Kindern in den Beteiligungsprozessen wurden auch in der qualitativen Auswertung sichtbar (vgl. L19e, L20e, M12e).

Statistisch signifikante ($\alpha=0,05$) Unterschiede bei der Geschlechterverteilung zeigten sich indes lediglich beim Fallbeispiel Quellenplatz, wo mit 58% erreichten weiblichen Personen

gegenüber 47% in der Referenzbevölkerung mehr Frauen erreicht werden konnten.

Vergleich demographischer Merkmale	Geschlecht		
	weiblich	männlich	
Fallbeispiele			Lesebeispiel: Anteil der Personen, die als Geschlecht weiblich angaben ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 46% (0,46) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 52% (0,52). Der Unterschied ist statistisch nicht signifikant ($\alpha = 0,05$).
Lerchenfelderstraße	0,46 ↓ 0,52	0,54 ↑ 0,48	
Meidlinger Markt	0,58 ↑ 0,50	0,42 ↓ 0,50	
Quellenplatz	0,58 ↑* 0,47	0,42 ↓* 0,53	

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 5: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf Geschlecht (eigene Darstellung).

Mittels der Auswertung des qualitativen Forschungsmaterials und der Triangulation mit den quantitativen Ergebnissen konnten verantwortliche Faktoren für die Inklusion bzw. Exklusion bestimmter Gruppen gefunden werden, die in Folge dargestellt werden.

5.2 Programmatik (Prozesssteuerung)

Die starke Fokussierung der Stadt Wien auf Klimaneutralität spiegelt sich in den Programmatiken der drei Beteiligungsprozesse wider, auch wenn diese insgesamt sehr unterschiedlich sind. Die Auswertung des Datenmaterials zeigte deutlich, dass bestimmte Themen, die mit Klimawandelanpassungsmaßnahmen verbunden waren, bereits bei der Konzeption der Beteiligungsprozesse vorgegeben wurden. Gleichzeitig wurden Inhalte, die im Widerspruch zur Programmatik stehen, weniger thematisiert. In allen drei Prozessen wurde der Schwerpunkt auf die Klimathematik durch das Förderprogramm „Lebenswerte Klimamusterstadt“ der Stadt Wien begründet (vgl. Q6f, M1e, M7e, M12e). Dadurch ergab sich eine Spannung zwischen der Offenheit der Prozesse sowie dem Ziel, möglichst viele Interessen einzubinden, und der Notwendigkeit von Klimawandelanpassungen.

Die vorgegebene Programmatik beeinflusste bei den Fallstudien Meidlinger Markt und Lerchenfelderstraße den Leitfaden der jeweils im Mai 2023 und September 2022 im Rahmen der Bürger:innen-Beteiligung durchgeführten Straßenbefragungen insofern, als die gestellten Fragen gezielt auf verschiedene Klimawandelanpassungsmaßnahmen eingingen (vgl. M5f, L8f). Im Gegensatz dazu agierten die Prozesstreibenden beim Quellenplatz ergebnisoffener und methodisch inkludierend, was mit dem unterschiedlichen Stellenwert der Beteiligung in dieser Fallstudie erklärt werden kann. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Prozesstreibenden im Verlauf des Prozesses bewusst entschieden haben, welche Interessen gestärkt und welche geschwächt werden.

Partizipationsprozesse wurden demnach genutzt, um bereits feststehende Projektziele zu erreichen und zu legitimieren. In anderen Worten: Die Prozessbetreiber:innen – sowohl Fachstellen als auch Bürger:inneninitiativen – instrumentalisieren die Anwohner:innen und Nutzer:innen öffentlicher Räume.

Die stark vorgegebene Programmatik der Prozesse führte in Folge nicht nur dazu, dass verschiedene Themen nicht aufgegriffen wurden, sondern auch dass bestimmte Personengruppen, deren Interessen nicht mit den vordefinierten Inhalten übereinstimmen oder die nicht über ein bestimmtes Vorwissen verfügen, ausgeschlossen wurden.

5.3 Partizipationsmethoden

Die angewendeten Partizipationsmethoden nehmen Einfluss auf die Inklusion in die bzw. Exklusion aus den Beteiligungsprozessen. Das Forschungsprojekt zeigt, dass die Gestaltung des öffentlichen Raums die Beteiligung und das Interesse der Bürger:innen erhöhen kann. Die Vielfalt der Methoden trug dazu bei, den öffentlichen Raum für verschiedene Bevölkerungsgruppen zugänglicher und erlebbarer zu machen. Beispielsweise wurde der öffentliche Raum in Meidling durch Veranstaltungen wie das Klima-Grätzl-Fest und Maßnahmen wie das Aufstellen von Topfpflanzen und das Auslegen grüner Gras-Teppiche erlebbar gemacht (vgl. M10e). Ähnliches wurde am Quellenplatz beobachtet: Aktionen wie die Freiluftwerkstatt zielten darauf ab, das Interesse an der Umgestaltung zu wecken und die Raumwahrnehmung zu schulen (vgl. Q1e, Q9).



Grafik 6: Freiluftwerkstatt am Quellenplatz.

In der Lerchenfelderstraße wurden die unterschiedlichen Wirkungen verschiedener Methoden besonders sichtbar. Die Straßenbefragung konnte sehr viele unterschiedliche Menschen erreichen, während die hochschwelligeren Dialogforen stärker exkludierend wirkten. Das zeigt sich auch in der quantitativen Auswertung. Hinsichtlich der Beschäftigungssituation zeigt der Vergleich zwischen 1.) der Straßenbefragung LeFe der Gebietsbetreuung (GB*) bei der Lerchenfelderstraße, den 2.) während des Forschungsprojekts Befragten und 3.) dem Referenzgebiet statistisch signifikante Unterschiede ($\alpha=0,05$): Die Straßenbefragung erreichte eher die Referenzbevölkerung als die im Forschungsprojekt untersuchten Dialogforen.

Beschäftigungssituation	Straßenbefragung LeFe (GB*) (n=612)	Befragungen Forschungsprojekt (n=49)	Referenzgebiet Lerchenfelderstraße (n=18.623)
Arbeitslos	1,0%	0,0%	5,4%
Erwerbstätig	57,0%	63,3%	58,4%
Pension	17,0%	28,6%	16,6%
Sonstige	25,0%	8,2%	19,6%

Tabelle 2: Vergleich der Befragung LeFe, Forschungsprojekt und Referenzgebiet hinsichtlich der Beschäftigung.

Die Straßenbefragung erreichte hinsichtlich der Beschäftigungsverteilung eher die Referenzbevölkerung als die im Forschungsprojekt untersuchten Beteiligungsangebote. Ein weiterer Aspekt war die zeitliche Gestaltung der Dialogforen, die ausschließlich abends stattfanden und somit Personen mit Betreuungspflichten tendenziell ausschlossen. Kinder und Jugendliche waren ebenfalls kaum vertreten. Diese zeitliche Barriere zeigt, dass die Berücksichtigung von Lebensumständen und Alltagsverpflichtungen der Bürger:innen entscheidend ist, um eine breite und inklusive Beteiligung zu gewährleisten (vgl. L19e).

Insgesamt zeigt sich, dass Partizipationsmethoden einen großen Einfluss auf die Inklusion in Beteiligungsprozessen haben. Eine vielfältige und erlebbare Gestaltung des öffentlichen Raums kann das Interesse und die Teilnahme von Anwohner:innen erhöhen, führt aber nicht zwangsläufig

zu einer längerfristigen aktiven Beteiligung im Umgestaltungsprozess. Niedrigschwellige Methoden sind entscheidend, um eine breite und nachhaltige Beteiligung zu gewährleisten.

5.4 Exklusion, Habitus und Symbolik

Bei der Analyse der Exklusionsmechanismen innerhalb der partizipativen Prozesse spielten die Dimensionen Symbolik, Raum und Habitus eine wichtige Rolle. Niederschwellige Beteiligungsmethoden zeichnen sich dadurch aus, dass sie in lebensweltlich vertrauten Räumen stattfinden und somit eine größere Nähe zu den Bürger:innen aufweisen. Diese Methoden finden häufig im öffentlichen Raum statt und sind in der Regel informell, wodurch sie niedrigere Zugangshürden haben. Die Bürger:innen können in ihrer gewohnten Umgebung angesprochen werden, was die Bereitschaft zur Teilnahme erhöht und wodurch eine breitere Bevölkerungsschicht erreicht werden kann.

Im Gegensatz dazu stehen hochschwellige Beteiligungsmethoden wie Dialogforen, die oft im formellen Rahmen eines Bezirksamts stattfinden und wo die Architektur und Einrichtung Autorität ausstrahlen. Die Sitzreihen, die frontal zu einem Pult für die Redner:innen angeordnet sind, schaffen eine klare Trennung zwischen den Prozesstreibenden und den Teilnehmer:innen. Dieses Setting kann eine distanzierte Atmosphäre erzeugen und das Gefühl der Nähe und Partizipation mindern. Die Symbolik dieser Räume trägt ebenfalls zur Exklusion bei. Die formelle Kleidung der Prozesstreibenden und Verwaltungsmitarbeiter:innen unterstreicht die hierarchische Struktur. Diese äußeren Merkmale können auf bestimmte Gruppen potenziell abschreckend wirken.



Abb. 7: Dialogforum im Bezirksamt, Fallbeispiel Lerchenfelderstraße.

Es zeigt sich, dass hochschwellige Beteiligungsformate bestimmte Bevölkerungsgruppen tendenziell ausschließen, während niederschwellige Ansätze eine breitere und inklusivere Partizipation fördern können. Um partizipative Prozesse inklusiver zu gestalten, ist es daher essenziell, die symbolischen und räumlichen Rahmenbedingungen bewusst zu gestalten und an die Lebenswelten der Bürger:innen anzupassen.

5.5 Zeit als Ausschlussfaktor in Partizipationsprozessen

Die Forschung zeigt, dass die Exklusion von Bürger:innen und Nutzer:innen sowie von bestimmten Interessen im Laufe der Zeit zunimmt. Während am Beginn noch relativ viele unterschiedliche Menschen erreicht werden konnten, nahm die Diversität und die Quantität der Beteiligten im Laufe der Zeit ab. Ausschlusseffekte zeigten sich besonders dann, wenn die Prozesse komplexer wurden, beispielsweise in Bezug auf die Aushandlung unterschiedlicher Interessen bzw. auf das Treffen notwendiger Entscheidungen. Das zeigt beispielsweise der Vergleich zwischen der Straßenbefragung in der Lerchenfelderstraße und dem Dialogforum: Während an der initialen Straßenbefragung etwa 600 Personen teilnahmen, waren bei den späteren Dialogforen insgesamt etwa 40 Personen anwesend (vgl. L26f). Ähnliches zeigte sich in Meidling: Im Laufe der Zeit wurden

die Bürger:innen-Versammlungen immer schwächer besucht (vgl. M2e, M12e, M13e). Während sich die erste Veranstaltung breiter mit klimafitten Maßnahmen beschäftigte, ging es bei den späteren um die konkrete Umgestaltung einer Gasse. Die Beteiligungsqualität war dabei sehr hoch; die anwesenden Bürger:innen nahmen Einfluss auf die Entscheidungen der Planer:innen. Allerdings waren am Ende der letzten Veranstaltung nur noch 4-5 Personen anwesend (vgl. M13e).

5.6 Ausschluss durch politische Prozesse und Verwaltungsstrukturen

Wesentliche Faktoren, die sich auf den Ausschluss von Bürger:innen auswirken, sind die politischen Prozesse und die Verwaltungsstrukturen. Zwei Aspekte werden in unserer Forschung besonders sichtbar. Erstens ist die Komplexität der Umgestaltungen aufgrund der Involvierung zahlreicher Verwaltungsabteilungen und Expert:innen für Bürger:innen nur begrenzt erfassbar und verständlich – selbst innerhalb der Verwaltung ist es fordernd, die unterschiedlichen rechtlichen, politischen und inhaltlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Sichtbar wurde das in den Fallstudien beispielsweise in den Dialogforen bei der Lerchenfelderstraße, wo die unterschiedlichen Akteur:innen der Verwaltung (von Magistratsabteilungen bis zu den Wiener Linien) sehr präsent waren. Deutlich wird dadurch, dass die Verwaltung wesentlich mehr Zeit aufwendet als die Bürger:innen, um der Komplexität der Umgestaltungen gerecht werden zu können. Die Koordination der Verwaltung erfolgt denn auch in Sitzungen ohne Bürger:innen-Beteiligung – vor, während und nach den jeweiligen Beteiligungsprozessen. Ähnliches trifft auf die politischen Prozesse zu. Nicht nur die Bezirksvorstehung bzw. die Bezirksvertretung mit den unterschiedlichen Fraktionen, sondern auch die Eingebundenheit unterschiedlicher politischer Ebenen (Bezirk – Stadt) erhöhen die Komplexität der Prozesse.

Das verweist auf den zweiten Aspekt: Sowohl durch die Ressourcen, aber auch aufgrund ihrer Legitimation verfügen Verwaltung und Politik im Vergleich zu Bürger:innen über mehr Macht. Auf Verwaltungsebene werden die notwendigen Entscheidungen zumindest vorbereitet, auf politischer Ebene wird letztlich entschieden (vgl. Q21e, L23e). Bürger:innen-Beteiligung kann hier als „Störfaktor“ für die komplexen Prozesse in Politik und Verwaltung gesehen werden. Sie scheint nur eingeschränkt in die Prozesse integriert zu sein. Die Forschungsergebnisse zeigen deutlich, dass diese Prozesse zu Ausschlüssen von Bürger:innen und ihren Interessen führen.

6 Empfehlungen

Bürger:innen-Beteiligung strukturell besser verankern

Beteiligungsverfahren sollten in den Verwaltungsstrukturen stärker verankert werden. Eine stärkere Verankerung würde die Machtungleichheit zwischen Verwaltung und Bürger:innen zwar nicht

auflösen, könnte aber dazu führen, dass Beteiligungsverfahren als „konstruktive Störung“ in die Verwaltung eingebunden und erlebt werden.

Transparenz über Partizipationsspielräume

Die Forschung zeigt, dass Bürger:innen insbesondere bei den konkreten Entscheidungen nur eingeschränkt eingebunden werden. Deutlich wird auch, dass politische Grundsatzentscheidungen schon vor dem Beginn von Beteiligungsverfahren erfolgen – u.a. zu Klimamaßnahmen. Aus der Perspektive des Forschungsprojektes ist es zu begrüßen, wenn grundlegende politische Entscheidungen vorab getroffen werden. Dies ermöglicht, dass die Interessen der Menschen, die besonders auf öffentliche Räume angewiesen sind, a priori in die Umgestaltungen inkludiert werden. Programmatiken für eine klimafitte Stadt sorgen darüber hinaus dafür, Städte so zukunftsfähig zu gestalten, dass sie auch für nachfolgende Generationen noch als lebenswerte Orte erhalten bleiben. Gleichzeitig macht die Forschung deutlich, dass bereits getroffene Entscheidungen noch transparenter kommuniziert werden müssen. Alle Beteiligten müssen darüber informiert werden, worüber im Verfahren verhandelt werden kann und was außer Streit steht. Lediglich ein Programmname reicht nicht, um diese Partizipationsspielräume klarzumachen. Diese Transparenz kann Exklusionsprozesse zwar nicht endgültig beseitigen. Sie macht diese aber nachvollziehbarer.

Relativierung überhöhter Ansprüche

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass Beteiligungsverfahren im Rahmen der Umgestaltung öffentlicher Räume nur sehr eingeschränkt emanzipatorische Prozesse ermöglichen. Wenn überhaupt können nur wenige inkludierte Bürger:innen Empowerment-Erfahrung machen. Ansprüche an Partizipationsprozesse, die Emanzipation von Bürger:innen zu befördern oder deren Vertrauen in Verwaltung und Politik zu erhöhen, scheinen zu hoch zu greifen. Insbesondere Begleitungs-Expert:innen ist zu empfehlen, eigene Erwartungen an die Prozesse zu überprüfen, um diese nicht zu überladen und Frustration bei sich selbst und beteiligten Akteur:innen auszulösen.

Überprüfung der Reichweite des jeweiligen Beteiligungsverfahrens

Um Exklusionsprozessen entgegenwirken zu können, ist es empfehlenswert, laufend zu überprüfen, welche Gruppen inkludiert und welche Gruppen im Verfahren ausgeschlossen werden. Dazu könnten Bevölkerungsdaten herangezogen werden, um zumindest grob zu überprüfen, wer vom Verfahren nicht erreicht wurde.

Anwendung lebensweltnaher, raumbezogener Partizipationsmethoden

Empfohlen werden Partizipationsmethoden, die sich nah am Alltag der Bürger:innen befinden und den umzugestaltenden Raum erlebbar machen. Befragungen sowie Aktionen im öffentlichen Raum und lebensweltnahe Methoden (wie Feste oder „planning for real“) eignen sich gut dazu, viele unterschiedliche Menschen anzusprechen – sie wirken inklusiv. Empfehlenswert ist zudem, einfache Sprache(n) zu verwenden und eine alltagsnahe Symbolik zu berücksichtigen. Je öfter inkludierende Methoden angewendet werden, umso breiter und diverser kann die Beteiligung werden. Die Forschung zeigt auch, dass die Anwendung unterschiedlicher Methoden die Inklusion unterschiedlichster Menschen befördert. Empfehlenswert ist es außerdem, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die spezifische Interessen aktiv einbringen können, beispielsweise solche aus den Bereichen Jugendarbeit oder aufsuchende Soziale Arbeit.

Ausübung unterschiedlicher Funktionen durch Beteiligungsexpert:innen

Beteiligungsexpert:innen kommen unterschiedliche Funktionen in den Verfahren zu. Einerseits sollen sie zwischen unterschiedlichen Interessen vermitteln, andererseits müssen sie darauf achten, dass weniger mächtige Interessen nicht ausgeschlossen werden. Um diese widersprüchlichen Rollen wahrnehmen zu können, empfiehlt sich eine personelle Trennung dieser Funktionen durch die Beteiligungsexpert:innen.

7 Zusammenfassung

Das vorliegende Forschungsprojekt zeigt, dass Bürger:innen nur begrenzt in Umgestaltungsprozesse in öffentlichen Räumen inkludiert werden. Die Beteiligungsprozesse scheinen eher der Legitimation zu dienen. Die Forschung verdeutlicht, dass Beteiligungsprozesse stark von Akteur:innen genutzt werden, um eigene Interessen durchzusetzen. Das bevorzugt Akteur:innen aus Politik und Verwaltung sowie stark organisierte Bürger:innengruppen. Deutlich wird außerdem, dass Gruppen, die tendenziell gesellschaftlich ausgeschlossen sind, auch in Beteiligungsverfahren kaum erreicht werden können. Bemerkenswert ist dabei, dass sich dies auch bei fachlich und methodisch gut gestalteten Verfahren zeigt. Obwohl niederschwellige und lebensweltnahe Methoden zur Anwendung kamen, konnte der Exklusion von benachteiligten Gruppen kaum entgegengewirkt werden. Das zeigte sich insbesondere im zeitlichen Verlauf der Projekte.

Die Forschung zeigt aber auch, dass alltagsweltliche und raumbezogene Methoden zumindest punktuell inklusiv wirken. Das legt nahe, dass Beteiligungsmethoden zwar Einfluss auf die Inklusion benachteiligter Gruppen und Interessen nehmen können, dass andere Faktoren allerdings umso stärker auf die Exklusion wirken. Insbesondere die Komplexität der Prozesse in Politik und

Verwaltung wirkt sich negativ auf die Inklusion von Bürger:innen aus – sowohl was die Quantität als auch was die Diversität der Beteiligung betrifft. Die Programmatik von Beteiligungsformaten und der Druck, klimafitte Umgestaltungen durchzuführen, stehen dabei quer zur Offenheit von Partizipationsprozessen. Interessen, die im Widerspruch zu einer festgelegten Programmatik stehen, werden tendenziell ausgeschlossen – auch mit der Begründung, dass Klimamaßnahmen in öffentlichen Räumen allen zugutekommen, insbesondere Menschen, die auf öffentliche Räume mehr angewiesen sind.

Zu empfehlen ist daher nicht nur eine größtmögliche Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsspielräume, die Anwendung vielfältiger lebensweltlicher Partizipationsmethoden, die gezielte Einbeziehung von Organisationen marginalisierter Bevölkerungsgruppen, sondern v.a. auch die stärkere strukturelle Verankerung von Beteiligungsprozessen.

Verweise

ⁱ Der Begriff „Bürger:innen“ bezieht sich in diesem Artikel auf Menschen, die in einem Gebiet (z.B. einer Stadt) einen wichtigen Teil ihres Lebens verbringen, im Sinne einer „Stadtbürger:innenschaft, unabhängig von zugestandenem oder verweigerten politischen Bürger:innen-Rechten (vgl. MA 21 2017: 52).

Literaturverzeichnis

Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.) (2023): Die Armutskonferenz. Es brennt. Armut bekämpfen. Klima retten. Norderstedt: BoD.

Arbter, Kerstin (2014): Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln. Werkstattbericht 127. Wien: Magistrat der Stadt Wien.

Arbter, Kerstin/Handler, Martina/Purker, Elisabeth/Tappeiner, Georg/Trattnigg, Rita (2005): Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Wien: ÖGUT.

Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Unter Mitarbeit von Martin Becker, Jürgen E. Schwab und Cornelia Kricheldorf. Stuttgart: Kohlhammer.

Behr Friederike/Ahaus Björn (2016): „Lebensweltbezug“ im kommunalen Klimaschutz: ein Plädoyer für gemeinsame Maßnahmenentwicklung in den Stadtteilen. In: Ergebnisse aus dem Projekt Klima-Initiative Essen für Wissenschaft und Praxis, 9. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:464-20161207-154213-2>

Bukow, Wolf-D./Berding, Nina/Cudak, Karin (2018): Die kompakte Stadt der Zukunft. Das Quartier als Referenzrahmen für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Stadtgesellschaft. In: Dies. (Hg.): Die kompakte Stadt der Zukunft. Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–28.

Dannecker, Petra/Vossemer, Christiane (2014): Qualitative Interviews in der Entwicklungsforschung. Typen und Herausforderungen. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, S. 153–175.

Deutschmann, Anna (2014): Inhaltsanalysen. Qualitative Verfahren der Textanalyse und Textinterpretation. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, S. 94–110.

Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hg.) (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
ECOTEN (2019): Urban Heat Vulnerability Map 2019, Urban Comfort – City of Vienna. <https://urban-comfort.eu/portfolio/city-of-vienna/> (27.11.2024).

Haunold, Michaela (2023): Den Öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten. Eine Ideensammlung. In: Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.): Die Armutskonferenz. Es Brennt. Armut bekämpfen. Klima retten. BoD, S. 179–182.

Kirsch-Soriano da Silva, Katharina/Stoik, Christoph (2023): Die Rolle von Sozialer Arbeit beim Gestalten von Räumen für marginalisierte Gruppen in der Stadt anhand von zwei Wiener Fallbeispielen. In: Janett, Sandra/Oehler, Patrick (Hg.): Soziale Arbeit, Marginalisierung und Stadt. Wiesbaden: Springer VS, S. 111–126.

Kronauer Martin/Häußermann, Hartmut (2019): Inklusion – Exklusion als strukturierendes Element des Sozialraums. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.): Handbuch Sozialraum: Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–202.

Liedholz, Yannick (2023): Klimagerechte Soziale Arbeit. Drei Schritte auf dem Weg dorthin. In: Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.): Die Armutskonferenz. Es Brennt. Armut bekämpfen. Klima retten. BoD, S. 189–196.

MA 21 – Magistratsabteilung der Stadt Wien für Stadtteilplanung und Flächenwidmung (2017): Masterplan partizipative Stadtentwicklung. Frühzeitiges Beteiligen der Bevölkerung an städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen. Werkstattbericht 11/2. Magistrat der Stadt Wien.

Slezak, Gabriele (2014): Von Wahrnehmung und Erfahrung. Überlegungen zu explorativen Beobachtungsverfahren. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, S. 176–196.

Staller, Susanne/Studer, Heide/Szeiler, Michael/Terzic, Laurentius (2022): Klimagerechtigkeit im öffentlichen Raum. Vision Wiener Klimastraßen. In: Stadtpunkte, 39, S. 7–99.

Stoik, Christoph (2021): Sozialräumliche Soziale Arbeit als emanzipatorische Praxis. In: Kogler, Raphaela/Hamedinger, Alexander (Hg.): Interdisziplinäre Stadtforschung. Bielefeld: transcript, S. 99–116.

Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph /Troxler, Ueli (Hg.) (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Zmerli, Sonja (2011): Soziales Kapital und politische Partizipation. In: Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 31–44.

Über die Autor:innen

Sophie Gaidoschik

sophie.gaidoschik@gmx.at

Ist als Sozialpädagogin tätig und arbeitet nebenbei an unterschiedlichen Forschungsprojekten des Forschungszentrums für Soziale Arbeit an der FH Campus Wien mit.

Johannes Gorbach

johannes.gorbach@hotmail.com

Ist Absolvent der Sozialwissenschaften und des Masterstudiums Sozialraumorientierte Soziale Arbeit und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FH Campus Wien, als Scientific Advisor bei der „Social Innovation Research Unit“, als Beiratsmitglied bei der *Plattform gegen Einsamkeit in Österreich* und als Prozessverantwortlicher für Wirkungsevaluierung beim *Wiener Hilfswerk* tätig.

Elena Mitrenova

elena.mitrenova@fh-campuswien.ac.at

Forscht und lehrt im Bereich der nachhaltigen Architektur und Stadtentwicklung als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department Bauen und Gestalten der FH Campus Wien.

Christoph Stoik

christoph.stoik@fh-campuswien.ac.at

Forscht und lehrt am Department Soziales an der FH Campus Wien zu Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum, im sozialen Wohnbau und in der Stadtentwicklung.

Elisabeth Winkler

el.winkler87@gmail.com

Ist Absolventin des Masterstudiengangs Sozialraumorientierte und Klinische Soziale Arbeit der FH Campus Wien.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

**Die imperiale Lebensweise und
der Anspruch auf Klimagerechtigkeit**
Soziale Arbeit im Spannungsfeld

Sarah Hafiz & Johanna Gürtl

Sarah Hafiz & Johanna Gürtl. Die imperiale Lebensweise und der Anspruch auf Klimagerechtigkeit. Soziale Arbeit im Spannungsfeld. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Wien.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/818/1539>

Zusammenfassung

Angesichts der durch die Klimakrise verschärften sozialen Ungleichheiten ist es für eine klimagerechte Soziale Arbeit notwendig, ihre Theoriebestände zu erweitern. Dieser Artikel untersucht, wie das Konzept der imperialen Lebensweise die klimagerechte Soziale Arbeit ergänzen kann. Indem die Hegemonie eben dieser Lebensweise in den Fokus rückt, ergeben sich für eine klimagerechte Soziale Arbeit neue Widersprüche: Einerseits engagiert sie sich für Klimagerechtigkeit, andererseits ist sie selbst Teil der imperialen Lebensweisen. Die klimagerechte Soziale Arbeit steht daher vor der Herausforderung, kollektive Ansätze zu entwickeln und mit sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten. Zugleich erfordert dies eine kritische (Selbst-)Reflexion sowie das Eingeständnis der eigenen Eingebundenheit in die imperiale Lebensweise und bedarf einer umfangreichen empirischen Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes in der Praxis.

Schlagnworte: Klimakrise, imperiale Lebensweise, klimagerechte Soziale Arbeit, Kapitalismuskritik

Abstract

In light of the intensification of social inequalities brought about by the climate crisis, it is imperative that climate-just social work broadens the scope of its theoretical frameworks. This article examines the potential contribution of the concept of the imperial mode of living to the development of climate-just social work. By focusing on the hegemony of this lifestyle, new contradictions emerge for climate-friendly social work. On the one hand, it advocates for the pursuit of climate justice; on the other, it is itself part of the imperial mode of living. Consequently, climate-just social work must develop collective approaches and collaborate with social movements. However, this requires critical self-reflection, the acknowledgement of its own role within the larger societal context, and a comprehensive empirical assessment of the current state of practice.

Keywords: climate crisis, imperial mode of living, climate-just social work, critique of capitalism

1 Einleitung

Die von den Menschen verursachten Treibhausgasemissionen sind wesentlich für die globale Erderwärmung und damit einhergehende negative Auswirkungen auf Natur und Mensch verantwortlich (vgl. IPCC 2023: 5). Prognosen des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) zeigen, dass die globale Erderwärmung mit massiven negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit einhergeht (vgl. ebd.: 12). Wenngleich bereits ein hohes Bewusstsein und viel Wissen über die Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise vorhanden sind, fehlt es bislang dennoch an transformativen Ansätzen für eine ökologische Gesellschaft, in der ein klimafreundliches Leben mit sozialer Gerechtigkeit einhergeht. Stattdessen wird die bereits bestehende Klimakrise durch den steigenden Bedarf an Rohstoffen und Energie, aufgrund der sich rasant ausbreitenden Digitalisierung sowie der partiellen Dekarbonisierung verschärft (vgl. Brand/Wissen 2024: 20).

Nach Ulrich Brand und Markus Wissen (2011a: 13) ist die Diskrepanz zwischen dem Bewusstsein über die Klimakrise einerseits und dem Fehlen adäquater Modelle für gesellschaftliche Transformationsprozesse andererseits kein neues Thema in den Sozialwissenschaften. Hier ist in den letzten Jahren eine Zunahme an Forschungsarbeiten zu ökologischen Fragestellungen zu verzeichnen (vgl. Dominelli 2018; Stamm 2021; Liedholz 2023; Pfaff/Schramkowski/Lutz 2022; Husi 2022), wobei sich der Diskurs um eine klimagerechte Soziale Arbeit im deutschsprachigen Raum noch in den Anfängen befindet (vgl. Liedholz 2023: 193). Yannik Liedholz (2023: 193) fordert, dass sich die Sozialarbeitswissenschaft intensiver mit der Klimakrise auseinandersetzt, und dass bestehende Theorien weiterentwickelt werden, um eine klimagerechte Soziale Arbeit zu stärken. In Anschluss daran verstehen wir klimagerechte Soziale Arbeit weniger als ein abgeschlossenes Konzept, sondern als eine Art Forschungsprogramm, das sich weiterentwickeln kann und von unterschiedlichen öko-sozialen Ansätzen der Sozialen Arbeit profitiert. Ausgehend von diesen Überlegungen untersucht der vorliegende Beitrag, ob und in welcher Form kapitalismuskritische Nachhaltigkeitsperspektiven und insbesondere das Konzept der imperialen Lebensweise die Ansätze einer klimagerechten Sozialen Arbeit ergänzen können. Daraus ergibt sich folgende Forschungsfrage: Welchen Beitrag kann das Konzept der imperialen Lebensweise für eine klimagerechte Soziale Arbeit leisten?

Bei unserer Analyse verfolgen wir eine kapitalismuskritische Perspektive, denn die Klimakrise und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten können nach Thomas Barth und Stephan Lessenich (2022: 311) nur verstanden werden, wenn deren Einbettung in ein kapitalistisches Wirtschaftssystem berücksichtigt wird, welches auf die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und die Externalisierung von Kosten angewiesen ist. Für eine Auseinandersetzung mit der klimagerechten Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Kontext, also aus Perspektive des Globalen Nordens, bedeutet dies, dass diese vor dem Hintergrund kapitalistischer und nicht-nachhaltiger

Gesellschaftsstrukturen situiert sein muss.

Im ersten Abschnitt wird in Debatten im Bereich der klimagerechten Sozialen Arbeit eingeführt, wobei wir uns insbesondere auf die Arbeiten von Liedholz (2021; 2022; 2023) beziehen. Im zweiten Abschnitt werden die Überlegungen von Brand und Wissen (2011a; 2011b; 2017; 2024) erläutert und es wird das Konzept der imperialen Lebensweise diskutiert, um dieses im Anschluss mit der klimagerechten Sozialen Arbeit in Dialog bringen zu können. Die Ergebnisse unserer Analyse präsentieren wir im dritten Kapitel und beleuchten zugleich das Potential von solidarischen Bündnissen einer klimagerechten Sozialen Arbeit.

2 Klimagerechte Soziale Arbeit

Im Diskurs über die Auswirkungen der ökologischen Krise auf die Soziale Arbeit und ihre Adressat_innen haben sich verschiedene Ansätze herausgebildet. Dazu zählen neben der klimagerechten Sozialen Arbeit (vgl. Liedholz 2023) auch die Environmental Social Work (vgl. Gray/Coates/Hetherington 2013), die ökologisch-kritische Soziale Arbeit (vgl. Stamm 2021), die Green Social Work (vgl. Dominelli 2018) oder die Grüne Soziale Arbeit (vgl. Husi 2022). Sie alle haben gemeinsam, dass sie den Appell an die Soziale Arbeit richten, sich für eine sozial-ökologische Transformation einzusetzen. Es zeigt sich, dass es keine einheitliche Definition für eine Soziale Arbeit gibt, die eine sozial-ökologische Ausrichtung hat. Ingo Stamm (2021) merkt an, dass sich die unterschiedlichen Konzepte teilweise nicht scharf voneinander trennen lassen. Aufgrund der Vielfalt der verwendeten Theoreme kritisieren Autor_innen zudem selten andere Konzepte oder grenzen sich von ihnen ab (vgl. Stamm 2021: 52). Dementsprechend schwierig ist es, klimagerechte Soziale Arbeit klar von anderen Konzepten zu differenzieren. Eine Gemeinsamkeit der verschiedenen Zugänge scheint uns indes die vielfach normative Betrachtungsweise zu sein und ein noch eher dürftiges empirisches Forschungsfeld. Bevor wir uns mit der klimagerechten Sozialen Arbeit nach Liedholz näher beschäftigen, widmen wir uns dem Verständnis von Klimagerechtigkeit.

Nach dem Pariser Klimaschutzabkommen ist Klimagerechtigkeit ein wichtiger Teil der Maßnahmen gegen den Klimawandel (vgl. UN 2015: 2). Soziale Bewegungen wie *Fridays for Future* aber auch *Extinction Rebellion* beziehen sich in ihren Forderungen immer wieder auf Klimagerechtigkeit nach der Definition des Pariser Klimaschutzabkommens (vgl. Fridays for Future o.J.; Extinction Rebellion o.J.). Hierbei stellt sich jedoch die Frage, von welcher Form der Gerechtigkeit hier eigentlich ausgegangen wird. Nach Aorim Brunnengrabner und Kristina Dietz (2016) werden die Vorstellungen von Gerechtigkeit in der internationalen Klimapolitik durch geografische und politische Bedingungen sowie durch ökonomische Interessen beeinflusst. Ein auf dem Pro-Kopf-Ausstoß basierendes Gerechtigkeitsmodell würde bestehende Ungleichheiten

zwischen dem Globalen Norden und Süden verfestigen (vgl. Brunnengrabner/Dietz 2016: 159). Daher erscheint uns ein umfassender Gerechtigkeitsbegriff sinnvoll, wie er auch von sozialen Bewegungen gefordert wird. Dieser Ansatz beinhaltet nicht nur die Kritik an bestehenden Produktions- und Konsumgewohnheiten, sondern bezieht auch soziale Ungleichheiten mit ein (vgl. ebd. 160–161). Dadurch wird die ungleiche Verteilung zwischen Verursacher_innen und Betroffenen der Klimakrise kritisiert und die Notwendigkeit des Schutzes vulnerabler Gruppen betont (vgl. Bolte/Dandolo/Gepp/Hornberg/Lopez Lumbi 2023: 4–5).

Das Konzept der Klimagerechtigkeit findet sich bereits in den Forderungen im Rahmen des „Climate Justice Programs“ der *International Federation of Social Work* (IFSW). Nach dem IFSW fördert eine klimagerechte Soziale Arbeit sowohl soziale als auch ökologische Nachhaltigkeit, indem sie sich für die Bedürfnisse und Rechte derjenigen einsetzt, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind. Dazu gehört, dass die Soziale Arbeit ihre eigenen Fachkräfte und ihre Adressat_innen bildet, um das Bewusstsein beider Gruppen zu schärfen. Darüber hinaus steht sie auf politischer Ebene vor der Herausforderung, für Veränderungen einzutreten und die Entwicklung lokaler, nachhaltiger Lösungen aktiv zu fördern (vgl. IFSW 2024). Darauf aufbauend hat Liedholz drei Schritte vorgeschlagen, die zu einer klimagerechten Sozialen Arbeit hinführen sollen: Im ersten Schritt setzt sich die Sozialarbeitswissenschaft verstärkt mit den sozialen Auswirkungen des Klimawandels auseinander, um bestehende Theoriebestände zu erweitern. Zweitens ist es entscheidend, dass Organisationen der Sozialen Arbeit Klimagerechtigkeit in ihre Strukturen integrieren, indem sie beispielsweise Nachhaltigkeitsmanagement implementieren und an der Reduktion der eigenen ökologischen Auswirkungen arbeiten. Als Beispiel einer solchen Initiative führt er den deutschen *Caritasverband* an, der bis 2030 klimaneutral werden will (vgl. Liedholz 2023: 193). Auch in Österreich setzt sich die *Caritas* Nachhaltigkeitsziele, um die eigenen CO₂-Emissionen bis 2030 zumindest stark zu reduzieren (vgl. Caritas 2024). Als dritten und letzten Schritt muss eine klimagerechte Soziale Arbeit nach Liedholz eigene gesellschaftspolitische Handlungsspielräume ausloten. Beispielsweise könnte sie Kooperationen mit sozialen Klimabewegungen eingehen und die soziale Dimension der Klimakrise öffentlich diskutieren (vgl. Liedholz 2023: 193–194).

Nach Liedholz kann die klimagerechte Soziale Arbeit an die drei Mandate nach Silvia Staub-Bernasconi (2018) andocken (vgl. Liedholz 2023: 191–192): Ihr erstes Mandat gegenüber der Gesellschaft verpflichtet sie zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Das zweite Mandat gegenüber den Adressat_innen begründet die Notwendigkeit, sich für deren Interessen einzusetzen. Dass die Folgen der Klimakrise in den Interessensbereich der Adressat_innen Sozialer Arbeit fallen, wird anhand einer bundesweiten Studie in Österreich deutlich. 77% der befragten Personen äußerten Sorgen und Ängste aufgrund der Klimakrise, vor allem in Bezug auf die Gesundheit und die Perspektive der

eigenen Kinder (vgl. Larcher/Chahrour 2024: 10). Neben den Mandaten gegenüber der Gesellschaft und der Adressat_innen hat Soziale Arbeit nach Staub-Bernasconi (2018: 114) auch ein fachliches Mandat, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie nationalen und internationalen Ethik-Codices basiert. Wenngleich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der ökologischen Krise innerhalb der Sozialarbeitswissenschaft bereits begonnen hat (vgl. Liedholz 2023: 192), kann dies keineswegs als ein abgeschlossener Prozess verstanden werden. Denn das dritte Mandat fordert Professionist_innen Sozialer Arbeit dazu auf, bestehende Theorien und eigene Überzeugungen fortlaufend kritisch zu hinterfragen (vgl. Staub-Bernasconi 2018: 114). Dies soll eine relative Autonomie seitens der Professionist_innen ermöglichen. Das Spannungsfeld zwischen den Interessen ihrer Adressat_innen und ihrem staatlichen Auftrag wird dadurch zwar nicht aufgelöst, es ermöglicht jedoch die kritische Reflexion von Aufträgen seitens der Träger und in weiterer Folge die Erweiterung oder Neuformulierung von Aufträgen (vgl. ebd.: 117–118).

Trotz Selbstreflexion bleiben Widersprüche aufgrund der gesellschaftlichen Einbettung Sozialer Arbeit bestehen. Vor diesem Hintergrund und gemäß dem ersten von Liedholz genannten Schritt bedarf es unserer Einschätzung nach einer Auseinandersetzung mit den Gesellschaftsbeschreibungen, die zeigen, wie Soziale Arbeit in nicht-nachhaltige Gesellschaftsstrukturen eingebettet ist. Um dies einzulösen, wird Soziale Arbeit nachfolgend unter Berücksichtigung des Konzepts der imperialen Lebensweise nach Brand und Wissen (2011a) betrachtet.

3 Soziale Arbeit und ihre Verwobenheit in die imperiale Lebensweise

Die Zunahme an extremen Wetter- und Klimaereignissen (vgl. IPCC 2023) und die öffentliche Präsenz von Klimabewegungen hat die Klimakrise zwar stärker in die Öffentlichkeit getragen, nicht jedoch zu einer Auflösung der Diskrepanz zwischen dem Bewusstsein über diese und ihre unzureichende Bearbeitung geführt (vgl. Nassehi 2021: 62). Um diese Widersprüchlichkeit zu analysieren, ziehen Brand und Wissen (2011a: 13–14) das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse heran. Diesem entsprechend werden Gesellschaft und Natur nicht getrennt voneinander betrachtet, vielmehr wird Natur als zentrale Voraussetzung für gesellschaftliches Handeln verstanden. Kapitalistische Produktions- und Konsumationsprozesse sind von der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen abhängig und tragen zugleich zur Strukturbildung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bei. Gesellschaftliche Naturverhältnisse werden daher einerseits durch die Produktions- und Konsumationsweisen sichtbar und andererseits durch soziale Wahrnehmungen und Deutungen hegemonial definiert (vgl. Brand/Wissen 2011a: 15–16). Die kapitalistische Produktionsweise beruht auf der Nutzung natürlicher Ressourcen, doch sowohl diese Abhängigkeit als auch die Eigenständigkeit der Natur werden häufig übersehen. Um diese, dem Kapitalismus inhärente

Widersprüchlichkeit konzeptualisieren zu können, denken Brand und Wissen (2011a: 17) das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit der Staats- und Regulationstheorie zusammen: Ihnen zufolge ist der kapitalistische Staat nicht nur erfolglos bei der Bearbeitung der Klimakrise, sondern trägt für diese auch Mitverantwortung (vgl. Brand/Wissen 2011a: 13–14).

Doch wie lässt sich erklären, dass einerseits Wissen und Bewusstsein über die Klimakrise vorhanden ist, andererseits keine entsprechenden Regulationen getroffen werden? Nach Brand und Wissen (2011b: 80) sind es die von ihnen so genannten ‚imperialen Lebensweisen‘, welche die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Krise kapitalistischer Naturverhältnisse begründen und zugleich die Krise der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse bedingen. Ihren Ursprung haben die imperialen Lebensweisen in Zeiten der Kolonialisierung ab dem 16. Jahrhundert, wobei sie damals noch ausschließlich in den oberen Klassen verankert waren (vgl. Brand/Wissen 2017: 74). Durch den Fordismus entwickelten sie sich schließlich zu hegemonialen Produktions- und Konsummustern, die tief in den Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklasse in Ländern des Globalen Nordens verankert sind und das Leitbild des *guten Lebens* prägen (vgl. ebd.: 89). Die imperiale Lebensweise zeichnet sich somit durch eine beinahe unhinterfragte Selbstverständlichkeit aus, die durch Alltagspraktiken gesellschaftlich zementiert wird (vgl. Hammermeister 2023: 54). Diese strukturellen Gegebenheiten können durch staatliche Politiken allein nicht überwunden werden; das Konzept der imperialen Lebensweise warnt somit vor zu hohen Erwartungen an staatliche Institutionen und einzelne Akteur_innen (vgl. Brand/Wissen 2011b: 90).

Anhand der imperialen Lebensweise werden außerdem soziale und globale Ungleichheiten sichtbar, denn ihre Voraussetzung ist die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen. Die reichen Industrieländer in Nordamerika und Europa sind für etwa die Hälfte aller Treibhausgasemissionen seit 1850 verantwortlich (vgl. Oxfam 2023: 4), damit einhergehende ökologische Kosten werden in Länder des Globalen Südens ausgelagert. Diese systemimmanente Externalisierung gerät nun jedoch an ihre Grenzen (vgl. Barth/Lessenich 2022: 311). Die Klimakrise wird in Ländern des Globalen Nordens nicht mehr primär anhand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen erfahrbar, sondern ist ebenso im Alltag spürbar (vgl. Brand/Wissen 2024: 19–20). Die Auswirkungen der Klimakrise, wie etwa die Zunahme an Hitzeextremen und Umweltkatastrophen, haben bereits jetzt in Österreich negative gesundheitliche Folgen – und die Situation wird sich in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen (vgl. Seebauer/Lückl/Köberl/Kulmer 2021: 18–19). Obwohl diese Auswirkungen die gesamte Bevölkerung betreffen, bleiben klassenspezifische und geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen. Adressat_innen der Sozialen Arbeit sind in besonders hohem Maß von den negativen Auswirkungen der Klimakrise betroffen (vgl. Schramkowski/Pfaff/Lutz 2022: 17). Beispielsweise können sich armutsbetroffene Haushalte weniger vor Hitze schützen (vgl.

Aigner/Lichtenberger/Brugger/Schmidt 2023: 10) und internationale Studien belegen, dass Frauen bei Unwetterkatastrophen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind (vgl. Awiti 2022: 11). Maria Backhouse und Anne Tittor (2019: 298) fordern daher eine intersektionale Perspektive auf sozial-ökologische Ungleichheiten, die die Verwobenheit der Kategorien Klasse, Geschlecht und *race* berücksichtigt – denn diese beeinflussen wesentlich, in welchem Ausmaß eine Person zum Klimawandel beiträgt oder von dessen Folgen betroffen ist. So verursachen Frauen, BIPOC und marginalisierte Bevölkerungsgruppen im Vergleich zu *weißen* Männern tendenziell geringere Treibhausgasemissionen (vgl. Oxfam 2023: 5), während sie zugleich von den Auswirkungen der Klimakrise stärker betroffen sind (vgl. Larcher/Chahrour 2024: 57–58).

Das Konzept der imperialen Lebensweise macht vor der Profession Sozialer Arbeit nicht halt, denn auch sie ist insbesondere in Ländern des Globalen Nordens tief in den Alltagspraktiken von Sozialarbeitenden und Organisationen Sozialer Arbeit verankert. Liedholz (2021: 55) argumentiert, dass sich dadurch für die Soziale Arbeit die Notwendigkeit ergibt, ihre eigene Verflechtung mit der imperialen Lebensweise kritisch zu hinterfragen, um transformative Veränderungen anzustoßen. Die Soziale Arbeit ist aber nicht nur mit der imperialen Lebensweise verflochten, sondern sie trägt nach Elisabeth Brokow-Loga und Anton Brokow-Loga (2022: 266) auch zu deren Aufrechterhaltung bei, beispielsweise wenn sie sich hauptsächlich darauf konzentriert, die Schäden des bestehenden Systems zu beheben, ohne die zugrunde liegenden Strukturen ausreichend kritisch zu hinterfragen (vgl. ebd.). Um die potenziellen Auswirkungen der imperialen Lebensweise sowohl auf ihre Adressat_innen als auch auf die eigene Anteilnahme kritisch reflektieren zu können, braucht es daher das Eingeständnis der Sozialen Arbeit, dass sie in die Erhaltung ausbeuterischer Strukturen eingebunden ist.

4 Berücksichtigung der imperialen Lebensweise: Ein Schritt in Richtung klimagerechte Soziale Arbeit

Ausgehend von der Forderung nach Liedholz (2023: 193), im ersten Schritt die Klimakrise stärker in den Sozialarbeitswissenschaften zu thematisieren, ergeben sich unter der Berücksichtigung der imperialen Lebensweise drei Aspekte, die für eine klimagerechte Soziale Arbeit besonders bedeutsam sind.

4.1 Neue Widersprüche

Eine Analyse ausgehend vom Konzept der imperialen Lebensweise verdeutlicht, dass sich neue Spannungsfelder für eine klimagerechte Soziale Arbeit im Globalen Norden ergeben. Wie vorhergehend dargelegt, ist die Soziale Arbeit nämlich selbst Teil der imperialen Lebensweisen.

Das dritte Mandat Sozialer Arbeit begründet die Notwendigkeit, eigene Überzeugungen kritisch zu reflektieren (vgl. Staub-Bernasconi 2018: 114). Dabei ist die Erkenntnis über die Verflechtung der Sozialen Arbeit in hegemoniale Strukturen notwendig, da auch die Reflexion entsprechend dem dritten Mandat nicht in einem Vakuum stattfindet (vgl. Diebäcker 2024: 2). Anhand des Konzepts der imperialen Lebensweise können die eigene Mitverantwortung für die Klimakrise und die Gründe für das Scheitern ihrer Bearbeitung reflektiert, aber nicht direkt aufgelöst werden. Folglich wird ein neuer Widerspruch für die klimagerechte Soziale Arbeit deutlich. Denn diese erhebt auf der einen Seite den Anspruch, sich für die Verringerung von CO₂-Emissionen einzusetzen (vgl. Liedholz 2023: 192), auf der anderen Seite ist sie Teil der – die Emissionen mitverursachenden – imperialen Lebensweise. Auch die Soziale Arbeit im Globalen Norden trägt in ihrer gesellschaftlichen Einbettung zum Ressourcenverbrauch und zur Ausbeutung von Natur und Arbeit in Ländern des Globalen Südens bei. Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse und der Wohlstand in Ländern des Globalen Nordens bauen auf der Ausbeutung der Länder des Globalen Südens und auf der Externalisierung der Kosten der Klimakrise auf. Professionist_innen der Sozialen Arbeit sind demnach gefordert, institutionalisierte Mechanismen zu kritisieren und eigene Norm- und Wertevorstellungen von bzw. für ein *gutes Leben* zu hinterfragen. Zugleich wird anhand des Konzepts der imperialen Lebensweise deutlich, dass eine klimagerechte Soziale Arbeit nur aus einer globalen Perspektive betrachtet werden kann, und dass internationale Vernetzung von zentraler Bedeutung ist.

Diese neuen Widersprüche für eine klimagerechte Soziale Arbeit können anhand eines konkreten Beratungsbeispiels von Stamm (2021) verdeutlicht werden. Er beschäftigt sich damit, welche ethische Verantwortung die Soziale Arbeit in der Klimakrise für ökologisches Handeln trägt. Damit einhergehende neue Widersprüche werden anhand eines Fallbeispiels aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik deutlich. So wäre beispielsweise die Vermittlung eines jungen Erwachsenen in eine berufliche Tätigkeit im Kohlebergbau problematisch. Dabei sollen nach Stamm allerdings auch die Bedürfnisse und Rechte der betroffenen Personen sowie soziale, ökonomische und ökologische Faktoren berücksichtigt werden (vgl. Stamm 2021: 56).

4.2 Bewusstseinsbildung allein reicht nicht

Die starke Betonung der Notwendigkeit von Bildungsarbeit (vgl. Elsen 2018: 1059) oder der Bewusstseinsbildung für eine klimagerechte Soziale Arbeit, die sich verstärkt mit der Klimakrise und ihrer Rolle im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation beschäftigt (vgl. IFSW 2024), birgt die Gefahr, bestehende Vorurteile über armutsbetroffene Personen zu verfestigen – etwa die Annahme, dass ihnen ein Umweltbewusstsein fehle. Armutsbetroffene Personen verfügen nämlich über ein hohes Bewusstsein in Bezug auf die Klimakrise, können allerdings aufgrund fehlender

ökonomischer Ressourcen kaum Anpassungsmöglichkeiten vornehmen (vgl. Larcher/Chahrour 2024: 19). Sie verbrauchen im Durchschnitt weniger Ressourcen als Personen mit höherem Einkommen, verspüren aber dennoch hohen gesellschaftlichen Druck, einen ökologischen Lebensstil zu führen, etwa sich klimafreundlich zu ernähren oder umweltfreundlich zu heizen (vgl. ebd.: 15).

Dabei zeigt sich, dass reine Aufrufe zu verantwortungsbewusstem Handeln durch Bewusstseinsbildung nur begrenzt wirksam sind. Das Konzept der imperialen Lebensweise verdeutlicht, dass die Vorstellung zu kurz greift, Menschen würden allein durch Bewusstseinsbildung einen nachhaltigen Lebensstil auch umsetzen (können). Vielmehr sind gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse entscheidend, die diese Verhaltensweisen prägen (vgl. Brand/Wissen 2011b: 91). Außerdem besteht aufgrund des sogenannten Value-action Gaps eine Diskrepanz zwischen Werten und Handlungen. So führt bloße Überzeugung nicht zwangsläufig zu einem langfristig nachhaltigen Verhalten (vgl. Shove 2010: 1276). Dies liegt daran, dass das Verhalten von Individuen stark von materiellen Rahmenbedingungen, ihren Fähigkeiten und den zugrundeliegenden Handlungsbedeutungen beeinflusst wird (vgl. Welch/Warde 2015: 9).

Der Diskurs über Bewusstseinsbildung birgt die Gefahr, Verantwortung auf die individuelle Ebene allein zu lenken und dadurch bestehende Macht- und Ausbeutungsverhältnisse zu verschleiern. Der Fokus auf Bewusstseinsbildung bei der Individualhilfe kann dazu beitragen, individualisierte Verantwortungszuschreibungen zu verstärken, was dazu führen kann, dass Ausbeutung durch die Soziale Arbeit geschützt und normalisiert wird (vgl. Brokow-Loga/Brokow-Loga 2022: 268–269). Daher ist ein Paradigmenwechsel in der Sozialen Arbeit notwendig: Statt individualisierenden Zugängen, bedarf es kollektiv gestaltender Ansätze (vgl. Elsen 2018: 1059–1060). Die Profession und Disziplin Sozialer Arbeit sind daher gefordert, ihren Adressat_innen nicht einfach bestimmte Vorstellungen von einem nachhaltigen Lebensstil ‚überzustülpen‘. Das Konzept der imperialen Lebensweise kann dabei helfen, denn es zeigt, dass reine Bewusstseinsbildung zu kurz greift: Stattdessen braucht es passende Unterstützungsangebote, die auf die Lebensrealität der Adressat_innen eingehen, sowie kollektive Handlungsansätze, die über die Individualhilfe hinausgehen.

4.3 Ein Ausblick auf solidarische Bündnisse einer klimagerechten Sozialen Arbeit

Aufgrund der dem Kapitalismus inhärenten ökologischen Destruktivität (vgl. Brand/Wissen 2011a: 18) ist eine Überwindung der Klimakrise innerhalb einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft, in der die imperiale Lebensweise vorherrschend ist, nur schwer möglich. Brand und Wissen (2024) stellen daher die Zeitdiagnose auf, dass sich der Kapitalismus am Limit befindet. Dadurch ergeben

sich einerseits neue Konflikte durch „öko-imperiale Spannungen“ (ebd.: 21), andererseits eröffnen sich Möglichkeiten für neue und solidarische Alternativen. Für solche bedarf es transformativer Akteur_innen, die sich zunächst darüber bewusstwerden müssen, dass sie sich in einem Spannungsverhältnis befinden. Denn sie bewegen sich innerhalb kapitalistischer Strukturen, auch wenn sie gegen eben diese Strukturen ankämpfen (vgl. ebd.: 18).

Bei der Analyse der Bedeutung der imperialen Lebensweise für eine klimagerechte Soziale Arbeit haben wir uns bis zu diesem Punkt vorrangig dem ersten Schritt nach Liedholz gewidmet. Die Rolle der klimagerechten Sozialen Arbeit für gesellschaftliche Transformationsprozesse und die Entwicklung solidarischer Alternativen lassen sich mit Blick auf den zweiten und dritten Schritt nach Liedholz (2023: 193–194) beleuchten.

Emanzipatorische Ansätze für eine solidarische Lebensweise können sich dann entfalten, wenn die Anliegen sozialer Bewegungen aufgegriffen werden und ihnen in politischen Institutionen Gehör verschafft wird (vgl. Brand/Wissen 2024: 208). Eine klimagerechte Soziale Arbeit kann im Sinne des dritten Schrittes nach Liedholz (2023: 194) als „institutioneller Resonanzboden“ (Brand/Wissen 2024: 208) fungieren, indem sie Anliegen von sozialen Bewegungen aufgreift und deren Forderungen politischen Entscheidungsträger_innen näherbringt. Das bedeutet, dass Soziale Arbeit nicht nur auf der Ebene der Adressat_innen agieren kann, sondern sich bewusst mit sozialen Bewegungen vernetzt, um gemeinsame Ziele einer solidarischen Lebensweise zu verfolgen. Das erfordert nach Reyes Manson (2021) auch eine Zusammenarbeit mit Organisationen und sozialen Bewegungen, die üblicherweise nicht mit der Sozialen Arbeit assoziiert werden oder bei denen die Annahme besteht, dass sie der Klimakrise skeptisch gegenüberstehen. Doch ist es wesentlich, den Dialog über institutionelle und disziplinäre (vgl. Reyes Mason 2021: 260–261) sowie über kontinentale Grenzen hinweg zu führen, um längst überfällige, gemeinsame Agenden einer internationalen Sozialen Arbeit zu etablieren und gemeinsam Veränderungen zu bewirken (vgl. Madhanagopal/Nikku 2022: 3–4).

Die Kooperation mit sozialen Bewegungen kann auch den Boden für die Entstehung neuer Organisationen bereiten (vgl. Stamm 2021: 138). Mit Blick auf den zweiten Schritt nach Liedholz, der die Integration von Klimagerechtigkeit in Organisationsstrukturen fordert (vgl. Liedholz 2023: 193–194), könnten soziale Bewegungen somit nicht nur Impulse setzen, sondern auch die Grundlage für die Entstehung neuer, klimagerechter Organisationen innerhalb der Sozialen Arbeit schaffen. Damit die Soziale Arbeit allerdings mit sozialen Bewegungen, insbesondere Social Justice Bewegungen, gut zusammenarbeiten kann, müsste sie sich nach Marc Diebäcker und Manuela Hofer (2021) zuvor kritisch mit neuen Gerechtigkeitsnormen auseinandersetzen. Um aktiv an Kämpfen für soziale Gerechtigkeit teilnehmen zu können, ist es für die Soziale Arbeit notwendig, ihre Rolle in der

Gesellschaft zu reflektieren (vgl. Diebäcker/Hofer 2021: 36). Dies kann auch auf die klimagerechte Soziale Arbeit übertragen werden, denn in gleicher Weise braucht sie die Bereitschaft zur Reflexion: ihrer eigenen Strukturen, aber auch ihrer Position innerhalb der Gesellschaft.

5 Conclusio

In diesem Beitrag sind wir der Frage nachgegangen, inwieweit das Konzept der imperialen Lebensweise die klimagerechte Soziale Arbeit erweitern kann. Das Konzept der imperialen Lebensweise kann klimagerechte Soziale Arbeit ergänzen, da in ihm nicht nur lokale, sondern auch globale Machtverhältnisse berücksichtigt werden (vgl. Madhanagopal/Nikku 2022: 3–4), wodurch die Kosten einer Externalisierung der Klimakrise-Folgen in den Fokus rücken (vgl. Barth/Lessenich 2022: 311). Diesbezüglich ist es notwendig, dass eine klimagerechte Soziale Arbeit selbstkritisch hinterfragt, inwieweit ihre eigenen Praktiken zur Stabilisierung bestehender gesellschaftlicher Strukturen beitragen. Um sozial-ökologische Ungleichheiten in ihrer Komplexität und ihrer Verwobenheit besser erfassen zu können, ist nach Backhouse und Tittor (2019: 298) eine intersektionale Betrachtungsweise notwendig.

Für die klimagerechte Soziale Arbeit ergeben sich durch den Blick auf die imperiale Lebensweise neue Widersprüche: Einerseits verfolgt sie das Ziel, zur Reduktion von CO₂-Emissionen beizutragen, andererseits ist sie selbst tief in die Hegemonie der imperialen Lebensweise eingebettet. Die Auseinandersetzung mit diesen neuen Widersprüchen kann jedoch nicht isoliert von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stattfinden; sie werden sich selbst durch eine umfassende Reflexion nicht automatisch auflösen. Nichtsdestoweniger bietet das Konzept der imperialen Lebensweise die Möglichkeit, die Rolle einer klimagerechten Sozialen Arbeit neu zu bewerten und über die Bewusstseinsbildung auf individueller Ebene hinauszugehen. Dadurch wird die Notwendigkeit kollektiver Ansätze deutlich, etwa von Kooperationen mit sozialen Bewegungen auf lokaler und internationaler Ebene – einschließlich solcher Bewegungen und Akteur_innen, die bisher nicht im Fokus der Sozialen Arbeit standen.

Die drei Schritte, die nach Liedholz (2023) zu einer klimagerechten Sozialen Arbeit führen sollen, müssen nicht zwangsläufig nacheinander ablaufen. Vielmehr ist es möglich und auch erforderlich, dass diese parallel erfolgen. Auf handlungspraktischer Ebene scheinen die Überlegungen einer klimagerechten Sozialen Arbeit bisher eher an der Oberfläche zu bleiben. Um diese ausbauen zu können, fehlt es neben ideellen Zielvorstellungen einer sozial-ökologischen Transformation an einer empirischen Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes innerhalb der Sozialen Arbeit: Was sind aktuelle Herausforderungen, mit denen sich die Praxis der Sozialen Arbeit konfrontiert sieht, und wie ist ihr Umgang damit? Welche Bündnisse zwischen sozialen Bewegungen und der Sozialen Arbeit

bestehen im Feld der Klimagerechtigkeit? Zur Beantwortung dieser Fragen sind weitere empirische Forschungsarbeiten notwendig. Um die Überlegungen weiter auszubauen, könnte außerdem die Integration anderer öko-sozialer Ansätze sinnvoll sein, wie etwa der aus der Katastrophenhilfe entstandene Ansatz der Green Social Work (vgl. Dominelli 2018).

Die vorliegende Analyse zeigt auf, dass Soziale Arbeit nur auf der Grundlage eines umfassenden Verständnisses der aktuellen Situation und durch kritische Selbstreflexion dazu beitragen kann, klimagerechte Strukturen und Praktiken zu fördern – wenngleich Widersprüche stets bestehen bleiben.

Literaturverzeichnis

Aigner, Ernest/Lichtenberger, Hanna/Brugger, Katharina/Schmidt, Andrea (2023): Armutsgefährdete Kinder in der Klimakrise: Betroffene, Anpassung und soziale Infrastruktur. Endbericht von StartClim2022 A in SmartClim2022. https://startclim.at/fileadmin/user_upload/StartClim2022/StCl22.A_lang.pdf (14.10.2024).

Awiti, O. Alex (2022): Climate Change and Gender in Africa: A Review of Impact and Gender-Responsive Solutions. In: *Frontiers in Climate*, 4, S. 1–14. <https://doi.org/10.3389/fclim.2022.895950>

Backhouse, Maria/Tittor, Anne (2019): Für eine intersektionale Perspektive auf globale sozial-ökologische Ungleichheiten. In: Dörre, Klaus/Rosa, Hartmut/Becker, Karina/Bose, Sophie/Seyd, Benjamin (Hg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 297–312.

Barth, Thomas/Lessenich, Stephan (2022): Nachhaltige Arbeits- und Sozialpolitik: De-Formation des Wohlfahrtsstaats in der sozial-ökologischen Transformation? In: Betzelt, Sigrid/Fehmel, Thilo (Hg.): *Deformation oder Transformation?* Wiesbaden: Springer, S. 297–316.

Bolte, Gabriele/Dandolo, Lisa/Gepp, Sophie/Hornberg, Claudia/Lopez Lumbi, Susanne (2023): Klimawandel und gesundheitliche Chancengerechtigkeit: Eine Public-Health-Perspektive auf Klimagerechtigkeit. In: *Journal of Health Monitoring*, 8(S6), S. 3–38. DOI: 10.1055/a-2288-5706

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011a): Die Regulation der ökologischen Krise. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36, S. 12–34.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011b): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, S. 79–94.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München: oekom.

Broka-Lowa, Elisabeth/Broka-Lowa, Anton (2022): Die Soziale Arbeit der Unterdrückten. Mit Ansätzen aus dem Globalen Süden gegen die imperiale Lebensweise. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Roland (Hg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder Sozialer Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 266–277.

Brunnengraber, Aorim/Dietz, Kristina (2016): Klimagerechtigkeit. In: Bauriedl, Sybille (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: Transcript, S. 157–162.

Caritas (2024): Nachhaltigkeit. <https://www.caritas-wien.at/ueber-uns/klimaschutz-nachhaltigkeit#:~:text=Bis%202030%20wollen%20wir%20nachhaltig,Restm%C3%BCllaufkommen%2C%20und%20Trennsysteme%20zu%20optimieren> (14.10.2024).

Diebäcker, Marc (2024): Soziale Arbeit, Staat und Zivilgesellschaft. Editorial. In: soziales_kapital, 28, S. 1–6. <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/813/1526>

Diebäcker, Marc/Hofer, Manuela (2021): Social Justice Bewegungen und Soziale Arbeit – eine schwierige Beziehung. In: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 41/161, S. 25–39. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95990-5>

Dominelli, Lena (2018): Green Social Work in theory and practice: a new environmental paradigm for the profession. In: Dies. (Hg.): The Routledge Handbook of Green Social Work. New York: Routledge, S. 9–20.

Elsen, Susanne (2018): Nachhaltigkeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans/Treptow, Rainer/Ziegler, Holger (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München: Ernst Reinhardt, S. 1055–1066.

Extinction Rebellion (o.J.): Inhaltliches zur dritten Forderung. <https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/bv/dokumente/#:~:text=Die%20dritte%20Forderung%20von%20Extinction,und%20nach%20deren%20Beschl%C3%BCssen%20zuhandeln> (14.10.2024).

Fridays for Future (o.J.): Forderungen. <https://fridaysforfuture.de/forderungen/> (14.10.2024).

Gray, Mel/Coates, John/Hetherington, Tiani (2013): Environmental Social Work. London: Routledge.
Hammermeister, Juliane (2023): Alltagsverstand und imperiale Lebensweise. Zur Bedeutung einer vernachlässigten Kategorie der politischen Bildung. In: Kierot, Lara/Brand, Ulrich/Lange, Dirk (Hg.): Solidarität in Zeiten multipler Krisen. Imperiale Lebensweise und Politische Bildung. Wiesbaden: Springer VS, S. 49–61.

Husi, Gregor (2022): Grüne Soziale Arbeit – eine sozialtheoretische Fundierung. In: Soziale Arbeit, 8/9, S. 300–309.

IFSW – International Federation of Social Work (2024): Introduction. Climate Justice Program. <https://www.ifsw.org/social-work-action/climate-justice-program/introduction/> (14.10.2024).

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2023): Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Geneva/Switzerland. <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-cycle/> (14.10.2024).

Larcher, Anna/Chahrouh, Marie (2024): Betroffen von der Klimakrise. Ein Projekt zur Perspektive von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten Menschen auf die Klimakrise und deren Folgen. Wien: Volkshilfe.

Liedholz, Yannick (2021): *Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Liedholz, Yannick (2022): *Konzepte von Klimagerechtigkeit im Kontext Sozialer Arbeit*. In: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara /Lutz, Roland (Hg.): *Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder Sozialer Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 69–80.

Liedholz, Yannick (2023): *Klimagerechte Soziale Arbeit. Drei Schritte auf dem Weg dorthin*. In: Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.): *Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten*. Norderstedt: Books on Demand, S. 189–196.

Madhanagopal, Devendraraj/Nikku, Bala Raju (2022): *Social Work and Climate Justice: International Perspectives*. London: Routledge.

Nassehi, Armin (2021): *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft*. München: C.H. Beck.
Oxfam (2023): *Klima der Ungleichheit. Wie extremer Reichtum weltweit die Klimakrise, Armut und Ungleichheit verschärft*. Berlin. <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf> (14.10.2024).

Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.) (2022): *Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für die Soziale Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Reyes Mason, Lisa (2021): *Where to for Climate Justice and Social Work Advocacy? Connect, Dialogue, and Multisolve*. In: *Journal of Pol Practice & Research*, 2, S. 258–263. <https://link.springer.com/article/10.1007/s42972-021-00038-x> (14.10.2024).

Schramkowski, Barbara/Pfaff, Tino/Lutz, Ronald (2022): *Fachliche Einführung*. In: Dies. (Hg.): *Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für die Soziale Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 13–20.

Seebauer, Sebastian/Lückl, Alina/Köberl, Judith/Kulmer, Veronika (2021): *Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich*. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK).

Shove, Elizabeth (2010): Beyond the ABC: climate change policy and the theory of social change. In: Environment and Planning A, 42/6, S. 1273–1285.

Stamm, Ingo (2021): Ökologisch-kritische Soziale Arbeit. Geschichte, aktuelle Positionen und Handlungsfelder. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Staub-Bernasconi, Silvia (2018): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Soziale Arbeit auf dem Weg zu kritischer Professionalität. 2. Aufl. Opladen/Toronto: Barbara Budrich.

UN – United Nations (2015): Paris Agreement. https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf (14.10.2024).

Welch, Daniel/Warde, Alan (2015): Theories of practice and sustainable consumption. In: Reisch, Lucia/Thøgersen, John (Hg): Handbook of Research on Sustainable Consumption. Cheltenham: Edward Elgar, S. 84–100.

Über die Autorinnen

Sarah Hafiz, BA BA MSc (sie/ihr)

sarah.hafiz@gmx.at

Sarah Hafiz ist Sozialarbeiterin und Sozioökonomin. Ihr Tätigkeitsbereich umfasst aktuell Soziales und Wohnen.

Johanna Gürtl, BA (sie/ihr)

johanna.guertl@gmail.com

Johanna Gürtl ist Sozialarbeiterin, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin (Junior Research) an der FH Campus Wien und studiert im Masterstudiengang Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

**Frankfurter Soziale Ökologie, gesellschaftliche
Naturverhältnisse und Grüne Soziale Arbeit**

Gregor Husi

Gregor Husi. Frankfurter Soziale Ökologie, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Grüne Soziale Arbeit. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Wien.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/819/1541>

Zusammenfassung

Die Naturbeherrschung durch den Menschen ist schon seit Jahrzehnten in Naturzerstörung umgeschlagen. Die schädlichen Praktiken sind bekannt, ein Ende ist nicht absehbar. Lena Dominelli lancierte angesichts dessen vor gut einem Jahrzehnt im englischsprachigen Raum die „Green Social Work“. Diese lässt sich vertiefen, indem eine neue Bezugswissenschaft zur Kenntnis genommen wird: Die Frankfurter Version der Sozialen Ökologie versteht sich ausdrücklich als Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Ihre Basiskonzepte werden im Folgenden vorgestellt und kommentiert. Abschließend werden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse aus Sicht der Grünen Sozialen Arbeit skizziert. Eine zentrale Grafik beschließt die Ausführungen und kann als Alternative zu den bekannten Abbildungen der Nachhaltigkeitstrias dienen: In ihr werden Gesellschaftssektoren und Natur in Raum und Zeit aufeinander bezogen. Auf dieser Grundlage soll und kann sich Soziale Arbeit weit mehr als bisher in die umfassende „Begründung der Gesellschaft“ einbringen – damit sie nicht schon in wenigen Jahrzehnten von den sozialen und kulturellen Folgeerscheinungen der vielgestaltigen Umweltkrise überfordert sein wird.

Schlagnworte: Grüne Soziale Arbeit, Soziale Ökologie, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Prävention, Intervention, Umweltkrise, Klimakrise, sozial-ökologische Transformation, Bezugswissenschaften, Transdisziplinarität

Abstract

The long-term consequence of human domination of nature has been the destruction of the natural environment. The detrimental practices are widely documented, yet there is no indication that they will cease in the near future. In light of this, Lena Dominelli initiated the “Green Social Work” project in English-speaking countries approximately a decade ago. This can be further elucidated by considering a novel scientific reference: The Frankfurt Social Ecology explicitly identifies itself as a science of social relations to nature. The following article presents and discusses the fundamental concepts put forth by this theoretical framework. In conclusion, the social relations to nature are delineated from the vantage point of green social work. A central graphic concludes the explanations and can serve as an alternative to the familiar illustrations of the sustainability triad. It relates social sectors and nature to each other in space and time. Based on this, social work should and can play a far greater role than before in the comprehensive ‘greening of society’. This will ensure that it will not be overwhelmed by the social and cultural consequences of the multifaceted environmental crisis in just a few decades.

Keywords: green social work, social ecology, social relations to nature, prevention, intervention, environmental crisis, climate crisis, socio-ecological transformation, related sciences, transdisciplinarity

1 Einleitung

Gesellschaftliche Probleme wie Potenziale rufen nach einer Veränderung. Soziale Arbeit ist zuständig für die Unterstützung von Menschen, Gruppen und Organisationen bei vorliegenden oder drohenden sozialen und kulturellen Problemen sowie brachliegenden sozialen und kulturellen Potenzialen. Es ist mittlerweile kein Geheimnis mehr, dass solche Probleme und Potenziale mit ökologischen, „grünen“ Themen zusammenhängen. „Natur kann nicht mehr *ohne* Gesellschaft, Gesellschaft kann nicht mehr *ohne* Natur begriffen werden“, weiß schon Ulrich Beck (1986: 107, Herv.i.O.) in seiner Zeitdiagnose der Risikogesellschaft und richtet den Blick dabei auf vier Gesellschaftssektoren: „Gesellschaft mit all ihren Teilsystemen Wirtschaft, Politik, Familie, Kultur läßt sich gerade in der fortgeschrittenen Moderne nicht mehr ‚naturautonom‘ begreifen. Umweltprobleme sind *keine* Umweltprobleme, sondern durch und durch – in Genese und Folgen – *gesellschaftliche* Probleme.“ (Ebd.: 108; Herv.i.O.) Die soziale Frage (vgl. Lindenau/Meier Kressig 2018) und auch die kulturelle Frage nach dem Lebenssinn, dem ‚Humanum‘ lassen sich demnach von der grünen Frage nicht mehr trennen. Beck übersieht freilich die Soziale Arbeit.

Soziale Arbeit hat sich schon früher, eher am Rand, mit Umweltfragen befasst (vgl. Elsen 2018). Die Klimakrise hat diesen Interessen und Debatten neue Energie verliehen. Wichtige erste Publikationen – vor allem mit ethischen und methodischen Bezügen – sind erschienen, die das thematische Terrain abstecken und zuweilen Möglichkeiten für eine theoretische Fundierung sondieren (vgl. Liedholz 2021; Schmidt 2021; Stamm 2021; Pfaff/Schramkowski/Lutz 2022; Liedholz/Verch 2023; Die Armutskonferenz 2023). Eine vielversprechende Orientierungsoption wurde bislang jedoch übersehen: die Soziale Ökologie. Dies, obwohl die bisherigen Bemühungen ökologisch interessierter und instruierter Sozialer Arbeit das gemeinsame Anliegen verbindet, herauszufinden, wie Soziale Arbeit besser eigenständige Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation leisten kann. Soziale Ökologie empfiehlt sich als neue Bezugswissenschaft der Sozialen Arbeit. Sie versteht sich von Beginn weg als „Krisenwissenschaft“ (Becker/Jahn 1989) und erklärt die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu ihrem Gegenstand.

Wie lassen sich die mikro-, meso- und makrosozialen Umweltbeziehungen begreifen? Im Folgenden seien die Antworten dargestellt, die am Geburtsort auch der Kritischen Theorie gefunden wurden. Inwiefern diese Frankfurter Soziale Ökologie für das neue Paradigma mit der Bezeichnung „Grüne Soziale Arbeit“ relevant ist, lässt sich in Anschluss daran fragen. Die Antwort soll erweisen, dass eine sozial-ökologisch orientierte und transformativ wirkende Soziale Arbeit angesichts der gegenwärtigen Vielfachkrise einen wichtigen Beitrag zu leisten vermag.ⁱ

2 Frankfurter Soziale Ökologie

In Frankfurt am Main tat sich in den 1980er Jahren eine Gruppe Forschender zusammen, deren Arbeit in die Gründung des *Instituts für sozial-ökologische Forschung* (ISOE) mündete. Das „Urdokument“, in dem der Begriff ‚gesellschaftliches Naturverhältnis‘ (im Singular) bereits an recht vielen Stellen erscheint, ist noch heute eine wahre Fundgrube und legt die damaligen diskursiven Anschlussoptionen offen (vgl. Forschungsgruppe Soziale Ökologie 1987). So fallen auch die Stellungnahmen zu Ivan Illich und André Gorz sowie zur libertären Sozialen Ökologie von Murray Bookchin auf (vgl. ebd.: 154–166). Alle drei werden rund zwei Jahrzehnte später leider völlig verschwiegen, wenn die vielen Beteiligten im bisher einzigen Überblicksbuch des Instituts die zentralen Konzepte darlegen. *Soziale Ökologie* lautet der Titel, und dieser wird gleich im Untertitel definiert als *Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen* (nun im Plural). Das Buch wurde 2006 von Egon Becker, einem Physiker, und Thomas Jahn, einem Soziologen, herausgegeben. „Auf diese allgemeine Problematik richtet sich heute die Frage der Sozialen Ökologie: Wie können in einer globalisierten Welt die krisenhaften Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur erkannt, begriffen und gestaltet werden?“ (Becker/Jahn 2006: 12) Horkheimers und Adornos *Dialektik der Aufklärung* hat für dieses Werk wider Erwarten wenig Bedeutung, veranlasst aber immerhin die Bemerkung, Soziale Ökologie sei „nur als selbstreflexives Projekt möglich“ (ebd.: 13). Wenige Jahre davor erheben Jahn und Wehling (1998: 80) noch einen ambitionierteren Anspruch:

„Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse [...] zielt darauf, einen gesellschaftstheoretischen Anspruch in Anknüpfung an die Kritische Theorie zu verbinden mit dem Versuch, natur- und sozialwissenschaftliche Reduktionen bei der Untersuchung komplexer ökologischer Krisenphänomene forschungspraktisch zu überwinden.“

In den Blick gelangen in *Soziale Ökologie* „die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Ökologie, Kultur und Lebensformen, Gesellschaft und Natur“ (ebd.: 14). Es gehe „nicht um die Natur im Allgemeinen, sondern um den menschlich-gesellschaftlichen Lebensprozess“ (ebd.: 148). Dabei wird eine Krisenperspektive eingenommen. „Die Problemformel von einer ‚Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘ bezieht sich [...] auf Phänomene an der durch gesellschaftliche Praktiken gezogenen Grenze zwischen Gesellschaft und Natur.“ (Ebd.: 170) Die zeitdiagnostische Leithypothese dazu lautet:

„Die Krise der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur lässt sich als so bedrohlich ausweisen, dass ohne deren theoretische Fassung gesellschaftliche Veränderungen und natürliche Strukturen und Prozesse nicht mehr angemessen verstanden und gestaltet werden können. Eine Krisenperspektive war und ist in diesem Sinne konstitutiv für das gesamte Projekt einer Sozialen Ökologie.“ (Ebd.: 19)

Die Krisendiagnose erstreckt sich indes auch auf „Wissensdefizite an der Grenze zwischen heterogenen Diskursen“ (ebd.: 170). Entsprechend müsse Soziale Ökologie zwischen den epistemischen Kulturen der Natur- und Sozialwissenschaften verortet werden. Das sei folgenreich und erfordere, sich sowohl gegen den Naturalismus wie gegen den Kulturalismus abzugrenzen (vgl. ebd.: 22f., 125ff.). Zustimmung (vgl. ebd.: 129) erhält eine Bemerkung Adornos (1972: 35), wonach die Wirklichkeit menschlich sei „und noch die schlechterdings außermenschliche Natur vermittelt durch Bewusstsein. Das können Menschen nicht durchstoßen: sie leben im gesellschaftlichen Sein“. Verzerrte Weltansichten, so Becker und Jahn weiter, seien sie „technizistisch, biologistisch, soziologistisch oder kulturalistisch“ (Becker/Jahn 2006: 111), seien zu vermeiden. So lenkt die Diagnose einer Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse „den sozial-ökologischen Blick auf hybride Krisenphänomene, in denen gesellschaftliche und natürliche Prozesse sich überlagern, [...] die Kritik am gesellschaftlichen Umgang mit der Krise ist Richtschnur der wissenschaftlichen Arbeit“ (ebd.: 183f.).

Normativ orientiere sich Soziale Ökologie an Nachhaltigkeit – meist in negativer Bestimmung, da die positive Bestimmung vieldeutig sei – sowie an „lebenspraktischen gesellschaftlichen Problemen“ (ebd.: 24). Die neue Wissenschaft solle denn „lebenspraktisch bedeutsam“ (ebd.: 15) sein. Situierendes Wissen, heißt es im Anschluss an Donna Haraways „Die Neuerfindung der Natur“ (1995), sei hervorzuheben, und zwar in drei Formen: „normatives Orientierungswissen, operatives Handlungswissen und empirisch-analytisches System- und Prozesswissen“ (ebd.: 25). Diese Wissensarten könnten auch als, wie in der Sozialen Arbeit üblich, Bewertungs-, Handlungs- sowie Beschreibungs- und Erklärungswissen bezeichnet werden (vgl. Husi 2017: 97–101). In *Soziale Ökologie* wird sogar vorgeschlagen, das bekannte Drei-Säulen-Modell des Nachhaltigkeitsdiskurses zu ersetzen durch die drei Wissensformen – in diesem Kontext: Orientierungs- und Zielwissen (normativ), Systemwissen (analytisch) und Handlungswissen (operativ) (vgl. ebd.: 242f.). Die Unterscheidung von Natur und Gesellschaft sei nicht dualistisch aufzufassen, vielmehr gelte es, am jeweiligen Fall die Beziehungen zu untersuchen. „Zum Objekt des Wissens werden dann konkrete ‚Muster von Beziehungen‘“ (ebd.: 25). Ohne – wie zu erwarten wäre – Bezug auf Bourdieu (1998: 15ff.) wird infolgedessen als Grundverständnis festgehalten: „Gesellschaftliche Naturverhältnisse

zu denken heißt, methodisch in Relationen, statt in Substanzen zu denken“ (Becker/Jahn 2006: 26), von „Dingen zu Beziehungen“ (ebd.: 185) fortzuschreiten. Das bedeute einen klaren Bruch mit der von Aristoteles überlieferten Tradition. In diesem Kontext der Relationalität wird sogar Anthony Giddens' Strukturierungstheorie (vgl. auch Jahn/Wehling 1998: 77) erwähnt, leider ohne weiter thematisiert zu werden.

Die unterschiedlichen Ansätze der Sozialen Ökologie verbinde der spezifische „sozial-ökologische Blick“, der bedeute,

„dass man Umweltprobleme als (komplexe) gesellschaftliche Probleme betrachtet, die ohne fundierte sozialwissenschaftliche Analysen weder verstanden noch gelöst werden können. Gemeinsam ist ihnen aber auch die Absicht, die sozialwissenschaftliche Problemsicht systematisch um eine naturwissenschaftlich technische zu erweitern.“ (Becker/Jahn 2006: 77)

Aus dieser Sichtweise resultiert ein schärferer Blick auf Umweltprobleme. „Was man in der Öffentlichkeit und im Alltag Umweltprobleme nennt, muss dann in diesen Beziehungsmustern lokalisiert werden“ (ebd.: 86), die als gesellschaftliche Naturverhältnisse bezeichnet werden.

Von der Frankfurter Sozialen Ökologie ist „natürlich“ auch die Klärung des Verhältnisses zur Kritischen Theorie der Frankfurter Schule zu erwarten. Instruktiv ist der Anschluss an eine häufig zitierte Passage aus den „Soziologischen Exkursen“ des Instituts für Sozialforschung, die sogar als Leitmotiv auserkoren wird (vgl. ebd.: 133):

„Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft lässt sich aber auch nicht trennen von dem zur Natur. Die Konstellation zwischen den drei Momenten ist dynamisch. Es genügt nicht, bei der Einsicht in ihre perennierende Wechselwirkung sich zu beruhigen, sondern eine Wissenschaft von der Gesellschaft hätte wesentlich die Aufgabe, die Gesetze zu erforschen, nach denen jene Wechselwirkung sich entfaltet, und die wechselnden Gestalten abzuleiten, die Individuum, Gesellschaft und Natur in ihrer geschichtlichen Dynamik annehmen.“ (Institut für Sozialforschung 1956: 43)

Der Anschluss erfolgt indessen insofern spezifisch, als nicht eine Gesellschaftstheorie resultieren soll, sondern eine transdisziplinäre Wissenschaft, „bei der Praxisrelevanz mit interdisziplinärer Theorie- und Methodenentwicklung prozessual verbunden ist.“ (Becker/Jahn 2006: 289)

Vorbehalte werden gegenüber den Begriffen ‚Mensch‘ wie ‚Umwelt‘ geäußert, entsprechend auch gegenüber der Rede von Mensch-Umwelt-Beziehungen. Nicht Wesensmerkmale des Menschen lägen der Krise zugrunde, sondern menschliches Tun und Unterlassen (vgl. ebd.: 154). „Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse vermitteln zwischen einer naturabhängigen Gesellschaft und einer vergesellschafteten Natur in vielfältiger Weise.“ (Ebd.: 163) Mit dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse soll dabei „die komplexe Konfiguration von Individuum, Gesellschaft und Natur“ (ebd.: 148) erfasst werden. Fragt sich, wie das Individuum, das im Grundbegriff der Frankfurter Sozialen Ökologie nicht explizit genannt wird, konzipiert wird und hineinspielt. Zu erwarten wäre eine Subjekttheorie oder eine Handlungs- bzw. Praxistheorie.

Die Soziale Ökologie aus Frankfurt als „Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen“ versucht es mit einer Bedürfnistheorie, denn „in Bedürfnissen konkretisieren sich spezifische gesellschaftliche Naturverhältnisse“ (ebd.: 146), so die Ansicht. In Anlehnung an die fraktale Geometrie wird vermutet, dass „man in den Bedürfnissen die Struktur der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (ebd.: 163) wiederfindet. Den „ausgeklammerten abstrakten Menschen“ (ebd.: 162) könne man so angemessener theoretisch einbeziehen (vgl. dazu auch ebd.: 35ff.). Etwas überraschend gelangen dann doch wieder anthropologische Bezüge ins Spiel, nämlich mit der „Differenzierung nach basalen gesellschaftlichen Naturverhältnissen entlang anthropologisch vorgezeichneter Lebensfunktionen. Wir nennen sie basal, weil sich durch sie sowohl der individuelle Lebensprozess als auch der Lebensprozess der Gattung aufrechterhält“ (ebd.: 192). Auch scheinbar biologische Bedürfnisse würden allerdings nur in subjektiv und sozial interpretierter Form existieren. Erwähnt werden atmen, essen und trinken, schlafen sowie sich vor Kälte und Hitze schützen. Verhindert werden müsse, dass die basalen gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Fortsetzung des Lebensprozesses über die Generationen hinweg gefährden. Ein menschenwürdiges Leben für alle solle möglich sein. „*Bedürfnisprozesse* konstituieren basale gesellschaftliche Naturverhältnisse. Die menschlichen Aktivitäten, mit denen diese Bedürfnisse befriedigt werden, begründen zugleich Verhältnisse zu anderen Menschen, zum kulturellen Umfeld sowie zur natürlichen Mitwelt.“ (Ebd.: 198; Herv.i.O.) Die Bedürfnisse seien „stark geschlechtlich ausgeprägt“ (ebd.: 199).

Die Frankfurter Soziale Ökologie bedient sich des Begriffspaars Regulation/Symbolisierung, um den interessierenden Gesamtzusammenhang zu skizzieren (vgl. ebd.: 192f.). Demnach sind die stofflich-energetischen Regulationen über gesellschaftliche Praktiken und Technologien mit kulturellen Symbolisierungen verknüpft. Abhängig von „Normen und Machtstrukturen“ (ebd.: 193) erhielten diese Regulationsmuster ihre Bedeutung – neben der Bedürfnisbefriedigung finden also aus Frankfurter Perspektive auch der Ressourcengebrauch und das Regeln(be)folgen, wengleich weniger als weitere Grundprozesse, Beachtung. Anders gesagt: Die hierarchische (Macht),

institutionelle (Normen) und kulturelle (Bedürfnisse) Struktur der Gesellschaft wird angesprochen. Der symbolische Kontext bestimme, wie Bedürfnisse auf natürliche Gegenstände projiziert werden.

„Bei gesellschaftlichen Naturverhältnissen handelt es sich also um symbolisch vermittelte stofflich-energetische und organische Regulationsmuster. [...] Gesellschaftliche Naturverhältnisse bilden sich sowohl direkt durch das Zusammenwirken individueller Handlungen heraus als auch vermittelt durch Institutionen und ausdifferenzierte Funktionssysteme.“ (Ebd.: 193)

Eine präzise Darstellung institutioneller Differenzierung und entsprechender Rollen bleibt freilich aus.

In seinem Aufsatz „Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien“ (1979) schreibt Adorno, ehe er auf Landwirtschaft zu sprechen kommt:

„Der gesellschaftliche Prozeß ist weder bloß Gesellschaft noch bloß Natur, sondern Stoffwechsel der Menschen mit dieser, die permanente Vermittlung beider Momente. Das auf allen Stufen enthaltene Natürliche ist nicht aus seiner gesellschaftlichen Form herauszuoperieren ohne Gewalt gegen die Phänomene.“ (Adorno 1979: 221)

Nicht diese bedeutsamen Worte aus der entsprechenden Passage werden im Buch *Soziale Ökologie* zitiert, sondern andere (vgl. Becker/Jahn 2006: 207). Mit Adorno wird die Ansicht geteilt, eine strikte Trennung von konstanten natürlichen und historisch wandelbaren Bedürfnissen sei nicht haltbar, eine „reine Natur“ könne nicht herausgeschält werden. Zustimmung wird auch folgende Aussage Adornos (1979: 221) zitiert: „Die Bedürfnisse lassen darum nicht bündig sich aufteilen, weil die Gesellschaft selber nicht bruchlos auf Bedürfnisse zurückzuführen ist.“ Aber was bedeutet dies für den vermuteten Zusammenhang von Lebensfunktionen und basalen gesellschaftlichen Naturverhältnissen? Nicht wiedergegeben wird Adornos an dieser Stelle ebenso geäußerte Ansicht, in der „heutigen Ära der Überproduktion“ (ebd.: 221) seien die Bedürfnisse schematisiert, wenn nicht sogar planvoll hervorgebracht; die Bedürfnisbefriedigung werde in der kapitalistischen Gesellschaft bloß noch vom ökonomischen Interesse mitgeschleppt. Es erstaunt überdies, dass sich die Ausführungen mit keinem Wort auf Marcuse (z.B. 1967: 24–29) beziehen. Die Krisenerscheinungen werden indes deutlicher benannt:

„Krisenphänomene zeigen sich in der Verschmutzung und Vergiftung einzelner Umweltmedien (Wasser, Boden, Luft); sie akkumulieren sich zu globalen ökologischen Gefährdungen: Wachstum der industriellen Produktion und der Bevölkerung, Knappheit an Ressourcen (Wasser, Energie, Rohstoffe), an landwirtschaftlich nutzbaren Anbauflächen und an Nahrungsmitteln. Verfolgt man die einzelnen Krisenphänomene zu den Praktiken zurück, die zwischen Gesellschaft und Natur regulierend vermitteln, dann lassen sich besonders gefährdete und gefährdende Bereiche identifizieren: Arbeit und Produktion, sexuelles Begehren und Fortpflanzung, Ernährung und Landnutzung, Mobilität und Fortbewegung. Sie korrespondieren mehr oder weniger direkt mit den basalen gesellschaftlichen Naturverhältnissen, wie sie entlang anthropologisch vorgezeichneter Lebensfunktionen eingeführt wurden.“ (Becker/Jahn 2006: 193f.)

Die Praktiken, „in und mit denen Gesellschaften ihr Verhältnis zur Natur stofflich-materiell und kulturell-symbolisch regulieren“ (ebd.: 198), seien im Alltag verankert. „Insgesamt nimmt die Komplexität des Alltags zu“ (ebd.: 215), wird vermerkt. Im Anschluss an Max Weber ist von der „alltäglichen Lebensführung“ die Rede, das heißt von der „Art und Weise, wie Personen die Tätigkeiten in unterschiedlichen Lebensbereichen zu einem kohärenten Alltagszusammenhang integrieren“ (ebd.: 218). Den technisch-naturwissenschaftlich dominierten Ansätzen der Umweltforschung wird „Alltagsvergessenheit“ (ebd.: 219) vorgehalten, die eben die „Rahmenbedingungen des Alltagshandelns“ (ebd.: 220) übersehe. Alltägliche Praktiken würden durch Dispositive ermöglicht und begrenzt, wird mit Bezug auf Foucaults (1978: 119f.) *Dispositive der Macht* dargelegt. „Dispositive legen ‚Korridore‘ fest, in denen sich das Bedürfnishandeln vollziehen kann“ (ebd.: 208), wird erläutert. Als „Dispositive der Bedürfnisbefriedigung“ werden explizit Produktionsverhältnisse und Geschlechterverhältnisse genannt, ohne allerdings dem Thema Intersektionalität Platz einzuräumen. Zudem wird mit Giddens auf Routinen und Rekursivität verwiesen: „Praktiken sind mehr oder weniger institutionalisierte, kollektive Phänomene, die durch die alltäglichen Handlungen immer wieder aufs Neue reproduziert werden. Umgekehrt reproduzieren Akteure in und durch ihre alltäglichen Handlungen immer wieder aufs Neue die Bedingungen, die ihr Handeln ermöglichen“ (ebd.: 212) – und eben auch einschränken (vgl. Giddens 1988: 78).

Mit dem Begriff der Regulation soll die Gestaltbarkeit, mit jenem der Transformation die Geschichtlichkeit der gesellschaftlichen Naturverhältnisse angesprochen werden (vgl. Becker/Jahn 2006: 239). „Ernährung und Gesundheit, Landwirtschaft und Regionalplanung, Bevölkerungsentwicklung und Versorgung, Bauen und Wohnen, Mobilität und Verkehr“ (ebd.: 248)

werden als Problembereiche genannt. Als problematisch gilt, wenn „natürliche Zusammenhänge“ irreversibel oder „gesellschaftliche Zusammenhänge“ (ebd.: 248) in ihrer Reproduktion und Entwicklung gestört werden. In der Verknüpfung von Problem- und Gestaltungsorientierung

„verschränken sich ökonomische, technische, politische, soziokulturelle Probleme und *sektorale Lösungsmuster* mit biologischen, geographischen und ökologischen. Derartige komplexe sozial-ökologische Problemlagen machen den Kern der neuartigen Umweltprobleme aus.“ (Ebd.: 249; Herv. G.H.)

Weder eine einzelne Fachwissenschaft noch ein bestimmter gesellschaftlicher Sektor sei angesichts der Komplexität allein lösungsfähig. Sozial-ökologische Regulation bearbeite die Folgeprobleme der Regulationen, die in den jeweiligen Bereichen stattfinden, und sei somit „Regulation von Regulationen“ (ebd.: 251). Es werden Anleihen bei der Kybernetik gemacht, was den Blick auf selbstverstärkende, positive und negative, selbstausgleichende Rückkopplungseffekte lenkt. In methodischer Hinsicht werden deshalb System-, Kausal- und Regelungsanalyse verbunden (vgl. ebd.: 257). Fragt sich, welche gesellschaftlichen Systeme bzw. Sektoren der Analyse zugrunde gelegt werden sollen.

„Sozial-ökologische Regulationen wirken nicht nur stabilisierend, sondern treiben auch Transformationsprozesse an.“ (Ebd.: 259) Regulationen, wechselseitige Einwirkungen und Wandelerscheinungen werden folgendermaßen differenziert aufeinander bezogen: „Politische, ökonomische und technische Regulationen“ würden das „Zusammenspiel sozialer, kultureller und ökologischer Wirkzusammenhänge“ prägen, und daraus resultiere der „geschichtliche Wandel des komplexen Beziehungsgeflechts zwischen Gesellschaft und Natur“ (ebd.: 259). Auf diese Veränderungen bezieht sich der Begriff der sozial-ökologischen Transformation. In differenzierungstheoretischer Hinsicht werden die gesellschaftlichen Mechanismen allerdings in unterschiedlichen Versionen dargelegt. „Transformation bezeichnet die historische Entwicklung der Regulationen und daran ablesbarer Formationen der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ (ebd.: 260), wird erklärt. Und weiter:

„Im Unterschied zu Vorstellungen von kontinuierlich verlaufenden Veränderungsprozessen bezieht sich sozial-ökologische Transformation auf krisenhafte Entwicklungen, Brüche und Diskontinuitäten, die mit Formveränderungen einhergehen. Eine solche Sichtweise nimmt ernst, dass gesellschaftliche Prozesse nur begrenzt steuerbar sind.“ (Ebd.: 266)

Normative Orientierung biete das Gerechtigkeitspostulat aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs: Künftige Generationen sollen die gleichen Wahlmöglichkeiten haben, um frei über ihre Lebensweisen und die Gestaltung der natürlichen Lebensgrundlagen entscheiden zu können, und zwar so, „dass die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen gesichert sind“ (ebd.: 260). In dieser Darlegung von Gerechtigkeit sind Freiheit, Gleichheit und Sicherheit richtigerweise verzahnt (vgl. dazu auch Husi/Meier Kressig 1998; Husi 2012: 104). Fokussiert Nachhaltigkeit mit Generationen Alter bzw. die Zeitdimension, so sind in einer umfassenden kritischen Gerechtigkeitsperspektive neben der Raumdimension noch weitere zentrale Sozialkategorien intersektional einzubeziehen.

Präsentiert wird sodann im losen Anschluss unter anderem an Bertalanffy, Maturana und Varela sowie Luhmann die Vorstellung eines „komplexen sozial-ökologischen Systems mit einer räumlichen oder funktionalen Grenze und einer nicht-linearen Dynamik“ (ebd.: 268). In methodischer Hinsicht gebe es zwei Möglichkeiten: Eine früher gewählte habe Gesellschaft und Natur als zwei relativ autonome, über ein äußeres Beziehungsgeflecht miteinander gekoppelte Systeme betrachtet. Eine aktuellere betrachte „das Beziehungsgeflecht zwischen Gesellschaft und Natur in seinem Gesamtzusammenhang als System [...]. Die äußeren Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur werden dann zu *inneren* Beziehungen des sich herausbildenden sozial-ökologischen Systems“ (ebd.: 269, Herv.i.O.). Und das bedeutet: „Sozial-ökologische Transformationen [...] zeigen sich im ersten Fall als Veränderungen der äußeren Systembeziehungen, im zweiten als Veränderungen der inneren. Innere Systembeziehungen bilden eine Struktur, die sich durch Transformationen verändert.“ (Ebd.: 269) Die Anpassung der inneren Struktur wird als Adaptivität bezeichnet (vgl. ebd.: 277).

Im letzten Kapitel des Buchs *Soziale Ökologie* werden diese theoretischen Grundlagen der Sozialen Ökologie als Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen genutzt für die Behandlung der Themen Wasser, Konsum, Ernährung, Mobilität, Bauen und Wohnen, Bevölkerungsentwicklung, Versorgungssysteme sowie Gender und Environment. Soziale Arbeit könnte unter den genannten Versorgungssystemen durchaus erwähnt werden – dem ist im Buch aber nicht so. Ohnehin fällt es den Verfassenden schwer, den Begriff des Versorgungssystems mit mehreren Komponenten (Abb. 1) genau zu bestimmen sowie klar ein- und abzugrenzen, da letztlich (fast) alles mit allem zusammenhängt und Versorgungscharakter aufweist.

Einen aktuellen Versuch, den Begriff genauer zu bestimmen, liefern Hummel, Jahn, Kramm und Stieß (2024: 20), die eine Kurzdefinition der Komponenten formulieren und Institutionen als formelle wie informelle „Handlungsregeln in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Recht und Kultur“ begreifen. Sie referieren dabei nicht nur auf Normen, sondern auch auf Werte; institutionelle und kulturelle Differenzierung – Bereiche und Milieus – sind auf diese Weise vermengt. Überdies lassen

die genannten Bereiche das gemeinschaftliche Leben (vgl. Husi/Meier Kressig 2013) in Familien, Nachbarschaften usw. sowie Hilfssysteme wie zum Beispiel die Soziale Arbeit vermissen. Die hierarchische Differenzierung der Gesellschaft (Klassen bzw. Schichten) kommt durch Ressourcen, Wissen, Technik zum Ausdruck. Strukturierungstheoretisch interpretiert, strukturieren – ermöglichen und beschränken – all diese Komponenten die Praktiken Nutzender.

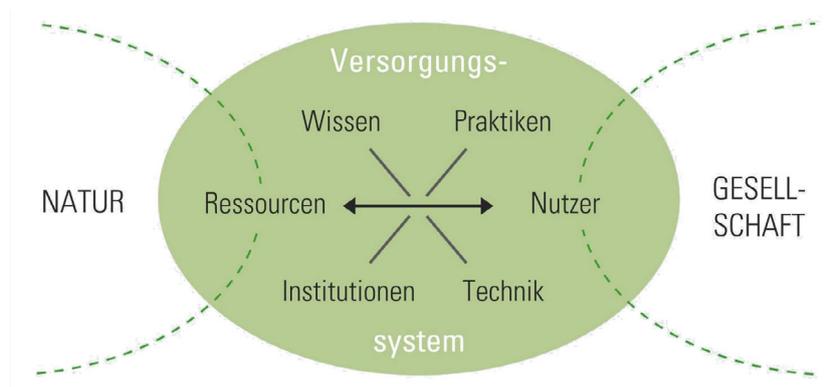


Abb. 1: Versorgungssysteme im Rahmen gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Becker/Jahn 2006: 424).

Abbildung 1 kann als die zentrale Überblicksgrafik der Frankfurter Sozialen Ökologie gelten; sie wird auch in einem Sonderheft zur Frankfurter und Wiener Sozialen Ökologie so präsentiert (vgl. Kramm/Pichler/Schaffartzik/Zimmermann 2017: 21; vgl. zur Wiener Sozialen Ökologie Husi 2025c). Spannend ist hier die Betitelung mit „Sozial-ökologische Systeme als Versorgungssysteme“. Die Grafik wird bei Kramm et al. (2017: 57, 86) in einer weiteren Form verändert bzw. ergänzt, indem im Zentrum zwischen den sechs Komponenten die Überschrift „sozial-ökologische Strukturen und Prozesse“ platziert wird sowie auf der linken Seite „natürliche Strukturen und Prozesse“ und analog auf der rechten Seite „gesellschaftliche Strukturen und Prozesse“. Hummel, Jahn, Kramm und Stieß (2024: 23) betiteln dasselbe mit „Modell des sozial-ökologischen Systems“. Die Abbildung legt einen Bereich in der Mitte nahe, der weder Natur noch Gesellschaft ist, aber zum sozial-ökologischen System zählt. Was ist das? Weshalb sind es nicht zwei überlappende Kreise, deren Überlappungszone dann die gesellschaftlichen Naturverhältnisse wären, das sozial-ökologische System?

Die Soziale Arbeit findet wohl leichter Anschluss an eine Darstellung des sozial-ökologischen Forschungsprozesses (Abb. 2), dessen geforderte Transdisziplinarität Soziale Arbeit sinnvollerweise einbegriffe. Zusammenfassend schreibt Jahn (2005: 32) dazu:

„Unter Sozialer Ökologie verstehen wir die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Sozial-ökologische Forschung untersucht demnach die Formen und Gestaltungsmöglichkeiten der Veränderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in einer integrativen Perspektive. [...] Wir bezeichnen mit dem Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zusammenfassend das Geflecht der vermittelnden Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur sowie die sich darin herausbildenden Muster.“

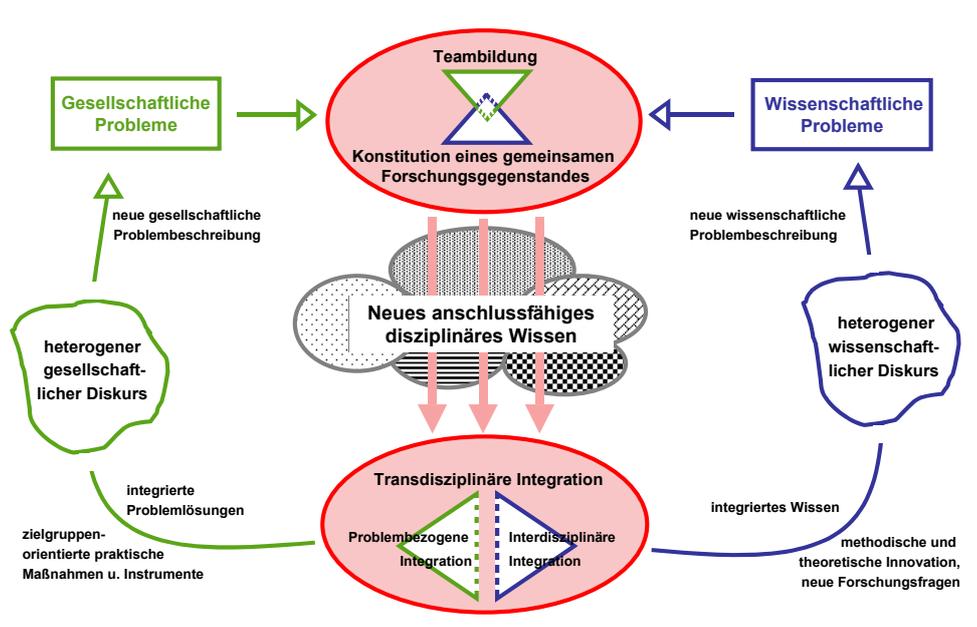


Abbildung 2: Transdisziplinärer Forschungsprozess

(Jahn 2005: 36; ähnlich bei Becker/Jahn 2006: 325; Kramm et al. 2017: 79; Görg et al. 2023: 187).

3 Grüne Soziale Arbeit

Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die durch gesellschaftliche Praktiken gezogene Grenze zwischen Gesellschaft und Natur, Leitmotiv, drei Arten von Wissen, Relationalität, Transdisziplinarität, Alltäglichkeit, sektorale Lösungsmuster, sozial-ökologische Transformation – all diese Theorieelemente der Frankfurter Sozialen Ökologie und der damit verknüpfte gesellschaftstheoretische Anspruch sind für die Grüne Soziale Arbeit direkt anschlussfähig. Diese zieht der systemtheoretischen Fundierung allerdings deutlicher eine strukturierungs- bzw. praxistheoretische vor (vgl. Husi 2022a: 302) und gibt der Kritischen Theorie mehr Gewicht (vgl. Husi 2025b). Es dürfte indes deutlich geworden sein, dass sich Soziale Ökologie als neue Bezugswissenschaft Sozialer Arbeit geradezu aufdrängt. Versteht sich Soziale Ökologie

transdisziplinär, kommt sie umgekehrt nicht umhin, Soziale Arbeit einzubeziehen, denn sie benötigt auch eine sozialberufliche Praxisdisziplin. Für einen solchen Einbezug braucht es allerdings eine theoretisch angemessen fundierte Soziale Arbeit, die sich eben auch ökologisch orientiert und sich nicht „nur“, von allen Naturbezügen absehend, der sozialen (und kulturellen) Probleme und Potenziale annimmt.

„Grüne Soziale Arbeit“ (Husi 2022a) ist, im losen Anschluss an die von Lena Dominelli (2012; 2018) für den englischen Sprach- und entsprechenden geografischen Raum entwickelte Konzeption mit dem treffenden Namen „Green Social Work“, die vom Autor gewählte Bezeichnung für ein neues Paradigma der Profession und Disziplin. Grüne Soziale Arbeit thematisiert soziale und kulturelle Probleme bzw. Potenziale, für deren Bearbeitung bzw. Entfaltung Soziale Arbeit zuständig ist, unter systematischem Einbezug der natürlichen Lebensgrundlagen und somit der Umweltprobleme und Umweltpotenziale. Hummel, Jahn, Kramm und Stieß (2024: 15) präsentieren gesellschaftliche Naturverhältnisse als „Grundbegriff und Denkraum für die Gestaltung von sozial-ökologischen Transformationen“. Indem Soziale Arbeit diesen „Denkraum“ (Becker/Jahn 2006: 187) betritt, der auch ein Fühlraum ist, eröffnet sich zugleich ein neuer Handlungsraum. Analog zu den drei von der Frankfurter Sozialen Ökologie aufgeführten Wissensarten sind für die Konzeption der Grünen Sozialen Arbeit drei theoretische Grundlagen zentral: ein *Praxismodell* (Handlungswissen), normative Grundlagen (Bewertungswissen) und ein Weltbild (Beschreibungs- und Erklärungswissen).

Das Praxismodell (vgl. Husi 2025a) verknüpft (innen- und außen-)weltbezogenes Wissen unterschiedlicher Art und Reflexivität (vgl. Becker/Jahn 2006: 25, 242f.) präzise mit einer Abfolge typischer Handlungsakte. Aus dieser Verknüpfung resultiert in der Regel konsistentes Transformationshandeln. Leitsätze und Arbeitsprinzipien flankieren das Modell, Praxistheorien fundieren es.

Die *normativen Grundlagen* (vgl. Husi 2025b) sollten eine Werteübersicht enthalten, die präzise auf die Elemente des Weltbilds bezogen werden kann, um praktisch wirksam werden zu können. Sozial-ökologische Normativität verbindet den Geist des Demokratismus (vgl. Husi/Meier Kressig 1998) und, so könnte man sagen, des Humanismus (vgl. Stengel 2016) mit dem Geist des Ökologismus (vgl. Eder 1992) – und dieser sozial-ökologische Geist trotz dem Geist des Kapitalismus (vgl. Weber 1988). Die Rede von Nachhaltigkeit ist dabei der Weisheit vorletzter Schluss.

Ein wenig mehr noch an dieser Stelle zum *Weltbild* (Abb. 3), das sich, Innen- und Außenwelten integrierend, auf das besonders von der Kritischen Theorie fokussierte Dreieck Individuum – Gesellschaft – Natur bezieht. Es erfordert die Verbindung von Subjekt- bzw. Praxis-, Gesellschafts- und Umwelttheorie. Dafür müssen die gesellschaftlichen Naturverhältnisse verstanden werden. Das

sozial-ökologische Geschehen in den Gesellschaftssektoren mit ihren jeweiligen Umweltnähten, an denen sich der „Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur“ (Marx 1962: 57) vollzieht, ist nicht nur durch die sektoralen Regeln und eingenommenen Rollen der Beteiligten geprägt, sondern, so lässt sich im Anschluss an Bourdieu festhalten, auch durch unterschiedliche Ressourcen und Interessen. Die Strukturen von Umwelt und Gesellschaft – relational verstanden als Gesamtheiten von Verhältnissen – strukturieren gemeinsam die Praxis. Vor allem das Zusammenwirken von fünf Akteursgruppen mit ihren jeweiligen Rollen prägt gesellschaftliche Naturverhältnisse (vgl. dazu auch Görg et al. 2023: 636). Sie agieren in vier primären Gesellschaftssektoren: Das sind in der Wirtschaft *Finanzierende* sowie *Liefernde* (in der Lieferkette von Produktion und Handel), in der Gemeinschaft *Sorgende*, im Staat (Politik, Verwaltung, Recht, Militär) *Regulierende* und in der Kultur (Wissenschaft, Religion, Kunst, Unterhaltung, Bildung, Medien) *Interpretierende*. Aber hier fehlt noch etwas. Die systemtheoretische Diskussion über „soziale Hilfe“ (Baecker 1994) bzw. Soziale Arbeit („Hilfesystem“) als „ein neues, sekundäres Funktionssystem“ (Luhmann 1997: 633) regt dazu an, einen weiteren – sekundären – Gesellschaftssektor mit der Kurzbezeichnung ‚Hilfe‘ vorzusehen. Zu diesem können über Soziale Arbeit hinaus Gesundheit und womöglich Verkehr gezählt werden. Verkehr ist, nicht zuletzt aufgrund des immer noch weit verbreiteten Fossilismus und der nötigen Transformation der Mobilität, gleichsam in Richtung eines ‚helfenden Verkehrs‘ einzubeziehen. Diese Hilfesysteme sind insbesondere bei der Katastrophenhilfe an vorderster Stelle gefragt, unterstützen aber auch das ‚normale Funktionieren‘ der primären Gesellschaftssektoren.

Gleichzeitig ist die gegenwärtige Vielfachkrise durch ein Markt-, Staats-, Gemeinschafts- und Kulturversagen gekennzeichnet. Die „vier apokalyptischen Reiter des Anthropozäns“, so werden Brände, Hitze, Trockenheit und Überschwemmungen von Vince (2023: 35–62) in Anlehnung an das sechste Kapitel der Offenbarung des Johannes genannt, treiben bereits jetzt mit aller Gewalt ihr Unwesen und lassen schon in der Gegenwart da und dort Hilfeversagen erleben. Ein völliges Hilfeversagen gar droht ausblickend auf „das nomadische Jahrhundert“ und in der beim jetzigen Stand der Entwicklung zu befürchtenden Klimakatastrophe in der Weltgesellschaft. Letzteres lässt für Soziale Arbeit nur den Schluss zu, nichts unversucht zu lassen. Der soziale Zusammenhalt (vgl. Husi 2022b) wird auf die Probe gestellt werden wie kaum je zuvor.

Aus kritischer, transformationsorientierter Perspektive interessiert, wer für die sozial-ökologische Krise verantwortlich ist und wer davon betroffen. Die Silbe ‚inter‘ verweist deskriptiv auf Zusammenwirken und normativ auf Ungerechtigkeit: In Betracht kommt das intersektorale Zusammenspiel, das immer auch eines von Klassen und Milieus ist. Dieses Zusammenspiel geschieht im Raum und in der Zeit. Es ist also auch ein internationales und intergenerationales Zusammenspiel, in dem sich enorme Ungleichheiten offenbaren, die es intersektional zu verstehen

gilt.

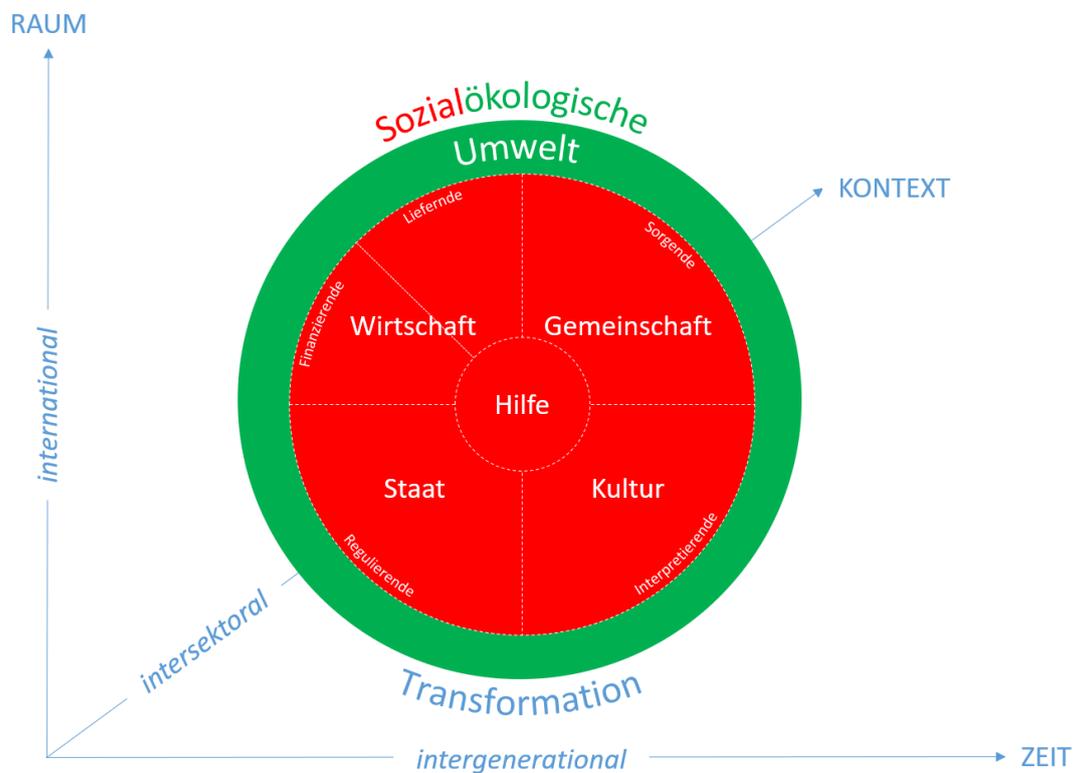


Abbildung 3: Gesellschaftliche Naturverhältnisse aus Sicht der Grünen Sozialen Arbeit (eigene Darstellung).

Grüne Soziale Arbeit nutzt nicht nur die Transformationskraft der Natur für eigene Belange oder interveniert bei sogenannten Naturkatastrophen, sondern kann noch viel mehr als bislang im Zeichen des Umweltschutzes („Umweltgerechtigkeit“) und der Umweltgerechtigkeit die Prävention unterstützen. Dazu ist sie motiviert, weil sich aus Umweltproblemen soziale und kulturelle Probleme ergeben, für die sie zuständig ist und die sie ohne wirksame Gegenmaßnahmen bald einmal massiv überfordern werden. Das lässt ihren Blick auch auf soziale und kulturelle Potenziale werfen, die es in sozialökologischem Sinn und Geist zu entfalten gilt. Die Reflexion dieser Probleme und Potenziale ergibt eine vielfältige Programmatik (vgl. Husi 2022a: 307). Auf dem Programm steht die Begründung von Praxis, Lehre und Forschung. Eine zeitgemäße und zukunftsfähige Soziale Arbeit darf es sich nicht mehr leisten, von außermenschlicher Natur abzusehen, und sie kann eine wichtige – eine weit wichtigere als bisher – Playerin bei der sozial-ökologischen Transformation werden.

Verweise

ⁱ Der Text basiert auf einem Referat, gehalten am 5. Juli 2023 in der Sektion Soziale Arbeit am Kongress der *Österreichischen Gesellschaft für Soziologie* in Wien.

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W. (1972): *Zur Metakritik der Erkenntnistheorie. Studien über Husserl und die phänomenologischen Antinomien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. (1979): *Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien*. In: Ders.: *Soziologische Schriften I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 217–237.

Baecker, Dirk (1994): *Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 23, April 1994, S. 93–110.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (1989): *Soziale Ökologie als Krisenwissenschaft*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.) (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Die Armutskonferenz (Hg.) (2023): *Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten*. Norderstedt: Books on Demand.

Dominelli, Lena (2012): *Green Social Work. From Environmental Crises to Environmental Justice*. London: Polity.

Dominelli, Lena (Hg.) (2018): *The Routledge Handbook of Green Social Work*. London/New York: Routledge.

Eder, Klaus (1992): Die Ambivalenz des modernen Naturverhältnisses. Ökologische Ethik und der neue Geist des Kapitalismus. In: Glaeser, Bernhard/Teherani-Krönner, Parto (Hg.): Humanökologie und Kulturökologie. Grundlagen – Ansätze – Praxis. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 89–105.

Elsen, Susanne (2018): Nachhaltigkeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans/Treptow, Rainer/Ziegler, Holger (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. München: Reinhardt, S. 1055–1066.

Forschungsgruppe Soziale Ökologie (1987): Soziale Ökologie. Gutachten zur Förderung der sozial-ökologischen Forschung in Hessen. Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt am Main: Campus.

Görg, Christoph/Madner, Verena/Muhar, Andreas/Novy, Andreas/Posch, Alfred/Steininger, Karl W./Aigner, Ernest (Hg.) (2023): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin: Springer Spektrum.

Hummel, Diana/Jahn, Thomas/Kramm, Johanna/Stieß, Immanuel (2024): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Grundbegriff und Denkraum für die Gestaltung von sozial-ökologischen Transformationen. In: Sonnberger, Marco/Bleicher, Alena/Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer, S. 15–29.

Husi, Gregor (2012): Auf dem Weg zur Beteiligungsgesellschaft. In: Lindenau, Mathias/Meier Kressig, Marcel (Hg.): Zwischen Sicherheitserwartung und Risikoerfahrung. Vom Umgang mit einem gesellschaftlichen Paradoxon in der Sozialen Arbeit. Bielefeld: Transcript, S. 75–119.

Husi, Gregor (2017): Mikro-, Meso- und Makro-Professionalisierung Sozialer Arbeit – ein etwas ausholender Kommentar zu Epple & Kersten. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit, 12(1/2), S. 79–105.

Husi, Gregor (2022a): Grüne Soziale Arbeit – eine sozialtheoretische Fundierung. In: Soziale Arbeit, 71, August/September, S. 300–309.

Husi, Gregor (2022b): Was ist soziale Kohäsion? Eine sozialtheoretische Skizze. In: Baier, Florian/Borrmann, Stefan/Hefel, Johanna M./Thiessen, Barbara (Hg.): Europäische Gesellschaft(en) zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit. Wiesbaden: Barbara Budrich, S. 57–70.

Husi, Gregor (2025a): Das Kreuzbändermodell – Zur Logik konsistenter sozialberuflicher Veränderungspraxis (in Vorbereitung).

Husi, Gregor (2025b): Nachhaltigkeit? Die sozial-ökologische Normativität der Grünen Sozialen Arbeit (in Vorbereitung).

Husi, Gregor (2025c): Soziale und Politische Ökologie aus Wien: Ihre Bedeutung für die Grüne Soziale Arbeit. In: soziales_kapital, Nr. 30 (in Vorbereitung).

Husi, Gregor/Meier Kressig (1998): Der Geist des Demokratismus. Modernisierung als Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Husi, Gregor/Meier Kressig, Marcel (2013): Wandel der Lebensformen. In: Riedi, Anna Maria/Zwilling, Michael/Meier Kressig, Marcel/Benz Bartoletta, Petra/Aebi Zindel, Doris (Hg.): Handbuch Sozialwesen Schweiz. Bern: Haupt, S. 19–34.

Institut für Sozialforschung (Hg.) (1956): Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Jahn, Thomas (2005): Soziale Ökologie, kognitive Integration und Transdisziplinarität. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis, 14, Juni, S. 32–38.

Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 75–93.

Kramm, Johanna/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Zimmermann, Martin (Hg.) (2017): Social Ecology. State of the Art and Future Prospects. Special Issue von: Sustainability, 9(7).

Liedholz, Yannick (2021): *Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Liedholz, Yannick/Verch, Johannes (Hg.) (2023): *Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Lindenau, Mathias/Meier Kressig, Marcel (2018): *Von der vergangenen Gegenwart zur gegenwärtigen Zukunft. Überlegungen zur sozialphilosophischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage*. In: Fontanellaz, Barbara/Reutlinger, Christian/Stiehler, Steve (Hg.): *Soziale Arbeit und die Soziale Frage. Spurensuchen, Aktualitätsbezüge, Entwicklungspotentiale*. Zürich: Seismo, S. 224–243.

Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.

Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. Berlin: Dietz.

Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.) (2022): *Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Schmidt, Marcel (2021): *Eine theoretische Orientierung für die Soziale Arbeit in Zeiten des Klimawandels. Von der ökosozialen zur sozial-ökologischen Transformation*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Stamm, Ingo (2021): *Ökologisch-kritische Soziale Arbeit. Geschichte, aktuelle Positionen und Handlungsfelder*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Stengel, Friedemann (2016): *Die Humanisierung der Aufklärung. Oder: Niethammers Folgen*. In: Beutel, Albrecht/Nooke, Martha (Hg.): *Religion und Aufklärung. Akten des Ersten Internationalen Kongresses zur Erforschung der Aufklärungstheologie*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 489–510.

Vince, Gaia (2023): *Das nomadische Jahrhundert. Wie die Klima-Migration unsere Welt verändern wird*. München: Piper.

Weber, Max (1988): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen: Mohr (Siebeck), S. 17–206.

Über den Autor

Prof. Dr. Gregor Husi

gregor.husi@hslu.ch

Ist Soziologe und kam 1999 nach einem dreivierteljährigen Forschungsaufenthalt bei Pierre Bourdieu in Paris an die Hochschule Luzern. Seine gegenwärtigen Themenschwerpunkte sind Grüne Soziale Arbeit, soziale Kohäsion, Sozialtheorien und Professionalisierung.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

**Zusammenspiel von sozialer Nachhaltigkeit und
Klimagerechtigkeit**

Einblicke in die Sozialwirtschaft

Ursula Müllner & Marianne Skopal

Ursula Müllner & Marianne Skopal. Zusammenspiel von sozialer Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit. Einblicke in die Sozialwirtschaft. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Wien.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/820/1543>

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht die Frage, welche Rolle die Sozialwirtschaft bei der Förderung der Klimagerechtigkeit spielt. Gerade alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle können hier unterstützen und werden als Wege betrachtet, die soziale Dimension der Nachhaltigkeit zu fördern.

Praxisbeispiele von vier ausgewählten sozialwirtschaftlichen Organisationen zeigen, wie durch die Umsetzung von sozialer Nachhaltigkeit zur Klimagerechtigkeit beigetragen wird und welche Initiativen, Netzwerke oder Modelle dabei unterstützend herangezogen werden können. Die Ausführungen folgen der Annahme, dass nur durch Teilhabe und Inklusion ein Wandel hin zu Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit vonstattengehen kann. Dabei wird einerseits verdeutlicht, wie viel Potential bereits in der Sozialwirtschaft steckt, um einen Wandel voranzutreiben, und andererseits gezeigt, wo Organisationen ansetzen können, die sich noch gar nicht bis wenig damit beschäftigen oder ihr Potential nicht ausgenutzt haben.

Schlagerworte: alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle, Inklusion, Klimagerechtigkeit, Partizipation, soziale Nachhaltigkeit, Sozialwirtschaft

Abstract

This paper examines the potential of the Social Economy to advance climate justice. Alternative social and economic models, in particular, can provide support and be regarded as means of promoting the social dimension of sustainability.

This article presents practical examples from four selected Social Economy organisations and demonstrates how they contribute to climate justice through the implementation of social sustainability. Furthermore, it identifies the initiatives, networks or models that are employed to facilitate this contribution. The explanations are based on the assumption that a change towards climate justice and sustainability can only be achieved through participation and inclusion. The article aims, on the one hand, to raise awareness of the potential of the Social Economy to effect change and, on the other hand, to show where organisations can begin if they are not yet involved or are not exploiting their potential.

Keywords: alternative social and economic models, inclusion, climate justice, participation, social sustainability, Social Economy

1 Einleitung

Die Auswirkungen der Klimakrise sind für alle Menschen spürbar, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß und stellen daher auch eine soziale Krise dar. Einkommensschwache Haushalte und vulnerable Personengruppen sind besonders von den Folgen des globalen Klimawandels betroffen. Sie sind weniger gut in der Lage, sich vor den Konsequenzen zu schützen und sich von diesen zu erholen. Dies gilt nicht nur für Menschen im Globalen Süden, sondern auch in Österreich (vgl. Marhold/Schranz/Weinberger 2022: 115). Im Gegensatz zu Klimaschutz oder Initiativen zur Klimaneutralität konzentriert sich die Klimagerechtigkeit auf soziale Fragestellungen und analysiert die unterschiedliche Betroffenheit von verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Während Klimaschutz darauf abzielt, gesellschaftliche Prozesse effizient zu gestalten, liegt bei der Klimagerechtigkeit der Fokus auf der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit (vgl. Liedholz 2023: 189).

Gerade die Adressierung von sozialen Aspekten der Nachhaltigkeit kann einen wichtigen Hebel darstellen, um Gerechtigkeit zu fördern. Soziale Arbeit und sozialwirtschaftliche Organisationen können sich hierbei an bestehenden Initiativen sowie an alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen orientieren, die sie bei der Implementierung unterstützen. Beispiele hierfür sind die Gemeinwohl-Ökonomie, die Degrowth-Ökonomie oder die Solidarökonomie. Durch eine Auseinandersetzung mit diesen Modellen können Organisationen der Sozialwirtschaft zu einer nachhaltigen und klimagerechten Wirtschaftsweise beitragen.

In diesem Beitrag wird ausgehend von den drei Nachhaltigkeitsdimensionen auf die dargelegten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle eingegangen und die Bedeutung der sozialen Nachhaltigkeit im Kampf mit den Auswirkungen des Klimawandels beleuchtet. Dazu wird die Perspektive von vier befragten sozialen Organisationen präsentiert und anhand der Beispiele gezeigt, welche Umsetzungsmöglichkeiten innerhalb der Sozialwirtschaft bestehen und inwiefern diese zur Klimagerechtigkeit beitragen können.

2 Von der ökologischen Nachhaltigkeit zur Klimagerechtigkeit

Nachhaltigkeit ist nicht allein mit Umwelt-, Klima- oder Naturschutz gleichzusetzen, sondern sollte als ein holistischer Ansatz betrachtet werden. Es handelt sich hierbei um ein Querschnittsthema, das eine ökonomische, eine ökologische und eine soziale Dimension beinhaltet. Alle drei stehen miteinander in Wechselwirkung und sind eng miteinander verknüpft (vgl. Pufé 2017: 100).

Im Fokus der ökonomischen Dimension stehen wirtschaftlicher Erfolg und das Wachstum eines Systems, jedoch unter der Prämisse, dass die dafür erforderlichen ökologischen und sozialen Ressourcen nicht übermäßig belastet oder geschädigt werden (vgl. ebd.: 101). Langfristiges ökonomisches Wachstum trägt dabei vor allem zur Sicherstellung der menschlichen Grundbedürf-

nisse und zur Gewährleistung der Grundversorgung bei (vgl. ebd.: 104). Soziale Nachhaltigkeit zielt darauf ab, Gemeinschaften, Organisationen oder Systeme so zu gestalten und zu betreiben, dass sie das Wohlergehen und die Gerechtigkeit für alle Menschen fördern. Dies umfasst Chancengleichheit in Bezug auf Bildung und Beruf, Zugang zu Informationen, Partizipation an Entscheidungsprozessen, Bewahrung der kulturellen Vielfalt oder die Lösung von Verteilungsproblemen zwischen Regionen, sozialen Schichten und Altersgruppen (vgl. ebd.: 102). Basis dafür sind soziale Ressourcen, wie Toleranz, Solidarität, Integrationsfähigkeit, Inklusion, Gemeinwohlorientierung oder auch Rechts- und Gerechtigkeitssinn (vgl. ebd.: 104).

Mit dem Fortschreiten der Klimakatastrophe wurde in den letzten Jahren ein besonderes Augenmerk auf ökologische Nachhaltigkeit gelegt. Die Relevanz der sozialen Dimension zeigt dabei die Debatte um Klimagerechtigkeit, in der die Klimakrise nicht vorrangig als ein Umweltproblem, sondern vor allem als eine ethische und politische Herausforderung betrachtet wird, die mit Aspekten wie Gleichheit, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit zusammenhängt (vgl. BMZ 2024). Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind zugleich jene, die am stärksten von dessen Auswirkungen betroffen sind. Während historisch die Industrieländer des Globalen Nordens die Hauptverursacher der Klimakatastrophe sind, leiden vor allem Menschen in den Ländern des Globalen Südens unter den negativen Folgen. Doch auch in Österreich sind bestimmte Gruppen von den Auswirkungen überproportional stark betroffen (vgl. Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie 2024). Während sich die Diskussion um die Folgen des Klimawandels anfangs vor allem auf ökologische Aspekte, nämlich die Auswirkungen auf die Natur, konzentrierte, gewannen dessen soziale Implikationen im Laufe der Zeit an Bedeutung: Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass der Klimawandel direkt und indirekt mit Armut und dem Lebensunterhalt von Menschen zusammenhängt und somit das soziale Wohlergehen beeinträchtigt (vgl. Islam/Winkel 2017: 2).

Soziale Ungleichheit beeinflusst die Auswirkungen des Klimawandels in drei wesentlichen Aspekten. Erstens ist die Wahrscheinlichkeit, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen den negativen Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt sind, stark erhöht. Zweitens sind diese Gruppen anfälliger für Schäden, die durch den Klimawandel verursacht wurden, und drittens schwächt eine soziale Ungleichheit die relative Fähigkeit, mit einem Schaden umzugehen und sich davon zu erholen (vgl. ebd.).

3 Nachhaltigkeit und die Soziale Arbeit

Die Verbindung der Sozialen Arbeit zu Nachhaltigkeitsaspekten ergibt sich aus ihrer grundlegenden Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Teilhabe (vgl. Jones/Truell 2012: 454f.). „Soziale Arbeit und Nachhaltigkeit teilen mit dem Ziel, allen Menschen

jetzt und in der Zukunft ein ‚gutes Leben‘ zu ermöglichen, ein gemeinsames Kernanliegen.“ (Batz 2023: 118)

Ökologisches Denken lässt sich bereits seit dem Beginn der Sozialen Arbeit, bei Mary Richmond (1861–1928) und Jane Addams (1860–1935), finden. Während Richmond den Einfluss der Natur in der sozialen Fallarbeit berücksichtigt, zeigt sich bei Addams eine Ausrichtung der Sozialen Arbeit auf Umwelt- und Wirtschaftskrisen sowie eine Rückbindung an die Traditionen kollektiver Aktionen und politischer Interventionen. Eine Rückführung zur politischen Tradition der Sozialen Arbeit ist in fast allen Konzepten und Theorien, die sich mit ökologischer Sozialer Arbeit befassen, erkennbar (vgl. Närhi/Matthies 2016: 22–25). In den unterschiedlichen Ansätzen geht es darum, ökologische und soziale Gerechtigkeit gemeinsam anzustreben, beispielsweise im „Ecological Social Approach in Social Work“ (vgl. u.a. McKinnon/Alston 2016) oder in der „Environmental Social Work“ (vgl. Gray/Coates/Hetherington 2012). Ein weiteres Konzept ist die „Green Social Work“ nach Lena Dominelli. Sie sieht Sozialarbeiter*innen auf individueller Ebene in der Verantwortung, Bewusstsein für den Klimawandel zu schaffen und Lösungen für die sozialen Auswirkungen zu entwickeln, insbesondere für vulnerable Gruppen, die am stärksten davon betroffen sind (vgl. Dominelli 2012: 103f.). Von besonderer Bedeutung ist für die Autorin der Zusammenschluss verschiedener Akteur*innen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, um strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen und sozialen sowie ökologischen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken (vgl. ebd.: 99f.).

Die Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Teilhabe in der Sozialen Arbeit spiegelt sich auch in der globalen Agenda wider, die auf der „Joint World Conference on Social Work and Social Development“ 2010 verabschiedet wurde (vgl. Jones/Truell 2012: 454f.). Betont wird hier die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit, die Achtung der Würde und des Wertes des Menschen, die Nachhaltigkeit von Gemeinschaften und Umwelt sowie die Stärkung menschlicher Beziehungen als zentrale Aspekte Sozialer Arbeit (vgl. Stepanek 2022: 26). Die Fähigkeit, interdisziplinär zu agieren und Stakeholder zusammenzubringen, macht die Soziale Arbeit dabei zu einer wichtigen Akteurin.

Die Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit trägt erheblich zur Förderung von Klimagerechtigkeit bei, da sie die gerechte Verteilung von Ressourcen, Chancen und Belastungen in Bezug auf den Klimawandel fördert und jene unterstützt, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Dabei muss unterschieden werden, ob die Soziale Arbeit hier als Profession betrachtet wird und also die Arbeit mit Menschen im Fokus steht oder ob die Sozialwirtschaft in den Blick genommen wird: Soziale Arbeit beinhaltet Unterstützungs- und Hilfsprozesse für Personen, Gruppen und das Gemeinwesen. Das Ziel Sozialer Arbeit ist unter anderem, die soziale Teilhabe, die Lebensbedingungen und Lebensqualität der Menschen zu verbessern (vgl. obds

2023). Im Gegensatz dazu betrachtet die Sozialwirtschaft die unternehmerische Ausrichtung von sozialen Diensten und Einrichtungen. Sie stellt einen Bereich des Wirtschaftens dar, der sich mit Gütern beschäftigt, die als „sozial“ definiert werden, insbesondere mit der Bereitstellung von Dienstleistungen für und mit betroffenen Personengruppen (vgl. Grunwald/Lange 2018: 45). In einem breiteren Begriffsverständnis umfasst die Sozialwirtschaft all jene Organisationen, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen, die soziale Dienstleistungen erbringen, wobei die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession eine Kerndienstleistung darstellt (vgl. Stepanek 2022: 21f.).

Die Fokussierung auf Unterstützungs- und Hilfsprozesse wird durch alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle gestärkt, weshalb die Sozialwirtschaft gezielt bei der Erreichung der Ziele der Sozialen Arbeit unterstützen kann. So orientieren sich Soziale Arbeit und soziale Organisationen häufig an bestehenden Initiativen und alternativen Modellen, die nicht nur bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien helfen, sondern auch entscheidend zur Förderung von Klimagerechtigkeit beitragen. Eng verknüpft mit der Forderung nach Klimagerechtigkeit und einem guten Leben für alle ist auch die Forderung nach gerechten und nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen (vgl. Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie 2024).

4 Alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle

Im Folgenden werden alternative Wirtschaftsmodelle vorgestellt, die besonders anschlussfähig für die Sozialwirtschaft sind. Ausgewählt wurden die Gemeinwohlökonomie, die Degrowth-Ökonomie und die Solidarökonomie, da sie auf Prinzipien und Werten basieren, die die Sozialwirtschaft bei der Erreichung ihrer Ziele und hinsichtlich ihrer Ausrichtung bestmöglich unterstützen. Durch ihren Fokus auf soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und partizipative Strukturen sind sie für die Sozialwirtschaft besonders anschlussfähig. Alle drei Modelle setzen dabei auf unterschiedlichen Ebenen an: Während Gemeinwohl-Ökonomie und Solidarökonomie vor allem auf der Organisations-, also der Mikroebene wirken, operiert das Degrowth-Modell auf der Makroebene und erfordert eine umfassende Neuausrichtung der Wirtschaft.

4.1 Gemeinwohl-Ökonomie

Die Gemeinwohl-Ökonomie stellt das gute Leben und das Wohl aller Menschen auf einem gesunden Planeten in den Mittelpunkt. Obwohl das Modell vorrangig für Organisationen und Unternehmen entworfen wurde, können sich auch Bildungseinrichtungen, Gemeinden und Regionen der Gemeinwohl-Ökonomie anschließen (vgl. Gemeinwohl-Ökonomie Österreich 2024). Der Erfolg einer Organisation wird entsprechend auch nicht am monetären Gewinn gemessen, sondern an der Entwicklung hin in Richtung eines sozialen, ökologischen, demokratischen und solidarischen

Wirtschaftens (vgl. Pirgmaier/Gruber/Gerold/Stocker 2015: 49). Diesen Ansatz verfolgt auch die Sozialwirtschaft, in der der Sinn und Zweck einer Organisation das Erreichen sozialer oder gemeinnütziger Ziele ist (vgl. Wendt 2016: 8).

Laut Stepanek (2022: 61) lässt sich das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie gut in sozialwirtschaftliche Organisationen integrieren. Aufgrund der starken Fokussierung auf die soziale Mission und Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen werden viele Aspekte der Gemeinwohl-Ökonomie hier bereits berücksichtigt, sie basieren auf fünf Grundwerten: Menschenwürde, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung. Organisationen, die sich dem gemeinwohlorientierten Wirtschaften verpflichten, orientieren sich an diesen Werten und beachten diese in der Interaktion mit ihrem Umfeld, den sogenannten Berührungspunkten. Dazu zählen Lieferant*innen, Eigentümer*innen und Finanzpartner*innen, Mitarbeitende, Kund*innen und Mitunternehmer*innen sowie das Umfeld (vgl. Gemeinwohl-Ökonomie Österreich 2024).

Ausgehend von einer Aufstellung von Grundwerten und Berührungspunkten ergibt sich eine Matrix mit 20 Themenfeldern, welche als zentrales Instrument eingesetzt wird. In dieser wird abgebildet, welchen Stellenwert zum Beispiel die Werte „Solidarität und Gerechtigkeit“ bei den verschiedenen Berührungspunkten haben und welche Maßnahmen zu ihrer Erreichung seitens der Organisation getätigt werden (vgl. Felber 2021: 32f.; Blachfellner et al. 2023: 8). Diese Auseinandersetzung mit den gemeinwohlorientierten Werten unterstützt Organisationen bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen und dadurch kann es gelingen, die soziale, die ökologische und die ökonomische Dimension zu einem holistischen Ansatz zu verbinden.

WERT	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
BERÜHRUNGS-GRUPPE				
A: LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der Zulieferkette	A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	B4 Eigentum und Mitentscheidung
C: MITARBEITENDE	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	C2 Ausgestaltung der Arbeitsplätze	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: KUND*INNEN UND MITUNTERNEHMEN	D1 Ethische Kund*innenbeziehungen	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	D4 Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Abbildung 1: Gemeinwohlmatrix 5.0

(Stepanek 2002: 60, zit.n. Blachfellner et al. 2023: 8)

Um das Handeln der Organisationen messbar und vergleichbar zu machen, kann die Gemeinwohl-Bilanz herangezogen werden. Im Rahmen eines Zertifizierungsprozesses werden die Themenfelder entweder durch die Organisation selbst oder durch ein externes Audit bewertet und so wird die aktuelle Positionierung innerhalb der Matrix gemeinwohlorientierten Handelns sichtbar gemacht (vgl. Gemeinwohl-Ökonomie Österreich 2024).

Da das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie auf Freiwilligkeit basiert, ist es in seiner Wirksamkeit begrenzt und kann einen Mehraufwand innerhalb von Organisationen erfordern. Daher sollte der Ansatz nicht nur auf einer organisatorischen Ebene, sondern auch auf staatlicher und globaler Makroebene umgesetzt werden. Zudem wird es derzeit nur von wenigen Organisationen angewendet – um eine höhere Effektivität zu erreichen, ist es jedoch notwendig, eine breitere Masse zur Übernahme dieses Modells zu bewegen.

4.2 Degrowth-Ökonomie

Ein weiteres Modell, das das Wohlergehen aller Bevölkerungsgruppen sowie die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen zum Ziel hat, ist die Degrowth-Ökonomie. Kritisiert wird in diesem Bereich vor allem das aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Weltbild mit seiner Ideologie von permanentem Wachstum und Entwicklung (vgl. Azam 2018: 78). Das Modell basiert auf folgendem zentralen Prinzip: Es fordert die Abkehr von einer BIP-orientierten Definition von Wohlstand und eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, die das tatsächliche Wohlergehen der Bevölkerung zum Ausgangspunkt nimmt und natürliche Ökosysteme als harte Begrenzung und Rahmung unserer menschlichen Aktivitäten berücksichtigt (vgl. Kopfmüller/Nierling/Reichel/Albiez 2016: 46).

Traditionelles wirtschaftliches Wachstum erfordert stets einen Verbrauch von physischen Ressourcen. Selbst neue Technologien führen zu einer Produktions- und Konsumsteigerung, was wiederum zu einem höheren Verbrauch und Umweltbelastungen führt (vgl. Pirgmaier/Gruber/Gerold/Stocker 2015: 34f.). Angesichts dieser Herausforderungen beginnt die Auseinandersetzung mit Degrowth, sobald man akzeptiert, dass es planetare Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen (vgl. Savini 2023: 115). Doch kann der Degrowth-Ansatz auch Risiken für die Soziale Arbeit und die Sozialwirtschaft bergen. Die erforderliche Reduktion der Erwerbsarbeit könnte dazu führen, dass viele Tätigkeiten, die bisher im Rahmen bezahlter Arbeit verrichtet wurden, in den Bereich der Selbstversorgung und freiwilligen Arbeit verlagert werden (vgl. Stepanek 2022: 54). Dies könnte in Kombination mit der staatlichen Nicht-Finanzierung vieler sozialer Dienste aufgrund sinkender Steuereinnahmen durch weniger Konsum und Erwerbsarbeit die De-Professionalisierung im Sozialwesen zur Folge haben. Zudem könnte sich ein Trend entwickeln, bei dem die Bedeutung, Anerkennung und Nachfrage nach professioneller Sozialer Arbeit abnehmen, was zu einer Verschlechterung der sozialen Versorgung führen könnte (vgl. ebd.: 57).

4.3 Solidarökonomie

Solidarökonomie umfasst alternative Wirtschaftsformen, die Solidarität und Kooperation in den Vordergrund stellen. Die Aktivitäten orientieren sich an den Bedürfnissen der Beteiligten und schaffen einen Nutzen für diese (vgl. Pirgmaier et al. 2015: 52). Da es keine verbindliche Definition der Solidarökonomie gibt, überschneiden sich solche Ansätze häufig mit anderen Modellen und Initiativen. Exner und Kraxwald (2021: 63) zufolge weisen solidarische Wirtschaftsaktivitäten häufig folgende Merkmale auf: sie tragen zum Lebensunterhalt bei, sind selbstverwaltet, basieren auf Kooperation und gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung und arbeiten an der Etablierung solidarischer gesellschaftlicher Beziehungen. Neben traditionellen Organisationsformen wie

Verbänden, Vereinen, Genossenschaften und sozialen Organisationen findet das Modell der Solidarökonomie auch bei einer breiten Palette spontaner, selbstorganisierter Kollektive Anwendung, z.B. bei der Erstellung von Waren und Dienstleistungen, der Gründung von Einkaufsgemeinschaften oder der Initiierung von Konsument*innen-Initiativen (vgl. Utting 2023: 23f.).

Im Sinne der Solidarökonomie gründen Solidarität und Kooperation auf dem Bewusstsein, dass das planetare Ökosystem der Erde begrenzt ist und die vorhandenen natürlichen Ressourcen schonend zu nutzen sind (vgl. Elsen 2023: 211). Ein gutes Beispiel dafür bietet das Konzept der Sozialen Landwirtschaft, das Arbeitsintegration, psychosoziale Zielsetzungen und biologische Landwirtschaft miteinander verbindet. Kleinbäuerliche Produzent*innen erhalten hier die Möglichkeit eines Zuverdienstes zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage und Klient*innen werden in die Arbeitswelt integriert. Zudem wird die biologische Lebensmittelproduktion gefördert (vgl. Elsen/Angeli/Bernhard/Nicli 2020: 4f.).

Die Solidarökonomie hat großes Potential, den Wandel hin zu mehr Gerechtigkeit und Orientierung an den Bedürfnissen der Beteiligten zu fördern, wird jedoch oft durch strukturelle Herausforderungen wie eine instabile Kapitalbasis oder fehlende Ressourcen begrenzt (vgl. Elsen 2024: 71). Zudem verlangt solidarisches Wirtschaften ein hohes Maß an Verantwortung, Kooperation und gelebter Solidarität, was gerade in der Anfangsphase vieler Projekte zum Scheitern führen kann, wenn interne Probleme wie fehlendes Verantwortungsbewusstsein, unklare Hierarchien oder auch persönliche Konflikte nicht überwunden werden (vgl. Möller 2008: 79–80).

Die vorgestellten alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle bilden nicht das ganze Spektrum existierender Alternativen ab. Zu erwähnen wäre hier z.B. noch die Donut-Ökonomie, vertreten durch Kate Raworth (2018), die vor allem die planetaren Grenzen in den Blick nimmt, aber auch auf gesellschaftliche Grenzen eingeht. Ein weiteres Konzept ist die sogenannte Sharing-Ökonomie. Dieses Modell fokussiert auf das Teilen von Gütern und Dienstleistungen, wobei die gemeinsame Nutzung im Zentrum steht, um Ressourcen zu schonen. Klar hiervon zu unterscheiden ist die Commons-Debatte, die das Teilen von gemeinschaftlichen Gütern in den Vordergrund stellt, ohne dass diese als persönliches Eigentum betrachtet werden. Aktuell betrifft dies nicht nur natürliche Ressourcen (z.B. gemeinsames Weideland), sondern auch Wissens-Commons oder eine freie Verfügbarkeit von Software-Programmen (vgl. Aguiton 2018: 100f.). Zu erwähnen ist darüber hinaus das Modell der Kreislaufwirtschaft, das darauf abzielt, bestehende Materialien und Produkte so lange wie möglich zu teilen, wiederzuverwenden und zu recyceln. Dieses wird häufig von sozialwirtschaftlichen Organisationen implementiert. Ein Beispiel dafür ist das österreichische Netzwerk *arbeit plus*, das 200 gemeinnützige soziale Unternehmen umfasst und Menschen beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt; ein Drittel der 200 *arbeit plus*-Mitglieder gehört zur

Kreislaufwirtschaft und 65% der Re-Use-Betriebe in Österreich sind Sozialbetriebe (vgl. Rehbichler o.J.).

Insgesamt sind Aspekte der sozialen Nachhaltigkeit nach Stepanek (2022: 22f.) ein zentrales Thema für die Soziale Arbeit und ihre Tätigkeitsbereiche mit Klient*innen. Für Organisationen der Sozialwirtschaft ist es auf organisatorischer Ebene wichtig, den internen Fokus auf das Wohlergehen der Menschen, insbesondere der Mitarbeitenden, zu legen. Darüber hinaus können die Soziale Arbeit und die Sozialwirtschaft den Wandel hin zu alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen fördern, da sie über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um den gesellschaftlichen Diskurs aufzugreifen und zu vermitteln.

5 Einblicke in sozialwirtschaftliche Organisationen

Wie kann nun die Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit einen Beitrag zur Klimagerechtigkeit leisten und welche Initiativen, Netzwerke oder alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle können dabei unterstützen? Vier Organisationen haben praxisrelevante Einblicke gewährt und berichtet, wie durch ihre Tätigkeit eine Verbindung von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit gelingt und Klimagerechtigkeit unterstützt wird. Die Organisationen wurden deshalb ausgewählt, weil ihre Außendarstellung (z.B. Website, soziale Medien) bereits zeigte, dass sich hier mit den Themen soziale und/oder ökologische Nachhaltigkeit auseinandergesetzt wird. Weitere Auswahlkriterien waren die Größe der Organisation – das Sample reicht vom kleineren Social Business bis zum Dachverband – und die Verschiedenheit der Zielgruppen. Im Zuge von teilstrukturierten Interviews wurden Mitarbeiter*innen oder die Geschäftsführung mit dem Ziel befragt, die erfolgreiche Implementation sozialer und ökologischer Maßnahmen sowie Aktivitäten in der eigenen Organisation kenntlich zu machen. Zudem wurden Fragen zur Klimagerechtigkeit, zu unterschiedlichen Netzwerken und zum Einbezug alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle gestellt. Folgend werden die Organisationen kurz vorgestellt und die relevanten Ergebnisse der Befragungen zusammengefasst. Eine Interpretation und Zusammenführung der Ergebnisse mit der Literatur findet im nächsten Kapitel statt.

5.1 *dabei-austria*, Dachverband berufliche Inklusion

(Interview mit Michael T. Landschau, Stabsstelle Kommunikation und Digitales, Umweltzeichen-Koordination)

Die Förderung von Inklusion und beruflicher Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie ausgrenzungsgefährdeten Jugendlichen ist das zentrale Anliegen der Organisation *dabei-austria*. Hierbei zeigt sich, dass soziale Nachhaltigkeit einen entscheidenden Beitrag zur Klimagerechtigkeit leisten

kann, indem sie sicherstellt, dass Bedürfnisse von sozial benachteiligten und den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Menschen (z.B. Menschen mit Behinderungen, ausgrenzungsgefährdete Jugendliche) berücksichtigt werden. Dies kann durch Sicherstellung von Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung sowie Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung gewährleistet werden. Verbesserte soziale Bedingungen ermöglichen es Menschen, widerstandsfähiger gegenüber bestimmten Auswirkungen des Klimawandels zu werden und entsprechende Maßnahmen zur Bewältigung der Klimaveränderung zu ergreifen. Ebenso trägt ökologische Nachhaltigkeit, beispielsweise durch die Förderung von erneuerbaren Energien oder nachhaltige Landwirtschaft, zur wirtschaftlichen Stärkung und Armutsbekämpfung bei, was wiederum die soziale Nachhaltigkeit unterstützt.

Eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Bedürfnisse spielen gemeinnützige Organisationen und Dachverbände, die sich mit sozialen Fragestellungen auseinandersetzen und politische Entscheidungsträger*innen auffordern, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Partnerschaften mit anderen Organisationen und Netzwerken helfen, entsprechende Anliegen umzusetzen und politischen Druck aufzubauen. So ist die Organisation *dabei* im Vorstand des Österreichischen Behindertenrats sowie des Bündnisses für Gemeinnützigkeit vertreten, unterstützt aktiv die Armutskonferenz und ist mit dem Österreichischen Umweltzeichen für Bildungseinrichtungen zertifiziert.

5.2 LebensGroß GmbH

(Interview mit Lisa Mahajan, Sustainability Manager)

LebensGroß setzt sich für Inklusion ein. Ihre Zielgruppen sind Menschen mit Behinderungen, Menschen, die am Arbeitsmarkt schwer Fuß fassen, arbeitslose Jugendliche und geflüchtete Menschen. Neben einer eigenen Nachhaltigkeitsbeauftragten wurde Nachhaltigkeit auch in der Unternehmensstrategie verankert. Es werden bereits sämtliche Daten aller *LebensGroß*-Einrichtungen, welche für einen Nachhaltigkeitsbericht wesentlich sind, erfasst und auf Basis dessen entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

Eine Maßnahme, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit verbindet und zur Klimagerechtigkeit beiträgt, ist die Gestaltung von Begegnungsräumen. Hier sollen sich unterschiedliche Personen(gruppen) gemeinsam über Nachhaltigkeit und Klimaschutz austauschen können. Die Erstellung von Klima-Postern in einfacher Sprache und die Einbeziehung politischer Vertreter*innen unterstützen diese Maßnahme. Ausschlaggebend für die Schaffung eines Begegnungsraumes war eine Studie des Forschungsbüros Menschenrechte gemeinsam mit *queraum*: Im Zuge ihrer Erstellung wurden die Zielgruppen von *LebensGroß* zu ihrem Verständnis

von Nachhaltigkeit befragt. Dabei wurde sichtbar, dass es an niederschweligen Möglichkeiten fehlt, sich zu diesen Themen einzubringen. Es fehlen Vorbilder, die ihre Lebensrealitäten widerspiegeln, die Kommunikationssprache ist zu kompliziert und Mitsprachemöglichkeiten fehlen. *LebensGroß* setzt daher auf Bewusstseinsbildung, sie haben gemeinsam mit *Atempo* eine inklusive Klimaschutzakademie gegründet, in der sie Menschen mit und ohne Lernschwierigkeiten zu Klimacoaches ausbilden, die dann ihr Wissen in Schulen und anderen Unternehmen weitergeben können.

5.3 *Sindbad* GmbH

(Interview mit Maria Hofer, Social Sustainability Consultant)

Sindbad bietet seit 2016 Jugendlichen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien ein 1:1 Mentoring an. Ein neuer Bereich ist gerade im Aufbau, welcher sich mit sozialer Nachhaltigkeit beschäftigt und der Unternehmen auf eine zukünftige Nachhaltigkeitsberichtslegung vorbereiten soll. *Sindbad* setzt bei der Verbindung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit auf die Bewusstseinsbildung, da die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit oftmals ein Privileg ist. Viele Jugendliche des *Sindbad*-Mentoringprogramms haben keine Kapazitäten/Möglichkeiten, sich näher damit zu beschäftigen.

Durch die folgenden zwei sozialen Aktivitäten trägt die Organisation zur Klimagerechtigkeit bei: Zum einen ist Klimagerechtigkeit eng verbunden mit Chancengerechtigkeit, politischer Gerechtigkeit oder auch ökonomischer Gerechtigkeit. Mit einem Mentoringprogramm wird dies durch die aktive Integration von Jugendlichen gefördert – in der Gesellschaft, aber auch am Arbeitsmarkt. Es werden Vorurteile abgebaut, auch vor Ort in unterschiedlichen Unternehmen. Durch die Annäherung zweier Seiten, die sich sonst nicht oder nur am Rande begegnen, wird ein wichtiger Beitrag zum Gerechtigkeitsverständnis geleistet. Zum anderen hat Klimagerechtigkeit etwas mit Umverteilung zu tun. *Sindbad* unterstützt vor allem mit zeitlichen Ressourcen. Personen, denen es möglich ist, Zeit zu schenken und gemeinsame Aktivitäten zu machen, tragen dazu bei, Ressourcen in der Gesellschaft anders zu verteilen.

5.4 *sozKom* GmbH & Co KG

(Interview mit Rita Resch & Kathrin Stern, Geschäftsführung)

sozKom unterstützt Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, beim Ausbau ihrer sozialen Kompetenzen. Dies erfolgt durch Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen, Assistenzleistungen in Bildungseinrichtungen sowie Lehrlings- und Lehrbetriebscoaching. Um soziale Nachhaltigkeit auf der Ebene der Zielgruppe/Klient*innen umzusetzen, werden Dienstleistungen entwickelt, die sich

zum einen an deren Bedürfnissen orientieren und zum anderen auch für alle zugänglich sein sollen. Daher gibt es bei den Angeboten zukünftig eine Preisstaffelung, damit auch einkommensschwache Familien diese in Anspruch nehmen können.

Partizipation und Mitbestimmung von Mitarbeiter*innen sind wichtige Instrumente, um die Zufriedenheit zu fördern und tragen entscheidend dazu bei, soziale Nachhaltigkeit Organisationsintern zu gewährleisten. Dafür hat die Organisation das Führungsmodell der sozKomKratie entwickelt, welches auf sozialer Nachhaltigkeit aufbaut, und setzt dieses in der Unternehmensführung um. Im Mittelpunkt steht die Förderung einer Arbeitskultur, die alle Mitarbeiter*innengleichmaßen wertschätzt. Durch weitreichende Beteiligungs- und Partizipationsprozesse erfolgen unternehmensrelevante Entscheidungen unter Einbezug der Mitarbeiter*innen und das organisationsinterne Know-how fließt in diese ein. Für die Entwicklung des Modells der sozKomKratie wurde die Organisation mit dem Trigos-Award¹ ausgezeichnet.

Seit 2016 wird bei sozKom zudem das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie umgesetzt und die Organisation ist seitdem mittels einer Gemeinwohl-Bilanz zertifiziert. Durch die Orientierung an den Grundwerten der Gemeinwohl-Ökonomie werden ökologische und soziale Nachhaltigkeit gut miteinander verbunden: Die Dienstleistungen unterstützen Kinder und Familien und tragen daher zur Umsetzung von sozialer Nachhaltigkeit und Förderung der Klimagerechtigkeit bei, wobei als Basis die ökonomische Absicherung und Stabilität der Familien gegeben sein muss.

6 Perspektiven zur Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit

Soziale Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit stehen in enger Verbindung und die Umsetzung sozialer Maßnahmen kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Klimagerechtigkeit gelingt. Die Soziale Arbeit und sozialwirtschaftliche Organisationen spielen hier eine entscheidende Rolle und sind wichtige Akteur*innen, um Gerechtigkeit und das Wohlergehen der Menschen zu fördern. Um das Kernanliegen – ein gutes Leben für alle – zu erreichen, ist es unerlässlich, auch den Aspekt der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. In der sozialarbeiterischen Praxis ist die direkte Vermittlung von Nachhaltigkeitsaspekten an Klient*innen nicht immer möglich, da viele Zielgruppen zuerst andere alltägliche Problemlagen bewältigen müssen. Dies wurde besonders von zwei befragten Organisationen hervorgehoben. Dennoch sind soziale Organisationen angehalten, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, nicht zuletzt aufgrund ihrer Vorbildwirkung und ihres bedeutenden Einflusses in der Gesellschaft. Voraussetzung dafür sind die Unterstützung politischer Entscheidungsträger*innen und die Bereitstellung finanzieller Mittel.

Organisationen der Sozialwirtschaft unterscheiden bei der Umsetzung von Nachhaltigkeit zwischen der Organisations-internen Ebene, ihrer Arbeit mit Klient*innen sowie ihrer Rolle

innerhalb eines gesellschaftlichen Diskurses. Organisations-intern stehen hinsichtlich der sozialen Nachhaltigkeit vor allem Mitarbeitende im Fokus. Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz, die Möglichkeit, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, selbstbestimmte Arbeit und Weiterbildungen sowie Transparenz sind die Basis für eine nachhaltige Unternehmenskultur. Soziale Ungleichheiten zu verringern und gerechte Lebensbedingungen für alle zu schaffen, sind darüber hinausgehende Anliegen sozialwirtschaftlicher Organisationen. Die externen Angebote und Maßnahmen für ihre Klient*innen sind sehr vielfältig und reichen von der Schaffung eines inklusiven Bildungsprogramms und des Zugangs zum Arbeitsmarkt bis hin zur Verbesserung der Lebensqualität oder der Gestaltung von Beteiligungsprozessen.

Darüber hinaus sind die Erhöhung des Gemeinschaftsgefühls, das Aufstellen von politischen Forderungen, eine breite Mobilisierung in der Gesellschaft sowie die Errichtung von Partnerschaften und Netzwerken wichtige Ansatzpunkte, die auf einer gesellschaftlichen Ebene erforderlich sind und von Organisationen umgesetzt, gefordert oder mitgetragen werden. Hier spiegeln sich auch zentrale Elemente alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle wider, wie der Gemeinwohl-Ökonomie oder der Solidarökonomie. Transparenz und Mitentscheidung, Teilhabe, Bewusstseins-schaffung, Zugang zu Informationen sowie Selbstverwaltung sind Grundwerte, auf denen diese nachhaltigen Modelle aufbauen.

Gerade die Gemeinwohl-Ökonomie bietet sozialwirtschaftlichen Organisationen einen standardisierten Leitfaden und unterstützt diese bei der Implementierung und Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit auf der internen, externen und gesellschaftlichen Ebene. Von den vier befragten Organisationen ist eine bereits seit Jahren mit der Gemeinwohl-Bilanz zertifiziert und eine weitere Organisation stellt Überlegungen an, den Zertifizierungsprozess der Gemeinwohl-Ökonomie zu durchlaufen.

Die Solidarökonomie umfasst all jene Wirtschaftsformen, die solidarisches und gemeinsames Handeln und Entscheiden in den Vordergrund rücken. Gerade der Aufbau von Netzwerken und Kooperationen oder auch die Mobilisierung der Gesellschaft sind wichtige Aktivitäten, die auf dem Grundsatz der Solidarökonomie beruhen. Sozialwirtschaftliche Organisationen sind untereinander oft gut vernetzt und durch Kooperationen mit anderen sozialen Organisationen werden Zielgruppen gut eingebunden.

Im Gegensatz dazu stellt die Degrowth-Ökonomie auf eine fundamentale Neuorientierung der Wirtschaft ab und die Abwendung vom traditionellen Glauben an unendliches Wachstum. Ein zentraler Aspekt ist die Reduktion der Erwerbsarbeit zugunsten einer stärkeren Einbeziehung von Freiwilligen. Sozialwirtschaftliche Organisationen spielen hierbei eine entscheidende Rolle, da sie auf die Unterstützung freiwilliger Mitarbeiter*innen setzen. Durch ihr unentgeltliches Engagement

tragen sie zur Funktionsfähigkeit und Weiterentwicklung der Gesellschaft bei und unterstützen die Grundprinzipien der Degrowth-Bewegung.

Wie anhand der Beispiele dargelegt, unterstützen alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle oder auch Initiativen sozialwirtschaftliche Organisationen dabei, soziale Nachhaltigkeit umzusetzen und dadurch Gerechtigkeit sowie Klimagerechtigkeit zu fördern. Gleichzeitig kann die Soziale Arbeit einen wesentlichen Beitrag leisten, in alternativen Systemen zu denken. Angesichts der sehr unterschiedlichen sozialen Organisationen ist nicht jedes alternative Modell oder Netzwerk für jede Organisation geeignet, da es unterschiedliche Bedürfnisse und Herausforderungen gibt. Soziale Organisationen sollten verfügbare Alternativen sorgfältig prüfen und das für sie passende Modell wählen beziehungsweise bei der Umsetzung auch mögliche Kombinationen mehrerer Modelle berücksichtigen.

Klimagerechtigkeit kann nur gelingen, wenn Partizipation, Inklusion und solidarisches Handeln gegeben sind. Diese Prinzipien bilden auch die Grundlage alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, die auf Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit abzielen.

Verweise

ⁱ Mit dem Trigos-Award werden Unternehmen und Organisationen ausgezeichnet, die eine besondere Vorbildwirkung für verantwortliches Wirtschaften und Nachhaltigkeit übernehmen.

Literaturverzeichnis

Aguiton, Christophe (2018): Die Commons. In: Solón, Pablo (Hg.): Systemwandel. Alternativen zum globalen Kapitalismus. Übers. v. Alix Arnold und Gabriele Schwab. Wien/Berlin: mandelbaum kritik & utopie, S. 93–119.

Azam, Geneviève (2018): Degrowth. In: Solón, Pablo (Hg.): Systemwandel. Alternativen zum globalen Kapitalismus. Übers. v. Alix Arnold und Gabriele Schwab. Wien/Berlin: mandelbaum kritik & utopie, S. 72–92.

Batz, Michael (2023): Gesellschaftliche Verantwortung in Organisationen der Sozialwirtschaft. In: Timm, Gerhard/Vilain, Michael (Hg.): Freie Wohlfahrtspflege und Klimawandel. Ein Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. Baden-Baden: Nomos, S. 107–124.

Blachfellner, Manfred/Drosig-Plöckinger, Angela/Fieber, Susanna/Hofielen, Gerd/Knakrügge, Lutz/Kofranek, Manfred/Koloo, Sigrid/Loy, Christian/Rüther, Christian/Sennes, Dominik/Sörgel, Regina/Teriete, Moritz (2023): Arbeitsbuch zur Gemeinwohlbilanz 5.0. Kompakt. https://austria.ecogood.org/wp-content/uploads/sites/7/2023/09/GWoe_Arbeitsbuch_5_0_1_kompakt_FIN_WEB2-1.pdf (27.05.2024).

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2024): Klimagerechtigkeit. <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/klimagerechtigkeit-125076> (15.05.2024).

Dominelli, Lena (2012): Green Social Work. From Environmental Crises to Environmental Justice. Cambridge/Malden: Polity Press.

Elsen, Susanne (2023): Kollektive Ansätze Sozialer Arbeit. Wie können soziale Dienste armutserfahrene Menschen erreichen und einbeziehen? In: Sozial Extra, 47(4), S. 210–214.

Elsen, Susanne (2024): Soziale und solidarische Ökonomie, ökosoziale Transformation und potenzieller Beitrag für Gemeinwohl und Klimaschutz. In: Soziale Passagen, 16, S. 63–73.

Elsen, Susanne/Angeli, Sergio/Bernhard, Armin/Nicli, Sara (2020): Perspektiven der Sozialen Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungen in Italien. Bozen: bu.

Exner, Andreas/Kratzwald, Brigitte (2021): Solidarische Ökonomie & Commons. Eine Einführung. Wien/Berlin: mandelbaum kritik & utopie.

Felber, Christian (2021): Gemeinwohl-Ökonomie. 6. Aufl. München: Piper.

Gemeinwohl-Ökonomie Österreich (2024): Die Idee. <https://austria.ecogood.org/idee/> (27.05.2024).
Gray, Mel/Coates, John/Hetherington, Tiani (2012): Environmental Social Work. London/New York: Routledge.

Grunwald, Klaus/Langer, Andreas (Hg.) (2018): Sozialwirtschaft : Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos.

Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (2024): Definition Klimagerechtigkeit. https://www.infoe.de/blog_post/definition-klimagerechtigkeit/ (16.05.2024).

Islam, S. Naszrul/Winkel, John (2017): Climate Change and Social Inequality. DESA Working Paper No. 152 ST/ESA/2017/DWP/152. <https://ideas.repec.org/p/une/wpaper/152.html> (13.11.2024).

Jones, David N./Truell, Rory (2012): The Global Agenda for Social Work and Social Development: A place to link together and be effective in a globalized world. In: *International Social Work*, 55(4), S. 454–472.

Kopfmüller, Jürgen/Nierling, Linda/Reichel, André/Albiez, Marius (2016): Postwachstumsökonomie und nachhaltige Entwicklung – Zwei (un)vereinbare Ideen? In: *Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis*, 25(2), S. 45–54.

Liedholz, Yannick (2023): Klimagerechte Soziale Arbeit. Drei Schritte auf dem Weg dorthin. In: *Die Armutskonferenz/Appell*, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.): *Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten*. Books on Demand, S. 189–196.

Marhold, Veronika/Schranz, Lisa/Weinberger, Lisa (2022): Klimagerechtigkeit in Österreich. In: *Juridikum. Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft*, 1/2022, S. 106–115.

McKinnon, Jennifer/Alston, Margaret (Hg.) (2016): *Ecological Social Work: Towards Sustainability*. London: Palgrave.

Möller, Matthias (2008): Vagabundierende Häuser in Selbstorganisation. In: Giegold, Sven/Embshoff, Dagmar (Hg.): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg: Fuldaer, S. 77–81.

Närhi, Kati/Matthies, Aila-Leena (2016): Conceptual and historical analysis of ecological social work. In: McKinnon, Jennifer/Alston, Margaret (Hg.): *Ecological Social Work: Towards Sustainability*. London: Palgrave, S. 19–38.

obds – Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit (2023): Definition der Sozialen Arbeit – konkretisiert für Österreich. <https://obds.at/dokumente/definition-der-sozialen-arbeit-konkretisiert-fuer-oesterreich/> (23.05.2024).

Pirgmaier, Elke/Gruber, Julia/Gerold, Stefanie/Stocker, Andrea (2015): Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. WiW_Dossier3a_Alternative_Wirtschafts_und_Gesellschaftsmoedelle.pdf (wachstumimwandel.at) (07.10.2024).

Pufé, Iris (2017): Nachhaltigkeit. 3. Aufl. Konstanz/München: UVK.

Raworth, Kate (2018): Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. Übers. v. Hans Freundl und Sigrid Schmid. München: Hanser.

Rehbichler, Sabine (o.J.): 3 Forderungen Sozialer Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft. arbeit plus. <https://arbeitplus.at/3-forderungen-sozialer-unternehmen-in-der-kreislaufwirtschaft/> (19.07.2024).

Savini, Federico (2023): Post-Growth, Degrowth, the Doughnut, and Circular Economy: A Short Guide for Policymakers. In: Journal of City Climate Policy and Economy, 2(2), S. 113–123.

Stepanek, Peter (2022): Sozialwirtschaft nachhaltig managen. Eine Einführung. Wiesbaden/Heidelberg: Springer VS.

Utting, Peter (2023): Contemporary understandings. In: Yi, Ilcheong (Hg.): Encyclopaedia of the Social and Solidarity Economy. Cheltenham: Edward Elgar, S. 19–26.

Wendt, Wolf Rainer (2016): Sozialwirtschaft kompakt. Grundzüge der Sozialwirtschaftslehre. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Über die Autorinnen

Ursula Müllner

ursula.muellner@fh-campuswien.ac.at

Lehrt und forscht an der FH Campus Wien, Studiengang Sozialwirtschaft. Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind Nachhaltigkeitsmanagement und die Implementierung & Evaluierung von Nachhaltigkeitskriterien sowie Social Business & Social Entrepreneurship.

Marianne Skopal

marianne.skopal@fh-campuswien.ac.at

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum Soziale Arbeit an der FH Campus Wien und Inklusionspädagogin. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem partizipative Forschung mit Menschen mit Behinderungen und Nachhaltigkeit in der Sozialwirtschaft.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Utilizing International Group Work to Address the Impact of Climate Change on Social Work Practice A Mutual Aid Approach

Regina Scheitel, Dainess Ziba Amukwelele, Sofiat Abimbola Busari-Akinbode, Namoonga Chilwalo, Georgianna Lynn Dolan-Reilly, Sunday Ofili Ibobor, Núria Prat-Bau, Andrew Spaumer, Hélène Filion Onserud, Michelle Willoughby & Samuel Ojima Adejoh

Regina Scheitel, Dainess Ziba Amukwelele, Sofiat Abimbola Busari-Akinbode, Namoonga Chilwalo, Georgianna Lynn Dolan-Reilly, Sunday Ofili Ibobor, Núria Prat-Bau, Andrew Spaumer, Hélène Filion Onserud, Michelle Willoughby & Samuel Ojima Adejoh. Utilizing International Group Work to Address the Impact of Climate Change on Social Work Practice. A Mutual Aid Approach. *soziales_kapital*, Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Eisenstadt.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/829/1545>

Zusammenfassung

Die Klimakrise ist ein Thema der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit und hat Auswirkungen auf die Praxis der Sozialarbeit. Zwar haben Sozialarbeiter*innen begonnen, die Bedeutung der Klimakrise für ihre Arbeit zu erkennen, aber der Kampf um die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen für die Soziale Arbeit kann zu Gefühlen der Hilflosigkeit und Frustration führen. Dieser Artikel untersucht die Auswirkungen der Klimakrise auf das Feld der Sozialarbeit aus der Perspektive internationaler Sozialarbeiter*innen und konzentriert sich auf die Rolle, die Mutual-Aid-Gruppen für Sozialarbeiter*innen spielen können, die versuchen, die Auswirkungen der Klimakrise auf benachteiligte Personengruppen zu minimieren. Die Untersuchung zeigt die Relevanz einer aktiven Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von Klima-Ungerechtigkeiten. Darüber hinaus hebt die Studie das Potenzial von Gruppenarbeit als Methode hervor, um Sozialarbeiter*innen zu befähigen, aktiver gegen die Klimakrise vorzugehen.

Schlagnworte: Klimagerechtigkeit, Praxis der Sozialarbeit, internationale Gruppenarbeit, Mutual Aid, ökologische Sozialarbeit

Abstract

The climate crisis is a social and ecological justice issue with implications for social work practice. While social workers have begun to recognize the importance of this in their work, the struggle to establish a role in addressing it lingers, resulting in feelings of helplessness and frustration. This paper explores the impact of the climate crisis on the field of social work from international social work perspectives and focuses on the role that mutual aid groups can play for social workers seeking to minimize the impact of the climate crisis on disadvantaged populations. This research highlights the relevance of actively engaging with the implications of climate injustice within social work practice. Additionally, the study highlights the potential of group work as a method to empower social workers to more actively address the climate crisis.

Keywords: climate justice, social work practice, international group work, mutual aid, eco social work

1 Introduction

Challenges facing the field of social work (SW) today are compounded by the climate crisis that continues to negatively impact the environment, and in turn continues to disproportionately affect marginalized groups worldwide (cf. Dominelli 2012; Erikson 2018: 1–5ff.). Social workers (SWrs) have begun to recognize the importance of the climate crisis in their work, although the role of SWrs in climate crisis is still unclear (cf. Blum 2023: 200–201ff.; Humer 2023: 75f.). These challenges have been identified in national and international SW organizations around the world (cf. Arkert/Jacobs 2023: 144–146f.; Wilson/Lynch/Fisch 2023: 1824–1826ff.). This can lead to SWrs feeling frustrated, overwhelmed, and lonely as they attempt to combat unfriendly environmental practices within their professional roles.

Mutual aid groups are a core component of SW group methods used to empower group members, provide support, and allow group members to move toward problem-solving approaches (cf. Gitterman/Schulman 2005: 21f.; Giacomucci 2021: 171f.). In 2022, The International Social Work Group on Ecological Justice (ISWGEJ) was established as one of two eco-social work groups affiliated with the International Association of Social Work with Groups (IASWG). The group began with over 16 group members from six countries around the world with the purpose of raising awareness and consciousness about the environmental crisis. This paper explores the impact of the climate crisis on the field of SW from international SW perspectives and focuses on the role that mutual aid groups can play for SWrs trying to address the crisis.

This research aims to enhance SW's understanding of international group work and mutual aid in addressing the climate crisis, thereby enhancing their role in addressing climate injustice.

2 Climate Justice and the Relevance for SW Practice

Research indicates that global understanding of the climate crisis is shifting towards climate justice (CJ) (cf. Gach 2019). CJ frames climate change as a global, ethical, and social concern, emphasizing the need to address the disproportionate effects of the climate crisis on various populations and seeking to rectify the associated injustices through fair and equitable measures (cf. Arcaya/Gribkoff 2022). CJ seeks to implement systematic changes that address structural inequalities to prevent marginalization, exploitation, oppression, and challenging power dynamics responsible for various climate injustices (cf. Rice/Burke/Heynen 2015).

Communities contributing the least to the crisis are the most unduly harmed by its impacts (cf. Sultana 2022: 2f.). Past injustices and systematic oppression make certain groups vulnerable to climate impacts and increase vulnerability. This makes it integral to consider the intersectional gendered, racial, classist, and indigenous aspects of CJ (cf. Whyte 2020). CJ is deeply rooted in

grassroots initiatives, fostering collaborations through community-based mobilization and alliances. Thus, CJ extends beyond an academic interdisciplinary field to also encompass social, racial, and environmental movements bridging scholarly discourse with activism (cf. Sultana 2022).

SWrs are charged to take up the historically neglected roles towards protecting the environment (cf. Gray/Coates 2016), considering how the climate crisis impacts food and water availability, physical and mental health, economic issues and community engagement. Anderson (2021) argued that SWrs can contribute to the mitigative and adaptive efforts to address the crisis through advocacy, policy contributions, community mobilization, awareness creation, ecological-justice, individual practice, and post-disaster humanitarian therapeutic support.

3 SW Challenges in Addressing Climate Injustice

While the prospects of SW involvement in climate related matters have been identified in literature, challenges have also been documented. These challenges revolve around teaching, research and practice.

Harris and Boddy (2017) found the inclusion of topics related to the natural environment in SW education to be insufficient, with only 0.43% inclusion of these topics in the curriculum. Papadimitriou (2023) found that despite the call for inclusion of the natural environment in SW's theory, education, and practice, it remains nearly absent in SW curricula of European Universities. In South Africa, Akert and Jacobs (2023) similarly found that despite the positive perception SW educators have about the natural environment, its inclusion in curriculum remains minimal.

Other factors identified as barriers to SW involvement in climate matters are at personal levels. Strayer, Joseph and Stoeffler (2023) found that SW educators who had prior training on environmental justice found it relevant and felt more prepared to teach about the environment compared to their counterparts. With limited curriculum attention, the question of how future educators can gain confidence in teaching these topics arises. This can be extrapolated to SW researchers and practitioners as well.

At the professional level, Cumby (2016) attributed barriers to the separation of 'persons' from the 'environment' in SW's conceptualization of the person-in-environment paradigm. Zapf (2010) argued that this hinders the profession's understanding of environmental issues and the development of effective strategies to curtail them within SW education, research, and practice.

Finally, Harris & Boddy (2017) argue that limited integration related to the natural environment within SW curriculum is associated with wider institutional and structural factors. These include the adoption of Neoliberal ideology that commercializes curriculum, tailoring it towards market demand, and limiting the autonomy of academics to shape content (cf. Harris/Boddy 2017).

4 A Continuum from Mutual Aid to Social Action in Eco-Social Work

Groups formed for community change exist on a continuum from personal to political and individual to social (cf. Cohen/Mullender 1999; Staples 2012). Group work (GW) as a methodology recognizes that the principles of mutuality and communality can lead to social action for and/or social change (cf. Parra 2018).

The mutual approach is the basis for SW with groups. Bergart & Simon (2005: 18f.) emphasized that feeling supported through GW benefits SWrs well-being. This is “relevant for all social action groups” when building community (Fleming/Ward 2017: 75f). By transforming an individual’s issue into a group opportunity, collaborative problem solving during mutual aid can help members, improve decision making, and strengthen group cohesiveness (cf. Arches/Fleming 2007: 44f.; Kurland/Salmon 2006: 127f.).

Kurland & Salmon (1999) point out that the group’s purpose should be clear and concise, providing direction and relevant content based on the needs of all participants. It should also be specific enough to be measurable when achieved and evolve as the group matures. This common purpose differs from individual expectations and goals of group members (cf. Kurland/Salmon 1999: 107–108ff.).

Social action and social justice are rarely mentioned as core values of group work (cf. Breton 2006). Northen (2004: 77f.) identifies social justice as one of the three key GW values along with valuing inherent dignity of individuals, and shared responsibility. The aim of a social action group is to unite people for a cause which leads to pressure on external decision-makers to achieve a specific goal, focusing on reducing injustices (cf. Staples 2016: 9f.). For a truly empowering and critical social action practice, it is crucial to pose the question ‘why’ it happens and identify the root causes of problems linked to structural inequality (cf. Ledwith/Springett 2010).

In focusing on a task, the outcome or personal changes are not the main goals (cf. Fleming/Ward 2017: 79f.). A continuous and lengthy group process is helpful to have new perspectives and cultivate hope (cf. Pyles 2017: 641f.; Macy 2022: 25f.). Relevance and inevitable tension which exist between the desire for action and the desire for process in group life is expected. Both are essential requirements for effective empowerment practice. For Vinik & Levin (1991: 4f.), “[t]heir interaction is the catalyst for social action.” When the group’s purpose and process unfold, this tension can provide energy for its own release and resolution towards group action (cf. Vinik/Levin 1991: 4f.).

It is important to emphasize the role of SWrs facilitators in the emergence of mutual aid including factors such as setting the stage, ensuring safety, and shifting power to the group (cf. Muskat et al. 2020). The social group worker must work especially hard to find the underlying commonality regarding needs, desires, and hopes that bind all members together (cf. Steinberg

2014; Knight/Gitterman 2014). They should believe in mutual aid values and be able to see the broader socioeconomic forces that created the challenges they face (cf. Knight/Gitterman, 2018; Roy/Pullen-Sansfaçon 2016: 16f.). The facilitator must also recognize the political relevance of personal struggles and be prepared to address privilege and how this affects members' views of others or themselves as well as their willingness to engage (cf. Knight/Gitterman 2018: 9f; Hayes/Blashki/Wiseman/Burke/Reifels 2018). SW facilitators help to challenge thoughts and behaviors in the group and enable the group to address structural inequalities along their process (cf. Roy/Pullen-Sansfaçon 2016). The facilitator, together with participants, builds a group space "as a refuge from outside forces, having flexibility in relation to organizational issues, and facilitating members to take action outside of the group" (Muskat et al. 2020: 250f.).

Bergart & Simon (2005) describe how GW can be a method to face professional isolation and prevent 'burnout' by SW practitioners and educators. Weil (2005) affirms that few government jobs for SWs offer opportunities to develop a model of critical practice and political freedom necessary to advocate for change. Similarly, "[i]n academia there is also a scarcity of peer support, frequently a competitive, rather than cooperative, work environment" (Bergart/Simon 2005: 19f.).

GW does not need to necessarily take place in person. Online groups, as a substitute for traditional forms of groups, were uncommon before the Covid-19 pandemic (cf. Hung/Lee/Cheung 2021). However, online mutual support groups have been found to be positive in developing support for clients and SWs (cf. Cabiati 2021: 678f.). Nevertheless, research on international SW support groups remains limited.

5 Methodology

Research questions to guide this project included:

- How do international SWs view the impact of the climate crisis on the field of SW?
- How can mutual aid group approaches be used to facilitate actions related to the climate crisis within the field of SW?
- In what ways has this international approach to group work impacted participating SWs and the work they engage in, in attempting to address the climate crisis?

Data collection was conducted using recordings of previous group meetings (N=3), as well as individual reflection letters collected using phenomenological polyethnography approaches (N=8) (cf. Olt/Telman 2019). Consent to use group meeting recordings and letters was obtained before data collection. Recordings were transcribed following Vanover (2022) guidelines, and letters were adapted to follow these guidelines.

This material was analyzed using interpretative phenomenological analysis (IPA) with a coding team comprised of 4, to ensure validity and reliability (cf. Smith/Flowers/Larkin 2022). This included a multi-phase coding process, with a specific focus on hermeneutics and individual experiences (cf. Smith et al. 2022). For the purposes of this study, the focus remains on group experiential themes as opposed to personal experiential themes.

Data from members not active in the group was excluded in this study. Members of the group represent six countries including: Nigeria, USA, Namibia, Austria, South Africa, and Spain. Members largely identify as female (N=7), with three males and one nonbinary member. Ages range from 35 years to 65 and older. With at least half of the members from countries in Africa, and most members identifying as female or non-binary, these demographics represent some of the largest populations most impacted by the climate crisis (cf. Benevolenza/DeRigne 2019; Hayes et al. 2018; Teixeira/Krings 2015; Tilley/Ranawana/Baldwin/Tully 2023).

Professionally, most members have a master's degree or higher and reside in countries requiring licensure for SWrs. Members largely hold professional roles in academia (N=10), although other roles are concurrently held (ex. researcher, student, community/policy worker, social group work practitioner, etc.). Members described varying eco-social work roles, including tasks such related to eco-social work in academia inclusive of dissertation writing, boosting awareness of the importance of eco-social work by talking about it, volunteering with eco related groups, and participating in other forms of activism related to the topic. Members have extensive experience in SW (+11 years on average); however, they are less experienced in eco-social work, with all having less than 5 years' experience.

These characteristics are important to note, as they represent the contexts in which the group does their work, informing the way this group and research project were approached. Such diverse representation adds value to this research and gives voice to some of the populations frequently left out of the conversation around the crisis.

6 Results

Five main group experiential themes were identified after triangulation of data from video and letter analyses. These themes will be further explored in the next section.

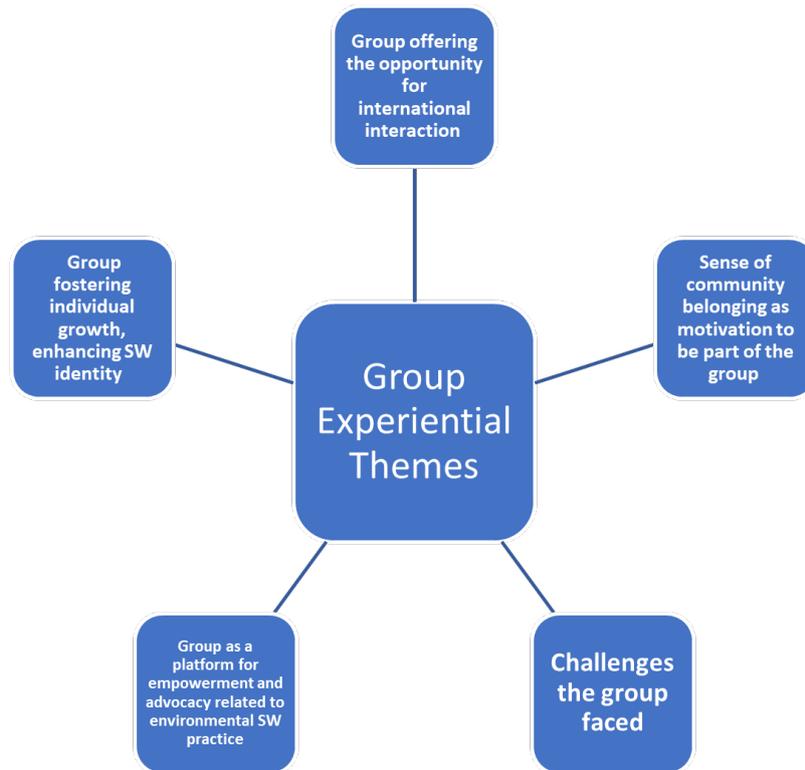


Figure 1: Group Experiential Themes derived from IPA.

6.1 Sense of Community Belonging as Motivation to Be Part of the Group

Attempting to be active in this field can be an isolating experience (cf. Kurland/Salmon 2005). The ISWGEJ provided a supportive community for participating SWrs, allowing them to feel like a part of something bigger and combat feelings of isolation (cf. GM_7: 6, GM_4: 8).ⁱ Emotional support was a major reason for people to continue with the group: “[I]t was an emotional experience, and I felt a sense of belonging.” (GM_5: 13-14) There was also validation provided, with SWrs feeling heard from others who shared their concerns about the environmental crisis (cf. GM_3: 10). This sense of community led to feelings of optimism and inspiration, where group members described gaining hope from one another through feelings of belonging (cf. V2: 368–370). Group members also served as consistent reminders for each other regarding incorporation of core SW values into practice, including regarding action related to CJ. Being surrounded by others who have similar values allowed for SWrs to more actively reflect on their own principles and contributed to increased feelings of being a part of a community of SWrs (cf. GM_3: 33–34; GM_2: 37–38).

6.1.1 Group Members as Friends and Mentors

Group members were able to move beyond being professional colleagues and reported developing deeper personal connections (cf. GM_7: 9, GM_5: 15–16). Examples of this included receiving support when struggling with practice challenges (cf. V1: 91–93), as well as “celebrating accomplishments of group members” (GM_5: 16). In addition, referring to each other as “family” was also mentioned by some group members (cf. GM_4:15, V2: 353). The personal connection alone was not the only way group members felt support. Having the ability to learn from one another in a supportive environment was described as having a mentor figure in other group members (cf. GM_8: 11, GM_5: 14, GM_3: 39). This allowed group members to ask questions of each other and learn in a safe and supportive group setting.

6.1.2 Group Members Being Accountable and Accommodating to One Another

Group members attributed some of the group’s success to feelings of responsibility. “As the group has evolved, so has my sense of duty and accountability towards my colleagues.” (GM_2: 11–12) This was echoed by other members, who noted that the sense of community contributed to feelings of obligation, which included wanting to take on more active roles (cf. GM:4: 24, GM_3: 26, V3: 178–179). This accountability was perceived as intrinsic as opposed to being an outside pressure, which helped to build a sense of connection (cf. GM_1: 31–32).

6.2 Group Offering the Opportunity for International Interaction

One theme that was consistently echoed was the experience of group members feeling privileged to have access to international interactions. Being able to collaborate with individuals from across the world led others to feeling more empowered and understood. This included recognizing similarities that international SWrs also struggle with and acknowledging the importance of various perspectives when addressing macro-level issues (cf. GM_4: 29; GM_7: 4–5). Being a part of international collaboration allowed group members to feel more inspired in addressing CJ on local scales (cf. GM_1: 50–51; GM_8: 28–29). This included SWrs feeling more confident to include international approaches within their work in academia (cf. GM_2: 4).

Group members discussed the richness that comes from engagement with diverse individuals, including leading to expanded worldviews (cf. GM_4: 8–9). This led to a deeper understanding of social injustices on global levels and prompted group members to become more aware of international issues (cf. GM_7: 25–26, GM_3: 21–22, GM_2: 29–30).

6.3 Challenges the Group Faced

The ISWGEJ faced various challenges that threatened group stability and outcomes. Some of these included logistic factors that were able to be overcome. Others were more complicated to address, such as having to confront injustices that impact group members, as well as deciding on what direction the group should go in. Despite the challenges, group members recognized the effectiveness of the group and felt these challenges allowed the group to develop resilience (cf. GM_3: 21).

6.3.1 Scheduling Challenges

Coordinating meeting times proved to be a challenge for group members who were on different time zones and balancing busy schedules (cf. GM_5: 19, GM_4: 17–18, GM_2: 35). Compromises were able to be made, allowing for the group to overcome this challenge with various discussions (cf. GM_4: 20–21).

6.3.2 Managing Uncertainty within the Group Process

The group struggled at times to achieve a consensus about what direction the group should take. While mutual aid remained a focus, after a time, there was frustration with wanting to move beyond this due to feelings of needing to act (cf. GM_2: 32). In addition, the group required a stabilization period, which some group members found to be challenging. People would come and leave the group making it difficult to develop a steady group dynamic (cf. GM_2: 34–35; GM_3: 17–18). These issues required discussion but also created a learning effect for the group: “Looking back, this was exactly what we needed to go through to come out as the group we are now.” (GM_2: 33)

6.3.3 Facing Injustices

Not all group difficulties were able to be solved with discussion. Part of the challenges included discrimination some group members faced, which required the understanding that these issues would not be fixed overnight. Examples of this became present when various members from African countries were limited in being able to participate in a conference due to visa challenges (cf. GM_2: 28–29). This experience was met with feelings of frustration and helplessness, which also led to an increased desire to change systemic inequities. Other inequalities stemmed from a lack of access to infrastructure supporting internet, which caused some frustration and feelings of not being heard (cf. GM_5: 18, GM_15–16, GM_4: 19). Those impacted by this were primarily members from various African countries. Similarly, not all group members felt comfortable at times communicating in English (cf. GM_1:37, GM_7:18–19). Being mindful of this was also critical to help the group avoid

perpetuating injustices (cf. GM_7: 19).

In addition, there were uncomfortable moments that arose when group members were confronted with different realities. One example of this was media coverage, where a major event had occurred in one African country, and SWrs from western countries were not aware of it: “Some news is treated as ‘more important’ than others, not by us but by larger media outlets.” (GM_2: 30) Other examples include the recognition that advocacy is not a privilege that may exist among all group members:

“[W]hat is activism, what will activism mean in the global south and activism in the global north? But also, it is important that in our activism we should not put our families’ lives in danger and also our lives in danger.” (V2: 331–334)

“Having a fine that you have to pay, for example, is very different to potentially losing your life over being an activist...we have to also be up front and talk about there’s different levels of ways we can do activism in safe ways. And that is a privilege that some people can choose that, and other people can’t.” (V2: 206–209)

The discourse in the group regarding these injustices, although initially overwhelming and frustrating, also led to the group wanting to push forward and talk about these topics, including discussing ways to protect each other and also address systemic injustices: “And that the profession should be more of an activist, because a profession is something that is more difficult to attack than a person or a group.” (V2: 232–233)

6.4 Environmental Advocacy and Empowerment Through SW Group Practice

Group members consistently mentioned the frustration they felt with the lack of engagement from the SW profession related to addressing CJ. For some, this had led to disillusionment and feeling disconnected from the profession (cf. GM_7: 22–23, GM_3: 8–9). Other examples from academia included lecturers feeling discouraged due to a lack of curriculum focusing on this issue, which they believed led to a lack of student engagement (cf. V1: 349). With motivation from the group, the sense of responsibility to move towards advocacy became a focus (cf. V1: 362–363, V2: 330–331, GM_4: 30).

This motivation included members being inspired to write and publish articles addressing the issues discussed in the group, (cf. GM_2: 46, V2: 486, V3: 27–28) as well as wanting to take on more active roles in local community advocacy (cf. GM_3: 37, GM_5: 22–23). Calls to address local

governments as SW professionals also became a focus (cf. V2: 249–250, GM_1: 70–71). Group members were able to continue to stay motivated as they experienced the group constellation itself to be an inspiring place (cf. GM_8: 21–22), which allowed for collaborative advancement. This sense of responsibility to advocate for change resulted in the group moving towards action which included things such as conference presentations, plans for future meetings, and journal publications (cf. V2: 335, V3: 147–149, GM_2: 46).

6.5 Group Fostering Individual Growth, Enhancing SW Identity

The group served as a space for continuous learning which in turn led to individual reflection and new knowledge (cf. GM_7: 25–26, GM_5: 21–22). Increased understanding of GW methods themselves was also noted to be one of the outcomes experienced (cf. GM_5: 23–24). Through this continuous cycle of discussing, learning, and applying knowledge learned, group members were able to identify a shift in re-alignment of their professional SW values with their personal values: “It allows me to grow both personally and professionally by providing a platform for collaboration and networking that goes beyond individual cases and technical solutions.” (GM_1: 52–54)

Individual changes were noted to be a positive and sustainable outcome of being a part of the group. This included being actively more aware and searching for non-biased media reporting (cf. GM_2: 44) and applying the techniques learned to practice, for example: “[I]ntegrating Eco-social work in my academic work of teaching and sensitizing students and colleagues on Eco-justice.” (GM_5: 31–32) Among all group members, there were positives overwhelmingly reported: “As a person it has been transformative.” (GM_3: 34–35) This helped the group members to feel an increased sense of pride in their profession as SWrs, and a renewed sense of optimism about the field.

7 Conclusions and Future Recommendations

This research demonstrates the value and contribution of GW to the SW discourse around the climate crisis, and its significant role in promoting multilevel social action, while also highlighting the complexity of CJ and GW. In relation to the first research question, it is evident that the international group members view the impact of the climate crisis on the field of SW as a complex network of intersecting oppressions that exacerbate already existing injustices. The general sense is that this crisis impacts all areas of SW practice, yet the profession globally has not done enough to address this and sometimes puts up barriers to such work.

In answer to the second research question, by offering a supportive environment to unpack the complexity of the climate crisis as it relates to SW, mutual aid groups offer a venue to overcome

the above and reduce hopelessness, burn out, and inaction. Referring to climate injustice and the social, economic, and environmental inequalities that characterize a complex world, the mutual aid group oriented to social action can offer a process of reciprocal learning and support among members, a solidarity test for society, and be a reminder of how SW is passionate, creative, and highly mobile (cf. Cabiati 2021). It is evident that mutual aid and social action groups focused on CJ can foster a sense of belonging, thus promoting a sense of empowerment that allows for personal and collective growth towards creating eco-social work identities and professional environments which support climate action.

Regarding the third research question, the group impacted members in significant ways, thus changing the work they engaged in. Members felt as though they were able to develop connections in the form of friendship and mentorship, build awareness and skills, develop a shared sense of empowerment, and more, which has led them to feel more confident. This has enhanced capacity to act and has led to more production of scholarly work such as presentations and publications, enhanced engagement in advocacy and governmental work, and further integration of eco-social work within teaching.

The biggest impact on members came from the international element of the group. While initially focused more on individual local issues (i.e. resistance to eco-social work within a particular university) members have developed a clear sense of understanding about the interconnection between global and local climate crisis related issues. This realization supports the literature which says that overcoming the local approach to CJ will enhance our ability to address climate injustice on a larger scale (cf. Pellow 2018). At the same time, while GW is an example of our capacity for crossing borders and reducing geographic and cultural limitations, global digital connections present real inequities. Structural injustices persist in GW, often mirroring those of the larger society, and require more action on environmental and climate justice.

These contributions are significant as work to address the climate crisis continues to be done within structures and systems that seem resistant to such work. SWrs can benefit from considering the use of eco-social group work mutual aid and social action groups for SW staff as well as clients, communities, and students. These small groups would be enhanced by being connected with others outside of their geographic areas to expand understanding of the complexity of the climate crisis and move towards action. Ideally, the development of a community practice network for eco-social work would be developed.

With the climate crisis still so minimally integrated into the SW curriculum (cf. Akert/Jacobs 2023; Harris/Boddy 2017; Papadimitriou 2023), GW offers an ideal inlet for further integration. SW educators would be remiss not to reinforce and center the use of collective methodologies

using GW exercises in class that integrate policy and social action and foster critical thinking about the international lens of the crisis. To enhance the international lens, educators should foster collaboration with other scholars doing this work in other countries and continents, allowing space for their students to connect. SWrs engaged in policy and community work would also benefit from similar approaches in developing space for collective action and allowing for the centering of voices of those most impacted by the climate crisis.

SW researchers might consider conducting more research on the role of GW in addressing the climate crisis and fostering climate justice action within other international networks or with other types of practitioners to explore if the emergent themes here are consistent or specific to this group. Furthermore, research in the above practice, policy, and pedagogical recommendations would enhance understanding of this topic. The facilitator's role in creating an environment in which belonging is promoted is also a recommended area for future research.

Now is the time to better enhance mutual aid and social action group work into all areas of practice if SWrs are to tackle the ever-expanding injustice that is the climate crisis.

Verweise

ⁱ In total three video transcripts were made, which will be referred to in the following as V1–V3; Group Member Letters 1–8 will be referred to as GM_1–GM_8.

Literaturverzeichnis

Anderson, Rose (2021): Why is climate change a pertinent issues for social work and how can social workers contribute to efforts to address it? In: *Social work and Policy Studies*, 4(1), pp. 1–8.

Arcaya, Maria/Gribkoff, Elisabeth (2022): Climate justice. MIT Climate Portal, 14 March. <https://climate.mit.edu/explainers/climate-justice> (29.08.2024).

Arches, Joan/Fleming, Jenny (2007): 'Building our own monument': A social action group revisited. In: *Practice*, 19(1), pp. 33–45.

Arkert, Laura/Jacobs, Ian (2023): Social work educators' perceptions of the importance and relevance of environmental social work. In: *Social Work/Maatskaplike Werk*, 51(9), pp. 129–151.

Benevolenza, Mia A. /DeRigne, Leanne (2019): The impact of climate change and natural disasters on vulnerable populations: A systematic Review of literature. In: *Journal of Human Behavior in the Social Environment*, 29(2), pp. 266–281.

Bergart, Ann M./ Simon, Shirley R. (2005): Practicing what we preach: Creating groups for ourselves. In: *Social Work with Groups*, 27(4), pp. 17–30.

Blum, Robert (2023): Who cares? Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise. In: *Die Armutskonferenz/ Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek, Robert/Schenk, Martin (eds.): Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. BoD*, pp. 197–206.

Breton, Margot (2006): Path dependence and the place of social action in social work practice. In: *Social Work with Groups*, 29(4), pp. 25–44.

Cabiati, Elena (2021): Social workers helping each other during the COVID-19 pandemic: Online mutual support groups. In: *International Social Work*, 64(5), pp. 676–688.

Cohen, Marcia/Mullender, Audrey (1999): The personal in the political: Exploring the group work continuum from individual to social change goals. In: *Social Work with Groups*, 22(1), pp. 13–31.

Cumby, Tina (2016): Climate change and social work: Our roles and barriers to action. PhD Thesis, Wilfrid Laurier University. <https://scholars.wlu.ca/etd/1828> (29.08.2024).

Dominelli, Lena (2012): *Green social work: from environmental crises to environmental justice*. Cambridge: Polity Press.

Erikson, Christina (2018): *Environmental Justice as Social Work Practice*. New York: Oxford University Press.

Fleming, Jenny/Ward, Dave (2017): Self-directed Groupwork: social justice through social action and empowerment. In: *Critical and Radical Social Work*, 5(1), pp. 75–91.

Gach, Evan (2019): Normative shifts in the global conception of climate change: The growth of climate justice. In: *Social Sciences*, 8(1), pp. 1–18.

Giacomucci, Scott (2021): Strengths-Based and Mutual Aid Approaches in Social Work and Psychodrama. In: Giacomucci, Scott (ed.): *Social Work, Sociometry, and Psychodrama. Psychodrama in Counselling, Coaching and Education*. Singapore: Springer, pp. 165–185.

Gitterman, Alex/Schluman, Lawrence (2005): The Life Model, Oppression, Vulnerability, Resilience, Mutual Aid, and the Mediating Function. In: Gitterman, Alex/Schluman, Lawrence (eds.): *Mutual Aid Groups, Vulnerable and Resilient Populations, and the Life Cycle*. New York: Columbia University Press, pp. 3–37.

Gray, Mel/Coates, John (2016): 'Environmental social work as critical decolonizing practice'. In: Pease, Bob (ed.): *Doing critical social work: Transformative practices for social justice*. London: Routledge, pp. 8–12.

Harris, Celeste/Boddy, Jennifer (2017): The Natural Environment in Social Work Education: A Content Analysis of Australian Social Work Courses. In: *Australian Social Work*, 70(3), pp. 337–349.

Hayes, Katie/Blashki, Grant/Wiseman, John/Burke, Susie/Reifels, Lennart (2018): Climate change and mental health: risks, impacts and priority actions. In: *International journal of mental health systems*, 12, pp. 1–12.

Humer, Andrea (2023): *Soziale Arbeit und ihre Rolle in der Klimakrise. Eine Analyse mit Fokus auf Österreich*. Masterarbeit. FH Oberösterreich, Linz.

Hung, Elsa Ngai/Lee, Terence/Cheung, Johnson Chun-Sing (2021): Practising social work groups online: Practitioners' reflection on the COVID-19 outbreak. In: *International Social Work*, 64(5), pp. 756–760.

Knight, Carol/Gitterman, Alex (2014): Group work with bereaved individuals: The power of Mutual Aid. In: *Social Work*, 59(1), pp. 5–12.

Knight, Carol/Gitterman, Alex (2018): Merging Micro and Macro Intervention: Social Work Practice With Groups in the Community. In: *Journal of Social Work Education*, 54(1), pp. 3–17.

Kurland, Rosselle/Salmon, Robert (1999): Purpose: A misunderstood and misused keystone of group work practice. In: *Social Work with Groups*, 21(3), pp. 5–17.

Kurland, Rosselle/Salmon, Robert (2005): Group work vs. casework in a group: Principles and implications for teaching and practice. In: *Social Work with Groups*, 28(3/4), pp. 121–132.

Ledwith, Margaret/Springett, Janet (2010): *Participatory Practice: Community-Based Action for Transformative Change*. Bristol: Policy Press.

Macy, Joanna (2022): *Active hope: how to face the mess we're in with unexpected resilience and creative power*. Novato: New WorldLibrary.

Muskat, Barbara/Greenblatt, Andrea/Garvin, Charles/Pelech, William/Cohen, Carol/ Macgowan, Mark/Roy, Velerie (2020): Group workers' experiences of mutual aid: Stories from the field. In: *Social Work with Groups*, 43(3), pp. 241–256.

Northen, Helen (2004): Ethics and values in group work. In: Garvin, Charles D./Gutiérrez, Lorraine M./Galinsky, Maeda J. (eds.): *Handbook of social work with groups*. New York: Guilford, pp. 76–89.

Olt, Phillip A./Teman, Eric D. (2019): Un[bracketed]: Phenomenological polyethnography. In: *Qualitative Research Journal*, 19(2), pp. 146–155.

Papadimitriou, Evripidis (2023): Coverage of environmental issues in undergraduate curricula in social work in four European countries: the UK, Switzerland, Germany and Greece. In: *Social Work Education*, 42(7), pp. 1038–1056.

Parra, Belén (2018): *El trabajo social de grupo en la actualidad: la utilización de los vínculos para la promoción del cambio social*. PhD Thesis, Universitat de Barcelona. <http://hdl.handle.net/2445/121897> (30.08.2024).

Pellow, David. N. (2018): *What is critical environmental justice?* Cambridge: Polity Press.

Pyles, Loreta (2017): Decolonising Disaster Social Work: Environmental Justice and Community Participation. In: *British Journal of Social Work*, 47(3), pp. 630–647.

Rice, Jeniffer L./Burke, Brian J./Heynen, Nick (2015): Knowing climate change, embodying climate praxis: Experiential knowledge in Southern Appalachia. In: *Annals of the Association of American Geographers*, 105(2), pp. 253–262.

Roy, Véronique/Pullen-Sansfaçon, Anne (2016): Promoting individual and social changes: A hybrid model of social work with groups. In: *Social Work with Groups*, 39(1), pp. 4–20.

Smith, Jonathan A./Flowers, Paul/Larkin, Michael (2022): *Interpretative Phenomenological Analysis: Theory, method & research*. London: Sage Publications.

Staples, Lee (2012): Community Organizing for Social Justice: Grassroots Groups for Power. In: *Social Work With Groups*, 35(3), pp. 287–296.

Staples, Lee (2016): *Roots to Power: A manual for grassroots organizing*. Santa Barbara: Praeger.
Steinberg, Dominique Moyse (2014): *A mutual-aid model for social work with groups*. Abingdon/Oxon: Routledge.

Strayer, Sara M./Joseph, Rigaud/Stoeffler, Stephen W. (2023): Predictors of integration of environmental justice in social work education: A cross-sectional study of faculty in the United States. In: *Social Work Education*, 42(1), pp. 94–111.

Sultana, Farhana (2022): Critical climate justice. In: *The Geographical Journal*, 188, pp. 118–124.

Teixeira, Samantha/Krings, Amy (2015): Sustainable Social Work: An environmental justice framework for social work education. In: *The International Journal on Social Work Education*, 35(5), pp. 513–527.

Tilley, Lisa/Ranawana, Anupama M./Baldwin, Andrew/Tully, Tyler M. (2023): Race and climate change: Towards anti-racist ecologies. In: *Politics*, 43(2), pp. 141–152.

Vanover, Charles (2022): Transcription as a Form of Qualitative Inquiry. In: Vanover, Charles/Mihas, Paul/Saldanda, Johnny (eds.): *Analyzing and Interpreting Qualitative Research: After the Interview*. London: Sage Publications, pp. 63–79.

Vinik, Abe/Levin, Morris (1991): *Social Action in Group Work*. New York: Routledge.

Weil, Marie (2005): *The Handbook of Community Practice*. New York: Sage Publications.

Whyte, Kyle (2020): Too late for indigenous climate justice: Ecological and relational tipping points. In: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, 11(1), pp. 1–7.

Wilson, Tina E./Lynch, Heather/Fisch, Verena K. (2023): Raising the ‘environmental question’ in social work in Canada and Scotland. In: *International Social Work*, 66(6), pp. 1816–1830.

Zapf, Michael Kim (2010): *Social Work and the Environment: Understanding People and Place*. *Australian Social Work*, 11(3), pp. 366–367.

Über die Autor:innen

Regina Scheitel, MSW, MA

regina.scheitel@fh-burgenland.at

Head of BA Program for SW

Department of Health and Social Sciences

UAS Burgenland, Campus Eisenstadt

Dainess Ziba Amukwelele, MSW

damukwelele@unam.na

PhD Candidate, Lecturer, Researcher, Departmental International Coordinator

Department of Psychology and Social Work, University of Namibia,

Sofiat Abimbola Busari-Akinbode

sbusari-akinbode@unilag.edu.ng

Assistant Lecturer

Department of Social Work

University of Lagos

Namoonga Chilwalo

nchilwalo@unam.na

Lecturer, Social Work

Human Science

University of Namibia

Georgianna Lynn Dolan-Reilly, LMSW

dolan-reillyG@sacredheart.edu

PhD Candidate, Adjunct Instructor

Sacred Heart University, School of Social Work

Adjunct Instructor

Yeshiva University, Wurzweiler School of social work

Sunday Ofili Ibobor, Ph.D

sunday.ibobor@uniben.edu

Associate Professor

Department of Social Work,

Faculty of Social Sciences,

University of Benin, Nigeria

Núria Prat-Bau, LSW, L Pedagogy

nuriaprat@ub.edu

PhD candidate, Lecturer Social Work

University of Barcelona,

Department of Social Work and Social Services, Campus Mundet

Dr Andrew Spaumer, DSW

spauma@unisa.ac.za

Lecturer

Department of Social Work

School of Social Sciences

University of South African

Hélène Filion Onserud, LCSW

helene.onserud@gmail.com

Board member of the International Association for Social Work with Groups (IASWG)

Co-Chair of the New York City Chapter of IASWG

Member of Sustaining All Life

Member of the No North Brooklyn Pipeline Alliance

Michelle Willoughby, DSW, LCSW

mw1983@nyu.edu

Adjunct Instructor

New York University

Silver School of Social Work

Samuel Ojima Adejoh, Ph.D

sadejoh@unilag.edu.ng

Associate Professor

Faculty of Social Sciences

Department of Social Work

University of Lagos, Akoka

Nigeria

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

„Das ist alles ein wenig – auf gut Deutsch – ein Eiertanz!“

Bedarfe und Empfehlungen für die
Unterbringung von rassifizierten Personen im
österreichischen Maßnahmenvollzug

Kathrin Bereiter & Stefan Kitzberger

Kathrin Bereiter & Stefan Kitzberger. „Das ist alles ein wenig – auf gut Deutsch – ein Eiertanz!“. Bedarfe und Empfehlungen für die Unterbringung von rassifizierten Personen im österreichischen Maßnahmenvollzug. *soziales_kapital*, Bd. 29 (2024). Rubrik: Sozialarbeitswissenschaft. Linz.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/830/1547>

Zusammenfassung

Im österreichischen Maßnahmenvollzug werden psychisch erkrankte Straftäter*innen auf unbestimmte Zeit in speziellen forensisch-therapeutischen Zentren untergebracht und therapiert. Dabei steigt nicht nur die Anzahl der Insass*innen insgesamt, auch der Anteil an Personen mit nicht-österreichischer Staatszugehörigkeit wächst kontinuierlich. Ausgehend von dieser Beobachtung wird im vorliegenden Beitrag eine qualitative Studie präsentiert, die beleuchtet, mit welchen Herausforderungen die betroffenen Klient*innen und Mitarbeiter*innen im System Maßnahmenvollzug konfrontiert sind. Daraus werden Empfehlungen abgeleitet, die notwendig sind, um auf die veränderte Zusammensetzung der Insass*innen adäquat reagieren zu können.

Schlagnworte: rassifizierte Insass*innen, Maßnahmenvollzug, kritische Migrationsforschung, qualitative Forschung

Abstract

In the Austrian enforcement of measures, offenders with mental illnesses are housed and treated indefinitely in specialized forensic therapeutic centres. There has been an overall increase in the number of inmates, as well as a corresponding rise in the proportion of individuals with non-Austrian citizenship. This paper presents a qualitative study examining the challenges faced by both affected clients and staff within the preventive detention system. Based on the findings, recommendations are derived to address the changing composition of the inmate population effectively.

Keywords: racialized inmates, austrian enforcement of measures, critical migration research, qualitative research

1 Rassifizierte Personen im österreichischen Maßnahmenvollzug

Das österreichische Justizsystem ist durch Zweispurigkeit gekennzeichnet: Im Zuge einer strafrechtlichen Verurteilung ist neben dem klassischen Strafvollzug eine weitere Form der Unterbringung, verbunden mit einem Freiheitsentzug, möglich. Diese Form der Unterbringung wird als Maßnahmenvollzug bezeichnet. Hier werden in forensisch-therapeutischen Zentren Straftäter*innen behandelt und betreut, die zum Tatzeitpunkt an einer schwerwiegenden psychischen Erkrankung litten. Nach der Anhaltung in diesen Zentren oder in forensischen Psychiatrien werden die Betroffenen meist in forensischen Nachsorgeeinrichtungen im Rahmen der Probezeit betreut, um sie dabei zu unterstützen, zukünftig ein deliktfreies Leben zu führen.

Das System des Maßnahmenvollzugs steht schon länger in der Kritik, nicht zuletzt da die Anzahl der eingewiesenen Personen insgesamt und im Speziellen der Anteil an Untergebrachten, die nicht die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen, stetig steigt. Zum Stichtag 1. Juni 2024 befanden sich insgesamt 1418 Personen im Maßnahmenvollzug.ⁱ Dabei differenziert das österreichische Strafgesetzbuch zwischen zurechnungsunfähigen Straftäter*innen nach § 21 (1) und zurechnungsfähigen, aber dennoch psychiatrisch erkrankten Straftäter*innen nach § 21 (2). Unterschiede zwischen den nach § 21 (1) StGB und § 21 (2) StGB eingewiesenen Personen zeigen sich u.a. hinsichtlich der diagnostizierten Erkrankungen. Ein Großteil der zurechnungsunfähigen Täter*innen zeigt eine Erkrankung aus dem schizophrenen Formenkreis (80,9%). Bei den zurechnungsfähigen Täter*innen stellen hingegen Persönlichkeitsstörungen mit 71,8% die größte Diagnosegruppe dar (vgl. Stempkowski 2022: 209).

Rund 23% aller Untergebrachten im Maßnahmenvollzug besitzen keine österreichische Staatsangehörigkeit. Von den Insass*innen ohne österreichische Staatsangehörigkeit sind rund 67% der Personen laut § 21 (1) StGB, rund 33% gemäß § 21 (2) StGB untergebracht. Migrant*innen sind bei den zurechnungsunfähigen Täter*innen also überrepräsentiert. Diese Überrepräsentation ist insofern nicht verwunderlich, als Prävalenzstudien zeigen, dass Erkrankungen aus dem schizophrenen Formenkreis bei rassifizierten Personen häufiger vorkommen als bei Mehrheitsangehörigen bzw. bei Personen, welche keine rassistische Diskriminierung erlebt haben (vgl. Cantor-Graae/Selten 2005; Karlsen/Nazroo/McKenzie/Bhui/Weich 2005; Stompe/Keckeis 2017; Kluge/Aichberger/Heinz/Udeogu-Gözalan/Abdel-Fatah 2020). Dem gegenüber sind zurechnungsfähige Migrant*innen nach § 21 (2) StGB unterrepräsentiert, was u.a. damit zu erklären ist, dass sich Menschen mit Persönlichkeitsstörungen, welche die Hauptdiagnose nach § 21 (2) StGB darstellt, bei der Festnahme in der Regel nicht auffällig verhalten. Einer eingeschränkten Kommunikation mit Migrant*innen ist es laut Stompe und Keckeis (2017) darüber hinaus geschuldet, dass diese Personen weniger häufig begutachtet werden, was schlussendlich zu einer Verurteilung in den Strafvollzug führen kann.

Bis dato gibt es kaum Studien, die sich mit rassifizierten Personen im Maßnahmenvollzug beschäftigen. Diese Beobachtung war der Ausgangspunkt für zwei Lehrforschungsprojekte,¹¹ welche von den Autor*innen dieses Beitrags angeleitet wurden und die im Folgenden vorgestellt werden. In den Projekten wurde mittels qualitativer Methoden exploriert, ob und wie die Kategorie Migration/Rassifizierung die Betreuung, Behandlung und Unterbringung von Klient*innen im System des österreichischen Maßnahmenvollzugs beeinflusst und welche Maßnahmen im System getroffen werden müssen, um diesen migrationsspezifischen Herausforderungen begegnen zu können. Diese Fragestellungen impliziert eine methodologische Ausrichtung, die dem Paradigma der kritischen Migrationsforschung folgt (vgl. Mecheril/Arens/Olalde/Melter 2013).

2 Zielsetzung der Studie und methodologische Zugänge

In Erhebungen des Ministeriums für Justiz lässt sich nachlesen, dass die im Maßnahmenvollzug Unterbrachten aus 69 verschiedenen Staaten kommen, wobei der größte Anteil (55%) aus Ländern im Nahen und Mittleren Osten kommt, gefolgt von südosteuropäischen Ländern (42%). Was diese Statistiken auf ganz grundlegende Weise zeigen, ist also, dass das zuständige Ministerium zwischen Straftäter*innen mit und ohne österreichische Staatsangehörigkeit unterscheidet. Im Gegensatz dazu verwendet die folgend vorgestellte Studie einen theoretischen Zugang, welcher prominent durch die Critical Whiteness Studies (vgl. u.a. Amesberger/Halbmayr 2008; Ayim/Oguntoya/Schultz 1986; Tissberger 2017) etabliert wurde. Daher wird in der vorliegenden Studie der Begriff der rassifizierten Person verwendet. Dieser impliziert bereits sprachlich, dass Menschen durch die rassistische Strukturierung der Gesellschaft als vermeintlich ‚Andere‘ konstruiert werden (Othering). Staatszugehörigkeiten sagen nämlich wenig darüber aus, ob eine Person von Rassismus und Diskriminierung betroffen ist oder nicht. Ein*e weiße*r Maßnahmenklient*in mit deutscher Staatsangehörigkeit wird wohl nicht von rassistischer Diskriminierung betroffen sein, selbst wenn sie*er laut Definition in die Gruppe der Migrant*innen im Maßnahmenvollzug fällt. Demgegenüber ist anzunehmen, dass ein*e schwarze*r Unterbrachte*r trotz der österreichischen Staatsangehörigkeit von Rassismus und Othering betroffen sein wird. Rassifizierung bezeichnet folglich einen Prozess, in dem rassistisches Wissen erzeugt wird, auf dessen Grundlage Differenzierungen von Menschen vorgenommen werden, die dann als zugehörig oder nicht-zugehörig zu bestimmten Gruppen positioniert werden (vgl. Velho 2015: 19). Mit rassifizierten Personen sind in dieser Forschung demzufolge Menschen gemeint, die von der weißen* Mehrheitsgesellschaft als nicht-weiß* wahrgenommen werden.

Ein zentrales Anliegen der Forschungsprojekte war, die betroffenen Personen selbst zu Wort kommen zu lassen, was u.a. mittels einer Perspektiventriangulation (vgl. Denzin 2017;

Gabriel 2019; Rieker 2008) ermöglicht wurde. Eine Grundannahme der qualitativen Forschung ist, dass sich „soziale Wirklichkeit [...] als Ergebnis gemeinsam in Interaktion hergestellter Bedeutung und Zusammenhängen verstehen“ (Flick/Kardorff/Steinke 2007: 14) lässt. Soziale Wirklichkeit ist somit prozesshaft und kontextbezogen. In diesem Sinne findet diese Forschung im Kontext einer sogenannten postmigrantischen Gesellschaft (vgl. Foroutan 2016; Hill/Yildiz 2018):

„Das Postmigrantische verweist auf die Tatsache, dass auch Kinder und Enkelkinder von Migrant*innen noch die Erfahrung von Othering, des Ausschlusses und der Diskriminierung machen müssen und ‚Ausländer*innen‘ genannt werden, unabhängig davon, ob sie in Österreich aufgewachsen und sozialisiert sind, sich als Österreicher*innen identifizieren und/oder die österreichische Staatsbürger*innenschaft haben. Das Postmigrantische verweist also nicht nur auf das ‚nach der Migration‘.“ (ogsa AG Migrationsgesellschaft 2021: 12)

Mit dem Begriff der postmigrantischen Gesellschaft wird signalisiert, dass in modernen Gesellschaften Migration längst allgegenwärtig ist, obwohl sie in den öffentlichen Diskursen nicht selten als ein besonderes oder außergewöhnliches Phänomen behandelt wird. Auch die kritische Migrationsforschung (vgl. Mecheril et al. 2013) will solch defizitäre Perspektiven auf „Migrationsandere“ (Mecheril/Castro-Varela/Dirim/Kalpaka/Melter 2010: 17) überwinden. Entsprechend gilt es, gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen, welche zu einer Behinderung der Möglichkeiten von Menschen führen, zu analysieren. Kritische Analysen sollen in Folge dazu verwendet werden, Veränderungen dieser strukturellen Bedingungen vorzunehmen. Gesellschaftliche Strukturen werden also nicht als determiniert und unveränderbar wahrgenommen, sondern als Resultat machtvoller Diskurse (vgl. Butler 1991; Foucault 1991 [1970]). Der Maßnahmenvollzug selbst ist Produkt hegemonialer (Sicherheits- Gefährlichkeits-)Diskurse und auf Grund dessen stetiger Veränderung unterworfen. Das Ziel von kritischen (Migrations-)Forschungen ist es, keinen defizitären Blick auf migrantisch markierte Subjekte zu richten, sondern die Strukturen kritisch zu beleuchten, in denen sich jene Personen bewegen müssen. Dieser Perspektive folgend wird der Fokus darauf gerichtet, wie sich das System Maßnahmenvollzug verändern muss, um auch für die Zielgruppe der rassifizierten Personen förderliche Bedingungen zu schaffen.

Zur ersten explorativen Annäherung an die Fragestellung, ob und wie die Kategorie Migration die Betreuung im System des Maßnahmenvollzugs beeinflusst, wurden qualitativ problemzentrierte Interviews nach Witzel (1982, 2022) mit Professionist*innen (Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Ärzt*innen) sowie mit betroffenen Klient*innen in forensisch-therapeutischen Zentren und in

forensischen Nachsorgeeinrichtungen geführt. Insgesamt wurden in dieser Phase der Studie 36 Interviews durchgeführt. Die Datenauswertung erfolgte mittels der strukturierenden Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2016). Die Erkenntnisse, welche in dieser ersten Forschungsphase gewonnen wurden, wurden im Rahmen dreier Fokusgruppen (vgl. Morgan/Spanish 1984) präsentiert und mit Akteur*innen im Feld der Forensik diskutiert und weiterentwickelt.

Für die Zusammenstellung der Fokusgruppen wurde auf die Methode der Perspektiventriangulation zurückgegriffen, um Sichtweisen verschiedener beteiligter Gruppen analysieren zu können (vgl. Rieker 2008: 1585). Im Anschluss wurden die Gruppen der Erfahrungsexpert*innen (rassifizierte Klient*innen), der Professionist*innen (Beschäftigte, die im System Maßnahmenvollzug direkt mit rassifizierten Klient*innen arbeiten) und der Entscheidungsträger*innen (Leitungspersonen von Justiz-, Maßnahmenvollzugsanstalten und Nachsorgeeinrichtungen, Vertreter*in des Ministeriums für Justiz) gebildet. Die konkrete Zusammenstellung der 24 Teilnehmenden an den Fokusgruppen erfolgte anhand des theoretischen Samplings nach Strauss und Corbin (1996). Zur Auswertung der Daten der Fokusgruppen wurde ebenfalls auf die Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2016) zurückgegriffen. Insgesamt wurden im Zuge der qualitativen Forschung die Erfahrungen von 60 Betroffenen aus elf verschiedenen forensischen Einrichtungen aus fünf österreichischen Bundesländern einbezogen.

3 Migrationsspezifische Herausforderungen im System Maßnahmenvollzug

Von Herausforderungen, die sich aufgrund der Kategorie Migration ergeben, wurde sowohl seitens der interviewten Professionist*innen als auch Klient*innen berichtet. Es zeigt sich, dass Sprachbarrierenⁱⁱⁱ eine der größten Schwierigkeiten darstellen – was wenig verwundert, wenn bedacht wird, dass Sprache eines der zentralsten therapeutischen Instrumente ist und der Maßnahmenvollzug dem Prinzip ‚Therapie statt Strafe‘ folgt. „Mir ist das völlig wurscht, woher er ist, aber sprachlich natürlich macht es einen Unterschied“ (Bereiter/Kitzberger 2022: 245), bringt es ein*e Professionist*in im Interview auf den Punkt. Denn aufgrund des Berufsethos in helfenden Berufen betonen zwar alle, die im System arbeiten, dass sie die Klient*innen gleich behandeln, dennoch zeigt sich, dass strukturelle Bedingungen dazu führen, dass Unterschiede in der Betreuung gemacht werden (müssen) – nicht zuletzt aufgrund der sprachlichen Bedingtheit der Tätigkeit. Durch diese entsteht eine strukturelle Diskriminierung der Personen, welche über weniger ausgeprägte Deutschkenntnisse verfügen, da es an mehrsprachigen Therapeut*innen, Psychiater*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Pflegekräften und Justizwachebeamt*innen mangelt. Aufgrund dessen können Klient*innen nicht an Gruppen- und/oder Gesprächstherapien oder anderen resozialisierenden Angeboten teilnehmen,

was sich negativ auf die Entlassung auswirken kann. Eine Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug erfolgt nämlich erst, wenn

„nach der Aufführung und der Entwicklung des Angehaltenen in der Anstalt, nach seiner Person, seinem Gesundheitszustand, seinem Vorleben und nach seinen Aussichten auf ein redliches Fortkommen anzunehmen ist, daß die Gefährlichkeit, gegen die sich die vorbeugende Maßnahme richtet, nicht mehr besteht.“ (STGB § 47 (2))

Der Einsatz von Dolmetscher*innen, durch den dieser Benachteiligung entgegengewirkt werden könnte, ist nicht flächendeckend und nicht in allen notwendigen Sprachen möglich. Dieser Umstand wird von allen Akteur*innen als schwerwiegend erlebt, denn die Einweisung in den Maßnahmenvollzug erfolgt auf unbestimmte Zeit und somit potenziell lebenslang. Die Entscheidung zur Unterbringung in einer freiheitsentziehenden vorbeugenden Maßnahme wird mittels psychiatrischer Gefährlichkeitsgutachten getroffen, welche grundlegend auf sprachlichem Austausch basieren. Selbst wenn zur Gutachtenerstellung Dolmetscher*innen hinzugezogen werden – was nicht zwingend vorgeschrieben ist –, kann es zu Übersetzungsproblemen kommen. Diese Teilung in Straf- und Maßnahmenvollzug existiert nicht in allen gerichtlichen Systemen dieser Welt, daher kann nicht nur den Insass*innen, sondern auch den Dolmetscher*innen das entsprechende Vokabular fehlen. In den Interviews und Fokusgruppen wurde wiederholt berichtet, dass Klient*innen selbst nach der bedingten Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug noch nicht verstanden haben, warum sie eingewiesen wurden und was die Unterbringung rechtlich für sie bedeutet. Dolmetscher*innen werden zudem, wenn überhaupt, zu gerichtlichen Terminen und Gutachten-Erstellungen hinzugezogen; bei Betreuungs- und Therapiegesprächen werden sie kaum bis gar nicht eingesetzt. Dieser Umstand ist bedenklich, denn das Ziel des Maßnahmenvollzugs ist die Reduktion der Gefährlichkeit der Eingewiesenen mittels Therapien und psychosozialer Betreuungsangebote. Wie dieses Ziel bei Personen mit weniger ausgeprägten Kenntnissen in der Mehrheitssprache erreicht werden kann, bleibt offen.

Neben den sprachlichen Herausforderungen wirken sich insbesondere aufenthaltsrechtliche Bestimmungen negativ auf rassifizierte Personen aus und können im schlimmsten Fall sogar dazu führen, dass Insass*innen nicht entlassen werden. Klient*innen ohne gesichertem aufenthaltsrechtlichen Status (bspw. negativer Asylbescheid, Aberkennungsverfahren) wird die bedingte Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug erschwert, da meist keine finanzielle und sozialrechtliche Absicherung vorliegt. Nachsorgeeinrichtungen, die mit der weiteren Betreuung der Betroffenen gesetzlich betraut

sind, lehnen die Aufnahme von Personen mit fehlenden Aufenthaltstiteln allerdings häufig ab. Ohne einen Nachbetreuungsplatz in einer dieser spezialisierten Einrichtungen wird eine bedingte Entlassung in der Regel nicht befürwortet, was zu einer längeren Anhaltung führt. Gleichzeitig ist in vielen Fällen eine freiwillige Rückkehr ins Herkunftsland nicht möglich. Denn bei einer Entlassung muss jedenfalls sichergestellt werden, dass entsprechende gefährlichkeitsreduzierende Therapien und Betreuungsangebote in den jeweiligen Ländern absolviert werden können, was häufig nicht der Fall ist. Dies führt zu einer paradoxen Situation, die von einer*em Professionist*in mit dem titelgebenden Zitat beschrieben wurde: „Das ist alles ein wenig – auf gut Deutsch – ein Eiertanz!“ (Bereiter/Kitzberger 2022: 221).

Personen, die aufgrund ihrer Prognose und ihrer Entwicklung längst aus dem Maßnahmenvollzug entlassen werden könnten, kommen also weder frei noch können sie abgeschoben werden bzw. freiwillig in das Herkunftsland zurückkehren. Es liegt auf der Hand, dass dieser Umstand eine der schwerwiegendsten migrationsspezifischen Herausforderungen darstellt. Ein Land wie Österreich, welches die Menschenrechte ratifiziert hat, muss dringend Schritte setzen, um diese bedenkliche Praxis zu verändern.

4 Empfehlungen für die forensische Arbeit mit rassifizierten Klient*innen

Ziel der Studien war es, einerseits die aktuelle Situation hinsichtlich der Betreuung, Behandlung und Unterbringung von rassifizierten Personen zu explorieren und andererseits konkrete Maßnahmenempfehlungen abzuleiten, die bei genügend politischem Willen umsetzbar wären, um die Situation für die Betroffenen zu verbessern und den Prinzipien einer menschenrechtlichen Anhaltung gerecht zu werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Empfehlungen entlang der Themenstränge 1.) professionelle Haltung, 2.) Abbau von Sprachbarrieren, 3.) Nachbetreuung und 4.) aufenthaltsrechtliche Situation dargestellt.

4.1 Professionelle Haltung

Die Haltung der Professionist*innen ist ein essenzieller Aspekt, der über Einstellungen und Werte definiert wird und schlussendlich das konkrete Handeln gegenüber den Untergebrachten mitbestimmt. Eine adäquate professionelle Haltung setzt das Frei-Sein von Vorurteilen und selektierenden Denkmustern sowie ein Verständnis gegenüber der stigmatisierenden Biografie und der Lebenswelt der behandelten Personen voraus. Die heutige postmigrantische Gesellschaft ist geprägt von Verschiedenheit und Vielfalt. Das Einnehmen diversitätsbewusster Perspektiven ist somit ein wichtiges Qualitätskriterium. Eine solche Haltung, also eine verinnerlichte Offenheit gegenüber und Anerkennung von Differenz und Vielfalt, ist vor allem in der Betreuungsarbeit mit

migrantisch markierten Menschen unumgänglich (vgl. Schröder 2007: 80–85).

In den Fokusgruppen wurde speziell von den Entscheidungsträger*innen betont, dass sie ihre Mitarbeitenden motivieren, ihre Haltung und Einstellung in Teambesprechungen und Supervisionen zu reflektieren. Mitarbeitende wiederum wünschen sich, dass Aus-, Fort- und Weiterbildungen in Hinblick auf die Themenfelder Flucht und Migration angeboten werden. Aus theoretischer Sicht ist zudem zu empfehlen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, die eigene Verstrickung in die rassistische Gesellschaftsmatrix und deren (unbewusste) Auswirkung auf das konkrete professionelle Handeln zu reflektieren. Auffallend ist, dass die Professionist*innen und Entscheidungsträger*innen wiederholt betonen, dass es essenziell sei, alle Personen gleich zu behandeln, in Folge aber zahlreiche Beispiele erwähnen, in denen rassifizierte Personen aufgrund von strukturellen und institutionellen Bedingungen nicht gleichbehandelt werden können. Dieser Umstand ist nicht nur im System Maßnahmenvollzug relevant, da rassifizierte Personen auch in anderen Bereichen über andere Zugänge und Möglichkeiten verfügen und entsprechend auch andere Bedingungen vorfinden – was eine Gleichbehandlung ausschließt. Daher gilt es, ein Bewusstsein für die Privilegien des eigenen Weißseins* zu entwickeln und Rassismus als gesamtgesellschaftliches, strukturelles Phänomen zu betrachten, in das jeder Mensch in unterschiedlichem Ausmaß verstrickt ist (vgl. Tißberger 2020).

4.2 Abbau von Sprachbarrieren

Damit rassifizierte Betroffene die Ziele der vorbeugenden Maßnahmen erreichen können, braucht es differenzierte Therapie- und Betreuungsangebote, die unabhängig von der Erstsprache in Anspruch genommen werden können. Jedoch beginnen die sprachlichen Herausforderungen bereits vor der gerichtlichen Einweisung in den Maßnahmenvollzug, wie ein*e Teilnehmer*in beschreibt:

„Ich würde bereits davor, vor Inhaftierung, also bei der Entscheidung, ob eine Einweisung in den Maßnahmenvollzug überhaupt notwendig ist, ansetzen. Es wäre sinnvoll, Gutachter zu beauftragen, welche auch die Muttersprache der zu begutachtenden Person beherrschen. Nur so können eventuelle Verzerrungen Falsch-Einschätzungen etc. reduziert bzw. aufgehoben werden. Leider ist dies immer wieder der Fall, wodurch Migrant*innen in den Maßnahmenvollzug eingewiesen werden, obwohl sie die Hälfte der Begutachtung nicht verstanden haben.“ (Bereiter Kitzberger 2025)

Und ein*e weitere*r Teilnehmer*in ergänzt treffend:

„Also ich glaube, wenn man Leute mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Muttersprache im Maßnahmenvollzug einweist, dann muss man halt Geld in die Hand nehmen. [...] Man muss ihnen die Möglichkeit geben, das zu verstehen. Das geht nur in der Muttersprache.“ (Bereiter/Kitzberger 2025)

Dem Gesagten ist vollkommen zuzustimmen, denn die Einweisung in den Maßnahmenvollzug wird auf unbestimmte Dauer ausgesprochen und ist somit ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit. Es müssen daher von der Einweisung bis zur Entlassung Bedingungen geschaffen werden, die auch für rassifizierte Personen faire und verständliche Gerichtsverfahren, Gutachten und Therapieangebote ermöglichen. Dass es dafür einen vermehrten Ressourceneinsatz brauchen wird, ist klar. Eine gesetzlich verankerte Verpflichtung, Dolmetscher*innen im Zuge der Gerichtsverhandlungen und der Gutachtenerstellung beizuziehen, ist dringend empfohlen. Hierzu wird es notwendig sein, ein breiteres Angebot an verschiedensprachigen Dolmetscher*innen aufzubauen. Ratsam wäre, Ausbildungen aus anderen Ländern unbürokratischer zu nostrifizieren und im Inland für ausreichende und leistbare Ausbildungsplätze zu sorgen. Dies ist ebenso in Bezug auf die Ausbildung von Therapeut*innen zu beachten. Die Therapieausbildung in Österreich wird nach wie vor mehrheitlich von weißen* Angehörigen der „Dominanzgesellschaft“ (Rommelspacher 1998) absolviert, nicht zuletzt, weil diese mit hohen Kosten verbunden ist. Aktuell wird die Therapieausbildung in Österreich reformiert. Ab dem Jahr 2026 soll die Ausbildung an öffentlichen Universitäten möglich sein, was einen kostengünstigeren Zugang gewährleisten soll (vgl. BMBWF 2024).

Um (unbewusste) kulturrassistische stereotype Vorverurteilungen vermeiden zu können, empfiehlt sich in Situationen, in denen weitreichende Entscheidungen getroffen werden, der Einsatz des Vier-Augen Prinzips. Das bedeutet, dass – zusätzlich zu eventuellen Dolmetscher*innen – mindestens zwei qualifizierte Personen bei der Gutachtenerstellung beteiligt sind; in Tätigkeitsbereichen, die stark in das Leben der Betroffenen eingreifen, wie bspw. in der Kinder- und Jugendhilfe, ist dieses Prinzip bereits eingeführt worden. Um diese Empfehlung umsetzen zu können, braucht es die Verwirklichung einer schon seit längerem diskutierten Forderung: Für die Gutachtenerstellung sollten nicht nur gerichtlich beidete sachverständige Psychiater*innen beauftragt werden, sondern auch andere Berufsgruppen wie bspw. klinische Psycholog*innen.

Selbstverständlich ist es nicht möglich, in jeder Alltagssituation oder für jedes Betreuungsgespräch Dolmetsch zu finanzieren. Diesbezüglich ist sowohl der Einsatz von

Videodolmetsch, der niederschwelliger und rascher verwirklicht ist, als auch das Heranziehen von Zwei-Wege-Übersetzungsgeräten anzuraten. Die Zwei-Wege-Übersetzungsgeräte, von denen Teilnehmende der Fokusgruppen berichten, ermöglichen eine Kommunikation in Alltagssituationen und tragen so insbesondere zum Beziehungsaufbau bei. In den Fokusgruppen wurde jedoch deutlich, dass nur wenige Einrichtungen diese Geräte nutzen und/oder die Teilnehmer*innen nicht über diese Möglichkeit informiert sind. Diesbezüglich ist zu empfehlen, dass das Ministerium für Justiz als zuständige Behörde den Einsatz der Zwei-Wege-Übersetzungsgeräte flächendeckend anregt und finanziert.

Darüber hinaus gibt es einfach umsetzbare Maßnahmen, welche dazu beitragen können, sprachliche Diskriminierungen zu verringern. Aktuell existieren keine mehrsprachigen Aufklärungsbroschüren zum System Maßnahmenvollzug und auch Informationen in leichter oder einfacher Sprache sind nicht erhältlich. ‚Einfache Sprache‘ bedeutet, dass Texte in klarer und leicht verständlicher Sprache verfasst und mit passenden optischen Grafiken hinterlegt sind (vgl. Kellermann 2014). Texte in leichter Sprache sind u.a. hilfreich für Menschen, welche komplizierte Sachverhalte nicht gut verarbeiten können oder über kognitive Beeinträchtigungen verfügen, was auf eine nicht unbedeutende Anzahl an Maßnahmenuntergebrachten zutrifft. Für Analphabet*innen können Basisinformationen zur gesetzlichen Grundlage des Maßnahmenvollzugs, den Zielen und dem Zweck der Maßnahme, den Betreuungsvereinbarungen usw. in mehrsprachigen Videoclips zu Verfügung gestellt werden. Da die Staatsangehörigkeit der Insass*innen statistisch erhoben wird, sind die häufigsten gesprochenen Sprachen bekannt und es bedarf eines einmaligen Ressourceneinsatzes, um diese Materialien zu erstellen.

In manchen forensischen Zentren existieren sogenannte Peer- bzw. Buddy-Beratungssysteme. „Aber jetzt primär ist es eine Art Buddy-System, also es wird sich gegenseitig im Haftraum besucht, um Deutsch zu lernen, also das wird schon auch genutzt“, berichtet ein*e Fokusgruppenteilnehmer*in. Peer-Angebote helfen Menschen, die erst seit kurzer Zeit im Maßnahmenvollzug untergebracht sind, sich besser zurechtzufinden und sich zu orientieren. Die Buddys könnten in manchen Situationen auch bei sprachlichen Herausforderungen eine Hilfestellung gewährleisten. Darüber hinaus nutzt eine Peer-Beratung auch den unterstützenden Buddys, weil sie eine wichtige und sinnstiftende Aufgabe übernehmen können. Mögliche Anreize, eine derartige Buddy-Rolle zu übernehmen, sollten je nach örtlichen Gegebenheiten, individuellen Bedürfnissen und institutionellen Möglichkeiten durchgedacht und festgelegt werden. In einer Justizanstalt wird das System bereits erprobt: „Wir haben jetzt mit ein paar Insassen, die vom Grundberuf her Lehrer sind, so eine Art Pool geschaffen, die Insassen mit Migrationshintergrund ein bisschen Nachhilfe geben in Deutsch. Das wird auch von Seiten der Justizanstalt ein Stück weit bezahlt“ (Bereiter/

Kitzberger 2025).

Abschließend muss betont werden, dass die Sprache einen maßgeblichen Faktor in der forensischen Psychiatrie darstellt und es daher unumgänglich ist, dass strukturelle Bedingungen geschaffen werden, die es allen Betroffenen ermöglichen, den Behandlungs- und Therapiezielen nachkommen zu können.

4.3 Nachbetreuung und aufenthaltsrechtliche Situation

Eine Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug erfolgt stets bedingt und geht meist mit einer verpflichtenden Wohnsitznahme in einer forensischen Nachsorgeeinrichtung einher. Ohne gültigen Aufenthaltstitel ist die Entlassung in die Nachsorge allerdings nicht bzw. nur erschwert möglich, u.a. aufgrund der fehlenden finanziellen Absicherung. Das Fremdenrecht ist eine sich häufig ändernde, komplexe Rechtsmaterie. Dabei gibt es von Seiten der beteiligten Akteur*innen die dringende Forderung, die gegenseitige Beeinflussung zwischen Strafvollzug, Justizsystem und Asyl- oder Aufenthaltsverfahren zu beseitigen, wie ein Zitat aus den Interviews verdeutlicht: „Ich denke, der Strafvollzug darf nichts mit dem Asylwesen an sich zu tun haben und mit dem Aufenthaltstitel an sich. Also, das sind zwei verschiedene Paar Schuhe, die man sich nicht ständig übereinander anziehen darf“ (Bereiter/Kitzberger 2025). Wünschenswert wäre es, dass die Einweisung in den Maßnahmenvollzug nicht dazu führt, dass Verfahren zur Aberkennung der Aufenthaltstitel eingeleitet werden, weil sie in das beschriebene Paradox führen.

Auch in den Nachsorgeeinrichtungen muss gewährleistet werden, dass die zentralen Informationen über die Einrichtung, deren Rahmenbedingungen, die Angebote, Haus- und Betreuungsregeln usw. allen Betroffenen zur Verfügung stehen. Folglich sind auch hier Dolmetsch-Angebote sowie Informationsmaterialien in der jeweiligen Erstsprache gefragt. Die Fokusgruppen haben gezeigt, dass Videodolmetsch und Zwei-Wege-Übersetzungsgeräte noch keinen Einzug in den Alltag der Nachsorgeeinrichtungen gehalten haben. Dies scheint aber dringend notwendig, um mit den Klient*innen an der Zukunftsplanung arbeiten zu können und das Leben nach der Probezeit vorzubereiten. Eine gesicherte Zukunft ist ein wichtiger präventiver Faktor, um ein deliktfreies Leben zu führen.

Darüber hinaus wurde im Zuge dieser Forschungsarbeit deutlich, dass manche Nachsorgeeinrichtungen rassifizierte Personen mit anderer Erstsprache und/oder unklarer aufenthaltsrechtlicher Situation nicht aufnehmen, da die Ressourcen fehlen, adäquat zu betreuen. Doch sollten alle Personen dieselben Möglichkeiten haben, aus dem Maßnahmenvollzug entlassen zu werden. Nachsorgeeinrichtungen müssen demnach daran arbeiten, Angebote wie beispielsweise Dolmetsch, Videodolmetsch oder Übersetzungsgeräte zu implementieren, um rassifizierte Personen

aufnehmen zu können. Diesbezüglich scheint insbesondere der Kostenfaktor eine bedeutende Rolle zu spielen. Ein möglicher Weg, um die erhöhten Kosten zu decken, ist eine generelle oder bedarfsorientierte Erhöhung der Tagsätze entsprechend der Bedürfnisse der Klient*innen. Mit den erhöhten Tagsätzen müssten neben den Kosten aufgrund des intensiveren Betreuungsaufwands, der u.a. durch das Heranziehen von Dolmetscher*innen entsteht, auch die grundlegende Versorgung und die Versicherung aller Klient*innen finanziert werden.

5 Fazit oder: Das Ende des Eiertanzes?

Im vorliegenden Beitrag wurde die prekäre Situation bezüglich der Unterbringung von rassifizierten Personen im österreichischen Maßnahmenvollzug deutlich. Ausgehend von den Ergebnissen der zwei Lehrforschungen konnten zahlreiche Unklarheiten, Hürden und praktische Problemstellungen, welche die Kategorie Migration/Rassifizierung für alle Beteiligten mit sich bringt, identifiziert werden. Neben fremdenrechtlichen Herausforderungen zeigten sich insbesondere Defizite hinsichtlich mehrsprachiger Therapieangebote und des Einsatzes von Übersetzungsangeboten. Dazu fehlen in der Praxis, bis auf einzelne individuelle Ideen und Umsetzungsversuche, strukturelle Standards. Bereits gut funktionierende Best-Practice-Beispiele, wie Videodolmetsch, Zwei-Wege-Übersetzungsgeräte oder Peer- bzw. Buddy-Systeme, standardisiert einzuführen, wäre durchaus möglich. Auch die Empfehlung, Informationsmaterialien in leichter Sprache und mehrsprachig zu entwickeln, scheint unkompliziert umsetzbar. Grundsätzlich sind sich alle interviewten Personen einig, dass bezüglich migrationsspezifischer Herausforderungen dringender Handlungsbedarf besteht. Am Willen der Beteiligten sollte es also nicht scheitern. Schwieriger gestaltet es sich wohl hinsichtlich der Situation der Klient*innen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus. Sowohl die Betroffenen als auch die Mitarbeitenden sehen sich mit Ungewissheiten konfrontiert. Ziel- und Perspektivenplanungen sowie Entlassungsvorbereitungen sind aufgrund dessen kaum möglich. Das Fehlen von Dolmetscher*innen, fehlende mehrsprachige Therapie- und Betreuungsangebote und der generelle Mangel an mehrsprachigem Betreuungspersonal kann die Dauer der Anhaltung in diesem justiziellen Zwangskontext verlängern – ein Umstand, der eigentlich seit Jahren zu verändern versucht wird. Bereits im Jahr 2015 rief der damalige Justizminister eine Arbeitsgruppe ins Leben, die, bestehend aus Expert*innen im Feld der Forensik, dem Auftrag nachkommen sollte, Reformvorschläge für eine Verbesserung des Maßnahmenvollzugs auszuarbeiten. Ein Grund für die Reformbestrebungen war, dass die Anzahl der Angehaltenen stetig steigt. Dies ist nicht nur menschenrechtlich bedenklich, sollte eine präventive Anhaltung doch letztes Mittel sein, es bringt auch das System an die Belastungsgrenzen. Es sollten noch Jahre vergehen, bis den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Taten folgten. Im März 2023 schließlich trat das neue

Maßnahmenvollzugsanpassungsgesetz 2022 (MVAG 2022) in Kraft. Eine Schlagwortsuche in dem 96 Seiten starken Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Reform des Maßnahmenvollzugs (vgl. BMJ 2015) und im neuen MVAG 2022 nach „Ausländer“, „Migranten“, „Staatsbürgerschaft“, „Staatszugehörigkeit“, „Aufenthaltstitel“, „Sprache“ ergab in beiden Dokumenten null Treffer. Der Eiertanz geht also – auf gut Deutsch – weiter.

Verweise

ⁱ Die für diese Studie ausgewerteten Rohdaten wurden vom IT-Service der österreichischen Strafvollzugsakademie zu Verfügung gestellt. Die „Verteilung des Insassinnen- bzw. Insassenstandes“ kann unter <https://www.justiz.gv.at> abgerufen werden.

ⁱⁱ Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei den beteiligten Studierenden des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit sowie des Masterstudiengangs Soziale Arbeit der FH Linz für die engagierte Mitarbeit in den Lehrforschungsprojekten.

ⁱⁱⁱ Sprachbarrieren werden in dem Sinn verstanden, dass die Sprache der Mehrheitsgesellschaft als Barriere fungieren kann, welche z.B. Zugänge zu bestimmten Ressourcen beschränkt oder von der Teilnahme an bestimmten Aktivitäten ausschließt. Es bedeutet nicht, dass Personen keine Sprache(n) besitzen und dass die Barrieren von den Klient*innen errichtet werden, sondern von den jeweiligen Systemen.

Literaturverzeichnis

Amesberger, Helga/Halbmayer, Brigitte (2008): Das Privileg der Unsichtbarkeit. Rassismus unter dem Blickwinkel von Weissein und Dominanzkultur. Wien: Braumüller.

Ayim, May/Oguntoye, Katharina/Schultz, Dagmar (Hg.) (1986): Farbe bekennen: Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Bereiter, Kathrin/Kitzberger, Stefan (2022): (Keine) Aussicht auf Entlassung? Die Situation von Migrant*innen im System Maßnahmenvollzug. In: Stark, Christian (Hg.): Sozialarbeitsforschung Projekte 2021. Linz: edition pro Mente, S. 219–287.

Bereiter, Kathrin/Kitzberger, Stefan (2025): „Im schlimmsten Fall bleiben sie im Maßnahmenvollzug“. Empfehlungen für die Unterbringung und Betreuung von rassifizierten Personen im System des österreichischen Maßnahmenvollzugs. Linz: edition pro Mente (im Druck).

BMBWF – Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2024): Psychotherapieausbildung ab 2026 an öffentlichen Universitäten. Gesetzesnovelle geht in Begutachtung – 500 Studienplätze geplant. <https://www.bmbwf.gv.at/Ministerium/Presse/20240111.html> (25.10.2024).

BMJ – Bundesministerium für Justiz (2015): Arbeitsgruppe Maßnahmenvollzug. Bericht an den Bundesminister für Justiz über die erzielten Ergebnisse. <https://www.bmj.gv.at/service/publikationen/Abschlussbericht-der-Reformarbeitsgruppe-zum-Ma%C3%9Fnahmenvollzug.html> (25.10.2024).

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Berlin: Suhrkamp.

Cantor-Graae, Elisabet/Selten, Jean-Paul (2005): Schizophrenia and migration. A meta-analysis and review. In: The American journal of psychiatry, 162(1), S. 12–24.

Denzin, Norman K. (2017): The Research Act: A Theoretical Introduction to Sociological Methods. London: Taylor and Francis.

Die österreichische Justiz (2024): Verteilung des Insassinnen- bzw. Insassenstandes. <https://www.justiz.gv.at/strafvollzug/statistik/verteilung-des-insassinnen-bzw-insassenstandes.2c94848542ec49810144457e2e6f3de9.de.html> (25.10.2024).

Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hg.) (2007): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. Hamburg: Rowohlt.

Foroutan, Naika (2016): Postmigrantische Gesellschaften. In: Brinkmann, Ulrich/Sauer, Martina (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wiesbaden: Springer, S. 227–254.

Foucault, Michel (1991 [1970]): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer.

Gabriel, Sabine (2019): Triangulation als theoretisierte Verhältnisfrage zwischen Gegenstandskonstruktionen in qualitativen Forschungsprojekten. In: Lüdemann, Jasmin/Otto, Adriane (Hg.): Triangulation und Mixed-Methods: Reflexionen theoretischer und forschungspraktischer Herausforderungen. Wiesbaden: Springer, S. 13–37.

Hill, Marc/Yildiz, Erol (Hg.) (2018): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Bielefeld: Transcript.

Karlsen, Saffron/Nazroo, James Y/McKenzie, Kwame/Bhui, Kamaldeep/Weich, Scott (2005): Racism, psychosis and common mental disorder among ethnic minority groups in England. In: *Psychological medicine*, 35(12), S. 1795–1803.

Kellermann, Gudrun (2014): Leichte und Einfache Sprache – Versuch einer Definition. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/179341/leichte-und-einfache-sprache-versuch-einer-definition/> (13.07.2024).

Kluge, Ulrike/Aichberger, Marion Christina/Heinz, Andreas/Udeogu-Gözalán, Christiana/Abdel-Fatah, Dana (2020): Rassismus und psychische Gesundheit. In: *Der Nervenarzt*, 91(11), S. 1017–1024.

Kuckartz, Udo (2016): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim: Beltz Juventa.

Mecheril, Paul/Arens, Susanne/Olalde, Oscar Thomas/Melter, Claus (2013): Migrationsforschung als Kritik? Erkundung eines epistemischen Anliegens in 57 Schritten. In: Dies. (Hg.): *Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 7–56.

Mecheril, Paul/Castro Varela, María do Mar/Dirim, Inci/Kalpaka, Annita/Melter, Claus (2010): *Migrationspädagogik*. Weinheim: Beltz Juventa.

Morgan, David L./Spanish, Margaret T. (1984): Focus groups: A new tool for qualitative research. In: *Qualitative Sociology*, 7, S. 253–270.

ogsa AG Migrationsgesellschaft (Hg.) (2021): *Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft. Kritische Perspektiven und Praxisbeispiele aus Österreich*. Weinheim: Beltz Juventa.

Rieker, Peter (2008): Perspektiventriangulation und abweichendes Verhalten. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel*. Frankfurt am Main: Campus, S. 1585–1593.

Rommelspacher, Birgit (1998): *Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Schröder, Hubertus (2007): Interkulturelle Orientierung und Öffnung: Ein neues Paradigma für die Soziale Arbeit. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 3, S. 80–91.

Stempkowski, Monika (2022): Praxis des Maßnahmenvollzugs. In: Lengauer, Sigmar/Stempkowski, Monika/ Kitzberger, Martin (Hg.): Maßnahmenvollzug. Rechtsgrundlagen, Empirie und Praxis. Wien: Verlag Österreich, S. 197–211.

StGB – Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974.

Stompe, Thomas/Keckeis, Katinka (2017): Diagnosen, Delikte und Migrationshintergrund. ÖGPB. Österreichische Gesellschaft für Neuropsychopharmakologie und Biologische Psychiatrie. <https://oegpb.at/2017/06/01/diagnosen-delikte-und-migrationshintergrund> (27.04.2024).

Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet M. (1996): Grounded theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz Juventa.

Tiðberger, Martina (2017): Critical whiteness: Zur Psychologie hegemonialer Selbstreflexion an der Intersektion von Rassismus und Gender. Wiesbaden: Springer VS.

Tiðberger, Martina (2020): Soziale Arbeit als weißer* Raum – eine Critical Whiteness Perspektive auf die Soziale Arbeit in der postmigrantischen Gesellschaft. In: Soziale Passagen, 12(1), S. 95–114.

Velho, Astride (2015): Alltagsrassismus erfahren: Prozesse der Subjektbildung – Potenziale der Transformation. Interkulturelle Pädagogik und postkoloniale Theorie. Bern: Peter Lang.

Witzel, Andreas (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung: Überblick und Alternativen. Frankfurt am Main: Campus.

Witzel, Andreas (2022): Das problemzentrierte Interview – eine praxisorientierte Einführung. Grundlagentexte Methoden. Weinheim: Beltz Juventa.

Über die Autor:innen

Drⁱⁿ phil Kathrin Bereiter, MA

kathrin.bereiter@fh-linz.at

Kathrin Bereiter ist Assistenzprofessorin an der FH OÖ, Campus Linz, Department für angewandte Sozialwissenschaften. Sie promovierte an der Universität Graz zu den Lebensbedingungen und Agency-Strategien von psychisch kranken Straftäterinnen. Ihre Schwerpunkte sind Intersektionalität und intersektionale Sozialforschung, Maßnahmenvollzug, Macht und Soziale Arbeit.

Stefan Kitzberger, BA MA

stefan.kitzberger@promenteplus.at

Arbeitet in der forensischen Nachbetreuung und nebenberuflich an der FH OÖ, Campus Linz, Department für angewandte Sozialwissenschaften.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

**Sozialhilfesysteme und deren Implikation
für die Soziale Arbeit in Österreich**

Salzburg und Wien im Vergleich

Jakob Karas

Jakob Karas. Sozialhilfesysteme und deren Implikation für die Soziale Arbeit in Österreich. Salzburg und Wien im Vergleich. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Junge Wissenschaft. Wien.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/821/1549>

Zusammenfassung

Dieser Artikel analysiert die Sozialhilfesysteme in Salzburg und Wien und deren Einfluss auf die Soziale Arbeit. Beide Bundesländer haben entsprechend dem österreichischen Sozialhilfe-Grundsatzgesetz (SGG) eigene Ausführungsgesetze erlassen: das Salzburger Sozialunterstützungsgesetz (SUG) und das Wiener Mindestsicherungsgesetz (WMG). In Salzburg konzentriert sich die Soziale Arbeit auf die Vermittlung von Klient*innen zu Beschäftigungsprojekten, während in Wien der Fokus auf zielgruppenspezifischen Angeboten liegt. In beiden Bundesländern ist der Bedarf an Sozialarbeiter*innen höher als das verfügbare Personal, was die Betreuungsqualität beeinträchtigt. Der Artikel hebt die Bedeutung der Sozialen Arbeit als Vermittlerin zwischen staatlichen Vorgaben und den Bedürfnissen der Klient*innen hervor und fordert eine Erhöhung der Personalressourcen. Abschließend wird eine umfassende Analyse der Sozialhilfesysteme auf Bundesebene empfohlen, um Best-Practice-Beispiele zu identifizieren und die Effizienz der behördlichen Sozialen Arbeit zu verbessern.

Schlagerworte: Case Management, Sozialhilfe, Beschäftigungsprojekte, Zielgruppenarbeit, Wiener Mindestsicherung, Salzburger Sozialunterstützung

Abstract

This article presents an analysis of the social assistance systems in Salzburg and Vienna, with a particular focus on their impact on social work. In accordance with the Austrian Social Assistance Act (SGG), both federal states have enacted their own implementing legislation: the Salzburg Social Assistance Act (SUG) and the Vienna Minimum Income Act (WMG). In Salzburg, social work is oriented towards the referral of individuals to employment initiatives, whereas in Vienna the emphasis is on target-group specific services. In both provinces, the demand for social workers exceeds the available workforce, which affects the quality of support provided. The article emphasises the role of social work as a mediator between government requirements and the needs of clients and calls for an increase in human resources. Finally, a comprehensive analysis of social welfare systems at the federal level is recommended in order to identify best practice examples and improve the efficiency of governmental social work.

Keywords: case management, social welfare, employment projects, targeted support work, vienna minimum income, salzburg social assistance

1 Einleitung

Am 1. Juni 2019 wurde von der österreichischen Bundesregierung das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz (SGG) beschlossen. Die Bundesländer wurden damit beauftragt, länderspezifische Ausführungsgesetze zu erlassen. Das Salzburger Sozialunterstützungsgesetz (SUG) trat 2021 in Kraft; Wien hat das Wiener Mindestsicherungsgesetz (WMG) und das SGG in Teilbereichen umgesetzt (vgl. Stadt Wien 2021: 13). Durch die Gesetzesänderungen ergeben sich Fragen zur Anpassung verwaltungspraktischer Abläufe. Damit in direktem Zusammenhang stehen die Aufgaben für die behördliche Soziale Arbeit in den Sozialämtern und mögliche veränderte Bedingungen für deren heterogene Zielgruppe. Da die Soziale Arbeit „sozialpolitische Programmatiken“ (Götsch/Kessl 2017: 191) reproduziert, ist sie bei der Etablierung eines erneuerten Sozialhilfegesetzes für politische Entscheidungsträger wichtig. Zudem sind für die Theoretiker*innen und Praktiker*innen der Sozialen Arbeit die Entwicklungen im Bereich der Sozialhilfe von Bedeutung, stehen diese doch im direkten Zusammenhang mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die Profession kann in diesem Bereich auf das sozialpolitische System Einfluss nehmen. Veränderungen im Bereich der Sozialhilfe sind relevant für die Klient*innen, welche direkt von ihnen betroffen sind. Schließlich beeinflussen sie ausgezahlte Geldleistungen, welche das (Über-)Leben sicherstellen.

Dieser Artikel befasst sich mit der österreichischen Sozialhilfe. Anhand der Bundesländer Salzburg und Wien und deren diversen Gesetzeslagen zur Sozialhilfe sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufgeschlüsselt und der Aufgabenbereich der Sozialen Arbeit erfasst werden. Können Personen mit mehrdimensionalen Problemlagen, die Hauptzielgruppe der behördlichen Sozialen Arbeit (vgl. Haller/Jäggi/Beiser 2014a: 12), gleichermaßen unterstützt werden? Welche Möglichkeiten ergeben sich aus dem Betreuungsverhältnis für die Klient*innen? Zur Untersuchung und Analyse der beiden Systeme wurde eine umfassende Literaturrecherche vorgenommen. Zudem werden wissenschaftliche Erkenntnisse bestehender Forschungsarbeiten des Autors herangezogen (vgl. Karas 2021a; 2021b). Ziel ist es, die sich aus den beiden Sozialhilfesystemen ergebenden Arbeitsbereiche für die Soziale Arbeit darzustellen und die strukturellen Unterschiede, die je eigenen Rollen und Aufgaben der Sozialarbeiter*innen, das mögliche Unterstützungsangebot, die Effizienz sowie die Herausforderungen und Problemstellungen gegenüberzustellen. Die anschließende Diskussion und Interpretation ist der Ausgangspunkt für Empfehlungen und den Entwurf von Zukunftsperspektiven.

2 Zuweisung zu Beschäftigungsprojekten in Salzburg

In Salzburg ermöglicht das SUG im § 18a die standardmäßige Umsetzung der Sozialen Arbeit im Bundesland. Daneben ist die Soziale Arbeit unter § 8 Abs. 3 zum Einsatz der Arbeitskraft und

unter den verzeichneten Sanktionen in § 8b Abs. 1 ff. genannt. Demzufolge wird die Soziale Arbeit zur Besprechung von Sanktionen bei Verweigerungen in die Verwaltungsarbeit einbezogen oder wenn Zweifel an der Arbeitsfähigkeit einer Person im Leistungsbezug bestehen (vgl. dazu auch Rossmann/Siladjev/Mitterbauer 2015: 20). In Salzburg wurde in den vergangenen Jahren ein umfangreiches System von Beschäftigungsprojekten am zweiten, geschützten, zeitlich befristeten Arbeitsmarkt etabliert. Die Soziale Arbeit ist für die Zuweisung zu den Projekten zuständig (vgl. § 16 Abs. 1 ff. SUG; § 18 Abs. 1ff. SUG). Menschen mit mehrdimensionalen Problemlagen haben dabei die Chance, in niederschweligen Beschäftigungsprojekten, welche von sozialen Diensten erbracht werden, eine Verbesserung der Lebensqualität zu erreichen (vgl. Sedmak/Gaisbauer/Gstach/Rohrauer/Schweiger 2014: 41). Ziel ist ein auf Dauer selbstbestimmtes und selbständiges Leben und damit die Vermeidung von langfristigen Folgekosten für das Sozialsystem (vgl. Kocher/Tischler/Gstach/Reiff 2017: 4).

Die Soziale Arbeit wird in Salzburg dezentral in fünf Bezirkshauptmannschaften (BHs) im gesamten Bundesland aktiv. Derzeit arbeiten in Salzburg neun Sozialarbeiter*innen im Bereich der Sozialhilfe, vier am Magistrat Salzburg, zwei an der BH Salzburg Umgebung sowie jeweils eine*r in Hallein, Zell am See und St. Johann. Im Lungau ist bisher noch kein*e Sozialarbeiter*in angestellt;ⁱ seit 2021 ist die Anzahl um zwei Personen gestiegen (vgl. Karas 2021b: 3). Laut Statistik Austria (2024) wurden im Jahr 2023 etwa 7.787 Personen der Salzburger Bevölkerung durch die Sozialhilfe unterstützt. Dies macht bei einem Anteil von etwa achteinhalb vollzeitäquivalenten Sozialarbeiter*innenstellenⁱⁱ einen Schnitt von eins zu 916 Personen aus.

Die Volksanwaltschaft hatte in einem umfassenden Bericht von 2001 festgestellt, dass die Salzburger Sozialhilfe Armut nicht bekämpft. Die starren Regularien der Salzburger Sozialhilfe, die zum damaligen Zeitpunkt auf dem in den frühen 70er Jahren geschaffenen Sozialhilfegesetz basierte, würde den Verbleib im Sozialhilfebezug sowie Unterversorgung begünstigen. Im Bericht wird auf die Unmöglichkeit der Zuweisung zu Betreuungsformen und die mangelnden Ressourcen hinsichtlich aktiver Arbeitsmarktpolitik hingewiesen, welche Personen mit Vermittlungsschwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen könnten (vgl. VA 2001: 13–14). Im 2002 erstellten Armutsbericht wurde die hohe Nicht-Inanspruchnahme der Salzburger Sozialhilfe kritisiert. Für Erstinformation und nachgehende Betreuung ständen keine Sozialarbeiter*innen zur Verfügung (vgl. Schoibl/Bohm 2002: 24–25).

In den folgenden Jahren kam es zu einer ersten Aufstockung von Personal und der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für arbeitsmarktpolitische Projekte für unterschiedliche Zielgruppen (vgl. Salzburger Armutskonferenz 2008: 8–9). 2014 wurde von Sedmak et al. (2014: 16) die geringe Anzahl an Sozialarbeiter*innen bei gleichzeitig hohem Betreuungsaufwand für

die Zielgruppe beschrieben. Im Bericht der Salzburger Armutskonferenz von 2018 wurde die Einführung von niederschweligen Beschäftigungsprojekten positiv hervorgehoben (vgl. Salzburger Armutskonferenz 2018: 22). Die gegenwärtige Soziale Arbeit fungiert in den Sozialämtern als Unterstützungsorgan der Verwaltungsmitarbeiter*innen. Die Betreuungsarbeit ist auf jene Personen beschränkt, welche von einer materiellen Notlage bedroht oder unmittelbar betroffen sind (vgl. Rossmann et al. 2013: 9, 20). Hilfen in besonderen Lebenslagen (HibL) werden von den Referent*innen bearbeitet, welche für die Auszahlung der Salzburger Sozialunterstützung verantwortlich sind. Im Fall von Unklarheiten wird die Soziale Arbeit herangezogen. Eine Auszahlung der HibL erfolgt durch die Referent*innen.ⁱⁱⁱ Aufgrund der geringen Personalressourcen kommt es mit dem Ansatz des Case Managements hinsichtlich einer koordinierten Ziel- und Hilfeplanung zu Auslagerungen. Gleichzeitig werden bestimmten Klient*innen Unterstützungsmöglichkeiten vorenthalten, da die geringen Personalkapazitäten mit Selektionstendenzen einhergehen (vgl. Karas 2021a: 24). Mit § 18a wurden zwar einheitliche Kriterien für die Soziale Arbeit geschaffen, doch bestehen bisher keine Regelungen darüber, wann und wie die Referent*innen die Soziale Arbeit im Hilfe- und Betreuungsprozess einzubeziehen haben (vgl. ebd.: 14).

3 Zielgruppenspezifische Unterstützungsleistungen in Wien

Wien erbringt mit dem Wiener Mindestsicherungsgesetz (WMG) durch die Magistratsabteilung 40 (MA 40) den gesetzlichen Auftrag der Sozialhilfe auf Länderebene. § 14a des WMG definiert die „Teilnahme an Gesprächen der Sozialarbeit“. Neben der Hilfeplanung, welche mit einer Unterstützungsvereinbarung einhergehen kann, wird im Gesetz auch die Vermittlung an externe Stellen im Sinne des Case Managements explizit benannt. Eine zusätzliche Aufgabe besteht in der Überprüfung der Förderwürdigkeit auf HibL sowie deren Auszahlung. Die Soziale Arbeit ist in sozialen und finanziellen Notlagen der Klient*innen gefragt und bietet Beratung und Unterstützung, auch wenn die Personen nicht zur Zielgruppe der Wiener Mindestsicherung (WMS) zählen (vgl. MA 40 2018: 11).

Die Stadt Wien setzt einen besonderen Fokus auf die Wohnungs- und Energiesicherung, für welche sie umfangreiches Wissen und Mittel bereitstellt (vgl. §§ 2, 2b, 14a Abs. 1 WMG). Dieser Bereich ist als Teil der Existenzsicherung bereits 1996 als feste Maßnahme etabliert worden, um steigende Obdachlosigkeit und überfüllte Obdachlosenunterkünfte zu verhindern (vgl. Kitzman 2011: 302). Zudem finden verstärkt (Re-)Integrationsmaßnahmen junger Erwachsener in Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung statt (vgl. WMG § 8 Abs. 2 Zi. 2–8; RH 2017 119–120). Gleichzeitig besteht ein Interesse daran, den politisch organisierten Gemeindebau, welcher häufig von Personen mit Mindestsicherungsbezug bewohnt wird, zu entlasten sowie Menschen eingehend zu beraten

und ihnen Handlungsoptionen zu bieten, um Armut und soziale Ausgrenzung zu verhindern (vgl. Kitzman 2011: 293–296).

Die Stadt Wien bietet in vier Sozialzentren (SZ), dezentral und nach Bezirkszuteilung, sowie in zwei Zielgruppenzentren (ZGZ), zentral und nach Zielgruppenzuteilung, ein sozialarbeiterisches Beratungsangebot an. An den Standorten arbeiten sowohl Referent*innen als auch Sozialarbeiter*innen (vgl. Stadt Wien 2023a). Bei einer Anzahl von insgesamt 179.604 unterstützten Klient*innen im Jahr 2023 in der WMS (vgl. Statistik Austria 2024) beschäftigt die Stadt Wien nach Personalaufstockung (vgl. Riesenfelder/Weber 2023: 112) etwa 130 vollzeitäquivalente Sozialarbeiter*innen.^{iv} Dies macht einen Schnitt von eins zu 1.382 Personen aus. In der Vergangenheit arbeitete die Soziale Arbeit getrennt von der für die Auszahlung der Sozialhilfe zuständigen Verwaltung in unterschiedlichen Zentren. Um den gegenseitigen Austausch zu verbessern, kam es zur Zusammenlegung der Bereiche zu bezirkszentrierten Kleinzentren und in weiterer Folge zu den bis heute bestehenden Sozialzentren (vgl. Diebäcker/Hammer 2009: 15–16). Diese Umstrukturierung zu immer größeren Sozialzentren wird von Theoretiker*innen kritisch betrachtet. Eine Anonymisierung von Klient*innen, längere Wartezeiten sowie eine notwendige Priorisierung von Klient*innenanfragen sind die Folge dieser Entwicklung. Der Fokus wird zunehmend auf die Selbstständigkeit der Klient*innen ausgerichtet (vgl. Dawid/Heitzmann 2022: 135). In der MA 40 sind 2017 etwa 700 Mitarbeiter*innen beschäftigt (vgl. MA 40 2018: 3). Aufgrund der großen Anzahl von Bezieher*innen der WMS lässt sich ein hoher sozialarbeiterischer Bedarf ableiten.

Für junge Erwachsene, Personen mit Wohnungssicherungsbedarf, Obdachlose und Dauerleistungsbezieher*innen wurden nach dem Erscheinen des Rechnungshofberichts zur Wiener Mindestsicherung von 2017, welcher unter anderem Kritik am uneinheitlichen Umgang mit der Gesetzeslage geübt hatte, eigene Zielgruppenzentren entwickelt (vgl. RH 2017: 27–28; AMS Wien 2021; Stadt Wien 2023b; MA 40 2024). Diese fokussieren auf die zielgruppenspezifischen Problemlagen der Klient*innen. Im ZGZ für junge Erwachsene, dem ZGZ U25, wird insbesondere daran gearbeitet, die Verweildauer der jungen Mindestsicherungsbezieher*innen zu verkürzen, und es wird eine enge Kooperation mit dem AMS forciert (vgl. RH 2017: 119–120; Stadt Wien 2023b). Dabei gelten für junge Erwachsene im Mindestsicherungsbezug geringere Mindeststandards, um Arbeitsanreize zu schaffen (vgl. WMG § 8 Abs. 2 Zi. 2–8). Das ZGZ Erdbergstraße, zuständig für Wohnungssicherung, Obdachlose und Dauerleistungsbezieher*innen, erbringt unter anderem spezifische, dem Gesetz entsprechende Aufgaben der Wohnungssicherung für die Zielgruppe (vgl. RH 2017: 132; MA 40: 2024). Damit kann ein einheitliches Vorgehen gewährleistet und einer willkürlichen Auszahlung der HibL vorgebeugt werden (vgl. RH 2017: 74).

4 Höhe der Sozialhilfeleistungen machen Krisenintervention notwendig

Die Zielgruppe für die Soziale Arbeit ist in beiden Bundesländern gleich (vgl. Bogner/Grössenberger 2018: 20–22; Haller/Jäggi/Beiser 2014b: 14; Dawid/Heitzmann 2022: 122–130). In Wien kann die Soziale Arbeit auch für Klient*innen, welche nicht zum anspruchsberechtigten Personenkreis der WMS zählen, Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten. Die Höhe der WMS und der Salzburger Sozialunterstützung orientiert sich am Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz für Pensionsbezieher*innen; für 2024 besteht ein Mindeststandard für Alleinstehende in der Höhe von EUR 1.155,84 monatlich (vgl. Stadt Wien 2024; Land Salzburg 2024). Dieser Richtsatz kann Armut allerdings nicht entgegenwirken. Die Leistungen befinden sich deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle, was zu materieller Deprivation führt und soziale und kulturelle Exklusion zur Folge haben kann (vgl. Globisch/Madlung 2017: 328, 340; Statistik Austria 2023: 4–5). Gleichzeitig machen aufgrund der Überprüfung der Subsidiarität und der notwendigen Antragstellung in Wien etwa 33 Prozent der Anspruchsberechtigten ihre Ansprüche nicht geltend (vgl. Heuberger 2021: 3, 22). Dies erhöht die Wichtigkeit von Krisenintervention in der sozialarbeiterischen Praxis, welche in den Bundesländern unterschiedlich umgesetzt wird.

Während in Salzburg der Fokus auf der Zuweisung zu bedarfsangepassten Beschäftigungsprojekten für die Zielgruppe liegt, kommt es in Wien zur Zuweisung zum zielgruppenorientierten Angebot. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Zugang zu Beschäftigungsprojekten das langfristige politische Ziel der zukünftigen Aufnahme einer Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt und die Loslösung von Leistungen der Sozialhilfe in Salzburg begünstigt. Zudem können die Kosten für die öffentliche Hand reduziert werden, wenn an den individuellen Problemlagen und der Selbstermächtigung umfassend gearbeitet wird (vgl. Buchner/Gaisbauer 2020: 195–196; Kocher et al. 2017: 2–5). In Wien wiederum kann der Zugang, über Maßnahmen der Wohnungssicherung Unterstützungsangebote zu setzen, nicht nur langfristige Exklusionsdynamiken, sondern auch die Folgekosten der Stadt Wien reduzieren. Zudem können kostengünstige Mietwohnungen erhalten bleiben, die den Wohnungsmarkt stabilisieren und zu den – im österreichweiten Vergleich – niedrigen Mieten in der Bundeshauptstadt beitragen (vgl. BMSGPK 2022: 4; Kitzman 2011: 295). Junge Erwachsene werden in Wien durch eine umfassende Unterstützung und individuelle Begleitung, kombiniert mit den reduzierten Mindeststandards, dazu angeregt, eine Arbeit aufzunehmen oder eine Ausbildung zu beginnen. Die Reduktion von staatlichen Leistungen ist das langfristige Ziel entsprechender Unterstützungsmaßnahmen (vgl. RH 2017: 119–120). Das in der U25 etablierte übergreifende Fallmanagement für Klient*innen mit multiplen Problemlagen, welches zwischen AMS-Berater*innen und Sozialarbeiter*innen der MA 40 stattfindet, hat die Integration in Arbeit und Beschäftigung zum Ziel (vgl. Riesenfelder/Weber 2023:

110–111). Die Evaluator*innen betonen die Wichtigkeit von niederschweligen Projekten, welche die individuellen psychischen Problemstellungen junger Erwachsener priorisiert bearbeiten, bevor eine Arbeitsaufnahme erfolgt. Dafür wäre allerdings auch mehr Personal notwendig (vgl. ebd.: 115–116).

5 Abläufe und Prüfung der HibL-Förderung

Der Unterstützungsbedarf im Bereich der Sozialen Arbeit übersteigt in beiden Bundesländern die Kapazitäten des derzeit vorhandenen Personals; die Betreuungsqualität nimmt im Zuge des erhöhten Beratungsbedarfs ab (vgl. Rossmann et al. 2013: 37). Auslagerungstendenzen, die Arbeit im Sinne des Case Managements und die Selektion der Kund*innen bestätigen dies (vgl. Dawid/Heitzmann 2022: 135). Die Soziale Arbeit hat in Wien aufgrund der personellen Größe einen wichtigen Stellenwert. Sie hat eigene Tätigkeitsbereiche, eine eigene Leitungsstruktur und arbeitet autonom von der Verwaltung (vgl. RH 2017: 108). Die klaren Zielvorgaben machen eine hohe Einflussnahme der Sozialarbeiter*innen auf die Klient*innen notwendig (vgl. Müller de Menezes 2012: 269).

Wie im Rechnungshofbericht von 2017 verdeutlicht wird, sind in der Vergangenheit Geldleistungen für HibL in Wien nach keinem stringenten Muster ausbezahlt worden (vgl. RH 2017: 74). HibL werden in Wien von den Sozialarbeiter*innen selbständig bearbeitet und seit 2016 nach einem persönlichen Gespräch und dem Abschluss des Ermittlungsverfahrens an die Klient*innen ausbezahlt. Die „besonderen persönlichen, familiären oder wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Bedingungen für die Hilfgewährung“ (ebd.: 74) werden dokumentiert. Im Vergleich zu Salzburg, wo die Sozialarbeiter*innen keine HibL-Bearbeitung durchführen, ist in Wien die Frage der Macht hinsichtlich der Gewährung von privathoheitsverwalteten Leistungen, wie sie die HibL darstellt, in jedem Fall kritisch zu reflektieren: Es besteht die Gefahr willkürlicher Vorgehensweisen (vgl. WMG § 1 Abs. 7, 39). Im Zuge der Überprüfung der HibL durch den Stadtrechnungshof Wien 2020 wurde eine Empfehlung zur Umsetzung des Vieraugenprinzips bei der HibL-Abwicklung im Bereich der Sozialen Arbeit ausgesprochen, die in weiterer Folge auch umgesetzt wurde. Hinsichtlich der Prozessabläufe und fachlichen Qualitätsstandards, welche in Dienstanweisungen definiert werden, ist laut Stellungnahme der Stadt Wien Objektivität und Gleichstellung im Förderungsprozess sichergestellt. Die Soziale Arbeit sei zudem einem umfassenden Strukturwandel unterzogen worden, nachdem es zu einem Ausbau von Mitarbeiter*innen-Einschulungen gekommen war. Die Einführung einer Aktenkontrolle für die Soziale Arbeit stellt eine langfristige Qualitätskontrolle sicher (vgl. SRH Wien 2020: 42–46). Die Salzburger Sozialunterstützung wurde bisher weder durch den Salzburger Landesrechnungshof noch durch den Rechnungshof auf die Auszahlung und Administration der HibL-Förderungen überprüft.

6 Ein Vierfachmandat der Sozialen Arbeit am Sozialamt?

Die Soziale Arbeit tritt gegenüber ihrem Auftraggeber und ihren Klient*innen auf und hat durch dieses doppelte Mandat beide Positionen angemessen zu berücksichtigen (vgl. Globisch/Madlung 2017: 324). Silvia Staub-Bernasconi (2007: 199–202) entwickelte das doppelte Mandat zu einem Trippelmandat weiter. Das bedeutet, dass die Soziale Arbeit als Profession die Menschenrechte als Legitimationsbasis hat. Haller, Jäggi und Beiser (2013) ergänzen das Trippelmandat noch um eine vierte Dimension und spalten die Rolle des Auftraggebers auf: Entsprechend dem Vierfachmandat soll die behördliche Soziale Arbeit am Sozialamt die gesellschaftlichen und politischen Erwartungen sowie die Vorgaben der Institution Sozialamt berücksichtigen. Die Überlegung von Haller et al. basiert auf den Prämissen, dass soziale Bedürftigkeit Abhängigkeitsdynamiken erzeugt und dass die Machtverhältnisse ungleich verteilt sind (vgl. ebd.: 11; Haller et al. 2014a: 13). Das Vierfachmandat verweist somit auf die notwendigerweise intersubjektive Perspektive, welche die Sozialarbeiter*innen im behördlichen Kontext der Sozialhilfe einnehmen müssen. Primäres Ziel stellt dabei das Lösen der privaten Problemstellungen der Klient*innen dar, um ein Loslösen von Sozialhilfeleistungen zu bewirken (vgl. Dawid/Heitzmann 2022: 131–134). Der „*Schlüssel zum Erfolg*“ (ebd.: 133, Herv.i.O.) besteht dabei darin, einerseits die Intensität von Vertrauen im Sinne einer professionellen Beziehung und andererseits die Hilfe in Form praktischer Lösungen abzuwägen (vgl. ebd.: 133).

Nach dem Ansatz des Vierfachmandats zu arbeiten, ist laut Müller de Menezes (2012: 348–349) allerdings nur dann möglich, wenn das Wissen über Soziale Arbeit im gesamtorganisationalen Kontext als wichtig betrachtet wird und die entsprechenden Ressourcen vorhanden sind. Doch übernimmt die Soziale Arbeit gegenüber der Verwaltung eine machtlose Position. Sie kann nur dort wirken, wo sie sich von anderen Fachbereichen abgrenzen kann: bei den individuellen Problemsituationen ihrer Klient*innen. Sozialarbeiter*innen setzen hier ihr erlerntes Wissen ein, um die Stärken bei den Klient*innen und deren Umwelt zu finden (vgl. Pantucek 2012: 175–176).

Salzburg und Wien haben eigene Paragraphen für den Bereich der Sozialen Arbeit im Gesetz verankert. Die Wichtigkeit von Sozialer Arbeit im behördlichen Kontext der Sozialhilfe scheint im Bereich der Sozialpolitik also bereits anerkannt zu werden. Das Literaturreview zeigt diesbezüglich ein eindeutiges Bild: Soziale Arbeit wirkt und eröffnet Möglichkeiten für deren Klient*innen. Das haben auch die beiden Bundesländer Salzburg und Wien erkannt und die Anzahl an Sozialarbeiter*innen trotz sinkender Klient*innenzahlen im Bereich der Mindestsicherung und Sozialhilfe aufgestockt (vgl. Statistik Austria 2024; Riesenfelder/Weber 2023: 112).^v

Insgesamt zeigt sich, dass es von politischen Entscheidungen abhängt, wie die landesspezifischen Ausführungsgesetze verfasst werden. Geht es primär um die Arbeitsmarktintegration oder das ganzheitliche Auffangnetz, welches die Sozialhilfe bieten soll, um

ein stückweises Loslösen von wohlfahrtsstaatlichen Sozialhilfeleistungen zu begünstigen? Ist das Ziel der Politik, Personen durch die Weiterleitung in Beschäftigungsprojekte von der Sozialhilfe unabhängig zu machen oder sie langfristig lediglich unabhängig von Länderleistungen zu machen, wie sie die Sozialhilfe ist? Eine tiefgreifendere Auseinandersetzung mit Sozialhilfesystemen auf Bundesebene sowie über die Ländergrenzen hinaus wäre wünschenswert, um Best-Practice-Beispiele aufgreifen zu können, welche Veränderungsmöglichkeiten für die bestehende Umsetzung aufzeigen. Besonders Personen mit multiplen Problemlagen, die Hauptzielgruppe der behördlichen Sozialen Arbeit, benötigen umfassende Unterstützung, die nachgehend und niederschwellig funktioniert. Im Zuge zunehmender Ökonomisierungsbestrebungen im Verwaltungssektor ist es wichtig für die Soziale Arbeit, ihre Notwendigkeit durch Dokumentation, Statistiken und deren Auswertung sowie Interpretation und durch Aktenprüfung und Dienstanweisungen beleg- und nachweisbar zu machen. Doch droht sie dabei, sich nicht mehr auf das zu fokussieren, was sie eigentlich „kann“ und wo sie sich von der Verwaltung unterscheidet: die Beschäftigung mit den individuellen Problemlagen ihrer Klient*innen. Durch Ambiguitätstoleranz, gegenseitigen Respekt und Verständnis für individuelle Lebensentwürfe schafft sie Veränderungen. Dies funktioniert allerdings nur mit dem entsprechenden Betreuungsschlüssel, der jedoch weder in Wien noch in Salzburg gegeben ist, wodurch das Ziel der umfassenden, individuellen Unterstützung verfehlt wird.

Die Wirkungsstudie zur WMS kommt zum Schluss, dass nicht nur ‚schwere Fälle‘ eine persönliche Betreuung brauchen, sondern auch viele weitere Menschen, die im Betreuungsnetz der Sozialen Arbeit nie andocken (können) (vgl. Dawid/Heitzmann 2022: 135). Viele Klient*innen wünschen sich laut der begleitenden Evaluierung des ZGZ U25 eine sozialarbeiterische Beratung, können diese aber aufgrund der knappen Personalressourcen nur bedingt in Anspruch nehmen. Zu wenig Personal führt zudem zu Zeitmangel in der Beratung, was gute Beratung und Unterstützung schwierig macht. Intensives Fallmanagement zahlt sich allerdings aus und führt laut einer Studie des WIFO zu mehr Vermittlungen an Lehrausbildungen, Aus- und Weiterbildungen sowie Beschäftigungsprojekte (vgl. Eppel/Mahringer 2021: 42–46). Durch eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Zielgruppe der Sozialen Arbeit am Sozialamt könnten auch Bedarfe für Unterstützungsangebote besser erhoben werden. Schlussendlich muss durch gezielte Teamentwicklung die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmotivation der Mitarbeiter*innen aufrechterhalten und die laufende Personalfuktuation sowie eine eventuelle Überarbeitung ausgelotet und so die Gesundheit der Mitarbeiter*innen gefördert werden (vgl. Riesenfelder/Weber 2023: 106, 109–112). Einen wichtigen Veränderungsvorschlag kann der vorliegende Artikel somit bereits jetzt liefern: Im Zuge des hohen Beratungs- und Betreuungsbedarfs sind die Arbeitskräfte der Sozialen Arbeit an den Sozialämtern deutlich aufzustocken.

Verweise

- ⁱ Schriftliche Korrespondenz vom 14. Juli 2024 mit einer*m Mitarbeiter*in der BH Salzburg Umgebung über die Anzahl der angestellten Sozialarbeiter*innen im Bereich der Sozialunterstützung in Salzburg.
- ⁱⁱ Schriftliche Korrespondenz vom 27. September 2024 mit einer*m Mitarbeiter*in der BH Salzburg Umgebung über die Anzahl an vollzeitäquivalenten Sozialarbeiter*innen im Bereich der Sozialunterstützung in Salzburg.
- ⁱⁱⁱ Schriftliche Korrespondenz vom 17. Juli 2024 mit einer*m Mitarbeiter*in der BH Salzburg Umgebung über die Verfahrensweise der HibL-Antragstellung in Salzburg.
- ^{iv} Telefonische Korrespondenz vom 25. September 2024 mit einer*m Mitarbeiter*in der Stadt Wien über die Anzahl der vollzeitäquivalenten Stellen der Sozialen Arbeit in der Magistratsabteilung 40.
- ^v Angaben zusätzlich komplettiert durch schriftliche Korrespondenz vom 14. Juli 2024 mit einer*m Mitarbeiter*in der BH Salzburg Umgebung über die Anzahl der angestellten Sozialarbeiter*innen im Bereich der Sozialunterstützung in Salzburg.

Literaturverzeichnis

- AMS Wien – Arbeitsmarktservice Wien (2021): Historie des U25. <https://www.ams.at/arbeitsuchende/u25/historie> (30.09.2024).
- BMSGPK – Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2022): Teuerungsbedingte Delogierungsprävention und Wohnungs- sowie Energiesicherung. Richtlinie zur Umsetzung des § 1 Abs. 1 Z. 1 Bundesgesetzes über einen Ausgleich inflationsbedingt hoher Lebenshaltungs- und Wohnkosten. (Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz – LWA-G). https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:dffa8bae-e0b8-428e-8974-391000322175/Richtlinie_Teuerungsbedingte%20Delogierungspr%C3%A4vention%20und%20Wohnungs-%20sowie%20Energiesicherung%20g%C3%BCltig%20ab%2026.2.2024_barrierefrei.pdf (30.09.2024).
- Bogner, Stefan/Grössenberger, Ines (2018): Mindestsicherung im Fokus. Zur Situation von Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher im Bundesland Salzburg. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung. https://sbg.arbeiterkammer.at/service/broschueren/soziales/Studie_Mindestsicherung_im_Fokus_2018.pdf (30.09.2024).
- Buchner, Elisabeth/Gaisbauer, Helmut (2020): Aufbau der Arbeitsfähigkeit und Erhöhung von Verwirklichungschancen. Evidenzen aus der Arbeit mit BMS-BezieherInnen im Salzburger Stufenmodell. In: SWS-Rundschau, 2/60, S. 189–210.
-

Dawid, Evelyn/Heitzmann, Karin (2022): Wirkung der Wiener Mindestsicherung auf Bezieher*innen. Endbericht. Economics of inequality (INEQ), Wirtschaftsuniversität Wien. https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/ri/ineq/Projekte/Wirkung_WMS/2022_Endbericht_Wirkung_WMS_Heitzmann_Dawid_01.pdf (30.09.2024).

Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (2009): Zur Rolle von Sozialer Arbeit im Staat. Skizzen aus regulationstheoretischer und Foucault'scher Perspektive. In: Kurswechsel 3/2019, S. 11–25.

Eppel, Rainer/Mahringer, Helmut (2021): Die Effekte einer intensivierten Betreuung gering qualifizierter Jugendlicher mit Mindestsicherungsbezug. Evidenz aus der experimentellen Einführung eines Fallmanagements im Arbeitsmarktservice Wien. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-3632/s_2021_jugendliche_mindestsicherung_67022.pdf (30.09.2024).

Globisch, Claudia/Madlung, Fabian (2017): Aktivierende Sozialpolitik zwischen Systemimperativ und Eigensinn: Eine Untersuchung der Effekte und Aneignungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 42, S. 321–343.

Götsch, Monika/Kessler, Fabian (2017): Editorial: Leben im transformierten Sozialstaat. Forschungsperspektiven aus der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit. In: Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V. (Hg.): Sozialer Fortschritt. Berlin: Duncker und Humblodt, S. 179–194.

Haller, Dieter/Jäggi, Florentin/Beiser, Christian (2013): Interaktionen in der Sozialhilfe, Zusammenarbeit mit Klientinnen und Klienten. In: impuls, 09/2013, S. 10–17. https://www.bfh.ch/documents/ris/2008-626.798.210/BFHID-1618955648-1166/02_Interaktionen_Sozialhilfe_impuls_Sept_2013.pdf (30.09.2024).

Haller, Dieter/Jäggi, Florentin/Beiser, Christian (2014a): Wertehaltungen in der Sozialhilfe. Von individuellen Lebensentwürfen und Erwartungen der Gesellschaft. In: sozial aktuell 2014, Nr. 5, S. 10–14.

Haller, Dieter/Jäggi, Florentin/Beiser, Christian (2014b): Wirkungen der Sozialhilfe. Unterstützungsprozesse und ihre Effekte. In: impuls, 01/2014, S. 14–19. <https://www.bfh.ch/documents/ris/2008-626.798.210/BFHID-1618955648-1169/03-Sozialhilfe-Wirkungen-impuls-Jan-2014.pdf> (30.09.2024).

Heuberger, Richard (2021): Non Take up der Wiener Mindestsicherung. Endbericht/Überarbeitung Juni 2021. Statistik Austria. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/2021_07_15_WMS_Bericht_nontakeup.pdf (30.09.2024).

Karas, Jakob (2021a): Unterstützung von Salzburger SozialunterstützungsbezieherInnen mit mehrdimensionalen und komplexen Problemlagen durch den Case Management Ansatz. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, Fachhochschule Salzburg.

Karas, Jakob (2021b): Auswirkungen von Beschäftigungsprojekten auf die Beschäftigungsfähigkeit von Salzburger Sozialunterstützungsbezieher*innen mit mehrdimensionalen und komplexen Problemlagen. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, Fachhochschule Salzburg.

Kitzman, Renate (2011): Verhinderung von Wohnungsverlust. In: BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (Hg.): Festschrift 20 Jahre BAWO. Wohnungslosenhilfe von A bis Z. Wien: Eigenverlag, S. 293–306.

Kocher, Petra/Tischler, Peter/Gstach, Isabell/Reiff, Alexander (2017): Salzburger Allianz für Wachstum und Beschäftigung. Salzburger Weg zum Aufbau der Arbeitsfähigkeit. Orientierungspapier zur Stabilisierung und Aktivierung sowie Heranführen von Zielgruppen an Ausbildung und Arbeitsmarkt. Abteilung 3 – Soziales, Land Salzburg: Salzburg.

Land Salzburg (2024): Sozialunterstützung. Leistungen. <https://www.salzburg.gv.at/themen/soziales/soziale-und-finanzielle-leistungen/sozialunterstuetzung/sug-leistungen#:~:text=Höhe%20der%20Unterstützung,%3A%201.155%2C84%20Euro>. (30.09.2024).

MA 40 – Magistratsabteilung für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht (2018): Von Zahlen und Menschen. Bericht 2017 der Magistratsabteilung 40. <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/3672757> (30.09.2024).

MA 40 – Magistratsabteilung für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht (2024): Zielgruppenzentrum Erdbergstraße. https://www.wien.gv.at/sozialinfo/content/de/10/InstitutionDetail.do?it_1=2101836 (30.09.2024).

Müller de Menezes, Rahel (2012): Soziale Arbeit in der Sozialhilfe. Eine qualitative Analyse von Fallbearbeitungen. Wiesbaden: Springer.

Pantucek-Eisenbacher, Peter (2012): Soziale Diagnostik für den Arbeitsmarkt. In: Hausegger, Trude (Hg.): Arbeitsmarktbezogene Diagnostik und Wirkungsorientierung. Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 173–182.

RH-Rechnungshof(2017):BerichtdesRechnungshofes.BedarfsorientierteMindestsicherunginWien. https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_Bedarfsorientierte_Mindestsicherung_in_Wien.pdf (30.09.2024).

Riesenfelder, Andreas/Weber, Friederike (2023): Begleitende Evaluierung U25 – Wiener Jugendunterstützung. Arbeitsmarktservice Wien und Stadt Wien – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht. https://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2023-AMS-Begleitende_Evaluierung_U25_Jugendunterstuetzung.pdf (28.09.2024).

Rossmann, Katrin/Siladjev, Robert/Mitterbauer, Gabriele (2013): Soziale Arbeit im Mindestsicherungs-vollzug. Sozialamt 03/01, Magistrat Salzburg. https://www.stadt-salzburg.at/fileadmin/landingpages/soziales/konzept_sozialarbeit_am_sozialamt.pdf (30.09.2024).

Salzburger Armutskonferenz (2008): Wahrnehmungsbericht von sozialen Einrichtungen zur Entwicklung von Armut und Armutsgefährdung in Stadt und Land Salzburg. <https://media.salzburger-armutskonferenz.at/16~66/2008-wahrnehmungsbericht-armut-in-salzburg.pdf> (30.09.2024).

Salzburger Armutskonferenz (2018): Analyse der sozialen Maßnahmen der Salzburger Landesregierung 2013–2018. Ein Diskussionspapier. <https://media.salzburger-armutskonferenz.at/17~67/2018-analyse-der-sozialen-massnahmen-der-salzbürger-landesregierung-2013-2018.pdf> (27.09.2024).

Schoibl, Heinz/Bohm, Renate (2002): Armut im Wohlstand. Regionaler Armutsbericht für das Bundesland Salzburg. Kurzfassung 2002. <https://media.salzburger-armutskonferenz.at/14~64/2002-salzbürger-armutsbericht.pdf> (27.09.2024).

Sedmak, Clemens/Gaisbauer, Helmut/Gstach, Isabell/Rohrauer, Michaela/Schweiger, Gottfried (2014): Bericht über eine Studien- und Evaluierungsarbeit mit Beteiligungs- und Dialogprozess zur Entwicklung eines Maßnahmenkonzeptes zur Inklusion von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen. Salzburg: Internationales Forschungszentrum für soziale und ethische Fragen IFZ.

SGG – Sozialhilfe-Grundsatzgesetz 2024, BGBl. I Nr. 41/2019. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20010649> (09.10.2024).

SRH Wien – Stadtrechnungshof Wien (2020): MA 40, Prüfung der Hilfe in besonderen Lebenslagen. <https://stadtrechnungshof.wien.gv.at/documents/27097802/28620768/01-21-StRH-II-46-19.pdf/ecd86f4f-2294-84ec-77bd-508500a537a8?t=1724846010026> (28.09.2024).

Stadt Wien (2021): Einleitung. 100 Jahre Wiener Stadtverwaltung, S. 9–17. <https://www.digital.wienbibliothek.at/download/pdf/4175713> (18.07.2024).

Stadt Wien (2023a): Beratung und Unterstützung bei sozialen und finanziellen Problemen. <https://www.wien.gv.at/gesundheit/leistungen/servicestelle.html#wohnbezirk> (30.09.2024).

Stadt Wien (2023b): U25 unterstützt Jugendliche bei Arbeit, Bildung und Sozialem. <https://www.wien.gv.at/kontakte/ma40/u25-jugendunterstuetzung.html> (30.09.2024).

Stadt Wien (2024): Mindestsicherung, Mindest-Standards ab 1.1.2024 – MA 40 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht. https://www.wien.gv.at/sozialinfo/content/de/10/InstitutionDetail.do?it_1=2101751 (25.07.2024).

Statistik Austria (2023): Tabellenband EU-SILC 2022. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2022.pdf (30.09.2024).

Statistik Austria (2024): Mindestsicherung und Sozialhilfe. Anzahl der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2017–2022, Jahressumme (Tabelle). <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/mindestsicherung-und-sozialhilfe> (28.10.2024).

Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Systemtheoretische Grundlagen und professionelle Praxis. Ein Lehrbuch. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.

SUG – Salzburger Sozialunterstützungsgesetz 2010, LGBl Nr 63/2010. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=20000685> (14.07.2024).

VA – Volksanwaltschaft (2001): Zweiundzwanzigster und Dreiundzwanzigster Bericht der Volksanwaltschaft an den Salzburger Landtag (1999–2000). <https://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/4iia9/Salzburg%20Bericht%201999%202000.pdf> (27.09.2024).

WMG – Wiener Mindestsicherungsgesetz 2024, LGBl.Nr.38/2010. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000246> (30.09.2024).

Über den Autor

Jakob Josef Karas, MA

jakob.karas@gmx.at

Ist derzeit in Leitungsfunktion im Bereich der Behindertenhilfe tätig. Bisherige Arbeitsschwerpunkte liegen in der niederschweligen sowie behördlichen Sozialen Arbeit. Im Bereich der Sozialpolitik und Sozialhilfe kam es bereits zu wissenschaftlichen Auseinandersetzungen. Der Autor ist bestrebt, zukünftig ein Doktoratsstudium zu absolvieren und einer weiterfolgenden Lehr- und Forschungstätigkeit nachzugehen.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

**Freiwilligenmanagement,
Diversität und Identitätsangebote
Chancen für die Sozialwirtschaft**

Viktorija Marmaković

Viktorija Marmaković. Freiwilligenmanagement, Diversität und Identitätsangebote. Chancen für die Sozialwirtschaft. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Junge Wissenschaft. St. Pölten.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/832/1551>

Zusammenfassung

In den letzten Jahren hat das Thema Diversität in Profit- und Non-Profit-Organisationen zunehmend an Bedeutung gewonnen und wird mittlerweile als wichtiger Bestandteil der Personalentwicklung anerkannt. Dieser Artikel befasst sich mit der Frage, wie Diversität im Jugendzentrum *Sale für Alle* definiert werden kann, welche Art von Diversität einen Mehrwert für die Kinder und Jugendlichen darstellt und wie eine diversere Gruppe für die Freiwilligenarbeit gewonnen werden kann. Im Zuge der Beantwortung dieser Fragen werden konkrete Maßnahmen zur Stärkung und Verankerung von Diversität entwickelt, darüber hinaus leistet der Artikel aber auch einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung: Er zeigt, wie wichtig es ist, Diversität innerhalb des Jugendzentrums zu fördern und zu unterstützen. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen kann die Diversität im Freiwilligenmanagement des Jugendzentrums stärken und dazu beitragen, einen inklusiveren Ort in Wien zu schaffen.

Schlagnorte: Freiwilligenarbeit, Inklusion, Ehrenamt, Organisationsentwicklung, Freiwilligenkoordination

Abstract

In recent years, the topic of diversity has become increasingly important in profit and non-profit organizations and is now recognized as a central aspect of human resources development. This article addresses the question of how diversity can be defined at the Sale for All youth center, what kind of diversity adds value for the children and young people and how a more diverse group can be recruited to volunteer. In addressing these questions, the article develops concrete measures for strengthening and anchoring diversity. Additionally, it contributes to raising awareness about the importance of promoting and supporting diversity within the youth center. Implementing the proposed measures can enhance diversity in the volunteer management of the youth center and contribute to the creation of a more inclusive place in Vienna.

Keywords: inclusion, volunteering, organizational development, volunteer coordination

1 Einleitung

Bereits 2007 äußerte sich Rolf van Dick mit folgenden Worten zum Thema Diversität:

„Menschen müssen die Grundüberzeugung mitbringen oder entwickeln, dass Diversität gut und wichtig ist. Diese Überzeugung zu fördern, ist nicht nur entscheidend für eine tolerante Gesellschaft, sondern auch für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Bildungssysteme, unserer Wirtschaft und unserer sozialen Sicherheit.“
(Van Dick 2007: 21)

16 Jahre später ist die Förderung von Diversität immer noch ein wichtiger Bestandteil für ein harmonisches und inklusives Zusammenleben. Insbesondere in Jugendzentren, die als wichtige Anlaufstelle für junge Menschen dienen, ist sie von großer Bedeutung. Das *bundesweite Netzwerk offene Jugendarbeit* (bOJA) definiert offene Jugendarbeit als „ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit mit einem sozialräumlichen Bezug und einem politischen, pädagogischen und soziokulturellen Auftrag“ (bOJA 2022). Zusätzlich gilt ein „niederschwellige[r] und freiwillige[r] Zugang“ (ebd.) als Voraussetzung, um Kinder und Jugendliche angemessen begleiten und fördern zu können. Die offene Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt sich u.a. mit den Themen Bildung, Kultur, Gesundheit sowie Politik und Umwelt, weswegen die Mitarbeiter*innen in diesem Handlungsfeld vielfältige Kenntnisse und Fähigkeiten brauchen (vgl. ebd.).

Das Jugendzentrum *Sale für Alle* wurde im Jahr 2009 als „konkrete Antwort auf Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und fehlende Teilhabemöglichkeiten“ (Sale für Alle 2024) im dritten Wiener Gemeindebezirk von ehrenamtlich arbeitenden Studierenden ins Leben gerufen und orientiert sich heute stark an den Grundsätzen der bOJA. Im Frühjahr 2023 arbeiteten über 30 ehrenamtliche und vier hauptamtliche Mitarbeiter*innen Woche für Woche vor Ort. Mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen stehen sie den Kindern und Jugendlichen als erste Anlaufstelle, bei Fragen und Problemen zur Verfügung. Aufgrund der großen Vielfalt der Zielgruppe entstand der Wunsch nach mehr Diversität bei den Ehrenamtlichen im Jugendzentrum. Dieser Wunsch war der Ausgangspunkt für die Erstellung meiner Masterarbeit *Mehr Diversität im Sale für Alle* (2023), die die Basis für den vorliegenden Artikel ist. Im Folgenden wird der Begriff Diversität für dieses spezifische Jugendzentrum kontextualisiert, es wird die Forschungsfrage der Masterarbeit erläutert und die Ergebnisse werden präsentiert.

2 Diversität kontextualisieren

Der Begriff Diversität hat seit den 1980er Jahren eine turbulente Geschichte durchlaufen und sich als „polyvalenter Begriff“ (Nieswand 2020: 2) etabliert. Entsprechend ist das Thema in verschiedenen Bereichen präsent, es kann in Einklang mit, aber auch in Widerspruch zu einzelnen Handlungsfeldern stehen. Diversität kann sowohl zu Empowerment und politischer Teilhabe führen als auch zur „Organisationsoptimierung und Profitsteigerung“ (ebd.: 5) verwendet werden – wodurch es wiederum der Betonung von Unterschieden und schließlich der Ausgrenzung und Diskriminierung bestimmter Personengruppen Vorschub leisten kann (vgl. Nieswand 2020: 2–5; Bührmann 2020: 5; Warmuth 2012: 208).

Doch was bedeutet der Begriff Diversität genau? Entstanden ist er in der Pflanzenbiologie und bezeichnet hier „eine Vielfalt von Arten und Ökosystemen („Biodiversität“) und impliziert damit zunächst einmal die rein sachliche Feststellung von empirisch nachweisbaren Tatsachen“ (Salzbrunn 2014: 8). Diversität ist somit fast ein Synonym für den Begriff Vielfalt, in der Soziologie wird er heute häufig auch so verwendet. Beide Begriffe dienen somit dazu, „die Unterscheidung von (körperlichen und kulturellen, veränderbaren) Persönlichkeitsmerkmalen zu beschreiben“ (ebd.), wobei sich Diversität auf „menschliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten“ (Wolfsgruber 2015: 27) bezieht. Darunter fallen Merkmale und Eigenschaften, welche auch als Diversitätsmerkmale bezeichnet werden können und aufgrund derer Menschen „verschiedenen Gruppen zugeordnet werden“ (ebd.) können. Solche Attribuierungen sind schließlich die Voraussetzung für die „Anerkennung und Wertschätzung innerhalb einer Organisation, Gruppe oder Gesellschaft“ (ebd.). In der Forschung können unterschiedlich viele Merkmale herangezogen werden, um Diversität beziehungsweise Vielfalt zu erforschen. Dabei besteht die Herausforderung darin, die Merkmale und Eigenschaften von Individuen ohne die „Fortschreibung impliziter Stereotype“ (Warmuth 2012: 208) zu benennen und zu untersuchen. Es gilt, die Annahme zu vermeiden, „dass Personen z.B. mit ähnlichem kulturellem Hintergrund oder gleichem Geschlecht ähnliche Einstellungen und Verhaltensweisen“ (Warmuth 2012: 208) teilen.

Das Konzept der Mehrdimensionalität versucht dies zu verhindern und geht auf verschiedene Merkmale von Individuen ein. Alicke (2012: 24–25) beschreibt Mehrdimensionalität als Begriff, der demographische Eigenschaften, Kompetenzen, gesellschaftliche Funktionen in unterschiedlichen Situationen, soziale Verbindungen, Erlebnisse, Haltungen, persönliche Präferenzen und Abneigungen sowie Lebensumstände und -bedingungen beinhaltet. Mit dieser Art der Betrachtung gehen mehrere Grundsätze einher. Erstens können Menschen aus dieser Perspektive nicht allein aufgrund eines einzelnen Merkmals einer Gruppe zugeordnet werden. Stattdessen sollten alle Merkmale berücksichtigt werden, wobei das Individuum selbst eine Identifikation mit einer Gruppe

aufweisen muss. Zweitens wird berücksichtigt, dass die Ausprägung eines Merkmals stark variieren kann, weshalb auch innerhalb der jeweiligen Merkmalsgruppe Differenzen bestehen. Drittens stellt das Konzept in Rechnung, dass Merkmale dynamisch sind und sich im Laufe des Lebens verändern können. Darüber hinaus beeinflussen sich die einzelnen Merkmale gegenseitig, was deren grundsätzliche Variabilität bedingt (vgl. ebd.: 25).

Über den letztgenannten Grundsatz gerät auch das Phänomen Intersektionalität in den Blick (vgl. Crenshaw 2019). Der Begriff beschreibt unter anderem „die Überschneidung mehrerer Identitätsmerkmale, die zu Mehrfachdiskriminierungen führen“ (Wolfsgruber 2015: 29) kann. Kimberlé Crenshaw (1991: 1243–1244) spricht diesbezüglich auch von einer intersektionalen Identität, welche sich aus mehreren individuellen Persönlichkeitsmerkmalen zusammensetzt, wobei eine Person nicht einer einzelnen Gruppe allein zugeordnet werden kann, sondern Teil von mehreren Gruppen ist. Eine Einteilung in Gruppen oder Kategorien ist deswegen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden und kann in der empirischen Sozialforschung zur Reproduktion von Stigmatisierungen führen. Nieswand (2020: 21) betont in diesem Zusammenhang, dass es „verzerrend wäre, davon auszugehen, dass personenbezogene Differenzierungen stets eindeutig festzustellende empirische Tatsachen wären“.

In der Sozialwissenschaft sind unterschiedliche Diskursstränge und Ansätze zum Thema Diversität entstanden, wie der „konstruktivistisch orientierte Diskursstrang“ (Bührmann 2020: 5) oder der „Anerkennungsansatz“ (Mecheril/Plösser 2018: 288). In der Masterarbeit wurde für die Untersuchung des Jugendzentrums *Sale für Alle* der „Ressourcenansatz“ (Mecheril/Plösser 2018: 289) als Forschungsperspektive gewählt. Der Ansatz betrachtet Diversität als „Prinzip der Organisations- und Personalführung“ und sieht dabei die Unterschiede von Individuen als Stärke an (vgl. ebd.). Er ist in diesem Kontext besonders anschlussfähig, weil die Mitarbeiter*innen mit ihren Persönlichkeiten und Identitäten das Jugendzentrum zu dem machen, was es ist. Gleichzeitig kann dieser Zugang nicht vollkommen übernommen werden, da er einerseits Machtverhältnisse ausklammert und andererseits Herausforderungen bei der Definition von Ressourcen bestehen. Aus diesem Grund wurde der Ressourcenansatz mit den Ergebnissen der „performativ informierte[n] Diskurssträng[e]“ (Bührmann 2020: 3) ergänzt. Deren Ziel ist es, einen reflektierten Zugang zum Forschungsgegenstand zu finden und dabei die Probleme der (Re-)Produktion von Kategorien zu reflektieren (vgl. ebd.: 2–3). Durch die Kombination beider Ansätze konnte der wissenschaftliche Zugang geschärft und so ein angemessener Diversitätsansatz für die Forschungsarbeit über das Jugendzentrum definiert werden.

Bei der Untersuchung wurden nicht nur vordefinierte Diversitätskategorien herangezogen, sondern unterschiedlichste Identitätsmerkmale, die Menschen beschreiben können. Das bedeutet,

dass Menschen im *Sale für Alle* als individuelle Personen verstanden werden, die neues Wissen, eigene Erfahrungen, eigene Interessen, die eigene Sozialisation und neue Persönlichkeitsaspekte ins Jugendzentrum bringen. Diese Identitätsmerkmale werden im Folgenden Identitätsangebote genannt. Der Begriff ist dem der ‚Identitätsmerkmale‘ vorzuziehen, denn der Begriff ‚Merkmale‘ birgt die Gefahr, Menschen zu kategorisieren. Zick und Küpper (2011: 57) beschreiben dieses Phänomen als „Falle“, welche eine Kategorisierung aufgrund „tatsächlich vorhandener oder lediglich von außen zugewiesener Merkmale, wie am Beispiel der Kategorie ‚Ausländer‘“ zur Folge haben kann. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, soll der Begriff Identitätsangebote verwendet werden und dabei der Fokus auf die Aspekte Identität und Angebot gelegt werden.

Die Identität bezieht sich auf „Selbstbeschreibungen der akteursspezifischen Wesensmerkmale“ (Eisenegger 2015: 431). Dies bedeutet, dass die Identität von Individuen von ihnen selbst und nicht von Fremden definiert werden kann. Angebote werden in diesem Kontext als Form der Identifizierung mit den eigenen Merkmalen und dem Willen, diese nach außen zu tragen, verstanden. Ein Beispiel hierfür könnte ein*e Sozialarbeiter*in mit türkischem Migrationshintergrund sein. Wenn diese Person sich als Frau identifiziert und ihren türkischen Migrationshintergrund als Teil ihrer Identität wahrnimmt, kann sie sich in der Arbeit mit ihren Klient*innen als Frau vorstellen und eventuell muttersprachliche Beratung anbieten oder Expertise zu kulturellen Aspekten in ihr Team mitbringen. Wenn die gleiche Person sich jedoch nicht mit dem türkischen Migrationshintergrund identifiziert, kann sie diesen auch nicht als Identitätsmerkmal anbieten. Das Beispiel kann auf viele Eigenschaften, Persönlichkeitsaspekte und Identitätsmerkmale übertragen werden.

3 Forschungsfragen, -prozess und -methoden

Das Ziel des Jugendzentrums ist es, einen inklusiveren Ort in Wien zu bieten, in dem Ausgrenzung vermindert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Dies bezieht sich einerseits auf die Kinder und Jugendlichen, andererseits auf die Mitarbeiter*innen (vgl. *Sale für Alle* 2022). Aus diesem Grund wurde untersucht, welche Möglichkeiten das Freiwilligenmanagement im *Sale für Alle* hat, um die Diversität bei den ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen zu erhöhen. Im Rahmen meiner Masterarbeit habe ich zu diesem Thema folgende Forschungsfrage erarbeitet: Wie können Anreize für mehr Diversität bei den Ehrenamtlichen des Jugendzentrums *Sale für Alle* geschaffen werden und welche Maßnahmen können daraus für das Freiwilligenmanagement entwickelt werden?

Zur Beantwortung dieser Frage wurde die Masterarbeit als Einzelfallanalyse angelegt. Die Einzelfallanalyse wird verwendet, um die Organisationsstruktur zu untersuchen und Wege zu mehr Diversität zu entwickeln (vgl. Hering/Schmidt 2014: 529). Dabei steht die situative Relevanz im Vordergrund, da allgemeine Zuordnungsversuche der Komplexität der Organisation nicht gerecht

werden würden (vgl. Eberherr 2020: 114). Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die vielschichtigen Anforderungen an Mitarbeiter*innen des Jugendzentrums, um die individuellen Bedürfnisse der Zielgruppe zu fördern und Stereotype zu vermeiden. Die Ergebnisse einer Einzelfallanalyse haben keinen Anspruch, auf andere Organisationen übertragbar zu sein, sondern spiegeln lediglich die situative Relevanz des Einzelfalls wider.

Für die Erhebung im Jugendzentrum wurde die Methode der Fokusgruppen gewählt, da Partizipation für das basisdemokratische Jugendzentrum von zentraler Bedeutung ist (vgl. Sale für Alle 2022: 3). Bei der Auswahl der Fokusgruppen wurden die betriebliche Struktur und die Zielgruppen des Jugendzentrums berücksichtigt. Entsprechend wurden drei zentrale Tätigkeitsbereiche identifiziert: Die erste Fokusgruppe konzentrierte sich auf den Bereich Bildung und richtete sich an Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren. Die zweite Fokusgruppe hatte ebenfalls diese Zielgruppe, legte jedoch den inhaltlichen Schwerpunkt auf Spiel- und Freizeitaktivitäten. Die dritte Fokusgruppe fokussierte sich auf Freizeitangebote für die ältere Zielgruppe der 14- bis 21-Jährigen. An den Gruppendiskussionen nahmen jeweils fünf bis sieben Personen teil, die entweder haupt- oder ehrenamtlich tätig sind.

Die Teilnehmer*innen der Fokusgruppen wurden zunächst über das zugrundeliegende Diversitätsverständnis im *Sale für Alle* informiert, um eine gemeinsame Grundlage für die Auseinandersetzung mit den Themen Diversität und Identitätsangebote zu schaffen. Anschließend erhielten sie die Gelegenheit, anonym auf einem Online-Whiteboard zu vermerken, welche Identitätsangebote sie persönlich in das Jugendzentrum einbringen. Dieser Prozess diente der Identifizierung der bestehenden Identitätsangebote. Im darauffolgenden Schritt wurden die Teilnehmer*innen gebeten, potenzielle Identitätsangebote zu beschreiben, die ihrer Meinung nach für die Kinder und Jugendlichen des Jugendzentrums von Bedeutung sind, wobei sie dasselbe Tool verwendeten. Diese Phase ermöglichte es, potenzielle Identitätsangebote und Schwerpunkte für das Jugendzentrum zu erfassen. Die Whiteboards wurden schließlich miteinander verglichen und bildeten die Grundlage für eine Diskussion darüber, wie mehr Anreize geschaffen werden können, um Menschen mit den genannten Identitätsangeboten zu gewinnen, und welche Maßnahmen sich daraus für das Jugendzentrum ableiten lassen. Für die Auswertung der Fokusgruppen wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010) gewählt.

4 Ergebnisse

Die Auswertung der Fokusgruppen im Jugendzentrum *Sale für Alle* hat gezeigt, dass die Mitarbeiter*innen viele kreative Ideen haben, um das Zentrum für Menschen mit unterschiedlichen Identitätsangeboten attraktiver zu gestalten. Im Rahmen der Fokusgruppen haben sich die

Teilnehmer*innen zunächst mit ihren persönlichen Identitätsangeboten auseinandergesetzt und diese anonym verschriftlicht. Als Identitätsangebote haben sie ihre Sprachkenntnisse, aber auch Erfahrungen in der Kindheit und Jugend identifiziert. Beispiele hierfür sind „nicht-lineare Bildungswege“, „Erfahrungen mit dem Leben mit einer Behinderung“, „Queer-Sein“, „Leben in der Stadt und am Land“, „Erfahrungen mit familiären Problemen“ oder das „Leben in einer Großfamilie“ (vgl. Marmaković 2023: 73–75).

Weiters haben die Teilnehmer*innen verschiedene potenzielle Identitätsangebote gesammelt, welche sich positiv auf die Diversität im Jugendzentrum auswirken würden. Hierbei wurde ein starker Fokus auf „Migrationshintergrund“, „finanzielle Herausforderungen“, „Menschen aus der LGBTQIA+-Community“, „Menschen mit Behinderung“, „pädagogisches Fachwissen“ sowie „Religion und Geschichte“ gelegt (vgl. ebd.: 75–80). Die Auswertung zeigt, dass die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen des Jugendzentrums klare Vorstellungen davon haben, welche Identitätsangebote hilfreich wären und welche bisher kaum vorhanden sind. Bei den potenziellen Identitätsangeboten wurde der Fokus auf nicht-erlernbare Merkmale gelegt, während sich die bestehenden Identitätsangebote vor allem auf die Kompetenzen der Mitarbeiter*innen beziehen. Zudem wurde stark auf „vordefinierte[] Diversitätsmerkmale, wie Geschlecht, Nationalität, Ethnizität oder Race“ (Schreiber 2021: 34) eingegangen. Im Rahmen der Fokusgruppen wurde zusätzlich die Schwierigkeit benannt, Menschen mit den genannten Identitätsangeboten zu erreichen, weshalb eine Diskussionsrunde zu diesem Thema stattgefunden hat. Die Aussagen der Teilnehmer*innen wurden sorgfältig kodiert und in die Kategorien Anreize, Kritische Aspekte, Umsetzung und Akquise eingeteilt.

Die Hauptkategorie ‚Akquise‘ wurde mit Abstand am stärksten diskutiert. Hierbei hatten die Teilnehmer*innen unterschiedliche Ideen, um Menschen mit verschiedenen Identitätsangeboten anzusprechen. In allen Fokusgruppen wurden Aushänge oder Vorträge in Vereinen, Organisationen und Schulen vorgeschlagen. Weiters wurden Kooperationen mit spezifischen sozialarbeiterischen Organisationen angedacht und erwähnt, dass persönliche Assistenz eine Option wäre, um Menschen mit Behinderung eine ehrenamtliche Tätigkeit zu ermöglichen. Darüber hinaus sahen die Teilnehmer*innen viel Potenzial bei den ehemaligen Besucher*innen des Jugendzentrums. Zusätzlich wurde die Gewinnung von Freiwilligen über Social Media und Freiwilligen-Portale diskutiert. Genannt wurden Plattformen wie *Facebook*, *Discord*, *Reddit* und *Instagram* sowie die Nutzung von bezahlter Werbung, die sich an spezifische Zielgruppen richtet. Zudem wurde die Bedeutung von Bildern und Videos zur Darstellung des Gemeinschaftsgefühls betont sowie die Nutzung verschiedener Sprachen, um Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen zu können. Weitere Ideen beinhalteten eine vereinfachte Kommunikation im Bewerbungsprozess und die

Betonung von Diversität (vgl. Marmaković 2023: 83–85).

Ein weiteres, stark diskutiertes Thema waren mögliche Anreize, um mehr Menschen mit verschiedenen Identitätsangeboten anzusprechen. In diesem Zusammenhang wurde die Subkategorie ‚Gemeinschaftsgefühl‘ gebildet, da die Teilnehmer*innen insgesamt acht Mal Beispiele lieferten, in denen das Miteinander im Jugendzentrum als Alleinstellungsmerkmal identifiziert oder als Hauptanreiz genannt wurde. Das Jugendzentrum wurde in diesem Zusammenhang als Community oder Gemeinschaft beschrieben. Zusätzlich wurden Partys, kostenloses Essen oder andere Anreize genannt, durch die die Attraktivität für potenzielle ehrenamtliche Mitarbeiter*innen gesteigert werden kann. Abseits dessen sahen die Teilnehmer*innen einen großen Mehrwert in der Erfahrung, den die Freiwilligen durch ihre Tätigkeit sammeln können, und in ihren eigenen intrinsischen Motivationsgründen, beispielsweise einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten oder anderen zu helfen (vgl. ebd.: 82–83).

Die Teilnehmer*innen haben sich zusätzlich mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Anreize auseinandergesetzt und schlugen vor, Workshops zum Thema Diversität für Kinder und Jugendliche im Jugendzentrum zu organisieren, um das Bewusstsein dafür zu stärken. Wenn das Team nicht alle Identitäten repräsentieren kann, könnten externe Personen für Workshops eingeladen werden. Außerdem wurde vorgeschlagen, Steckbriefe der Mitarbeiter*innen zu erstellen, um den Kindern und Jugendlichen zu zeigen, wie vielfältig das Team bereits ist. Abschließend wurde die Wichtigkeit betont, auf inklusive Sprache zu achten, um niemanden auszuschließen. Letzteres führte zu einer Diskussion über die kritischen Aspekte des Themas Diversität, welche sich einerseits auf gesellschaftliche Schwierigkeiten bezogen und andererseits die Arbeit im Jugendzentrum und damit einhergehende Herausforderungen beleuchteten. Freiwilligenarbeit wird von den Teilnehmer*innen der Fokusgruppen als Privileg betrachtet, aber auch als Zeichen für Lücken im Sozialsystem. Menschen mit Behinderung finden in der Gesellschaft und im Jugendzentrum wenig Beachtung, obwohl es wichtig wäre, dieses Thema stärker zu integrieren. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass komplexe Themen schwer mit Kindern und Jugendlichen zu besprechen sind, besonders im begrenzten Rahmen eines Jugendzentrums (vgl. ebd.: 87–89).

Weitere Hürden sehen die Teilnehmer*innen bei der Zugänglichkeit des Jugendzentrums. Hervorgehoben wurde dabei die Vereinbarkeit der Öffnungszeiten mit einer Berufstätigkeit und die Barrierefreiheit. Gruppendynamiken und Insider-Strukturen machen es neuen Personen schwer, sich zu integrieren. Das Anforderungsprofil für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen im Jugendzentrum wurde in allen Fokusgruppen als sehr anspruchsvoll beschrieben, da viele Kompetenzen in Bezug auf Sprache, Pädagogik und organisatorische Fähigkeiten vorhanden sein müssen. Dieser hohe Anspruch darf laut den Teilnehmer*innen durch die Integration von mehr Diversität nicht beeinträchtigt

werden, die Arbeit mit den Kindern sollte trotz verstärkter Öffentlichkeitsarbeit Priorität behalten (vgl. ebd.: 90).

Insgesamt wurden bei der Gruppendiskussion drei Themenschwerpunkte festgelegt, auf die sich das Jugendzentrum in Zukunft fokussieren sollte. Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen erarbeiteten verschiedene Anreize, die potenziell zur Erhöhung der Diversität im Jugendzentrum beitragen könnten. Diese Anreize basierten auf den individuellen Erfahrungen der Teilnehmer*innen bei der eigenen Suche nach Freiwilligenarbeit. Darüber hinaus wurde während der Diskussion deutlich, dass dem Thema Öffentlichkeitsarbeit im Jugendzentrum bislang nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Mitarbeiter*innen betonten, dass Menschen, die das *Sale für Alle* nicht kennen, nur wenige Möglichkeiten haben, die Einzigartigkeit des Ortes und die Vorteile einer ehrenamtlichen Tätigkeit in diesem Jugendzentrum kennenzulernen. Abschließend wurden im Rahmen der Auswertung Maßnahmen zur Umsetzung der erarbeiteten Anreize, zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit sowie zu deren praktischer Implementierung im Betrieb genannt.

Anreizsysteme für bestehende und potenzielle Mitarbeiter*innen:

- Einführung von Einsatz- und Teilnahmebestätigungen für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen
- Angebote zur Weiterbildung
- Stärkung des Gemeinschaftsgefühls durch Veranstaltungen und Teambuilding-Aktivitäten
- kostenlose und autonome Nutzung der Räumlichkeiten für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen und private Veranstaltungen
- Incentives für Personen, die Freund*innen als Freiwillige anwerben
- Bereitstellung von Mahlzeiten für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen

Öffentlichkeitsarbeit:

- Verteilen von Flyern und Aushängen sowie Vorträge in Berufsschulen, sozialen Organisationen und Kulturvereinen im dritten Bezirk
- Kooperationen mit sozialen Einrichtungen für die LGBTQIA+-Community, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderung
- Organisation von Veranstaltungen wie Stammtische, Tag der offenen Tür oder Partys für potenzielle Mitarbeiter*innen
- Einsatz von Streetwork, um verschiedene Identitätsgruppen über das *Sale für Alle* zu informieren und zur Mitarbeit einzuladen
- Aktivierung von älteren Geschwistern oder ehemaligen Besucher*innen für ehrenamtliche Tätigkeiten

-
- Nutzung von Social-Media-Plattformen und dem Freiwilligenportal
 - Schaltung bezahlter und zielgruppenspezifischer Werbung in sozialen Medien
 - Beiträge zur Mitarbeiter*innensuche in verschiedenen Online-Gruppen posten

Methodische Maßnahmen:

- Kommunikation der Anreizsysteme nach außen
- Nutzung von Bildern und Videos von der Arbeit im Jugendzentrum, um das Communitygefühl an potenzielle ehrenamtliche Mitarbeiter*innen zu vermitteln
- klare Kommunikation auf der Vereinswebsite und den Social-Media-Kanälen des Jugendzentrums, dass Diversität gelebt wird und LGBTQIA+-Personen sowie Menschen mit Behinderungen willkommen sind
- Workshops für Kinder und Jugendliche zum Thema Diversität anbieten, um auch die Zielgruppe des Jugendzentrums für das Thema zu sensibilisieren und sie Teil des internen Prozesses werden zu lassen
- Gestaltung von Steckbriefen der aktiven Mitarbeiter*innen, die auch deren Identitätsangebote umfassen, um die Sichtbarkeit der bereits vorhandenen Identitätsangebote im Jugendzentrum für neue Personen zu erhöhen und den Kindern und Jugendlichen einen leichteren Zugang zu diesem Thema zu ermöglichen
- im Rahmen des Freiwilligenmanagements soll ein Bewusstsein für die Herausforderungen geschaffen werden, denen neue Personen in etablierten Gruppen begegnen können, beispielsweise durch geeignete Instrumente wie barrierefreie oder niederschwellige Kennenlernspiele
- Definition von Qualitätsstandards und Alleinstellungsmerkmalen des Jugendzentrums, z.B. die Bereitstellung einer Ansprechperson für Freiwillige bei diskriminierendem Verhalten vor Ort oder die Einführung verpflichtender Weiterbildungen zu den Themen Diversität, Diskriminierung und Intersektionalität
- Prüfung des Jugendzentrums auf Barrierefreiheit

Einige dieser Maßnahmen sind bereits im Jugendzentrum umgesetzt worden, viele sind es noch nicht und können aus Ressourcengründen auch nicht sofort realisiert werden. Daher sollten im Rahmen einer Generalversammlung oder Sondersitzung Arbeitsgruppen gebildet und Zeitpläne mit Etappenzielen erstellt werden, um die einzelnen Punkte schrittweise umzusetzen.

5 Fazit und Ausblick

Die Auswertung der Fokusgruppen im Jugendzentrum *Sale für Alle* zeigt, dass es zahlreiche kreative und praxisnahe Ansätze gibt, um mehr Diversität bei den ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen zu fördern. Die Forschungsergebnisse legen nahe, dass die Schaffung von Anreizen für mehr Diversität auf mehreren Ebenen ansetzen muss: sowohl durch gezielte Maßnahmen im Freiwilligenmanagement als auch durch strukturelle und kulturelle Veränderungen im Jugendzentrum.

Ein zentrales Ergebnis der Masterarbeit ist, dass Anreize, die das Gemeinschaftsgefühl und die einzigartige Atmosphäre des Jugendzentrums hervorheben, besonders wirksam sein können. Viele Teilnehmer*innen beschreiben das *Sale für Alle* als einen Ort der Zusammengehörigkeit, an dem Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen willkommen sind. Dieses Gemeinschaftsgefühl stellt einen wichtigen Anreiz für potenzielle Ehrenamtliche dar. Maßnahmen wie gemeinsame Veranstaltungen, Partys und gemeinsame Mahlzeiten könnten helfen, dieses Gefühl zu stärken und neue Freiwillige zu gewinnen. Darüber hinaus wurde der Wert von klar kommunizierten Identitätsangeboten betont. Steckbriefe der aktuellen Mitarbeiter*innen, die ihre vielfältigen Erfahrungen und Hintergründe aufzeigen, könnten potenzielle Freiwillige ansprechen und die Diversität des Teams sichtbar machen. Die Betonung von Diversität, sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit als auch im Bewerbungsprozess, könnte helfen, Menschen mit unterschiedlichen Identitätsangeboten anzusprechen, insbesondere solche aus bisher unterrepräsentierten Gruppen wie der LGBTQIA+-Community, Menschen mit Behinderungen oder Personen mit Migrationshintergrund.

Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, dass die Öffentlichkeitsarbeit gezielter und vielfältiger gestaltet werden sollte. Plattformen wie Social Media, Freiwilligenportale und digitale Communities bieten großes Potenzial, um gezielt Menschen mit unterschiedlichen Identitätsangeboten anzusprechen. Insbesondere der Einsatz von Bildern und Videos, die das Gemeinschaftsgefühl im Jugendzentrum vermitteln, könnte helfen, eine breitere Zielgruppe zu erreichen. Auch die Nutzung mehrsprachiger Kommunikation ist entscheidend, um Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen. Herausforderungen wie Barrierefreiheit und die Vereinbarkeit von Freiwilligenarbeit mit beruflichen Verpflichtungen wurden ebenfalls identifiziert. Um diese Hürden zu überwinden, sollten Maßnahmen zur besseren zeitlichen Flexibilität und zur Schaffung barrierefreier Zugänge entwickelt werden. Darüber hinaus könnte eine gezielte Kooperation mit sozialarbeiterischen Organisationen und ehemaligen Besucher*innen des Jugendzentrums neue ehrenamtliche Mitarbeiter*innen anziehen.

Insgesamt zeigten die Fokusgruppen, dass eine erfolgreiche Integration von mehr Diversität nicht nur durch Anreize, sondern auch durch methodische Veränderungen im Freiwilligenmanagement erfolgen muss. Die Rekrutierung und Einbindung von Menschen mit

unterschiedlichen Identitätsangeboten bedarf bewusster Anstrengungen im Bereich der Akquise, Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsstruktur. Workshops zu Diversität, Sensibilisierung für inklusive Sprache und der Einsatz externer Expert*innen können dazu beitragen, die Diversität im Jugendzentrum zu fördern, ohne den hohen Qualitätsanspruch zu gefährden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Jugendzentrum *Salz für Alle* das Potenzial hat, ein noch vielfältigerer und inklusiverer Ort zu werden. Die entwickelten Anreize und Maßnahmen bieten eine solide Grundlage, um mehr Menschen mit unterschiedlichen Identitätsangeboten für die Freiwilligenarbeit zu gewinnen und die Diversität im Jugendzentrum nachhaltig zu stärken. Obwohl es sich bei der Forschungsarbeit um eine Einzelfallanalyse handelt, können die Erkenntnisse und Ansätze auch für andere sozialwirtschaftliche Organisationen im Bereich der Freiwilligenarbeit von großem Interesse sein. Insbesondere die Kombination aus gezielter Öffentlichkeitsarbeit, der Schaffung eines starken Gemeinschaftsgefühls und der Sensibilisierung für Diversität bietet wertvolle Impulse für den Aufbau eines vielfältigeren Freiwilligenteams. Sozialwirtschaftliche Organisationen könnten von dem Wissen der Mitarbeiter*innen des Jugendzentrums profitieren und ähnliche Ansätze zur Gewinnung und Integration von Freiwilligen aus verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten anwenden.

Literaturverzeichnis

Alicke, Tina (2012): *Bildung vielfältig gestalten – Beiträge der Jugendsozialarbeit*. Berlin: Deutsches Rotes Kreuz e.V.

bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (2022): Was ist Offene Jugendarbeit? <https://www.boja.at/was-ist-offene-jugendarbeit> (20.06.2024).

Bührmann, Andrea Dorothea (2020): Wechselnde Verhältnisbestimmungen und ernsthafte Annäherungsversuche: Grundsätzliche Überlegungen zum ambivalenten Verhältnis von Diversität und Intersektionalitätsforschung. In: Biele Mefebune, Astrid/Buhrmann, Andrea/Grenz, Sabine (Hg.): *Handbuch Intersektionalitätsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 35–49.

Crenshaw, Kimberlé (1991): Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color. In: *Stanford Law Review*, 43/6, S. 1241–1299.

Crenshaw, Kimberlé (2019): The Marginalization of Harriet's Daughters. In: *Kalfou*, 6/1, S. 7–23.

Eberherr, Helga (2020): Zum Nutzen von Diversität: Organisationen im Spannungsfeld von Werte- und Nutzenorientierung. In: Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management, 5(2), S.113–126.

Eisenegger, Mark (2015): Identität, Image und Reputation – Eine kommunikationssoziologische Begriffsarchitektur. In: Fröhlich, Romy/Szyska, Peter/Bentele, Günter (Hg.): Handbuch der Public Relations. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 431–460.

Hering, Linda/Schmidt, Robert J. (2014): Einzelfallanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 529–541.

Marmaković, Viktorija (2023): Mehr Diversität im Sale für Alle. Unveröffentlichte Masterarbeit. FH Campus Wien.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 601–613.

Mecheril, Paul/Plösser, Melanie (2018): Diversity und Soziale Arbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans/Treptow, Rainer/Ziegler, Holger (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. München: Ernst Reinhardt, S. 283–291.

Nieswand, Boris (2020): Die Diversität der Diversitätsdiskussion. In: Röder, Antje/Zifonun, Darius (Hg.): Handbuch Migrationssoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1–26.

Sale für Alle – Das offene Kinder- und Jugendzentrum (2022): Jahresbericht 2021. Wien.

Sale für Alle – Das offene Kinder- und Jugendzentrum (2024): Die Idee. <https://www.salefueralle.at/die-idee> (15.11.2024).

Salzbrunn, Monika (2014): Vielfalt/Diversität. Bielefeld: Transcript.

Schreiber, Silke (2021): Diversitätsorientierte Personalauswahl: Eine rekonstruktive Studie zur Personalauswahl von Schulleitungen an der schweizerischen Volksschule unter der Perspektive von Diversität. Opladen: Barbara Budrich.

van Dick, Rolf (2007): Wir sind besser als die – Gemeinsam sind wir stark. Vielfalt in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz – Fluch oder Segen? In: Forschung Frankfurt, 03/2007, S. 16–21.

Warmuth, Gloria-Sophia (2012): Die strategische Implementierung von Diversitätsmanagement in Organisationen. In: Bendl, Regine/Hanappi-Egger, Edeltraud/Hofmann, Roswitha (Hg.): Diversität und Diversitätsmanagement. Wien: Facultas, S. 203–221.

Wolfsgruber, Gabi (2015): Soziale Arbeit und soziokulturelle Diversität: Handlungskompetenzen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit. Leverkusen: Barbara Budrich.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2011): Vorurteile und Toleranz von Vielfalt – von den Fallen alltäglicher Wahrnehmung. In: van Keuk, Eva/Ghader, Cinur/Joksimovic, Ljiljana/David, Dagmar M. (Hg.): Diversity. Transkulturelle Kompetenz in klinischen und sozialen Arbeitsfeldern. Stuttgart: Kohlhammer, S. 54–65.

Über die Autorin

Viktorija Marmaković, MA

v.marmakovic@gmail.com

Freiwilligenkoordinatorin und Projektleitung im Schweizerischen Roten Kreuz Basel – Stadt;
Gründerin von *Vikijhow – Workshops für Freiwilligenmanagement*: vikijhow.ch.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Einsamkeit überwinden durch Caring Communities

Eine qualitative Untersuchung zur Bedeutung
reziproker Unterstützungsbeziehungen

Inga Plum

Inga Plum. Einsamkeit überwinden durch Caring Communities. Eine qualitative Untersuchung zur Bedeutung reziproker Unterstützungsbeziehungen. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Junge Wissenschaft. Innsbruck.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/834/1553>

Zusammenfassung

Einsamkeit ist ein individuell und gesellschaftlich relevantes Thema. In diesem Artikel wird der Frage nachgegangen, wie Einsamkeit durch das spezielle Angebot von Caring Communities begegnet werden kann. In diesem Angebot kann man sich entweder unterstützend in die Gemeinschaft einbringen oder Unterstützung finden; beides wird über ein Zeitkonto verrechnet. Anhand einer Untersuchung zweier Caring Communities wird gezeigt, welches Potenzial in dem Angebot steckt und worauf bei der Ausgestaltung geachtet werden sollte, damit möglichst viele davon profitieren. Eine intensive Auseinandersetzung mit der Einsamkeitsforschung und zwei Theorien der Reziprozität bilden dafür die Grundlage.

Schlagerworte: Einsamkeit, Reziprozität, gegenseitige Unterstützung, Caring Community

Abstract

The issue of loneliness is one that is of significant importance from both an individual and a social perspective. This article examines the potential of caring communities to address loneliness. This offer allows individuals to engage in supportive activities within a community or to seek assistance, with both options charged via a time account. The potential of this offer is illustrated through a study of two caring communities. Additionally, the article presents considerations for its organisation to ensure that as many people as possible can benefit from it. This is based on an in-depth examination of loneliness research and two theories of reciprocity.

Keywords: loneliness, reciprocity, mutual support, caring community

1 Einleitung

Spätestens mit der Corona-Pandemie rückte das Thema Einsamkeit verstärkt in den öffentlichen Fokus. Eine Studie des Forschungszentrums der Europäischen Union stellte fest, dass sich das Einsamkeitsgefühl unter Europäer_innen während der Pandemie verdoppelt hat (vgl. Baarck et al. 2021: 6). UN-Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) betonen dabei, dass Einsamkeit kein rein individuell lösbares Problem darstellt (vgl. WHO/ITO/UN DESA 2021: 7). So stellt auch Michael Noack (2022: 26) heraus, dass in der Sozialen Arbeit Forschungsschwerpunkte auf „freundschaftliche, nachbarschaftliche und institutionelle Einbindung“ und „Teilhabechancen, die die Zugehörigkeit zu einer größeren Gemeinschaft oder zur Gesellschaft beeinflussen“, gelegt werden sollten. Aus diesen Ausgangsbeobachtungen resultierte für mich die Frage, inwiefern auf das Gefühl der Einsamkeit durch Angebote reagiert werden kann, die die gegenseitige Unterstützung der Gruppenmitglieder im Alltag in den Mittelpunkt stellen. Diese Frage war der Anstoß für ein Forschungsprojekt, das ich im Rahmen meiner Masterarbeit *Einsamkeit im Sozialraum begegnen. Eine qualitative Untersuchung reziproken Handelns in Caring Communities und ihre Möglichkeiten für die Gemeinwesenarbeit* durchführte. Wie sich herausstellte, ist insbesondere die Ausgestaltung einer sozialen Beziehung im Zusammenhang mit der Wechselseitigkeit (Reziprozität) der Unterstützung zentral für die Proband_innen.

Für meine Forschungsarbeit wurden zwei Gruppendiskussionen mit fünf bzw. sechs Proband_innen aus Caring Communities (CC) geführt. In Caring Communities organisieren sich Privatpersonen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Bei den untersuchten CCs findet die Unterstützung informell, zum Beispiel in Form von Fahrdiensten, Begleitung bei Freizeitaktivitäten, Kinderbetreuung oder ähnlichem, statt (vgl. Plum 2024: 62f.). Die Strukturen der beiden interviewten Gruppen wiesen die Besonderheit auf, dass man sich entweder als „Helfer_in“ oder als „Betreute“ anmelden konnte (vgl. ebd.: 66). Die Mitglieder entschieden sich somit bei der Anmeldung bereits dafür, ob sie Unterstützung anbieten oder annehmen wollten.

In Anlehnung an meine Masterarbeit werden folgend die zwei theoretischen Ansätze von Sahlins (2005) und Stegbauer (2011) zum Thema reziproke Unterstützungsformen dargestellt, um die untersuchten Unterstützungsbeziehungen theoretisch einordnen zu können. Daran anschließend werden die Konzepte mit dem Thema Einsamkeit verbunden. Um die Relevanz von Maßnahmen gegen Einsamkeit hervorzuheben, liefert der Beitrag darüber hinaus einen Überblick über die bisher bekannten individuellen und gesellschaftlichen Folgen von Einsamkeit und den aktuellen Stand der Maßnahmen zur Prävention. Zum Schluss wird eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse der Masterarbeit präsentiert, gefolgt von einem abschließenden Fazit.

2 Einsamkeit

Jeder Mensch hat eine eigene Vorstellung davon, was Einsamkeit bedeutet. Um ein gemeinsames Verständnis zu schaffen, ist eine verbindliche Definition von Einsamkeit und die Abgrenzung zu vermeintlichen Synonymen notwendig. Dazu gehört auch eine Auseinandersetzung damit, wer von Einsamkeit betroffen sein kann. Um gezielte Interventions- und Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, ist ein Verständnis der individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen hilfreich.

2.1 Einsamkeit – ein soziales Stigma

Einem allgemeinen Verständnis nach ist Einsamkeit ein negatives Gefühl. Gesellschaftliche Vorurteile oder der Glaube, an der Einsamkeit selbst schuld zu sein, verstärken die negative Konnotation und den Umstand, dass betroffene Personen die Gründe für ihr Einsamkeitsempfinden tatsächlich nur bei sich selbst sehen (vgl. Ronzheimer 2018). Die Hürde, sich zu öffnen und mit Mitmenschen über die eigene Einsamkeit zu sprechen, wird immer größer (vgl. Stallberg 2021: 11). In der Wissenschaft hat man bereits in den 1980er Jahren damit angefangen, mit derlei Vorurteilen aufzuräumen. Die Einsamkeitsforscher_innen Perlman und Peplau erkannten Einsamkeit als „eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen gewünschte[n] und tatsächliche[n] Beziehungen“ (Peplau und Perlman zit.n. Luhmann 2021: 4). Dies ergänzten Forscher_innen in den 2000er Jahren um die Einsicht, dass die Diskrepanz insbesondere auf die Qualität der Beziehungen und nicht auf deren Quantität zu beziehen ist (vgl. Luhmann 2021: 4). Die „Defizite[] im sozialen Bereich“ (Böger/Huxhold 2014: 10) beruhen jedoch auf subjektiven Empfindungen. Darin liegt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal, um Einsamkeit vom Alleinsein, Alleinleben oder sozialer Isolation abzugrenzen (vgl. Böger/Huxhold 2014: 10; Luhmann 2021: 4). Aus wissenschaftlicher Perspektive ist es entscheidend, dass sich Menschen, die – gemessen an ihren tatsächlichen sozialen Kontakten – als sozial isoliert gelten, nicht zwangsläufig einsam fühlen müssen, wenn sie diese Isolation selbst nicht als solche empfinden. Gleiches gilt für das Alleinleben, das wie das Alleinsein auch positiv wahrgenommen und als ein bewusst gewählter sozialer Zustand betrachtet werden kann (vgl. Luhmann 2021: 4). Im Gegensatz dazu ist „Einsamkeit eine Erfahrung des Entzugs“ (Schellhammer 2018: 4), die die betroffene Person überwinden möchte. Da Einsamkeit sowohl mit Scham behaftet ist als auch subjektiv empfunden wird, ist die Erfassung dieses Zustands herausfordernd.

2.2 Risikofaktoren und Relevanz

In Befragungen des *Sozio-ökonomischen Panels* (SOEP), an denen zwischen 2013 und 2017 rund 30.000 Personen in der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen, gaben ungefähr 14 Prozent an, sich „zumindest manchmal einsam“ zu fühlen (vgl. Entringer 2022: 19). Während der Corona-

Pandemie, im März 2020, stieg der Anteil der Menschen, die sich einsam fühlten, auf 40,1 Prozent und blieb auch 2021 mit 42,3 Prozent hoch (vgl. ebd.: 20). Laut dem *European Quality of Life Survey* sind die Entwicklungen in Bezug auf Einsamkeit in Deutschland auch auf Österreich übertragbar (vgl. Eurofound 2017). In der Umfrage gaben fünf Prozent der Befragten aus beiden Ländern an, sich „meistens oder die ganze Zeit“ (ebd.) einsam zu fühlen. Aufgrund der noch jungen Studienlage in Österreich ist es schwierig, umfassende Aussagen über Einsamkeit in der dortigen Bevölkerung zu treffen. Hier können Forschungsergebnisse aus Deutschland als wichtige Orientierung dienen, um die Bedeutung und Auswirkungen von Einsamkeit auch für Österreich zu verstehen (vgl. Surkalim et al. 2022: 11–13).

Die Einsamkeitsforscherin Maike Luhmann (2021: 19) hat eine Liste von Faktoren erstellt, die das Risiko für Einsamkeit erhöhen können. Einige dieser Faktoren, wie soziales Umfeld, Wohnsituation oder Nutzung sozialer Medien, können direkte Auswirkungen auf das Erleben von Einsamkeit haben und „können somit als unmittelbare Ursachen von Einsamkeit betrachtet werden“ (ebd.: 8). Anderen Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Geschlecht oder Alter schreibt Luhmann nur indirekte Auswirkungen auf das Einsamkeitserleben zu, sie können ihr zufolge aber das Risiko des Auftretens direkter Faktoren erhöhen (vgl. ebd.). In jedem Fall sind unerwartete Veränderungen im Leben einer Person nach Luhmann als Auslöser zu sehen: Sie stellen Risikofaktoren dar, die Einsamkeitsgefühle hervorrufen können (vgl. ebd.: 9).

Erlebt eine Person ein erschütterndes Ereignis wie Verlust oder Wegzug einer nahestehenden Person, bestehen bereits andere Risikofaktoren oder fehlen genügend Schutzfaktoren, kann dies zu einer Abwärtsspirale der Einsamkeit führen (vgl. Jopling 2020). Forschungen zeigen, dass sich diese Abwärtsspirale im ungünstigsten Fall kontinuierlich verschlimmert, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden (vgl. ebd.). Negative Erlebnisse und persönliche (Lebens-)Einstellungen tragen besonders zur Verfestigung von Einsamkeit bei (vgl. Böger/Huxhold 2014: 14; Jopling 2020; Stallberg 2021: 11). Die Auswirkungen haben dabei sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Relevanz. Verfestigte Einsamkeit kann auf der individuellen Ebene zu psychischen und physischen Erkrankungen führen (vgl. Hawkey/Capitatio 2015: 3; Holt-Lunstad/Smith/Baker/Harris/Stephenson 2015; Luhmann 2021: 9). Ebenso kann eine Verstärkung der Einsamkeit bewirken, dass die Betroffenen „beständig Bedrohung, Angst und Feindseligkeit erleben“ (Böger/Huxhold 2014: 14). Gleichzeitig können „überhöhte Erwartungen an zwischenmenschliche Beziehungen“ (Stallberg 2021: 11) den Ausweg aus der Einsamkeit behindern. So können diese subjektiv geprägten Erfahrungen dazu führen, dass die Betroffenen ihre Umgebung und möglicherweise die Welt insgesamt als bedrohlich wahrnehmen (vgl. Luhmann zit.n. Lerch 2018: 44).

Diese Erkenntnisse unterstreichen die Dringlichkeit des Themas sowohl für den Einzelnen als

auch für die Gesellschaft. Dennoch ist weitere Forschung erforderlich. Besonders die Differenzierung zwischen Ursachen und Folgen ist bislang kaum möglich, aber für gezielte Interventionsmaßnahmen unerlässlich (vgl. Luhmann/Bücker 2019: 56).

2.3 Ideen für individuelle und strukturelle Lösungsansätze

Auch UN-Organisationen wie die WHO haben sich 2021 mit dem Gefühl der Einsamkeit beschäftigt und plädieren dafür, Einsamkeit nicht nur auf individueller Ebene zu begegnen (vgl. WHO/ITO/UN DESA 2021: 7). Bisher gibt es keine wissenschaftlich fundierten Belege dafür, dass die von der WHO oder anderen Forscher_innen vorgeschlagenen Interventions- und Präventionsmaßnahmen die beabsichtigte Wirkung erzielen, sodass weitere, spezialisierte Forschung erforderlich ist (vgl. Bücker/Beckers 2023: 44, 46). Dennoch gibt die Literatur Hinweise, welche Richtung die Forschung auf Mikro-, Meso- und Makroebene einschlagen könnte.

Auf der individuellen Ebene sollten die Ziele sein, Beziehungen aufzubauen und zu verbessern, soziale Fähigkeiten zu trainieren, aber auch Menschen zu aktivieren, Möglichkeiten erkennen und nutzen zu können, um Einsamkeit zu überwinden oder ihr vorzubeugen (vgl. Lippke 2021: 4; Mann et al. 2017: 634; WHO/ITO/UN DESA 2021: 8). Mann et al. (2017: 633f.) erwähnen auch indirekte Maßnahmen als wichtige Zugänge, wie die Förderung von Beschäftigung, Wohnmöglichkeiten, Bildung und Selbstwirksamkeit. Eine Sensibilisierung für das Thema unter Betroffenen und Angehörigen sowie bei professionellen Unterstützer_innen, wie Pflegekräften, Ärzt_innen und Sozialarbeiter_innen, zielt wiederum auf die Gemeindeebene ab (vgl. Mann et al. 2017: 634; Jopling 2020: 79; Seewer/Krieger 2023: 230). Auf gesellschaftlicher Ebene ist neben politischer Aufmerksamkeit für das Thema die Bereitstellung finanzieller Mittel für Forschung, Vereine und andere engagierte Gruppen wichtig (vgl. Gibson-Kunze/Arriagada 2023: 15; Luhmann 2021: 12; Mann et al. 2017: 634; Seewer/Krieger 2023: 230; WHO/ITO/UN DESA 2021: 7).

In dem Angebot, das ich in meiner Masterarbeit untersuchte, sah ich das Potenzial, alle drei Ebenen anzusprechen. Dabei interessierte mich besonders die individuelle Ebene und die Frage, inwiefern in Caring Communities tatsächlich bedeutende Beziehungen aufgebaut und die Einbindung in eine Gruppe verwirklicht werden konnten. Um diese Fragen wissenschaftlich valide beantworten zu können, legte ich meiner Forschung die theoretischen Konzepte von Marshall Sahlins und Christian Stegbauer zugrunde. Ihre Überlegungen zu Reziprozität ermöglichten mir festzustellen, worauf in Unterstützungsbeziehungen geachtet werden sollte, wenn sie für alle positiv sein sollen.

3 Reziprozität

Reziprozität bedeutet Gegen- oder Wechselseitigkeit und bezieht sich auf das wechselseitige Geben und Nehmen von Leistungen, Gütern oder Gefälligkeiten. Die Ausführungen des Anthropologen Sahlins und des Soziologen Stegbauer, die im Folgenden erläutert werden, ermöglichen, die Tauschbeziehungen in den untersuchten Caring Communities zu kategorisieren und zu erheben, ob bzw. inwiefern sie das Potenzial haben, Einsamkeit zu begegnen. Bevor man sich mit verschiedenen Formen von Reziprozität auseinandersetzt, ist es wichtig zu verstehen, dass es verschiedene Verteilungs- bzw. Distributionsformen gibt, die Einfluss auf die Beziehung haben.

3.1 Gabe und Tausch

Trenkwalder-Egger beschreibt die Gabe als eine Verteilungsform, bei der eine Person etwas gibt oder geben möchte und die andere Person „entscheiden (kann), ob eine Gabe angenommen wird, ob sie erwidert wird, und wenn ja wann und in welcher Art“ (Trenkwalder-Egger 2016: 93). Die andere Person kann somit selbst entscheiden, ob sie überhaupt am Akt der Verteilung teilnehmen möchte, und falls ja, ob sie diesen mit einer Gegenleistung erwidert. Nimmt sie teil, kann aus der Gabe ein Tausch werden, wobei dieser eine direkte Verteilung zwischen zwei gleichberechtigten, freiwillig tauschenden Personen darstellt (vgl. ebd.: 62). Gabe und Tausch sind somit zwei Distributionsformen, die sowohl komplett unterschiedlich als auch ineinander übergehend sein können und im alltäglichen Leben „in Reinform [...] kaum zu finden sind“ (ebd.: 93).

3.2 Reziprozität nach Marshall D. Sahlins und C. Stegbauer

Reziprozität als „rein formale Typologie“ (Sahlins 2005: 79) kann vereinfacht als Austausch von Gütern gleichen Werts zwischen mindestens zwei Personen verstanden werden. In der praktischen Umsetzung, so stellt Sahlins klar, kann es jedoch keinen reinen Austausch von Gütern geben: „Die Art, wie die Rückgabe erwartet wird, sagt etwas über den Geist aus, der den Tausch bestimmt, über Berechnung und Nichtberechnung, die Unpersönlichkeit, das ihn begleitende Mitleid.“ (Sahlins 2005: 80)

Aus diesem Grund unterscheidet er drei Subtypen der Reziprozität, die sich durch verschiedene Faktoren wie die Ausprägung der sozialen Beziehung beeinflussen lassen (vgl. ebd.). Stegbauer ergänzt diese drei Subtypen um zwei weitere wichtige Aspekte, die soziale Beziehungen beeinflussen (vgl. Stegbauer 2011: 29). Auf alle fünf Typen wird im Folgenden kurz eingegangen.

3.2.1 Generalisierte Reziprozität

Bei der generalisierten Reziprozität handelt es sich entweder um einen Gaben- oder um einen Tauschprozess, wobei der Gabenprozess die Extremform darstellt (vgl. Sahlins 2005: 81f.). Ein Kennzeichen dieser Reziprozität ist die Möglichkeit, dass die Gabe nicht erwidert wird. Findet eine Gegengabe statt, ist sie nicht zeitlich oder wertmäßig festgelegt. Sie orientiert sich daran, was die empfangende Person zurückgeben kann und was die gebende Person benötigt (vgl. ebd.). Wie Abbildung 1 deutlich macht, ist eine starke Beziehung entscheidend für das Funktionieren der generalisierten Reziprozität. Diese ermöglicht die Verzögerung der Gegengabe, den Einbezug weiterer Personen oder auch das Ausbleiben einer Gegengabe. Für diese Art der Reziprozität ist eine Art Vertrauen zwischen den Personen notwendig, wie sie in familiären oder freundschaftlichen Beziehungen oft vorliegt oder beispielsweise in Hausgemeinschaften, die sich durch räumliche Nähe auszeichnen (vgl. ebd.: 81, 85).

3.2.2 Ausgegliche Reziprozität

Bei Sahlins gibt es einen Übergang von der generalisierten zur ausgeglichenen Reziprozität. Dieser ist insbesondere durch die abnehmende Bedeutung der sozialen Beziehung festzustellen. Die ausgeglichene Reziprozität ist durch eine unmittelbare und wertgleiche Gegengabe gekennzeichnet. Die soziale Beziehung hat nicht mehr den hohen Stellenwert, sodass sich Personen auch fremd sein können. Stattdessen gleichen sich die materielle und die soziale Komponente an. Ein Beispiel für ausgeglichene Reziprozität ist der Handel.

Verhältnis Reziprozität und soziale Beziehungen



Abb. 1: Reziprozität und soziale Beziehungen.
Darstellung orientiert an Sahlins (2005: 86).

3.2.3 Negative Reziprozität

Am anderen Ende des Spektrums und als Gegenteil zur generalisierten findet sich die negative Reziprozität. Betrachtet man die drei Faktoren soziale Beziehung, Zeitpunkt und Wert der Gegengabe, zeigt sich dieses Extrem in der Kosten-Nutzen-Abwägung. So besteht das Ziel der negativen Reziprozität darin, „etwas umsonst und ungestraft zu bekommen“ (Sahlins 2005: 83), wobei die soziale Beziehung irrelevant und dem Ziel der Kosten-Nutzen-Maximierung untergeordnet ist.

3.2.4 Reziprozität von Positionen

Stegbauer nennt zwei Reziprozitäten, die die soziale Beziehung näher unter die Lupe nehmen. Er legt dar, dass jede Position eine Gegenposition benötigt, um zu existieren, wobei Stegbauer als Beispiel die Positionen der Lehrer_innen und Schüler_innen nennt (vgl. Stegbauer 2011: 29f.). Bei der Reziprozität von Positionen geht es entsprechend um Hierarchien zwischen den Tauschenden, die wiederum „eine wertorientierte Äquivalenz der Tauschgüter oder -leistungen ausschließen“ (ebd.: 30) kann.

3.2.5 Reziprozität der Perspektive

Die Reziprozität der Perspektive ist eng verbunden mit der Reziprozität von Positionen. Sie beschreibt die Fähigkeit, gedanklich die Position der anderen Person einnehmen zu können (vgl. Stegbauer 2011: 99f.). Dieser Perspektivenwechsel ist Voraussetzung, damit ausgeglichene Reziprozität entstehen kann, da nur so verstanden werden kann, was die andere Person (wahrscheinlich) erwartet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass beim Tausch einerseits der Wert der Unterstützung und der Zeitpunkt der Gegenseitigkeit von Bedeutung sind und andererseits die soziale Beziehung im Tausch- oder Handelsakt. Hier geben die Positionen der Personen und die Relevanz der Perspektiven weiteren Aufschluss über die Beziehungen, die wiederum die Art des Tauschakts beeinflussen. Die Kategorisierung der Art der Tauschbeziehung hilft dabei, real praktizierte und gewünschte Tauschbeziehungen voneinander zu unterscheiden und zu verstehen, wieso Wunsch und Realität nicht für alle am Tauschakt Teilnehmenden kongruent sind. Durch dieses Raster lässt sich schlussendlich eruieren, welche Bedingungen vorliegen müssen, um gegen Einsamkeit wirken zu können.

4 Erhebung in zwei Caring Communities

4.1 Methodisches Vorgehen

Für meine Masterarbeit wurden zwei Gruppendiskussionen mit fünf bzw. sechs Proband_innen geführt. Die Proband_innen gehörten alle einer Caring Community an, die das Ziel hatte, dass man entweder anderen Mitgliedern Unterstützung anbietet oder von diesen Unterstützung bekommt. Die Besonderheit der CCs war die Verknüpfung ihres Angebots mit einem Zeitkonto: Wer Unterstützung bekommen möchte, löst dafür Zeit auf dem eigenen Zeitkonto ein. Wer Unterstützung gibt, bekommt Zeit gutgeschrieben. Innerhalb der Gruppen wird neben den Organisator_innen zwischen den Rollen ‚Betreute‘ und ‚Helfer_in‘ unterschieden. Ein Wechsel der Rolle ist grundsätzlich nach Absprache möglich (vgl. Plum 2024: 66). Es konnten zwei Betreute, drei Helfer_innen und fünf Organisator_innen für die Teilnahme gewonnen werden.

4.2 Ausgewählte Ergebnisse

Die theoretischen Modelle von Sahlins (2005) und Stegbauer (2011) liefern wichtige Hinweise darauf, was bei der Ausgestaltung der Unterstützungsleistung der Caring Communities entscheidend ist, damit diese gegen Einsamkeit wirken können. Als zentral stellte sich die von den CCs vorgegebene Unterscheidung der beiden Rollen ‚Betreute‘ oder ‚Helfende‘ heraus. Aus dieser Konstellation ergaben sich für die Erhebung drei Untersuchungsaspekte: die Art des Unterstützungsprozesses (Distributionsform), das Verständnis für die andere Rolle und die Beziehung zueinander. Mit Bezug zum Thema Einsamkeit wurden zusätzlich die Risikofaktoren und die Bedeutung des Angebots herausgearbeitet.

4.2.1 Nennung von Risikofaktoren und Austauschbedarf

Die Proband_innen nennen explizit die Lebensereignisse Pensionseintritt, Krankheit, Zuzug, Betreuung von Angehörigen oder auch den Mangel an sozialen Kontakten als Gründe dafür, weshalb jemand Unterstützung braucht oder sich ihrer Gruppe anschließt. Diese Ereignisse finden sich auch unter den Risikofaktoren nach Luhmann (vgl. Luhmann 2021: 8). Einer teilnehmenden Person fiel auch der erhöhte Gesprächsbedarf bei Betreuten auf. Zusätzlich wurde zur Stärkung der sozialen Beziehungen der Wunsch nach mehr Gruppentreffen für Helfende geäußert. Die von den Proband_innen genannten Gründe, weshalb Menschen ihre Gruppe aufsuchen, decken sich auch mit Auslösern für Einsamkeit.

4.2.2 Wertschätzen der Angebotsgestaltung

Besteht einmal Kontakt zur Gruppe, so wird positiv hervorgehoben, wird man zügig, unkompliziert und mit geringen Bedarfen unterstützt. Darüber hinaus bedeutet es für die Helfenden, sich einerseits mit ihren Stärken einbringen zu können, andererseits nur in dem Ausmaß, welches sie sich selbst aussuchen:

„[I]ch nehme die Dienste in Anspruch und ich genieße das total, dass die [TN_2] mit mir jetzt baden gehen kann, das ist ganz super. Super, dass sie es macht. Und es ist einfach schön, dass man das machen kann, weil man nicht mehr so gut beieinander ist.“ (GD1: TN_3)

Da es insbesondere am Anfang schwerfallen kann, das Angebot zu kontaktieren und anzunehmen, lohnt es sich, die weiteren Merkmale der Unterstützungsbeziehung näher zu betrachten.

4.2.3 Wahrnehmung eines Gabenprozesses

Die durch die Struktur der CCs vorgegebene Distributionsform, dies zeigt der Abgleich mit der theoretischen Darstellung, ist durch das Zeitkonto eindeutig ein Tauschprozess: Eine Person leistet Unterstützung und erhält dafür eine Zeitgutschrift, eine andere erhält Unterstützung und gibt dafür Zeit vom Konto ab. In der Wahrnehmung der Proband_innen scheint es jedoch so zu sein, dass sich die Distributionsform in Richtung der Gabe verschiebt bzw. dass sich die Formen Gabe und Tausch vermischen. Diese Vermischung zeigt sich auch darin, dass Helfende ihre Unterstützung oft als Geschenk verstehen, das die empfangende Person annehmen kann, wenn sie momentan Hilfe benötigt (vgl. Plum 2024: 79). So spielt bei den Helfenden für ihre Unterstützung das Zeitkonto nur eine nebensächliche Rolle, den Empfänger_innen fällt die Annahme der Unterstützung trotz der Gegenleistung über ihr Zeitkonto schwer (vgl. ebd.: 64). Die vorgegebene Differenzierung der beiden Rollen in Helfende und Betreute verhindert gleichzeitig, dass ein flexibler Rollenwechsel stattfinden kann. Die nur monatlich stattfindende Aktualisierung des Zeitkontos verstärkt die Einordnung hin zu einem Gabenprozess, da eine mögliche Gegengabe zeitlich stark versetzt vonstattengeht, obwohl durch das Zeitkonto eigentlich ein Tausch stattfindet (vgl. ebd.: 61).

Auch wenn das Zeitkonto bei den Mitgliedern nur eine untergeordnete Bedeutung einzunehmen scheint, erkennen Außenstehende insbesondere darin die Besonderheit:

„Also habe ich schon gehört oft, das ist schon was Besonderes, weil so dieses Thema ja doch sehr verbreitet ist, dass es in der Öffentlichkeit ist. Man braucht

immer mehr Hilfe und wir haben zu wenig und es ist ja präsent. [...] Somit ja, da kann ich ja selbst was dafür machen.“ (GD2: TN_6)

Die Bedeutung der Distributionsform wird durch die unterschiedlichen Positionen unterstrichen, wobei die Reziprozität von Perspektiven durch die Trennung der Rollen ebenso zu beachten ist.

4.2.4 Helfer_in als favorisierte Rolle

Die Reziprozität der Positionen bezieht sich auf die Hierarchie, die zwischen den Beteiligten bestehen kann. Drei Personen, die selbst bereits Unterstützung erhalten haben, scheinen eine Ungleichheit zwischen den Rollen wahrzunehmen. Alle drei möchten ebenfalls Unterstützung anbieten und nicht nur empfangen (vgl. Plum 2024: 67).

„Aber sobald man wieder selber halbwegs fit ist, denke ich, ich will auch anderen was geben. Wenn ich gut, wenn ich gesund bin, will ich auch anderen etwas geben.“ (GD2: TN_10)

Eine helfende Person erwähnte, die gesparte Zeit erst einlösen zu wollen, wenn wirklich Bedarf an Unterstützung besteht. Gleichzeitig ist eine wesentliche Motivation der Helfenden, etwas zurückzugeben. Stegbauer betont, dass eine Rolle nur existieren kann, wenn auch die andere vorhanden ist (vgl. Stegbauer 2011: 29f.). Das Bewusstsein darüber, dass die Rolle der Helfenden nur existieren kann, wenn ihre Unterstützung von Betreuten angenommen wird, kann zu einer Abflachung der Hierarchien führen. Hierbei hilft auch die Reziprozität von Perspektiven, also die Fähigkeit einer Person, sich in die Lage einer anderen zu versetzen, deren Blickwinkel einzunehmen und aus deren Sicht zu denken. Diesbezüglich konnte festgestellt werden, dass die Helfenden durchaus nachvollziehen konnten, dass es schwierig sein kann, Hilfe anzunehmen.

Stegbauer betont, dass die Reziprozität der Perspektiven entscheidend ist, um ausgeglichene Reziprozität zu ermöglichen (vgl. Stegbauer 2011: 100). Es ist ein wichtiger Schritt, um die Hierarchie zwischen den beiden Rollen zu erkennen und zu verringern und so die Annahme von Unterstützung zu erleichtern.

4.2.5 Bedeutung der sozialen Beziehungen

Für alle Proband_innen waren die sozialen Beziehungen und die Gemeinschaft innerhalb ihrer Gruppe von zentraler Bedeutung. So wurde Sympathie und Vertrauen vorausgesetzt, aber auch aktives Interesse an der anderen Person gezeigt (vgl. Plum 2024: 72–74). Obwohl nicht alle die

gleiche Intensität von Gemeinschaftlichkeit suchten, waren sich alle einig, dass Vertrauen und Sympathie für den Austausch von Unterstützungsleistungen wesentlich sind (vgl. ebd.: 64, 72f., 76f.).

„Und dann auch, dass sie sich kennenlernen. Und das wissen sie auch, wenn es nicht das Gefühl, es würde nicht passen, dann dürften sie mit gutem Gewissen sagen: Nein. Das ist für mich ganz, ganz wichtig. Das kriegen sie auch immer als Info von mir. So verpackt, dass sie nicht das schlechteste Gewissen haben müssten, wenn sie sagen nein, lieber nicht. Aus irgendeinem Grund.“ (GD2: TN_6)

Der Wunsch nach einem Tauschprozess innerhalb der CCs spricht deutlich für eine Form der ausgeglichenen Reziprozität nach Sahlins. Gleichzeitig hat die soziale Beziehung eine ähnlich zentrale Bedeutung, wie sie bei der generalisierten Reziprozität vorausgesetzt wird. Die konkrete Praxis in den CCs bewegt sich somit zwischen der ausgeglichenen und der generalisierten Reziprozität, wobei Beziehung und Tauschprozess nicht gegeneinander ausgespielt, sondern die Bedeutung beider für die Proband_innen anerkannt werden sollten.

5 Fazit

In meiner Masterarbeit habe ich mich damit auseinandergesetzt, wie Einsamkeit begegnet werden kann. Das Angebot der untersuchten CCs und damit die Möglichkeit, sich in eine Gemeinschaft einbringen zu können und (gleichzeitig) Unterstützung zu bekommen, stellt eine vielversprechende Option dar. Die Ergebnisse zeigen, welches Potenzial in dem Angebot steckt. Sie machen aber auch deutlich, worauf bei der Ausgestaltung noch geachtet werden sollte, damit möglichst viele profitieren.

Für alle Proband_innen ist die soziale Beziehung von hoher Bedeutung. Dabei sind sowohl die Beziehungen zwischen Personen mit unterschiedlichen Rollen als auch mit derselben Rolle genannt worden. In erster Linie geht es den Proband_innen um die Qualität der sozialen Beziehung, was auch positiv gegen Einsamkeit wirken kann. Um bei der Qualität der Beziehung anzusetzen, könnten die bereits von den Proband_innen vorgeschlagenen Gruppentreffen ausgeweitet werden.

Von Proband_innen, die selbst bereits Unterstützung angenommen haben, wurde betont, dass auch sie gerne Unterstützung geben möchten. Dies deutet darauf hin, dass sie die Distributionsform eines Tauschs bevorzugen, in der Erwartung, dass es das Annehmen von Unterstützung erleichtern würde. Um gegen ein negatives Gefühl wie Einsamkeit zu wirken, ist die Wertigkeit der eigenen Rollen, die auch die Qualität der sozialen Beziehung beeinflusst, bedeutsam. Hier hat das Angebot

bereits viel Potenzial, tatsächlich gegen Einsamkeit zu wirken.

Aus den Theorien von Sahlins und Stegbauer, durch die Strukturen der CCs und die Äußerungen der Proband_innen ergaben sich vielversprechende Ideen, um auf den Wunsch nach einem Tauschakt einzugehen. So steckt im Zeitkonto enormes Potenzial, um beide Rollen in ihrer Wertigkeit und Position mehr anzugleichen. Eine unmittelbare Tauschaktion könnte das Zeitkonto in den Vordergrund rücken, ebenso könnte ein flexibler Rollenwechsel ermöglichen, dass immer wieder die Perspektive der anderen Rolle eingenommen wird. Eine dritte Möglichkeit ist die Förderung des Bewusstseins, dass jede Unterstützung, die jemand leisten will, auch jemanden braucht, der diese Unterstützung annimmt – wodurch nicht nur der betreuten Person, sondern auch der helfenden etwas Gutes getan wird. Inwiefern die drei Ideen auch die Prävention oder Verringerung von Einsamkeit ermöglichen, müsste natürlich erneut untersucht werden. Ohne die Erweiterung und Bewusstseinsförderung zum Thema Einsamkeit wird es allerdings nicht gehen.

Zu guter Letzt sei hervorgehoben, dass sich auch Angebote der Gemeinwesenarbeit, die Einsamkeit adressieren sollen, mit den Risikofaktoren auseinandersetzen müssen, um ausgehend von der nötigen Sensibilisierung mögliche Betroffene unterstützen zu können. Geht es um Peer-Group-Unterstützungen, helfen die Überlegungen von Sahlins und Stegbauer, das eigene Angebot kritisch zu reflektieren, um die Reziprozitätsform zu untersuchen, mögliche Hierarchieunterschiede zu erkennen und die sozialen Beziehungen zu betrachten.

Literaturverzeichnis

Baarck, Julia/Balahur, Alexandra/Cassio, Laura/d’Hombres, Béatrice/Pásztor, Zsuzsanna/Tintori, Guido (2021): Loneliness in the EU: Insights from surveys and online media data. Joint Research Center der Europäischen Kommission. <https://data.europa.eu/doi/10.2760/28343>

Böger, Anne/Huxhold, Oliver (2014): Ursachen, Mechanismen und Konsequenzen von Einsamkeit im Alter. In: Informationsdienst Altersfragen, 41(1), S. 9–14.

Bücker, Susanne/Beckers, Aline (2023): Evaluationen von Interventionen gegen Einsamkeit. Kompetenznetz Einsamkeit. <https://kompetenznetz-einsamkeit.de/download/4788/?tmstv=1678965306> (12.08.2024).

Entringer, Theresa (2022): Epidemiologie von Einsamkeit in Deutschland. Kompetenznetz Einsamkeit. <https://kompetenznetz-einsamkeit.de/download/2876/> (11.08.2024).

Eurofound (2017): European Quality of Life Survey 2016: Health and mental well-being: I have felt lonely. <https://www.eurofound.europa.eu/en/data-catalogue/european-quality-life-survey> (11.08.2024).

Gibson-Kunze, Martin/Arriagada, Céline (2023): Maßnahmen, Vorbeugung und Linderung von Einsamkeit in Deutschland. Eine Systematisierung. Kompetenznetz Einsamkeit. <https://kompetenznetz-einsamkeit.de/download/5859/?tmstv=1691583336> (12.08.2024).

Hawkley, Louise C./Capitanio, John P. (2015): Perceived social isolation, evolutionary fitness and health outcomes: a lifespan approach. In: Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences, Nr. 1669, 370. Jg., <http://dx.doi.org/10.1098/rstb.2014.0114>

Holt-Lunstad, Julianne/Smith, Timothy B./Baker, Mark/Harris, Tyler/Stephenson, David (2015): Loneliness and Social Isolation as Risk Factors for Mortality. In: Perspectives on Psychological Science, 10(2), S. 227–237.

Jopling, Kate (2020): Promising Approaches Revisited: Effective action on loneliness in later life. https://www.campaigntoendloneliness.org/wp-content/uploads/Promising_Approaches_Revisited_FULL_REPORT.pdf (11.08.2024).

Lerch, Eva-Maria (2018): Ganz Allein. In: Publik-Forum, Nr. 08/2018, S. 43–45.

Lippke, Sonia (2021): Einsamkeit – erkennen, evaluieren und entschlossen entgegenzutreten: Ganzheitlicher Ansatz aus gesundheitspsychologischer Perspektive. Stellungnahme. <https://www.researchgate.net/publication/350836348> (16.09.2024).

Luhmann, Maike (2021): Einsamkeit – Erkennen, evaluieren und entschlossen entgegenzutreten. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 19.04.2021. Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. <https://www.bundestag.de/resource/blob/833358/0924ddceb95ab55db40277813ac84d12/19-13-135b-data.pdf> (11.07.2024).

Luhmann, Maike/Bücker, Susanne (2019): Einsamkeit und soziale Isolation im hohen Alter. Projektbericht. Ruhr-Universität Bochum.

Mann, Farhana/Bone, Jessica K./Lloyd-Evans, Brynmor/Frerichs, Johanna/Pinfold, Vanessa/Ma, Ruimin/Wang, Jingyi/Johnson, Sonia (2017): A life less lonely: the state of the art in interventions to reduce loneliness in people with mental health problems. In: *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, 52(6), S. 627–638.

Noack, Michael (2022): *Soziale Arbeit und Einsamkeitsregulation. Subjektives Einsamkeitserleben erkennen und verstehen*. Weinheim: Beltz Juventa.

Plum, Inga (2024): *Einsamkeit im Sozialraum begegnen. Eine qualitative Untersuchung reziproken Handelns in Caring Communities und ihre Möglichkeiten für die Gemeinwesenarbeit*. Unveröffentlichte Masterarbeit. Innsbruck: Management Center Innsbruck.

Ronzheimer, Hanna (2018): *Einsamkeit – die neue Volkskrankheit*. Science@ORF.at. <https://science.orf.at/v2/stories/2915401/> (13.11.2024).

Sahlins, Marshall D. (2005): Zur Soziologie des primitiven Tauschs. In: Adloff, Frank/Mau, Steffen (Hg.): *Vom Geben und Nehmen: zur Soziologie der Reziprozität*. Frankfurt am Main: Campus, S. 73–91.

Schellhammer, Barbara (2018): Eine phänomenologische Annäherung an die Erfahrung der Einsamkeit. In: *Internationale Zeitschrift für Philosophie und Psychosomatik*, Nr. 02/2018, <https://www.researchgate.net/publication/340502352> (11.07.2024).

Seewer, Noëmi/Krieger, Tobias (2023): *Interventionen gegen Einsamkeit und ihre Wirksamkeit*. In: Arlt, Leon/Becker, Nora/Mann, Sara/Wirtz, Tobias (Hg.): *Kulturen der Gesellschaft*. Bielefeld: transcript, S. 227–254.

Stallberg, Friedrich W. (2021): *Die Entdeckung der Einsamkeit: der Aufstieg eines unerwünschten Gefühls zum sozialen Problem*. Wiesbaden: Springer VS.

Stegbauer, Christian (2011): *Reziprozität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Surkalim, Daniel L./Luo, Mengyun/Eres, Robert/Gebel, Klaus/Buskirk, Joseph van/Bauman, Adrian/Ding, Ding (2022): The prevalence of loneliness across 113 countries: systematic review and meta-analysis. <https://www.bmj.com/content/376/bmj-2021-067068> (20.09.2024).

Trenkwalder-Egger, Andrea (2016): Sharing und caring: das Phänomen der Gabe in der sozialen Arbeit. Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress.

WHO/ITO/UN DESA – World Health Organizations/International Telecommunications Union/United Nations Department of Economic and Social Affairs (2021): Social Isolation and Loneliness among Older People: Advocacy Brief. Genua: World Health Organization.

Über die Autorin

Inga Plum, BA MA

i.plum@posteo.de

Inga Plum hat an der Ostfalia HaW Wolfenbüttel Soziale Arbeit im Bachelor studiert und u.a. im ambulant betreuten Einzelwohnen gearbeitet, wo ihr das Thema Einsamkeit vielfach begegnete. 2024 absolvierte sie das Masterstudium „Soziale Arbeit, Sozialpolitik und -management“ am MCI in Innsbruck.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Trauma-Informed Care
Arbeit mit potentiell traumatisierten Menschen

Zoé Schulmeister

Zusammenfassung

Trauma-Informed Care (TIC) ist ein Ansatz, der das Vorhandensein von Trauma-Symptomen und die Rolle, die ein Trauma im Leben einer Person spielen kann, anerkennt. Die meisten Personen, die später in Einrichtungen der Sozialarbeit betreut werden, haben traumatische Erfahrungen in der Kindheit, in der Jugend oder im Erwachsenenalter gemacht. Um Langzeitfolgen entgegenzuwirken und Fehldiagnosen bzw. Retraumatisierungen vorzubeugen, wurde in den USA das Konzept Trauma-Informed Care entwickelt. Der Ansatz ist in Österreich allerdings bisher kaum bekannt. Es stellt sich die Frage, inwieweit TIC Sozialarbeiter*innen in Österreich bei ihrer Arbeit mit Menschen unterstützen kann.

Im vorliegenden Beitrag wird zunächst erläutert, was Traumata und posttraumatische Belastungsstörungen sind, wie sie entstehen und welche Auswirkungen sie auf Einzelpersonen haben. Im Anschluss werden die Ergebnisse einer Befragung vorgestellt, die mit Expert*innen aus den USA und Österreich zu TIC und der Arbeit mit traumatisierten Personen geführt wurde. Dabei zeigte sich, dass Trauma-Kenntnisse bei der Arbeit mit Menschen von zentraler Bedeutung sind, während es zugleich eine diesbezügliche Lücke in der Ausbildung von Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen gibt. Der Beitrag macht deutlich, dass der Einsatz von TIC in Österreich von großem Nutzen für das Gesundheitssystem sein könnte.

Schlagerworte: Trauma-Informed Care (TIC), Trauma, Traumata, Traumafolgen, Traumaforschung, Trauma-Kenntnisse, Trauma und Soziale Arbeit

Abstract

Trauma-Informed Care (TIC) is an approach that acknowledges and describes the traumatic experiences of human services clients. The majority of individuals who subsequently receive care in social work institutions have experienced traumatic events during their childhood or adulthood. In order to address these long-term consequences and to prevent misdiagnosis or retraumatisation, the concept of Trauma-Informed Care was developed in the USA. The approach is relatively new in Austria. It is therefore pertinent to enquire the extent to which TIC can support social workers in Austria in their work with people.

This paper begins by defining trauma and post-traumatic stress disorder, elucidating their etiology and the effects they have on individuals. The findings of a survey conducted with experts from the USA and Austria on TIC and working with traumatised people are then presented. The research shows that trauma knowledge is of the utmost importance for working with people. Furthermore, it highlights a deficit in the training of social workers and social pedagogues, and

ultimately concludes that the implementation of TIC in Austria would result in significant benefits to the health system.

Keywords: trauma-informed care (TIC), trauma, consequences of trauma, trauma research, trauma knowledge, trauma and social work

1 Einleitung

Trauma-Informed Care (TIC) wurde für die Implementierung in sozialen Einrichtungen entwickelt, um die Anzeichen, Symptome und Auswirkungen von Traumata bei Adressat*innen, Familien und Mitarbeiter*innen zu erkennen, zu verstehen und angemessen darauf reagieren zu können. Der Großteil der Personen, die in Einrichtungen Sozialer Arbeit betreut und beraten werden, hatte traumatisierende Erlebnisse in der Kindheit, in der Jugend oder im Erwachsenenalter. Wie die Studie *Adverse Childhood Experiences (ACE)* (1998) zeigt, haben bestehende Kindheitstraumata dramatische Auswirkungen auf die körperliche und psychische Gesundheit und stellen somit eine wichtige Determinante im Gesundheitssystem dar (vgl. Felitti et al. 1998: 245–258).

Ziel von TIC ist die Bereitstellung von Unterstützungsangeboten in einer Form, die für potenziell traumatisierte Menschen zugänglich und geeignet ist, wobei es nicht um die Behandlung von Symptomen oder Problemen im Zusammenhang mit Traumata geht. Dieser Ansatz scheint im deutschsprachigen Raum bisher kaum bekannt zu sein, da TIC bislang kaum Eingang in die deutschsprachige Forschungsliteratur gefunden hat. Es stellt sich folglich die Frage, inwiefern Trauma-Informed Care Sozialarbeiter*innen in Österreich bei ihrer Arbeit mit traumatisierten Menschen unterstützen kann.

Sozialarbeiter*innen begegnen im beruflichen Kontext mit hoher Wahrscheinlichkeit Menschen, die traumatisiert sind bzw. an den Folgen einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leiden. Oft bieten jedoch Institutionen ihre Dienste an, ohne der Annahme adäquat begegnen zu können, dass die meisten ihrer Adressat*innen Traumata erlebt haben. Dies kann dazu führen, dass notwendige und hilfreiche Interventionen nicht getätigt werden oder es zu einer Retraumatisierung kommt, die die zukünftige Zusammenarbeit mit den betroffenen Adressat*innen erschwert oder unmöglich macht (vgl. Fallo/Harris 2008: 3–10).

Der vorliegende Artikel stützt sich maßgeblich auf die Ergebnisse einer empirischen Forschungsarbeit, die im Zuge der Erstellung meiner Bachelorarbeit im Jahr 2022 an der FH Burgenland durchgeführt wurde. Für die Sammlung des Datenmaterials wurden Expert*inneninterviews durchgeführt, einerseits mit Expert*innen österreichischer Institutionen wie Kinder- und Jugendhilfe (KJH), Psychosozialer Dienst (PSD), *Jedmayer, Verein Initiative zur psycho-sozialen therapeutischen u sozial-kulturellen Integration* (ESRA) und *Neustart*, andererseits mit einer Professorin für Soziale Arbeit und TIC-Expertin der University of Maryland sowie der Institutsleiterin des „California Center of Excellence for TIC“. Die Auswertung der gewonnenen Daten erfolgte mittels deduktiver Inhaltsanalyse nach Mayring (2010). Im Ergebnis verdeutlicht die Forschungsarbeit die Relevanz von Trauma-Kenntnissen in der Sozialen Arbeit und die Notwendigkeit, diese in der Ausbildung zu implementieren.

2 Trauma und Psychotraumatologie

Trauma bedeutet ursprünglich Wunde, Verletzung oder Schaden und kommt aus dem Altgriechischen, wobei der Begriff sowohl für körperliche als auch für psychische und emotionale Verletzungen verwendet werden kann. Dieser Artikel handelt ausschließlich von den psychischen und emotionalen Verletzungen und deren weitreichenden Folgen für das Leben der Betroffenen. Psychotraumatologie ist eine recht junge Wissenschaft, die definiert werden kann als „Erforschung seelischer Verletzungen in Entstehungsbedingungen, aktuellem Verlauf sowie ihren unmittelbaren und Langzeitfolgen“ (Fischer/Riedesser 2009: 17). Das Störungsbild der Trauma-Langzeitfolgen, sogenannte Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), wurde im Zusammenhang mit den Folgen des Vietnamkriegs entwickelt. Im Jahr 1980 wurde es in das DSM II, das internationale Klassifikationsschema der Weltgesundheitsorganisation, aufgenommen und wie folgt definiert: Ein psychisches Trauma ist eine seelische Verletzung oder Wunde, eine „Reaktion auf ein belastendes Ereignis oder eine Situation kürzerer oder längerer Dauer, mit außergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigem Ausmaß, die bei fast jedem eine tiefe Verzweiflung hervorrufen würde“ (BMSGPK 2024: 218).

Ob ein belastendes Ereignis die Qualität eines Traumas hat, lässt sich somit an den Folgen erkennen. Eine Erfahrung kann kurz- oder langfristige psychische Reaktionen hervorrufen, von einem Trauma spricht man allerdings erst, wenn die Folgen manifest sind (vgl. Fischer/Riedesser 2009: 63). Empirische Untersuchungen zeigen, dass statistisch gesehen 20 bis 60 Prozent der Menschen mindestens ein traumatisches Ereignis in ihrem Leben durchleben (vgl. Maercker 2017: 15). Traumafolgen treten am häufigsten und schwersten in Folge eines interpersonellen Traumas auf, vor allem wenn dieses über einen längeren Zeitraum stattfindet (vgl. Gebrande 2021: 35).

Traumatische Erfahrungen verändern die Stressregulationsfähigkeit auf der biologischen Ebene. Somit sind Traumafolgen teilweise direkte Stresserkrankungen, die auf die psychobiologischen Stresssysteme einwirken. Dauernde Aktivierung von Stresssystemen und Schwierigkeiten bei der Stressregulation führen zu einer Umgestaltung der Stressachsenreaktion mit möglichen negativen Auswirkungen auf den Organismus. Um eine Verbesserung der stressassoziierten Biomarker (z.B. Blutdruck, Herzfrequenz) zu bewirken, sind Behandlungsansätze, die nur auf das Trauma fokussieren, möglicherweise nicht ausreichend (vgl. Ehrental/Stoffel/Ditzen 2019: 100–103). Wichtige Erkenntnisse zu Trauma und Psychotraumatologie liefert die *Adverse-Childhood-Experiences*-Studie, die im Folgenden näher betrachtet wird.

3 Die ACE-Studie

Die ACE-Studie ist eine Langzeitstudie mit einer Beteiligung von 17.000 erwachsenen US-Amerikaner*innen, die 1998 veröffentlicht wurde. Der aktuelle Gesundheitszustand der Studienteilnehmer*innen wurde mit negativen Kindheitserfahrungen, die teilweise Jahrzehnte zurücklagen, abgeglichen. Je mehr Kindheitstraumata eine Person erlebt hatte (pro erhobenem Erlebnis 1 Punkt), desto höher war der ermittelte Score (1 bis 10). Im Rahmen der ACE-Studie wurden folgende Kindheitserlebnisse als Traumata bewertet:

1. körperliche Misshandlung
2. sexualisierte Gewalt
3. emotionaler Missbrauch
4. körperliche Vernachlässigung
5. emotionale Vernachlässigung
6. das Miterleben häuslicher Gewalt
7. Suchtmittelmissbrauch im Haushalt
8. psychische Erkrankungen im Haushalt
9. Trennung/Scheidung der Eltern
10. Inhaftierung eines Familienmitglieds

Die ACE-Studie stellt einen starken Zusammenhang zwischen negativen Kindheitserfahrungen und der psychischen und körperlichen Gesundheit im Erwachsenenleben sowie den Haupttodesursachen in den Vereinigten Staaten fest. Es wurde deutlich, dass negative Kindheitserfahrungen häufig auftreten und im weiteren Lebensverlauf negative gesundheitliche Auswirkungen haben. So hat sich etwa gezeigt, dass Menschen, die mehrere Kindheitstraumata mit sich tragen, eher und früher zu Raucher*innen werden und damit auch ein höheres Risiko haben, Krankheiten wie eine *Chronic Obstructive Pulmonary Disease* (COPD) zu entwickeln. Diese Kombination macht Traumata zu einem der wichtigsten, wenn nicht sogar zu *der* wichtigsten Determinante im Gesundheitssystem (vgl. Felitti 2002: 44–46).

4 Anerkennung von Trauma im sozialarbeiterischen Setting

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Berufsgruppe der Sozialarbeiter*innen im professionellen Kontext mit Menschen arbeitet, die Traumata erlebt haben oder an den Folgen einer PTBS leiden. Daher ist es notwendig, Sozialarbeiter*innen für die Arbeit mit traumatisierten Adressat*innen mit Methoden und Ressourcen auszustatten, um in einem professionellen Setting

adäquat mit ihnen umgehen zu können. Eine dieser Methoden stellt das Konzept der Trauma-Informed Care dar, das im Folgenden vorgestellt wird.

5 Trauma-Informed Care

Trauma-Informed Care (TIC) ist ein Konzept, das die Behörde *Substance Abuse and Mental Health Services Administration* (SAMHSA), eine Abteilung zur landesweiten Förderung der psychischen Gesundheit innerhalb des US-Gesundheitsministeriums, entwickelt hat. TIC wurde für Humandienstleistungen und basierend auf Erkenntnissen der Trauma-Forschung konzipiert und geht davon aus, dass Adressat*innen des Settings potentiell traumatisiert sind:

„Dieser Zugang setzt voraus, dass ein Programm, eine Organisation oder ein System Anzeichen und Symptome von Traumata bei Adressat*innen erkennen, sich deren weitreichenden Auswirkungen bewusst sind und um mögliche Wege der Genesung wissen. TIC integriert Wissen und Erkenntnisse über Traumata in Richtlinien, Verfahren und Praktiken und setzt aktive Maßnahmen, um eine mögliche Re-Traumatisierung zu verhindern.“ (SAMHSA 2014: 8; eigene Übersetzung)

Anstoß für die Entwicklung von TIC war die Erkenntnis, dass Mitarbeiter*innen in Betreuungseinrichtungen für Kinder häufig nicht für den Umgang mit Traumata sensibilisiert sind. Um Institutionen oder Organisationen in Trauma-sensible Systeme umzustrukturieren, bedarf es der Entwicklung einer kultursensiblen Infrastruktur, die adäquat auf die Menschen eingeht (vgl. Ko et al. 2008: 397–400). Der Ansatz erfordert entsprechend einen Paradigmenwechsel: Die Frage lautet nicht mehr „Was stimmt mit dieser Person nicht?“, sondern „Was ist dieser Person passiert?“ (vgl. Fallot/Harris 2008: 6).

Ziel von TIC ist die Bereitstellung von Unterstützungsangeboten in einer Form, die für potenziell traumatisierte Menschen geeignet und barrierefrei ist. Erst wenn eine Organisation ihre Dienste dergestalt adäquat anbietet, kann davon gesprochen werden, dass sie tatsächlich allen Menschen zur Verfügung stehen. Sind Arbeitsprozesse nicht nach dem Ansatz von TIC ausgestaltet, steigt die Wahrscheinlichkeit einer Retraumatisierung der Adressat*innen und einer Sekundärtraumatisierung der Mitarbeiter*innen (vgl. Harris/Fallot 2001: 5). Der Begriff ‚sekundäre Traumatisierung‘ meint eine Traumatisierung von Menschen, die mit den Primär-Trauma-Opfern in Kontakt sind, als natürliche Reaktion, die durch das Wissen entsteht, dass ein anderer Mensch ein traumatisches Ereignis erlebt hat (vgl. Gies 2009: 1).

Insgesamt bedeutet ‚Trauma-Informed‘ also zum einen, dass es ein Wissen über die

potentielle Traumatisierung der Adressat*innen gibt, und zum anderen, dass Verständnis darüber vorliegt, welche Auswirkungen das vergangene Trauma auf das gegenwärtige Leben hat. Das erleichtert die Zusammenarbeit mit Adressat*innen oder macht sie überhaupt erst möglich (vgl. Harris/Fallot 2001: 3–4).

5.1 Sechs Prinzipien von TIC

Die Leitprinzipien von TIC sollen als Rahmen für die Arbeit in Organisationen dienen, um die Wahrscheinlichkeit von Retraumatisierungen zu verringern und werden im Folgenden aufgezählt und beschrieben (vgl. dazu auch SAMHSA 2014: 10).

1. Sicherheit

Förderung eines Sicherheitsgefühls für alle Mitarbeiter*innen und Adressat*innen einer Organisation.

2. Vertrauen und Transparenz

Um das Vertrauen von Mitarbeiter*innen und Adressat*innen zu gewinnen, müssen die Entscheidungen einer Organisation transparent getroffen werden. Je mehr Wahlmöglichkeiten und Kontrolle Adressat*innen bei der Inanspruchnahme einer Leistung haben, umso wahrscheinlicher ist ihre Kooperationsbereitschaft und umso effektiver sind die Unterstützungsangebote.

3. Unterstützung durch Peers

Personen, die ebenfalls traumatische Erfahrungen gemacht haben, können eine wichtige Ressource darstellen.

4. Zusammenarbeit

Alle Mitarbeiter*innen einer Organisation können zur Heilung beitragen.

5. Empowerment/Ermächtigung, Mitsprache und Wahlmöglichkeiten

Der Fokus sollte auf den Stärken der Personen liegen und auf Unterstützung beim Entwickeln von Lösungsstrategien.

6. Kulturelle, historische und geschlechtsspezifische Aspekte

Anstrengungen sollten unternommen werden, um kultursensibel, diskriminierungskritisch und vorurteilsfrei zu agieren.

5.2 Implementierung von TIC

SAMHSA gründete 2005 das *National Center for Trauma-Informed Care*, um Gemeinden und Organisationen, die Interesse an TIC haben, durch persönliche Beratung, virtuelle Netzwerke und durch die Bereitstellung von Materialien, Lehrplänen und Ressourcen zu unterstützen. Um TIC in einer Organisation zu implementieren, bedarf es der Unterstützung der Leitungsebene, wobei insbesondere folgende Grundsätze zu befolgen sind (vgl. Harris/Fallot 2001: 5–10):

- **Verbindliche Verpflichtung zur Veränderung**

Innerhalb einer Organisation müssen sich die Verantwortungsträger*innen dazu verpflichten, das Wissen über Missbrauch und Gewalt in die Arbeitspraktiken zu implementieren.

- **Umfassende Screenings**

Eine wichtige Komponente bei der Umsetzung von TIC sind Screeningverfahren, um eventuelle Traumatisierungen unabhängig von der angebotenen Dienstleistung identifizieren zu können. Allgemeine Screeningverfahren haben dabei mehrere positive Effekte auf das traumasensible Arbeiten eines Systems (ACE-Screening): So werden sich alle Teilhabenden eines Systems der Thematik bewusst – Mitarbeiter*innen durch das Stellen der Fragen beim Screening und Adressat*innen entwickeln ein Verständnis dafür, welchen Einfluss ihr Trauma auf ihre persönliche Lebensgeschichte hat. Das regelmäßige Stellen von Fragen rund um die Tabuthemen sexuelle und physische Gewalt unterstützt möglicherweise den Prozess der Enttabuisierung und Entstigmatisierung.

- **Aus- und Weiterbildung**

Die Schulung nur einzelner Mitarbeiter*innen hinsichtlich der Symptome und Folgen von Traumata kann dazu führen, dass deren Auswirkungen unterschätzt werden. Adressat*innen interagieren mit sehr unterschiedlichen Mitarbeiter*innen einer Organisation, die alle Einfluss auf die Erfahrungen der Adressat*innen haben und somit zur Gestaltung einer traumasensiblen Umgebung beitragen können.

- **Einstellung von Expert*innen**

Der Einsatz von Trauma-Spezialist*innen kann einen weiteren Beitrag zur Wahrnehmung und der Entwicklung achtsamer Vorgehensweisen aller Mitarbeiter*innen einer Organisation darstellen

- **Überprüfung der Richtlinien und Verfahren**

Alle Vorgehensweisen und Arbeitsschritte sollten dahingehend überprüft werden, ob diese für traumatisierte Menschen nachteilig sind. Jedes verletzende oder übergriffige Erlebnis ist für sie im konkreten Moment schädlich, kann aber auch eine schmerzhafteste Erinnerung an vergangene Erfahrungen wachrufen. Mitarbeiter*innen müssen sich der Dynamiken in Missbrauchsbeziehungen bewusst sein, damit diese nicht im Umgang mit den Adressat*innen repliziert werden.

Sollte eine systematische Evaluierung der Richtlinien und Verfahren nicht möglich oder zu ressourcenintensiv sein, reichen unter Umständen die folgenden zwei Leitlinien:

- Gelebte Praxis der Inklusion: Dies bedeutet die Annahme, dass alle Adressat*innen möglicherweise an den Folgen eines Kindheitstraumas leiden.
- Übernahme des ärztlichen *Credos primum non nocere*: Verursache keinen Schaden und hinterfrage das eigene Verhalten in Bezug auf schädliche Handlungen (vgl. Harris/Fallot 2001: 5–10).

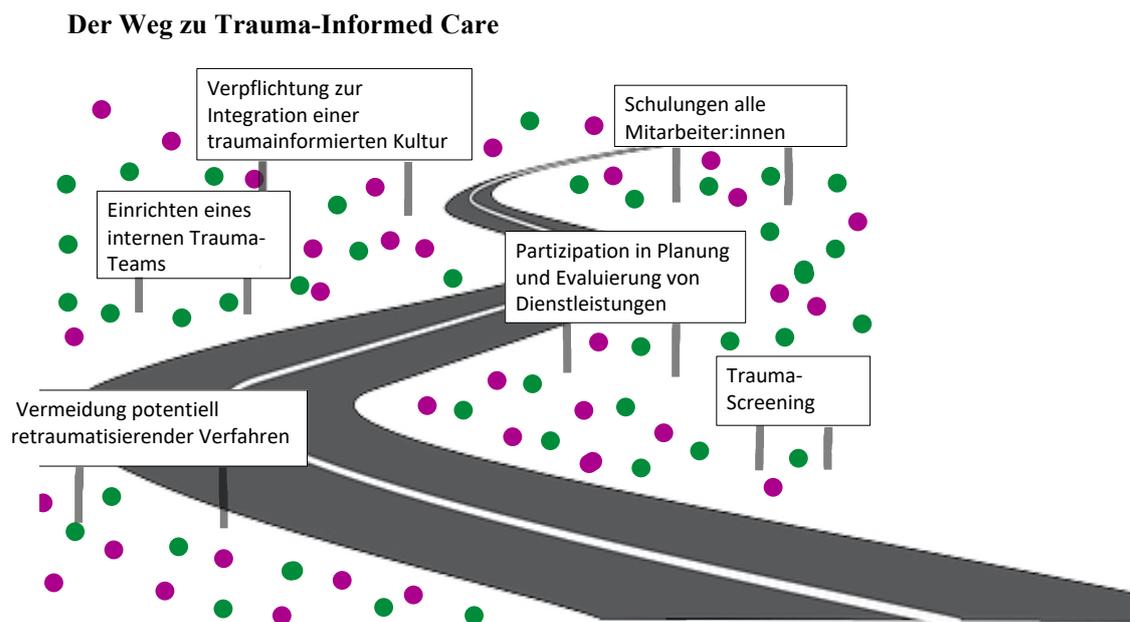


Abbildung 1: Der Weg zu TIC, orientiert an der Grafik des Institute on *Trauma and Trauma-Informed Care* (vgl. Buffalo Center for Social Research 2024).

5.3 TIC und Soziale Arbeit

Die durch die ACE-Studie festgestellten direkten Auswirkungen von negativen Kindheitserfahrungen auf die psychische und körperliche Gesundheit auch im Erwachsenenalter lassen den Schluss zu, dass sich in Einrichtungen der Sozialen Arbeit gehäuft Adressat*innen mit einem Kindheitstrauma wiederfinden – wie z.B. in den Handlungsfeldern der Suchthilfe, der Wohnungslosenhilfe, der klinischen Sozialarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe und der Straffälligenhilfe. Die akute Problemlage und die Begrenztheit der Ressourcen in den jeweiligen Organisationen lässt die Geschichte des vergangenen Traumas und dessen Auswirkungen auf die Gegenwart möglicherweise in den Hintergrund rücken. Es ist jedoch notwendig, die Möglichkeit einer Traumatisierung in Betracht zu ziehen. Sozialarbeiter*innen sollten sich mit den potentiellen Auswirkungen eines Traumas auf die

Bereitschaft und Fähigkeit der Adressat*innen, ein Arbeitsbündnis einzugehen, beschäftigen (vgl. Knight 2015: 26). Knight (2015: 28) arbeitet die folgenden vier Prinzipien in Bezug auf die Arbeit mit traumatisierten Menschen heraus:

- Validierung und Normalisierung der Erfahrungen und Gefühle von Adressat*innen
- Unterstützung, die Vergangenheit und ihre emotionalen Auswirkungen zu verstehen
- Befähigung, das gegenwärtige Leben besser unter Kontrolle zu haben
- Hilfe beim Verstehen der aktuellen Herausforderungen in Bezug auf das vergangene Trauma

Oft fühlen sich Sozialarbeiter*innen hilflos im Bestreben, Adressat*innen zu unterstützen, da sie ihnen „nur“ bei alltäglichen Problemen Hilfe anbieten können. Mehr Kontrolle über das eigene Leben zu haben, stellt jedoch eine große Hilfe bei der Bewältigung des eigentlichen Traumas dar (vgl. Knight 2015: 27–30).

6 Forschungskonzept

Zur Beantwortung der Forschungsfrage, inwiefern Trauma-Informed Care Sozialarbeiter*innen in Österreich bei der Arbeit mit Menschen unterstützen kann, wurde eine empirisch-qualitative Herangehensweise gewählt. Anhand von Leitfragen fanden im Rahmen der Bachelorarbeit sieben Interviews mit Expert*innen statt. Die Interviews wurden mittels digitaler Audioaufnahmen aufgezeichnet und ermöglichten es, verschiedene Standpunkte über die Arbeit mit traumatisierten Menschen einzuholen. Im Anschluss wurden die aufgezeichneten Interviews nach dem semantisch-inhaltlichen Transkriptionssystem von Kuckatz (2010) transkribiert. Die gewonnenen Daten wurden mittels deduktiver Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) ausgewertet.

7 Ergebnisdarstellung

Die Untersuchung zeigt, dass die Relevanz von Trauma-Kenntnissen in der Sozialen Arbeit hoch ist. Daraus leitet sich die Erfordernis ab, diese Kenntnisse in die Ausbildungen zu implementieren. Ebenso zeigt sich, dass Sozialarbeiter*innen der Gefahr einer Sekundärtraumatisierung ausgesetzt sind. Daraus erwächst die Notwendigkeit einer proaktiven Selbstfürsorge der Mitarbeiter*innen und die Verantwortung der Institutionen, einer Sekundärtraumatisierung durch Maßnahmen entgegenzuwirken.

7.1 Relevanz von Trauma-Kenntnissen in der Sozialen Arbeit

Forschungen wie die ACE-Studie zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen Traumatisierung in der Kindheit und Pathophysiologie im Erwachsenenalter. Negative Kindheitserfahrungen sind

weit verbreitet und zählen zu den wesentlichsten Determinanten für die Gesundheit und das soziale Wohlbefinden der Menschen. Auch wenn die meisten dieser Erfahrungen sich nur latent auswirken, haben sie auch Jahrzehnte später noch gravierende Effekte: Die vergangenen psychosozialen Erfahrungen haben sich inzwischen in organische Krankheiten verwandelt (vgl. Felitti et al. 1998: 245–258).

Eine Professorin der Sozialen Arbeit der University Maryland stellt klar, dass man als Sozialarbeiter*in zwangsläufig mit traumatisierten Personen in Kontakt kommt:

„So, the answer to ‚Is Trauma-Informed Practice, is that conceptualization, important in practice?‘ – the answer is, unequivocally: Yes!

The research is very clear that, almost no matter the setting – whether it’s addictions, or criminal justice, or mental health – regardless of setting, a good number, if not a majority, of the clients who are being seen have histories of trauma. Whether that’s the focus or not of the work – clinicians should anticipate that their clients will come in with having some exposure to one or more traumatic events, okay.“ (Z 853–859)

Der Leiter einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft verdeutlicht im Interview die Notwendigkeit von Trauma-Kenntnissen und ist der Ansicht, dass die Arbeit im Alltag mit traumatisierten Kindern weitaus mehr Bedeutung hat als eine Traumatherapie:

„Unabdingbar, zusammengefasst, grundsätzlich notwendig und ohne eigentlich die Aufgaben nicht erfüllbar, mit Abstufungen...“ (Z 4–5)

Um ein tieferes Verständnis für das Verhalten von traumatisierten Menschen zu erlangen, ist es nach Erfahrung der Leiterin der Sozialen Arbeit einer Initiative zur psycho-sozialen therapeutischen und sozial-kulturellen Integration notwendig, dieses erkennen und identifizieren zu können:

„Und deshalb ist das Wissen, die Kenntnis über Psychotrauma – sowohl quasi die Ursachen wie auch die Folgen von Traumata – wirklich wesentlich, um in den unterschiedlichen Settings oder Behandlungs- oder Beratungssettings die Betroffenen...erstens einmal zu identifizieren, dass sie traumatisiert sind, und des weiteren auch zu verstehen, warum viele so reagieren wie sie [...] agieren – oder reagieren, ja – auf gewisse auch soziale Interaktionen.“ (Z 1600–1605)

7.2 Trauma-Kenntnisse in den Ausbildungen

Ausgehend von der Relevanz von Trauma-Kenntnissen stellt sich der Leiter einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft die Frage, wie diese in der Sozialen Arbeit Anwendung finden können:

„Und wie kann das Einzug halten? Also ich denke, es muss einmal in der Ausbildung ankommen. Und wenn es da wirklich ankommt, dann wird es auch (seine) Verbreitung finden...“ (Z 168–170)

Damit die Kenntnisse Einzug in die alltägliche Praxis mit Adressat*innen finden, bedarf es der Implementierung von Trauma-Kenntnissen in den Lehrplänen. Ein erfahrener pensionierter Mitarbeiter einer psychosozialen Einrichtung und Therapeut drückt die Bedeutsamkeit der Thematik in der Sozialen Arbeit wie folgt aus:

„Ja. Also ich sage: Es ist ein Must. Also das kann nicht Freifach sein oder Wahlpflichtfach sein, sondern das ist Pflichtfach, weil – um noch einmal an den Beginn unseres Gesprächs zurückzukommen: Es ist nicht möglich, in der Sozialen Arbeit zu sein, ohne auch mit traumatisierten Personen zu arbeiten, also mit traumatisierten Menschen. Ich sage nicht „konfrontiert zu sein“, sondern „in Kontakt zu sein.“ (Z 558–562)

Auch wenn das Interesse an Trauma und Trauma-Forschung sowie das Angebot an Aus- und Fortbildungen in den letzten Jahren gestiegen sind, haben Trauma-Kenntnisse immer noch keinen Eingang in die Lehrpläne von Sozialpädagog*innen gefunden, beklagt der Leiter einer sozialpädagogischen Einrichtung:

„Ich kenne die Lehrpläne für Sozialpädagogen an den Bundesinstituten. Das ist nicht existent.“ (Z 71–72)

Zum Wissen über Trauma gehört auch ein Wissen über Selbstfürsorge und -regulation, um Sekundärtraumatisierung proaktiv entgegenzuwirken, weiß der FH-Lektor und Mitarbeiter einer Resozialisierungsinstitution:

„Ich glaube, dass das sozusagen nicht nur theoretisch, sondern [...] dass das angedockt sein muss im Studium, auf mehreren, unterschiedlichen Ebenen – nämlich

in dem Sinn, dass das keine Traumatherapeuten werden dort, sondern Sozialarbeiter bleiben, aber dass es ein Grundwissen bei sich selber braucht, das umfasst die Selbstfürsorge: Wie reguliere ich mich selber?“ (Z 2007–2011)

7.3 Sekundärtraumatisierung

Die Professorin für Soziale Arbeit in den USA macht deutlich, dass Sekundärtraumatisierung ein Berufsrisiko und bei der Arbeit mit traumatisierten Menschen praktisch unvermeidbar ist. Empathie ist gerade in der Arbeit mit traumatisierten Menschen notwendig und wichtig, erhöht aber auch die Gefahr einer Sekundärtraumatisierung:

„I believe that students – and practitioners, but in education – need to understand indirect trauma. They need to understand that this is inevitable. I didn't invent the term, I borrowed it: It's an 'occupational hazard' – that, if you work with trauma survivors, you will be indirectly traumatized, and the manifestations – you're probably aware of them, but let me just...compassion fatigue, secondary traumatic stress, and vicarious trauma. You will experience that.“ (Z 1466–1472)

Der Mitarbeiter einer psychosozialen Einrichtung hingegen drückt das Risiko wie folgt aus:

„Also, das ist auch ein sehr, sehr wichtiges Thema, dass natürlich äh unser empathisches Umgehen mit traumatisierten Klientinnen und Klienten die Gefahr in sich birgt, dass wir uns selbst auch sekundär traumatisieren.“ (Z 377–379)

Die Leiterin eines kalifornischen TIC-Kompetenz-Zentrums verortet die Verantwortung dafür, mit Sekundärtraumatisierung umzugehen, ganz klar bei den Organisationen:

„So, the impact of trauma work is important, because it's putting the location of where this is happening in space, in work, at work...So there is an institution that hired you. There is an institution that this client is coming to. We're not operating in space in a vacuum. It's work. And therefore, these are workplace injuries.“ (Z 2037–2040)

Institutionen haben somit die Aufgabe, Konzepte und Handlungsstrategien zu entwickeln, die Sekundärtraumatisierungen verringern und abmildern. Eine Variante, sich vor Sekundärtrauma-

tisierungen zu schützen, ist, Gespräche mit Adressat*innen rechtzeitig abbrechen zu können und zu dürfen, weiß der Leiter einer Beratungsstelle der Suchthilfe:

„Ich glaube, etwas, was auch wichtig ist, ist, dass man Kolleginnen auch Mut gibt –, ja – wenn sie am Anfang ihres Berufs sind, dass sie sozusagen auch die Möglichkeit haben, Gespräche zum Beispiel auch abzubrechen, wenn es ihnen irgendwo zu anstrengend oder zu steil oder zu sozusagen...wenn sie dann zu betroffen davon sind. Da gibt es eine Tendenz, dass...so das Gefühl, dass man das nicht haben darf – was natürlich jetzt in der Situation auch von den Betroffenen sicherlich ausgeht. Aber auch diese Freiheiten ihnen zur Verfügung zu stellen und sie dazu ermächtigen, auch das zu tun. Das sind, denke ich mal, so Dinge, die da ein Stück weit präventiv sein können.“ (Z 665–672)

8 Fazit

Der Artikel hat das Konzept Trauma-Informed Care vorgestellt, das in den USA entwickelt wurde und in Österreich (noch) relativ unbekannt ist. TIC anerkennt die weitreichenden Auswirkungen von Traumata und die Rolle, welche diese im Leben einer Person spielen können. Es trägt der Tatsache Rechnung, dass frühe Traumata einen großen Einfluss auf die spätere Gesundheit haben, und setzt die Erkenntnisse der Traumaforschung in der Handlungspraxis von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen um.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Adressat*innen der Sozialen Arbeit häufig unter den Folgen von Traumata leiden. Alle Interviewpartner*innen messen dem Wissen über Trauma große Bedeutung bei, allerdings war keiner der Interviewpartner*innen aus Österreich über TIC informiert. Dies ist unter anderem damit zu erklären, dass bis dato kaum deutschsprachige Forschung oder Literatur zu TIC vorhanden ist.

Das Identifizieren von Traumata bei Adressat*innen Sozialer Arbeit und das Entwickeln eines tieferen Verständnisses für deren Auswirkungen reduziert Fehlbehandlungen und Retraumatisierungen. Das gestiegene Verständnis für Adressat*innen und deren Handlungen trägt wiederum zu einer besseren Zusammenarbeit bei und somit zur eigentlichen Zielerreichung. TIC umfasst auch die Prävention von Sekundärtraumatisierung – einem „Arbeitsunfall“. Dem Konzept liegt ein Wissen über die Auswirkungen der Arbeit mit traumatisierten Menschen zugrunde, worauf aufbauend sich ein institutioneller Raum schaffen ließe, um darauf zu reagieren.

Ein vergleichbares Konzept wie TIC stellt die Traumapädagogik dar, da hier ebenfalls Erkenntnisse der Traumaforschung in die praktische Anwendung integriert werden. Traumapädagogik

ist jedoch speziell für die Arbeit mit Kindern und jungen Erwachsenen entwickelt worden und findet auch nur dort Anwendung. Im Gegensatz dazu stammt TIC aus der Medizin und ist ein umfassenderes Konzept, das in allen Institutionen und Handlungsfeldern eingesetzt werden kann, in denen Menschen mit Traumafolgen betreut werden, wie etwa in Krankenhäusern, Wohnungsloseneinrichtungen oder Suchthilfeeinrichtungen. Es wäre wünschenswert, dass TIC auch in Österreich in verschiedenen Bereichen Anwendung findet und zukünftige Forschung einen genaueren Vergleich beider Ansätze ermöglicht.

Der Relevanz von Trauma-Kenntnissen für die Soziale Arbeit ist jedenfalls Rechnung zu tragen. Das Wissen um und Bewusstsein für Traumafolgen kann nur in den Ausbildungen weitergegeben werden, somit spielen die Lehrpläne für die Implementierung von TIC, Traumapädagogik und grundlegendem Wissen über Trauma eine wesentliche Rolle. Der Umstand, dass von den neun Fachhochschulen in Österreich, die das Studium der Sozialen Arbeit anbieten, nur zwei explizit Lehrveranstaltungen zum Thema Trauma anbieten, verdeutlicht die bestehende Lücke in der Ausbildung. Nur die FH Burgenland und die FH Salzburg haben entsprechende Lehrveranstaltungen im Curriculum: An der FH Burgenland wird im dritten Semester die Lehrveranstaltung „Grundlagen der Traumapädagogik und Psychoedukation für sozialpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“ angeboten, an der FH Salzburg muss im sechsten Semester die Lehrveranstaltung „Krisenintervention und Psychotraumata“ absolviert werden.

Abschließend lässt sich sagen, dass Kenntnisse über Traumata und deren Folgen für die gesamte Gesellschaft, im Speziellen aber für Sozial- und Gesundheitsbereiche, von großer Bedeutung sind, da nur durch sie präventiv Traumata reduziert und Folgen verringert werden können. Ein traumasensibler Umgang hat auch eine heilende Wirkung auf Adressat*innen, was wiederum dazu beitragen könnte, die Kosten des Gesundheitssystems zu reduzieren. Das Konzept Trauma-Informed Care ist ein guter Ansatz für die Arbeit mit Menschen. Es bleibt zu hoffen, dass das Wissen um dieses Konzept auch in Österreich und Europa Verbreitung findet.

Literaturverzeichnis

BMSGPK – Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024): ICD-10 BMSGPK 2025 – Systematisches Verzeichnis. Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme. <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:695f578c-1905-4cd2-8553-68803658a1b0/ICD-10%20BMSGPK%202025+%20-%20SYSTEMATISCHES%20VERZEICHNIS.pdf> (25.10.2024).

Buffalo Center for Social Research (o.J.): What is Trauma-Informed Care? <https://socialwork.buffalo.edu/social-research/institutes-centers/institute-on-trauma-and-trauma-informed-care/what-is-trauma-informed-care.html> (09.12.2024).

Ehrenthal, Johannes C./Stoffel, Martin/Ditzen, Beate (2019): Psychobiologische Aspekte der Traumafolgestörungen. In: Psychotherapie im Dialog, 20(2), S. 100–104.

Fallot, Roger. D./Harris, Maxine (2008): Trauma-informed approaches to systems of care. In: Trauma Psychology Newsletter, 3(1), S. 6–7.

Fallot, Roger. D./Harris, Maxine (Hg.) (2001): Using Trauma Theory to design Service Systems. New Direction for Mental Health Services. San Francisco: Jossey-Bass.

Felitti, Vincent. J. (2002): The Relation Between Adverse Childhood Experiences and Adult Health: Turning Gold into Lead. In: The Permanente Journal, 6(1), S. 44–47.

Felitti, Vincent. J./Anda, Robert. F./Nordenberg, Dale/Williamson, David F./Spitz, Alison M./Edwards, Valerie/Koss, Mary P./Marks, James S. (1998): Relationship of childhood abuse and household dysfunction to many of the leading causes of death in adults: The Adverse Childhood Experiences (ACE) Study. In: American journal of preventive medicine, 14(4), S. 245–258.

Fischer, Gottfried/Riedesser, Peter (2009): Lehrbuch der Psychotraumatologie. 4. Aufl. München: Ernst Reinhardt.

Gebrande, Julia. (2021): Soziale Arbeit nach traumatischen Erfahrungen. Grundkenntnisse für den Umgang mit traumatisierten Menschen. Baden-Baden: Nomos.

Gies, Hedi (2009): Sekundäre Traumatisierung und Mitgefühlerschöpfung am Beispiel familienähnlicher stationärer Betreuungen in der Jugendhilfe. In: Wellenbrecher. Der Jugendhilfeträger, S. 1–12. https://institut-trauma-paedagogik.de/wp-content/uploads/2022/09/hedi_gies_artikel.pdf (14.11.2024).

Harris, Maxine/Fallot, Robert D. (2001): Envisioning a Trauma-Informed Service System: A Vital Paradigm Shift. In: Fallot, Roger. D./Harris, Maxine (Hg.): Using trauma theory to design service systems. San Francisco: Jossey-Bass, S. 3–22.

Knight, Caroline (2015): Trauma-Informed Social Work Practice: Practice Considerations and Challenges. In: Clinical Social Work Journal, 43(1), S. 25–37.

Ko, Susan. J./Ford, Julian D./Kassam-Adams, Nancy/Berkowitz, Steven J./Wilson, Charles/Wong, Marleen/Brymer, Melissa J./Layne, Christopher M. (2008): Creating Trauma-Informed Systems: Child Welfare, Education, First Responders, Health Care, Juvenile Justices. In: Professional Psychology. Research and Practice, 39, S. 396–404.

Kuckartz, Udo. (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Maercker, Andreas (2017): Trauma und Traumafolgestörungen. München: C.H. Beck.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz.

SAMHSA – Substance Abuse and Mental Health Services Administration (2014): SAMHSA's Concept of Trauma and Guidance for a Trauma-Informed Approach. <https://store.samhsa.gov/sites/default/files/sma14-4884.pdf> (25.10.2024).

Über die Autorin

Zoé Schulmeister, BA

zoe.schulmeister@gabarage.at

Studium an der FH Burgenland. Derzeit tätig als Sozialarbeiterin beim Verein *gabrage* im Projekt ChancenZUKUNFT Wien.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Soziale Arbeit und Konflikte im Wohnumfeld

Konfliktdimensionen mit dem KonDiWo-Modell erfassen,
verknüpfen und bearbeiten

Anna Fischlmayr

Anna Fischlmayr. Soziale Arbeit und Konflikte im Wohnumfeld. Konfliktdimensionen mit dem KonDiWo-Modell erfassen, verknüpfen und bearbeiten. *soziales_kapital*, Bd. 29 (2024). Rubrik: Werkstatt. Wien.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/822/1555>

Zusammenfassung

Dieser Artikel stellt das KonDiWo-Modell (**K**onfliktdimensionen im **W**ohnumfeld) vor, mit dem Konflikte im Wohnumfeld in ihrer situativen, individuell/biographischen sowie sozialräumlichen Dimension erfasst werden können, aus denen sich wiederum konkrete Reflexions- und Handlungsebenen ableiten lassen. Im Sinne einer konfliktorientierten Sozialen Arbeit werden Nachbarschaftskonflikte nicht nur als Zeichen divergierender Interessen, sondern auch als Ausdruck verschiedener sozialer Lagen, gesellschaftlicher (Ungleichheits-)Verhältnisse und struktureller Bedingungen verstanden. Das Erkennen gemeinsamer Betroffenheiten birgt für die beteiligten Parteien das emanzipatorische Potential, solidarisch zu handeln. Soziale Arbeit ist gefordert, den eigenen professionellen Zugang als im Konfliktgeschehen wirksam zu reflektieren und Spannungsfelder zu beachten, die sich aus organisationellen Aufträgen, fachlich-ethischen Zielsetzungen und vielfältigen Interessen im Gemeinwesen ergeben.

Schlagworte: konfliktorientierte Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit, sozialraumorientierte Soziale Arbeit, Wohnen, Nachbarschaft

Abstract

This article introduces the model “KonDiWo” (**K**onfliktdimensionen im **W**ohnumfeld, translated into English: aspects of conflict in the sphere of housing) which provides a framework for the analysis and description of conflicts within the context of housing. The model identifies three distinct dimensions: situative, individual/biographical and social spatial. Furthermore, it establishes a correlation between these dimensions and the various levels of reflection and intervention that are relevant to social work. A conflict-oriented profession of social work understands conflicts not only as indications of divergent interests between neighbours, but also as manifestations of personal social and economic circumstances, structural (housing) conditions and societal inequalities. The identification of shared impact has the potential to facilitate solidarity among the parties involved in the conflict. Social work must be mindful of its own involvement in societal conflicts and must navigate the ambivalences that arise from its professional-ethical approach in conjunction with organisational directives and the diverse interests present within communities.

Keywords: conflict-oriented social work, community organizing, social-spatial social work, housing, neighborhood conflicts

1 Einleitung

Die Wohnung ist wie die zweite Haut. Sie dient dem Rückzug, der Regeneration, der Pflege sozialer Beziehungen, dem Schutz. Sie ist Ort von Reproduktions- und auch Erwerbsarbeit sowie Ort des persönlichen Ausdrucks, der eigenen Sinn-Konstruktion und Identifikation. Sie grenzt aber auch an Nachbarwohnungen und somit deren persönlichen Ausdruck von Individualität und Alltag an. Andere Wohnweisen können wir als vertraut oder als irritierend, gar störend wahrnehmen. Das Einordnen und der Umgang mit ‚Störungen‘ hängt dabei nicht nur von persönlichen Konflikterfahrungen, der aktuellen (z.B. gesundheitlichen) Verfasstheit und damit dem Grad des Leidensdrucks ab, sondern auch von hegemonialen Diskursen, die auf die eigenen Deutungsprozesse wirken und diese reproduzieren (vgl. Labek 2024). Nicht zuletzt beeinflussen strukturelle Bedingungen (z.B. Größe und Nutzungsdichte von Wohnung und Wohnhausanlage), ob und wie stark Wohnende nachbarschaftlichen Einflüssen ausgesetzt sind bzw. sich diesen entziehen können.

Das Zusammenspiel der hier bereits umrissenen Konfliktdimensionen soll im vorliegenden Artikel unter Einbeziehung ausgewählter Literatur beleuchtet und Interventionsformen für eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit sollen abgeleitet werden. Kernstück dieses Artikels ist das KonDiWo-Modell zur Analyse und Bearbeitung unterschiedlicher Konfliktdimensionen im Wohnumfeld, das ich auf Basis meiner langjährigen Erfahrung in der Gemeinwesen- und Konfliktarbeit im kommunalen Wohnbau in Wien entwickelt habe. Im Folgenden werde ich zunächst eine konfliktorientierte Perspektive auf und von Sozialer Arbeit vorstellen, diese in wohnpolitische (Zugangs-)Logiken des kommunalen Wohnbaus in Wien einbetten und unterschiedliche sozialarbeiterische Aufträge in diesem Kontext umreißen, bevor ich das KonDiWo-Modell genauer beschreibe und abschließend reflektiere.

2 Soziale Arbeit und Konflikte

Soziale Arbeit hat grundsätzlich mit Konflikten zu tun: Sie sind in ihrem Auftrag (Hilfe und Kontrolle, auch im Tripelmandat) begründet und setzen sich im Umgang mit knappen Ressourcen und ungleich-machenden Verhältnissen sowie deren Individualisierung fort. Konflikte sind in Form von Ambivalenzen, Widersprüchen und biographischen Brüchen auch in den Lebenswelten der Adressat*innen angelegt. Diese haben das Potential, zu realen Konflikten, z.B. in der Form (vermeintlich) widerstreitender Interessen im Wohnumfeld, zu werden (vgl. Bitzan/Herrmann 2018: 43ff.).

Eine konfliktorientierte Soziale Arbeit (vgl. Bitzan/Klöck 1993) betrachtet Konflikte, die sich beispielsweise im Gemeinwesen in Form von nachbarschaftlichen Konflikten manifestieren, als Ausdruck von aus- bzw. begrenzenden, diskriminierenden oder belastenden Verhältnissen, „seien

es interpersonale Strukturen oder gesellschaftliche Bedingungen“ (Bitzan/Herrmann 2018: 46). Diese Perspektive ist anschlussfähig an eine Idee des Sozialen Raums als ein Zusammenwirken von gesellschaftlichen, sozialen und physisch-materiellen Wechselbeziehungen. Das Gegenständliche von Raum wird also sozial produziert und wirkt auf das Handeln im und das Denken über Raum zurück. In der Produktion von Raum bilden sich gesellschaftliche und damit auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse ab (vgl. Kessl/Reutlinger 2022).

Eine konfliktorientierte Soziale Arbeit sieht das Suchen und Benennen von Konfliktursachen mit Adressat*innen als Chance, bestehende Machtverhältnisse zu verändern. Werden strukturelle Kontexte außer Acht gelassen, läuft die Soziale Arbeit Gefahr, zu verkürzten Interpretationen zu gelangen und oberflächliche Lösungen anzubieten (vgl. Bitzan/Herrmann 2018: 44). Diese Zugänge finden sich auch in einer emanzipativen Ausrichtung von Gemeinwesenarbeit wieder, deren Ausgangspunkt ebenfalls häufig soziale Konflikte darstellen. Die „Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip“ (Boulet/Krauss/Oelschlägel 1980) soll Probleme im Stadtteil in ihren sozialökologischen Kontexten und mit Hilfe einer Kollektivierung von Interessen und der Ermächtigung von Bewohner*innen eines Stadtteils bearbeiten.

3 Zugänge und wohnpolitische Zusammenhänge im kommunalen Wohnbau in Wien

Konflikte zeigen sich in spezifischen Kontexten und Situationen. Soziale Arbeit ist immer Teil davon, wie sie auch Teil von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist, die sich sozialräumlich manifestieren. Obwohl sich das Modell zu Konfliktdimensionen im Wohnumfeld in andere Kontexte übertragen lässt, soll hier beispielhaft ihr Entstehungskontext im kommunalen Wohnbau in Wien reflektiert werden.

Wohnen im Allgemeinen und der kommunale Wohnbau im Speziellen sind gesellschaftspolitisch umkämpft. Da Konflikte im Wohnumfeld auch Ausdruck gesellschaftlicher Auseinandersetzung sind, müssen Rahmenbedingungen wie Zugang und Ausschluss, Leistbarkeit sowie gesellschaftspolitische Diskurse bei deren Einordnung und Bearbeitung Beachtung finden. Die Stadt Wien hat weltweit aufgrund des Ausmaßes und der Qualität von über 2.000 stadteigenen Wohnhausanlagen, sogenannten Gemeindebauten, ein Alleinstellungsmerkmal. Städtische Wohnhausanlagen stellen gemeinsam mit dem geförderten Wohnbau ein wohn- und daher sozialpolitisches Steuerungsinstrument dar, um leistbaren Wohnraum herzustellen und so Mieten am privaten Wohnungsmarkt zu drücken. In den letzten zehn Jahren kam es jedoch zu erheblichen Teuerungen beim Wohnen in allen Segmenten, u.a. als Folge von Inflation, gestiegenen Baukosten, knapper werdendem Baugrund in einer wachsenden Stadt und der zunehmenden Spekulation mit

Wohnungen als Wertanlagen auf einem globalen Wohnungsmarkt (vgl. Reinprecht 2019: 25ff.).

Die Frage der Verfügbarkeit von und Zugänglichkeit zu (leistbarem) Wohnraum ist eine politische. Erst seit 2006 gewährt die Stadt Wien Personen ohne österreichischem Pass Zugang zum kommunalen Wohnbau. Neben dem Aufenthaltstitel ist eine zweijährige Hauptsitzmeldung in Wien eine Zugangsvoraussetzung. Ein Bonussystem („Wien-Bonus“) sorgt für eine Vorreihung von Personen, die bereits länger in Wien leben. Bevorzugt werden zudem Personen unter 30 Jahren, die ihren ersten Haushalt gründen, sowie Personen, die krankheits- oder altersbedingt, aufgrund eines Überbelags oder als Alleinerzieher*in mit Kind(ern) in den kommunalen Wohnbau ziehen (vgl. ebd.: 30).

Über das Angebot der „Sozialen Schiene“ können Personen in Notsituationen überzuweisende soziale Einrichtungen zu einer Notfallwohnung gelangen, die teilweise unsaniert und daher günstiger mietbar ist. Da am privaten Wohnungsmarkt drei von vier Wohnungen befristet vermietet werden und rassistische Praktiken bei der Wohnungsvergabe bestehen, findet eine Verschiebung von Personen mit geringem Einkommen und aus dem migrantischen Arbeiter*innenmilieu vom privaten hin zum kommunalen Sektor statt. Der Anteil von armutsgefährdeten Haushalten im kommunalen Sektor ist laut EU-SILC mit 34% beinahe doppelt so hoch wie im Wiener Durchschnitt von 19% (vgl. Reinprecht 2019: 30). Gegenwärtige Entwicklungen zeigen eine Ethnisierung der sozialen Frage, die von „soziale[n] und symbolische[n] Grenzen“ (ebd.) wie Meldezeiten und dem Wien-Bonus abgeleitet werden könnten: Besonders für Personengruppen, die von einer gewählten oder erzwungenen Mobilität und dadurch einem häufigen Wohnortwechsel betroffen sind, stellen die Wiener Zugangskriterien eine Barriere dar.

Darüber hinaus wirken normativ besetzte Konzepte wie jenes der „sozialen Durchmischung“ (siehe dazu kritisch: Diebäcker 2021: 233ff.) auf Konflikte und deren Deutungen im Wohnumfeld. Während diffus bleibt, welche Ungleichheitsfaktoren „durchmischt“ werden (sollen), vermittelt das Konzept, dass ein hoher Anteil an Bewohner*innen mit gewissen Merkmalen nicht wünschenswert sei. Bewohner*innen wie Professionist*innen sind mit dem an theoretischer Fundierung entbehrenden Ziel zurückgelassen, sich um ein „gutes Zusammenleben“ zu bemühen und „Nachbarschaftsempathie, Ambiguitätstoleranz und Diversitätskompetenz“ (Reinprecht 2019: 32) zu zeigen bzw. zu fördern. Insgesamt sind nachbarschaftliche Konflikte wie auch Interventionen Sozialer Arbeit im Wohnkontext vor dem Hintergrund von Ungleichheitsentwicklungen am Wohnungsmarkt, der politischen Entscheidung hinsichtlich der Zugänge zum und Ausschlüssen vom kommunalen Wohnbau und der „Moralisierung der Wohnungsfrage“ (ebd.) zu reflektieren.

4 Soziale Arbeit im kommunalen Wohnbau

Im Falle des kommunalen Wohnbaus in Wien richtet sich *wohnpartner* als Teilorganisation der Wohnservice Wien mit kostenlosen Angeboten der Gemeinwesenarbeit, Konfliktarbeit und Vernetzung an Bewohner*innen. Neben *wohnpartner*, welche als städtisch beauftragte und finanzierte Organisation allparteilich und zielgruppenübergreifend handelt, sind zahlreiche weitere Einrichtungen Sozialer Arbeit mit unterschiedlichen, i.d.R. parteilichen, Aufträgen für bestimmte Adressat*innengruppen in deren Wohnumfeld tätig. Diese umfassen u.a. sozialpädagogische Hilfen für Familien im Rahmen der behördlichen Kinder- und Jugendhilfe, sozialpsychiatrische, nachgehende Versorgung von Patient*innen, mobile Unterstützung ehemals stationär betreuter, wohnungsloser oder von häuslicher Gewalt betroffener Personen und Familien. Abseits dieser Interventionen, die oft über Hausbesuche direkt in der Privatheit der Wohnung von Adressat*innen vollzogen werden, finden auch niederschwellige Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der gemeinwesenorientierten Sozialen Arbeit im Wohnumfeld der Adressat*innen in teilöffentlichen Innenhöfen oder auch im öffentlichen, wohnortnahen Raum statt.

Welche Rolle, Position und Form der Parteilichkeit Soziale Arbeit bei Konflikten einnimmt, hängt u.a. von deren Aufträgen und dem (freiwilligen bzw. verbindlichen) Angebot ab. Daneben ist die wohnrechtliche Absicherung der Adressat*innen und die damit einhergehende Verteilung von Macht bzw. Abhängigkeiten zwischen Sozialer Arbeit, Adressat*innen und anderen Konfliktparteien bedeutsam für die Positionierungs- und Handlungsoptionen der Beteiligten. Selbstkritisch ist für die Soziale Arbeit mitzubedenken, dass das Arbeiten im Wohnumfeld immer einen „Grenzgang im Spannungsfeld öffentlich-wohlfahrtsstaatlicher Tätigkeiten innerhalb des als privat markierten Wohnkontextes“ (Meuth 2017: 5) darstellt und dass neben unterschiedlichen Vorstellungen von der richtigen Lebensführung auch verschiedene Konfliktwahrnehmungen und -bearbeitungsstrategien aufeinandertreffen.

5 Das KonDiWo-Modell: Konfliktdimensionen im Wohnumfeld

Das vorliegende Modell umfasst drei übergeordnete Dimensionen (situativ, individuell/biographisch und sozialräumlich), die alle wirksam sind und sich wechselseitig beeinflussen, wenn Bewohner*innen miteinander in Konflikt stehen. Die Ebenen, in die die Dimensionen unterteilt sind – im Modell als Blasen abgebildet – eröffnen zugleich Reflexions- und auch Handlungspotentiale für Konfliktparteien wie auch Professionist*innen.

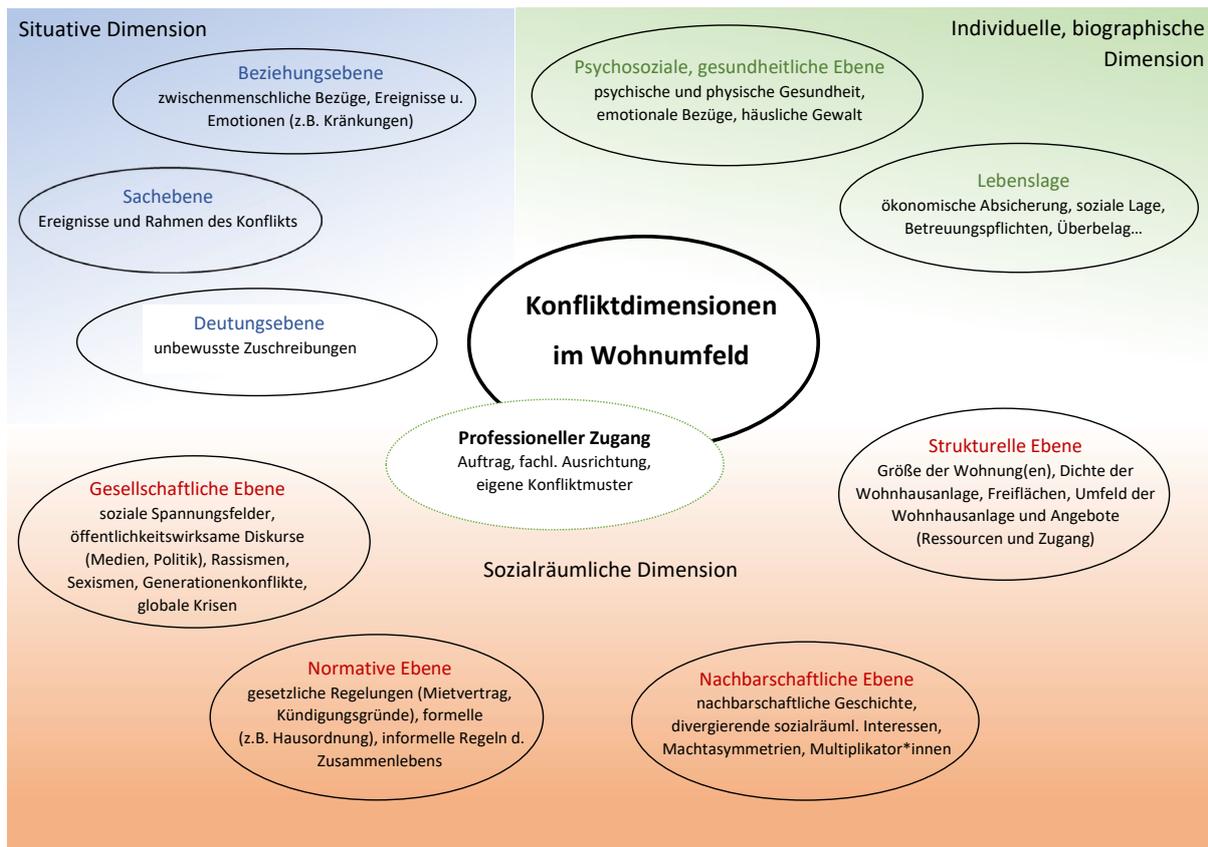


Abb. 1: KonDiWo-Modell der Konfliktdimensionen im Wohnumfeld (eigene Darstellung).

Die Motivation für die Entwicklung und Veröffentlichung des Modells ist die in der Praxis der Sozialen Arbeit häufig beobachtete Beschränkung der Konfliktanalyse und -bearbeitung auf die situative Dimension. Bei lebensweltlich ausgerichteten Zugängen finden zusätzlich auch individuelle bzw. biographische Aspekte Beachtung. Oft unbeachtet bleibt indes die sozialräumliche Dimension, die hier im weitesten Sinne verstanden wird als in Nachbarschaften, Wohnstrukturen und -normen sich veräumlichende gesellschaftliche (Ungleichheits-)Verhältnisse. Eine konfliktorientierte Soziale Arbeit fordert uns auf, neben der Würdigung des individuellen Erlebens und zwischenmenschlicher Bezüge sowie biographischer Einflussgrößen auch deren strukturelle und gesellschaftlich-diskursive Ursachen zu ergründen und Veränderungspotentiale wahrzunehmen.

Unter Zuhilfenahme des Modells können in einer systematischen Konfliktanalyse alle Dimensionen mit beteiligten Akteur*innen reflektiert und auf wirkmächtige Einflussgrößen und Änderungspotentiale hin untersucht werden. Soziale Arbeit ist dabei nie unbeteiligt, sondern unterliegt professionsethischen wie auch organisationellen Aufträgen und ist gefordert, sich situativ

in Konflikten zu verhalten. Im Sinne der Einflussdimension „Professioneller Zugang“ (siehe Abb. 1) gilt es daher, neben eigenen biographisch geprägten Handlungsmustern auch organisationsimmanente Konfliktzugänge sowie Bilder über Spannungsfelder gegenüber ihren Adressat*innen zu dechiffrieren, um ihnen nicht aufzusitzen.

Die folgenden Unterkapitel beschreiben je eine Dimension mit ihren dazugehörigen Ebenen und möglichen methodischen Zugängen, auf die *kursiv* verwiesen wird. Für kritische Betrachtungsweisen und theoretische Fundierungen stütze ich mich auf Literatur.

5.1 Konflikte in ihrer situativen Dimension

Ausgangspunkt von (nachbarschaftlichen) Konflikten ist zunächst eine Situation oder ein Ereignis, das die beteiligten Personen emotional erfasst, z.B. kränkt, irritiert, wütend macht. Mitgrund für die emotionalen Reaktionen auf ein als störend wahrgenommenes Ereignis ist die räumliche Nähe zur eigenen Wohnung, die als familiärer Ort der Intimität, des Rückzugs und der Privatheit gilt. Der Wohnkontext befindet sich hier im Spannungsfeld zwischen öffentlich und privat, intim und vertraglich geregelt. Nachbarschaftskonflikte können daher familiäre Konfliktmuster mit hoher Emotionalität aufweisen (vgl. Böhnisch 2015: 157). Während die gerichtliche Bearbeitung eines Konfliktfalles auf vertraglich und gesetzlich geregelte Aspekte eines nachbarschaftlichen Wohnverhältnisses fokussiert, kann eine außergerichtliche Konfliktregelung neben der Sachebene auch auf die von Deutungsprozessen und Emotionen geprägte Beziehungsebene eingehen. Sie alle zusammen beschreiben die situative Dimension.

5.1.1 Sachebene

Auf Sachebene kann ein Ereignis *methodisch* mit *W-Fragen* (Was, Wann, Wer, Wann, Wo, Wie?) im Dialog zwischen Professionist*in und den Konfliktbeteiligten erfasst werden. Oft stellt sich dabei heraus, dass das situativ Gesagte bzw. durch Gesten und Handlungen Vermittelte zwischen den Beteiligten unterschiedlich wahrgenommen wird. Die Wahrnehmungen des Geschehenen stehen mit unbewussten Deutungsprozessen in Verbindung, die von biographischen Erfahrungen und aktuellen Lebensumständen (siehe individuelle Dimension), dem eigenen Weltbild, aber auch von vorherrschenden, gesellschaftlichen Diskursen geprägt sind (siehe sozialräumliche Dimension).

5.1.2 Deutungsebene

Auf Deutungsebene werden Verhaltensweisen entlang der Kategorien Norm und Abweichung eingeordnet, die hegemonial umkämpften Deutungshoheiten unterliegen (vgl. Labek 2024: 16). Zudem werden nachbarschaftliche Ereignisse und Handlungen – und damit handelnde

Personen(gruppen) – einer subjektiven Zuordnung von vertraut und fremd unterzogen, die von bestehenden Beziehungen zwischen Konfliktparteien ausgehen bzw. diese beeinflussen.

Räumliche Nähe bedeutet trotz idealisierter Bilder und Vergleichen von Nachbarschaften mit Dorfgemeinschaften noch keine spezifische soziale Nähe (vgl. Böhnisch 2015: 156), besonders wenn die physische Nähe eine erzwungene ist. Während Angehörige der Mittel- oder Oberschicht ihren Wohnort auch unter dem Gesichtspunkt „habituellem Milieuzugehörigkeiten“ (ebd.: 160) in der Regel selbst auswählen (können), ist eine konkrete Bestimmung von Wohnung, Wohnhausanlage oder teils auch Wohnbezirk im kommunalen Wohnbau nur begrenzt möglich, abhängig von der Verfügbarkeit von Wohnungen und dem zeitlichen Druck, unter dem Antragsteller*innen stehen.

Für die Bearbeitung einer konflikthafter Situation ist es nun nicht nur notwendig, auf die Sachebene, die jeweiligen Deutungsprozesse und die von diskursiven Zuschreibungen geprägten Beziehungen, sondern auch auf möglicherweise hinter den Konflikten stehende Anliegen zu achten. Bedürfnisse hinter einem Lärmkonflikt könnten beispielsweise Einsamkeit, eine psychosoziale Belastung oder ein Generationenkonflikt sein. Diese sind jedoch im Sinne eines hegemonialen Diskurses im nachbarschaftlichen Kontext schwerer bemerk- bzw. artikulierbar als zum Beispiel störender Lärm (vgl. Labek 2024: 69). Methodisch gilt es entsprechend, *emotionalen Reaktionen* sowie *Deutungsprozessen Raum zu geben*. Gelingt ein *Beziehungsaufbau zu den beteiligten Parteien*, ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um mit diesen die je vorgebrachten Beschwerden zu entschlüsseln und verdeckte Themen und Bedürfnisse freizulegen.

5.1.3 Beziehungsebene

Um die Reflexion und Artikulation eigener Bedürfnisse zu unterstützen, bedienen sich u.a. *mediative Verfahren* dem Handlungskonzept der *Gewaltfreien Kommunikation* nach Marshall B. Rosenberg (2016). Die Konfliktparteien werden hier allparteilich dabei begleitet, ihr situativ Beobachtetes bzw. Erlebtes, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu formulieren. Das Konzept zielt auf die Klärung von jeweiligen Erwartungen und Wünschen auf Beziehungsebene ab. Bei der bedürfnisbasierten Konfliktaushandlung besteht m.E. jedoch die Gefahr, unhinterfragt dem Diktat der vordergründigen Bedürfnisse (z.B. nach Ruhe) und damit einem individuellen „Management der Bedürfnisbefriedigung“ (Fraser 1994: 240) zu folgen. Demgegenüber steht ein ermächtigender, herrschaftskritischer Zugang einer „Politik der Bedürfnisinterpretation“ (ebd.), bei dem die tatsächlich erfahrenen Mängel als Folge sozialer Ungleichheiten Ausdruck finden. Dies spricht für eine verschränkte Betrachtung von individuellen Konfliktdimensionen und sozialräumlichen Kontexten. Denn würde ein Klärungsversuch eines Lärmkonflikts auf die Herstellung der gewünschten Ruhe reduziert bleiben und würden sich „Lösungen“ ausschließlich auf Lärmvermeidung fokussieren, könnten

dahinterliegende Konfliktursachen missachtet und sogar disziplinierende Maßnahmen gegenüber (vermeintlich) störendem Verhalten angestoßen werden (vgl. Fischlmayr 2020: 152).

5.2 Die sozialräumliche Dimension von Konflikten

Die sozialräumliche Dimension von Konflikten umfasst eine gesellschaftliche Ebene, deren Diskurse und (Ungleichheits-)Verhältnisse sich in nachbarschaftlichen Kontexten, in formell-wohnrechtlichen und informell-tradierten Normen sowie in strukturellen Bedingungen des Wohnens verorten.

5.2.1 Gesellschaftliche Ebene

Gesellschaftliche Diskurse prägen unsere Wahrnehmung von Konflikten und deren Einordnung. Dazu gehören Rassismen, Sexismen, Agism und Generationenkonflikte sowie (populistische) Reaktionen auf aktuelle Krisen (Klimakrise, Wirtschaftskrise, „Flüchtlingskrise“). So hat mich eine Bewohnerin, um ihren Zuschreibungen gegenüber Nachbar*innen Nachdruck zu verleihen, gefragt: „Lesen Sie denn nicht die Zeitung?“ Die Rede über eine Bewohner*innenstruktur, die hinsichtlich ihrer Differenzmerkmale divers ist, ist geprägt von widersprüchlichen gesellschaftlichen wie auch städtischen Diskursen: Urbane Transformationen, Migrationsbewegungen und eine wachsende Stadt Wien treffen diskursiv auf knapper und teurer werdenden Wohnraum und eine rechtspopulistische, rassistische öffentliche Auseinandersetzung über Flucht und Migration in Österreich. Auch die bereits erwähnte wohnpolitische Idee einer „sozialen Durchmischung“ in städtischen Wohnhausanlagen wie auch der Wien-Bonus könnte eine rassistisch gefärbte „Wir zuerst“-Denkweise im Wohnkontext befördern. So findet eine (Re-)Produktion gesellschaftlicher Über- und Unterordnungsverhältnisse statt, die „im alltäglichen Tun der Beteiligten“ (Kessl/Reutlinger 2022: 42) fortgeschrieben wird. Es bedarf also einer Reflexion eigener Zuschreibungen und Normbilder, um Abwertungen des*/der* Anderen (Othering) zu erkennen und deren Wirkung auf eigene Interessen in Konflikten zu entschlüsseln.

Die gesellschaftliche Ebene muss demnach in der Konfliktanalyse und -bearbeitung Beachtung finden. Voraussetzung für Professionist*innen ist die innerorganisationelle sowie eigene *Fortbildung* und *Auseinandersetzung* mit gesellschaftlichen Spannungsfeldern, die sich im Wohnumfeld manifestieren, und die *Entwicklung einer Haltung* gegenüber diskriminierenden Rhetoriken und Praktiken. Im Sinne *politischer Bildungsarbeit* gilt es, im Gemeinwesen *durch Vorträge Fakten und Wissen zu transportieren* und zu *Diskussionen anzuregen*. *Kunst- und Kulturprojekte* könnten auf kreativ-humoristische Weise zur kritischen Auseinandersetzung mit tabuisierten Themen beitragen. Dabei ist zu reflektieren, dass Bilder über den kommunalen Wohnbau oder gewisse Wohnhausanlagen selbst hegemonialen Diskursen unterliegen, stigmatisierend wirken und sich in sozialräumlichen

Konflikten fortschreiben können. Dem Verständnis einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit folgend sind Gruppen darin zu bestärken, ihre Perspektiven öffentlich zu machen und Korrekturen zu medial reproduzierten Bildern über „das Leben im Gemeindebau“ herzustellen.

Die Arbeit in und mit der Öffentlichkeit ist Anspruch der Gemeinwesenarbeit, um unterschiedliche Interessen sichtbar zu machen und ihre Durchsetzung zu unterstützen. Es kann zwischen *Methoden der Interessenserkundung und -klärung* (siehe nachbarschaftliche Ebene), *Methoden der Veröffentlichung von Interessen* (z.B. Stadtteilmedien, Flugblätter etc.) sowie deren *Organisation und Durchsetzung* (z.B. Unterschriftenlisten, Demonstrationen) unterschieden werden. Letztere Herangehensweisen finden sich in der Tradition des *Community Organizing* wieder, das in den USA von Saul Alinsky entwickelt und etabliert wurde. Hinsichtlich der Veröffentlichung von Interessen differenziert Stoik (2013), ob sich diese an Stadtteile (z.B. Aushänge, Stadtteilzeitung) oder an eine breitere Öffentlichkeit richtet (z.B. via Social Media, in Leser*innenbriefen in Massenmedien etc.) (vgl. ebd.: 441f.).

5.2.2 Normative Ebene

Informelle und formelle Regeln organisieren unser Zusammenleben. Auf formeller Ebene legt der Mietvertrag die Bestimmungen des Wohnverhältnisses fest. Gesetzliche Grundlage ist hier das Mietrechtsgesetz (MRG), das für städtische Wohnanlagen zur Vollenwendung kommt und auch die Beendigung eines Mietverhältnisses regelt. Nachbarschaftskonflikte spielen dann eine Rolle, wenn gerichtlich nachgewiesen wird, dass Mieter*innen eine strafbare Handlung gegenüber einer anderen Mietpartei verübt oder das Zusammenleben, z.B. durch Beschimpfungen, erschwert haben (vgl. AK 2023: 196f.).

Wie eingangs erwähnt, kann ein Gericht die Sachebene klären und darüber befinden, ob ein gesetzlicher Kündigungsgrund vorliegt. Dahinterliegende Konfliktdimensionen werden hierbei i.d.R. nicht erfasst oder bearbeitet. Seitens der Sozialen Arbeit können *Vernetzungen* mit (kostenlosen) *Rechtsberatungs- bzw. Wohnungssicherungsstellen* hergestellt werden, um einen Wohnungsverlust zu verhindern bzw. abzufedern. Im Vorfeld kann mit Hilfe einer *Mediation* als freiwilligem „Versuch, mit einem fachlich ausgebildeten neutralen Vermittler [sic*] die Kommunikation zwischen Streitparteien zu fördern und eine selbst verantwortete Lösung zu finden“ (BMJ 2024), ein mögliches Gerichtsverfahren abgewendet werden. Das Angebot einer Mediation stellt *wohnpartner* Bewohner*innen städtischer Wohnanlagen in Wien kostenlos zur Verfügung.

Neben dem Mietrechtsgesetz ist die Hausordnung ein „formelles“ Regelwerk, mit dem die Hausverwaltung Normen des Zusammenlebens vorgibt. Auch diese unterliegen gesellschaftlichen Entwicklungen und wurden im Laufe der Jahre immer wieder aktualisiert. So wurde im kommunalen

Wohnbau „Kinderlärm“ in den letzten Jahren nicht als unnötiger Lärm definiert, während dieser in der aktuellen Version örtlich auf „Geräusche von Spielplätzen und anderen Freiflächen“ (Wiener Wohnen 2022) beschränkt wird. Meiner Erfahrung nach ist es auf normativer Ebene wichtig, über Informationen zu rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Handlungsspielräumen zu verfügen und diese an Konfliktparteien weiterzugeben. Die Verhandlung von Konflikten im Wohnumfeld auf Basis von Regeldurchsetzung ist nur wenig zielführend, da sie wesentliche Konfliktdimensionen missachtet und Soziale Arbeit Gefahr läuft, als exekutive Macht für die Durchsetzung von Regeln herangezogen zu werden. Es lohnt stattdessen, auch einen Blick auf informelle Normen und Regeln zu werfen und mit Konfliktparteien zu reflektieren, von wem diese definiert oder auch verändert werden. Dies könnte vermeintliche Verbote, den Rasen zu betreten, genauso betreffen wie die „Nutzungsrechte“ von Gemeinschaftsräumen oder Aneignungsformen von Bänken im Hof. Konflikte rund um sozialräumlich tradierte Normen und Regeln können sowohl einzelne Konfliktparteien wie auch Gruppen betreffen, deren Interessen zur Nutzung gemeinschaftlicher Flächen divergieren.

5.2.3 Nachbarschaftliche Ebene

Eine inspirierende theoretische Figuration für die Einordnung von Konfliktlinien und Machtgefällen in nachbarschaftlichen Kontexten ist jene von „Etablierten“ und „Außenseitern“. Elias und Scotson (1993) beforschten Machtdynamiken von Bewohner*innen zweier Dorfteile im Vororte-England der späten 1950er, die zu unterschiedlichen Zeiten besiedelt wurden. Obwohl sich die Bewohner*innen hinsichtlich ihrer Differenzmerkmale wenig unterschieden, definierten sich die alteingesessenen, „etablierten“ Bewohner*innen als statushöher und hielten an der Ausübung einflussreicher Ämter fest. Sie werteten zugezogene Bewohner*innen kollektiv als „Außenseiter“ ab (vgl. ebd.: 16–23).

Mit diesem Modell lassen sich Generationenkonflikte analysieren, in denen Interessen und Normen des Zusammenlebens von etablierten Bewohner*innengruppen, die schon lange in einer Wohnhausanlage leben, auf Aneignungsformen junger Bewohner*innen treffen, die allein aufgrund ihres Lebensalters eine kürzere Wohndauer aufweisen. Ein anderes, rassistisch aufgeladenes Thema betrifft den Einzug von Personen, die als People of Color sichtbar sind und als solche gesellschaftlich und auch in ihrem Wohnumfeld häufig Diskriminierungen erfahren. Zudem sind etablierte Bewohner*innen u.a. mit anderen geltenden Normen und Ideen von Nachbarschaft eingezogen, die sich in den damals geltenden und seither überarbeiteten Hausordnungen ausdrückten. Schließlich genießen etablierte Bewohner*innengruppen mit lange bestehenden Mietverträgen einen ökonomischen Vorteil, da der Mietzins bei Neuabschlüssen oft wesentlich höher liegt.

Methodisch ist für die Sichtbarmachung und Aushandlung unterschiedlicher Interessen –

abhängig von Zielsetzungen und bestehenden Ressourcen sowie den beteiligten Parteien – vieles möglich: Mit einer *Aktivierenden Befragung* werden Adressat*innen zu ihrer Sichtweise zu gewissen, auch konflikthaften Themen befragt und ihre Ideen und Möglichkeiten erhoben, an Verbesserungen mitzuwirken. Die Ergebnisse der Befragung werden im Rahmen einer *Bewohner*innenversammlung* präsentiert und daraus entstehende *Arbeitsgruppen angeregt* und *begleitet* (vgl. Lüttringhaus/Richers 2013: 384). Ein Vorteil besteht in der systematischen Erhebung einer Tür-zu-Tür-Befragung, die auch Personen einbindet, deren Interessen aufgrund ungleich verteilter Artikulationschancen sonst nicht öffentlich würden.

Bei Methoden, die die Geschichte einer Wohnhausanlage bzw. ihre Bewohner*innen würdigen, wie beispielsweise im Rahmen von *Biographie-* oder *Zeitzeug*innenarbeit*, ist darauf zu achten, dass neben ohnehin etablierten Personengruppen und Interessen auch andere Perspektiven ausreichend Platz gewinnen und dadurch Würdigung erfahren.

*Multiplikator*innen* vertreten die Sichtweise vieler bzw. gewisser Bewohner*innengruppen. Sie können, z.B. als Haussprecher*innen, mit (in)formeller Macht ausgestattet sein und eine einflussreiche Rolle in Aushandlungsprozessen und nachbarschaftlichen Konflikten spielen. Seitens der Gemeinwesenarbeit ist es wichtig, *partizipative Strukturen zu stärken* und gezielt jene Bewohner*innen einzubinden, deren Perspektive in gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsgremien und daher auch in Wohnhausanlagen unterrepräsentiert sind. In städtischen Wohnhausanlagen können Mietervertreter*innen auf Basis eines Mitbestimmungsstatuts gewählt werden, die von der Hausverwaltung beispielsweise über Sanierungsarbeiten informiert, aber auch z.B. bei der Gestaltung von Freiflächen eingebunden werden müssen.

5.2.4 Strukturelle Ebene

Nachbarschaftliche Konflikte weisen immer auch strukturelle Komponenten auf, die es zu erkennen und dann auch zu benennen gilt. Es kann also sein, dass die starke, vielleicht auch konflikthafte Nutzung von Infrastruktur (z.B. Kinderspielplätze in Höfen) am Fehlen geeigneter Freiflächen im umliegenden Stadtteil liegt. Lärm aus der Nachbarwohnung ist auch deutlicher in Wohnungen mit dünnen Wänden oder fehlender Trittschalldämmung vernehmbar und weist auf bauliche Aspekte hin. Aushandlungsprozesse und Interessenskonflikte finden also nicht nur auf horizontaler Ebene – zwischen Bewohner*innen – statt, sondern auch auf vertikaler Ebene mit Repräsentant*innen der Hausverwaltung, dem Stadtteil, von Infrastrukturvorhaben etc. Professionist*innen kommen hier unterschiedliche Aufgaben zu, die abhängig vom organisationalen Auftrag und dem fachlichen Verständnis von Gemeinwesenarbeit stärker harmonisierend oder emanzipatorisch angelegt sind.

Für das Erkennen von Zusammenhängen zwischen Nachbarschaftskonflikten und der

bestehenden Infrastruktur können methodisch *Sozialraumanalysen* oder *Stadtteilbegehungen* mit Konfliktparteien erhellend sein. Das Erkennen struktureller Ursachen von Konflikten kann für Parteien entlastend wirken und den Fokus weg von persönlichem (Fehl-)Verhalten hin zu einer *Kollektivierung gemeinsamer Interessen* lenken. Professionist*innen als *intermediär Handelnden* kommt die Aufgabe zu, die Organisation und Veröffentlichung lebensweltlicher Interessen gegenüber einem staatlich-administrativen System zu unterstützen. Besonders bei der Begleitung benachteiligter Personengruppen erfordert dies eine parteiliche Positionierung der Gemeinwesenarbeit bzw. die Einbindung sozialer Einrichtungen mit parteilichem Auftrag für spezifische Adressat*innengruppen (vgl. Fischlmayr 2020: 160). Das Organisieren bzw. Moderieren eines *Runden Tisches* ist ein weiterer methodischer Zugang für die Aushandlung von Interessen auf Stadtteilebene. Schophaus und Wallentin (2013) beschreiben die Teilnahme an Runden Tischen aus Perspektive von Bürger*inneninitiativen und das Abwägen von Wirkungsabsichten, Zielen und Gestaltungsmacht. Sie unterscheiden zwischen einer konsensorientierten Beteiligung, die darauf abzielt, Lösungsideen zu entwickeln und eine Perspektivenvielfalt herbeizuführen, und einer dissensorientierten Beteiligung, die Gegenpositionen einbringen möchte, deren Durchsetzungskraft von der Mobilisierbarkeit vieler Bürger*innen abhängt (vgl. ebd.: 392).

5.3 Individuelle/biographische Dimension

Neben sozialräumlichen Dimensionen von Konflikten, die auf gesellschaftlich-diskursiver, normativer, strukturell-manifester sowie machtdynamisch-interessensgeleiteter Ebene wirksam werden, ist auch die individuelle Lebenslage und die eigene psychosoziale Gesundheit als individuelle/biographische Dimension für die Erfassung und Umgangsweise mit Konflikten im Wohnkontext bedeutsam.

Konflikte im Wohnumfeld berühren persönlich, da sie den eigenen Rückzugsraum betreffen und an der Schwelle zwischen privatem und öffentlichem Raum stattfinden. Inwiefern sich Wohnende überhaupt mit diesen auseinandersetzen müssen, hängt unter anderem von strukturellen Bedingungen ab wie Möglichkeiten, diesen räumlich auszuweichen, Lärmschutzwände aufzuziehen oder den Wohnort zu wechseln. Die strukturellen Bedingungen, in denen gewohnt wird, sind u.a. verknüpft mit der **ökonomischen Lebenslage** der Betroffenen. Menschen mit geringen ökonomischen Mitteln verfügen über weniger Wohnraum, sind häufiger von Überbelag betroffen und können bei Konflikten aufgrund hoher Transaktionskosten oder langer Wartezeiten nur schwer den eigenen Wohnort wechseln.

Entzündet sich nun ein nachbarschaftlicher Konflikt, hängt es u.a. vom eigenen Weltbild, den eingeübten Konfliktmustern und der bereits bestehenden Beziehung bzw. den Zuschreibungen zwischen den Beteiligten ab, wie dieser Konflikt eingeordnet wird (siehe Deutungsebene). Für

die Bewältigung eines Konflikts ist zudem die **soziale Lage** und die aktuelle **physische und psychische Verfasstheit** bedeutsam. Menschen, die ohnehin aufgrund von Armutsbetroffenheit, zu pflegenden Angehörigen oder Betreuungspflichten oder wegen gesundheitlicher oder psychischer Beeinträchtigungen belastet sind, haben häufig weniger verfügbare Kapazitäten, um sich zusätzlich um nachbarschaftliche Agenden zu kümmern. Manchmal sind nachbarschaftliche Konflikte aber auch selbst Ausdruck von belasteten Lebenssituationen: So können Bewohner*innen, die sozial abgesichert, gesund und mit stabilen Netzwerken ausgestattet sind, ein als störend oder ‚abweichend‘ eingeordnetes Verhalten wohl besser tolerieren als Personen, die selbst belastet sind. Zudem können Bewohner*innen auch die ersten sein, die Problemlagen und Notsituationen ihrer Nachbar*innen bemerken, sei es bei psychischen oder physischen Erkrankungen oder bei häuslicher Gewalt.

Für Professionist*innen gilt es also, die Lebenslage und die psychosoziale bzw. gesundheitliche Ebene als konfliktbeeinflussend zu beachten. Neben einer *Unterstützung von Nachbarschaftshilfe* (siehe dazu kritisch Reutlinger/Stiehler/Lingg 2015: 17ff.) gilt es, Ressourcen von außen in Konflikte und den Stadtteil zu holen. Bewohner*innen sollten für ihre (finanzielle, psychosoziale, gesundheitliche) Entlastung *mit Beratungs- bzw. Betreuungseinrichtungen vernetzt* werden. Im Umgang mit psychisch erkrankten Nachbar*innen können Bewohner*innen im Sinne einer *Psychoedukation* sensibilisiert werden. Bei häuslicher Gewalt kommt der Nachbarschaft eine wichtige, *zivilgesellschaftliche Schutzfunktion* zu, über die sie *informiert* und in der sie *bestärkt* werden muss.

Zudem sind Professionist*innen gefordert, sich abhängig von der Verteilung der Artikulationsmacht und der Betroffenheit von Diskriminierung in Konflikten, (parteilich) zu positionieren. Die Einschätzung der Kräfteverhältnisse zwischen den Konfliktparteien ist komplex und von verschiedenen situativen und verschränkten Ungleichheitsfaktoren abhängig (vgl. Fischlmayr 2020: 160). Der Blick auf benachteiligende gesellschaftliche Verhältnisse soll jedoch keinesfalls deterministisch verstanden werden und Bewohner*innen Gestaltungschancen absprechen. Im Gegenteil: Er eröffnet Möglichkeiten der Solidarisierung und Kollektivierung. So kann es sein, dass Bewohner*innen im Zuge eines Streits um die Freiraumnutzung auf die strukturelle Ebene ihres Konfliktes und Mängel in der Aufenthaltsqualität aufmerksam werden. Oder dass Nachbar*innen aus verschiedenen Gründen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurden und nun die störende Präsenz des anderen wahrnehmen. Neben der Entwicklung von Lösungen für die Betroffenen, die ihren Alltag selbstbestimmter und besser lebbar sein lassen, gilt es, beeinflussende Dimensionen zu erkunden, um einer „Individualisierung von Lebenserfahrungen entgegenzuwirken“ (Bitzan/Herrmann 2018: 52).

6 Fazit

Das KonDiWo-Modell soll dazu anregen, Konflikte im Wohnumfeld systematisch in ihrer situativen, sozialräumlichen und individuellen Dimension zu erfassen und diese als sich gegenseitig beeinflussend zu verstehen. Methodisch kann Soziale Arbeit unterstützend auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und Handlungsspielräume der Verständigung und Emanzipation eröffnen. Hierbei liegen Spannungen vor zwischen fachlich-ethischen Zielen einer konfliktorientierten Sozialen Arbeit und den politisch-programmatischen bzw. organisationellen Aufträgen an ein konflikt-schlichtendes bzw. -kalmierendes Vorgehen. Der Anspruch, die sozialräumliche Dimension von Nachbarschaftskonflikten mit beteiligten Akteur*innen zu ergründen, erfordert nicht nur organisationelle Rückendeckung, sondern auch ausreichend personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen, um kollektive Betroffenheiten in längeren Gemeinwesen-Prozessen zu bearbeiten und partizipativ Veränderungen anzustoßen. Aktuelle Anforderungen an die Soziale Arbeit sind jedoch gegenläufig und folgen häufig einer Logik der Individualisierung von Problemlagen und dem raschen Herbeiführen von „Lösungen“.

In diesem Sinne gilt mein Plädoyer vor allen methodischen Herangehensweisen, die auch im Artikel vorgestellt werden, dem Innehalten und dem Aushalten von Widersprüchen und Ambivalenzen, die in konflikthafter Situationen liegen. Der Deutungsebene kommt hierbei ein besonderes, auch emanzipatorisches Potential für eine reflexive Zugänglichkeit der sozialräumlichen und individuellen Dimension zu. Ihre Berücksichtigung lädt nicht nur Konfliktparteien, sondern auch Professionist*innen ein, konflikthafte Ereignisse einzuordnen, eigene Gefühle wahrzunehmen und dahinterliegende Deutungen, hegemoniale Bewertungen, strukturelle Komponenten und persönliche Anteile zu hinterfragen.

Kollegiale Beratung und eine supervisorische sowie intervisorische Begleitung können Professionist*innen qualitätssichernd dabei unterstützen, ein komplexes Feld an Interessen und Bedürfnissen sowie einander beeinflussende Konfliktdimensionen im Kontext Wohnen zu überblicken, eigene Verwobenheiten zu erkennen und sich bedacht einzubringen. Schließlich ließe sich das vorliegende Modell zu Konfliktdimensionen auch in andere, z.B. institutionelle, Kontexte übertragen und dafür weiterentwickeln.

Literaturverzeichnis

AK – Arbeiterkammer (2023): Mietwohnungen. Alles Wissenswerte – vom Vertrag bis zu den Kosten. 10., überarbeitete Druckauflage. <https://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/wohnen/Mietwohnungen.pdf> (30.7.2024).

Bitzan, Maria/Herrmann, Franz (2018): Konfliktorientierung und Konfliktbearbeitung in der Sozialen Arbeit. Mit einer kasuistischen Erörterung. In: Stehr, Johannes/Anhorn, Roland (Hg.): Konflikt als Verhältnis – Konflikt als Verhalten – Konflikt als Widerstand. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit zwischen Alltag und Institution. Wiesbaden: Springer VS, S. 43–54.

Bitzan, Maria/Klöck, Tilo (1993): „Wer streitet denn mit Aschenputtel?“ Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz. München: AG SPAK.

BMJ – Bundesministerium für Justiz (2024): Zivilrechtsmediation. <https://www.justiz.gv.at/service/streitschlichtung-und-mediation/mediator-innen.95b.de.html#:~:text=Mediation%20ist%20der%20freiwillige%20Versuch,das%20Zivilrechts%2DMediations%2DGesetz> (30.7.2024).

Böhnisch, Lothar (2015): Nachbarschaft als Medium der Vergesellschaftung? In: Reutlinger, Christian/Stiehler, Steve/Lingg Eva (Hg.) (2015): Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 155–162.

Boulet, Jean Jaak/Krauss, Ernst/Oelschlägel, Dieter (1980): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip. Eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ-Druck und Verlag.

Diebäcker, Marc (2021): Mixed or unmixed? Eine Kritik einkommensgemischter Wohnpolitiken anhand alltagsorientierter transdisziplinärer Wohnforschung. In: Kogler, Raphaela/Hamedinger, Alexander (Hg.): Interdisziplinäre Stadtforschung. Themen und Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 233–254.

Elias, Norbert/Scotson, John (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fischlmayr, Anna (2020): Gemeinwesen und Konflikte: Widersprüche (all)parteilicher Arbeitsansätze. In: Diebäcker, Marc/Wild, Gabriele (Hg.): Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Wiesbaden: Springer VS, S. 151–165.

Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2022): Sozialräumliche Praxis und Sozialraumarbeit. In: Dies. (Hg.): Sozialraum. Eine elementare Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 33–58.

Labek, Ursula (2024): Soziale Konflikte als Handlungsfeld und Ressource in der Gemeinwesenarbeit? Perspektiven von Bewohner*innen und Gemeinwesenarbeiter*innen auf Konfliktkonstellationen in einem Wiener Gemeindebau. Unveröffentlichte Masterarbeit, Fachhochschule Campus Wien.

Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille (2013): Die Methode der Aktivierenden Befragung. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Leverkusen-Opladen: Barbara Budrich, S. 384–390.

Meuth, Miriam (2017): Wohnen – Gegenstand pädagogischer Praktiken, erziehungswissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung. In: Dies. (Hg.): Wohn-Räume und pädagogische Orte. Erziehungswissenschaftliche Zugänge zum Wohnen. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–36.

Reinprecht, Christoph (2019): Wohnen und die Fragmentierung des Sozialen. Gentrifizierung als Symptom gesellschaftlicher Transformation. In: Justin Kadi/Mara Verlic (Hg.): Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. AK Stadtpunkte 27, Wien.

Reutlinger, Christian/Stiehler, Steve/Lingg Eva (2015): *Die Nachbarschaft* soll es richten – Allgegenwärtigkeit eines Konzepts. In: Dies. (Hg.): Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 11–22.

Rosenberg, Marshall B. (2016): Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens. 12., überarb. & erw. Aufl. Paderborn: Junfermann.

Schophaus, Malte/Wallentin, Annette (2013): Die Kanten des Runden Tisches – Verhandeln zwischen Konsens und Dissens. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Leverkusen-Opladen: Barbara Budrich, S. 391–397.

Stoik, Christoph (2013): Arbeiten in und mit der Öffentlichkeit. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Leverkusen-Opladen: Barbara Budrich, S. 439–445.

Wiener Wohnen (2022): Damit im Haus alles in Ordnung bleibt. Hausordnung. <https://www.wienerwohnen.at/mieterin/handlungsfelder/laerm.html> (30.7.2024).

Über die Autorin

Anna Fischlmayr, BA MA

anna.fischlmayr@edu.fh-campuswien.ac.at

Sozialarbeiterin, Studium der Sozialen Arbeit in Graz und Wien. Supervisorin und nebenberuflich Lehrende am Bachelor- und Masterstudiengang Soziale Arbeit bzw. Sozialraumorientierte Soziale Arbeit an der FH Campus Wien. Langjährige Berufstätigkeit sowie Publikationen im Feld Gemeinwesenarbeit und Konfliktarbeit. Weitere Schwerpunkte: (institutionelle) Sozialraumforschung, Wohnen, Gender, Praxisreflexion.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

**Communities in der Migrationsgesellschaft zwischen
Zuschreibungsprozessen, Entrepreneurship und einer
solidarischen Gesellschaft**

Mira Liepold, Sophie Gaidoschik & Christoph Stoik

Mira Liepold, Sophie Gaidoschik & Christoph Stoik.
Communities in der Migrationsgesellschaft zwischen
Zuschreibungsprozessen, Entrepreneurship und einer
solidarischen Gesellschaft. *soziales_kapital*, Bd. 29
(2024). Rubrik: Werkstatt. Wien.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/823/1559>

Zusammenfassung

Der Artikel präsentiert die Ergebnisse einer qualitativen Begleitforschung zum Projekt „Wien 10 Connection“, das die *Volkshilfe Wien* durchgeführt hat und in dem Multiplikator:innen, sogenannte Community-Leader:innen dabei unterstützt wurden, Community-Projekte im 10. Wiener Gemeindebezirk durchzuführen. In Anschluss an eine Vorstellung des Projekts beschreibt der Artikel anhand empirischer Quellen die Chancen, aber auch Herausforderungen eines solchen Projekts. Zentral sind dabei Überlegungen zur Bedeutung von GWA in Migrationsgesellschaften, zum Community-Begriff sowie zu den Möglichkeiten der Entstigmatisierung von Räumen. Abseits der Auseinandersetzung mit dem konkreten Projekt werden allgemeine Empfehlungen für die GWA in urbanen Migrationsgesellschaften herausgearbeitet. Ziel des Artikels ist es, einerseits auf Ergebnisse aus der Forschung einzugehen und andererseits eine Grundlage für weitere Diskussionen zu liefern.

Schlagerworte: Gemeinwesenarbeit, Migrationsgesellschaft, Postmigration, Community, Volkshilfe Wien

Abstract

The article presents the findings of a qualitative research conducted in conjunction with the “Wien 10 Connection” project, which was carried out by *Volkshilfe Wien*. The project’s objective was to provide support to multipliers, so-called community leaders, in the implementation of community projects within Vienna’s 10th district. Following an introduction to the project, the article describes the opportunities and challenges inherent to such a project, based on empirical sources. These reflections are pivotal in addressing the significance of GWA in migration societies, the concept of community and the possibilities of destigmatising spaces. In addition to developing an understanding of the specific project, general recommendations for GWA in urban migration societies are presented. The objective of this article is twofold: firstly, to present the findings of the research conducted, and secondly, to provide a foundation for further discussion.

Keywords: community work, migrant society, post migrant, community, Volkshilfe Wien

1 Einleitung

Ausgangspunkt für den vorliegenden Artikel ist die Begleitforschung zum Projekt „Community Work“ der *Volkshilfe Wien*, welches im 10. Wiener Gemeindebezirk angesiedelt ist und den Anspruch hat, einen neuen Ansatz der Gemeinwesenarbeit (GWA) in Wien zu etablieren. Das Projekt zielt darauf ab, engagierte Menschen (Privatpersonen und Geschäftsleute), sogenannte Community-Leader:innen, bei der Umsetzung gemeinwesenorientierter Projekte zu unterstützen. Das Projekt „Community Work“ liefert aus Sicht der *Volkshilfe Wien* einen neuen und innovativen Ansatz, weil es nicht bei Vereinen, Institutionen und Organisationen ansetzt, sondern direkt die Menschen anspricht, die in den Bezirken leben (vgl. Grasl-Akkilic/Steindl/Gedik 2022). Das Projekt startete im April 2022 mit einer – mittlerweile verlängerten – Laufzeit bis März 2024 im Bezirk Favoriten mit dem Pilotprojekt „Wien 10 Connection“. Die Projektverantwortlichen begründen die Auswahl des Pilotbezirks mit der Idee, den polarisierenden Medienberichten über den 10. Bezirk ein alternatives Bild entgegenzusetzen. Ziel war demnach das Aufbrechen negativer Stereotype über den Bezirk, nachdem sich hier zahlreiche politisch-ideologische Auseinandersetzungen, auch in gewaltsamer Form, gehäuft hatten. Dabei beruht das medial vermittelte Bild vom 10. Bezirk auf einzelnen Vorfällen, an denen unterschiedliche Gruppen beteiligt waren, deren Migrationsbiografien stark in den Vordergrund gerückt wurden. Die *Volkshilfe* zielt mit ihrem neuen Projekt darauf ab, genau diesen Stigmatisierungen entgegenzuwirken und zu zeigen, dass der 10. Bezirk ein diverser, vielfältiger Bezirk ist, in dem ein friedliches, solidarisches Miteinander zwischen zahlreichen unterschiedlichen Gruppen und Menschen der unterschiedlichsten Herkunft besteht (vgl. Grasl-Akkilic et al. 2022).

Kern des Projekts ist es, ein Netzwerk aus engagierten Personen im Bezirk (sogenannte Community-Leader:innen) aufzubauen, die gemeinsam oder mit anderen Menschen und mit der Unterstützung hauptamtlicher *Volkshilfe*-Mitarbeiter:innen gemeinwesenorientierte Projekte umsetzen. Dadurch soll ein sozialer Raum zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen entstehen, in dem Zusammenarbeit gefördert und Verbindendes vor Trennendes gestellt werden kann (vgl. *Volkshilfe Wien* o.J.). Die *Volkshilfe Wien* unterstützt die Community-Leader:innen bei der Entwicklung und Realisierung ihrer Projekte organisatorisch wie auch finanziell, durch niederschwellige und bei Bedarf auch mehrsprachige Beratung und Begleitung sowie mit regelmäßigen Gremien (den sogenannten Werkstätten), in denen kollektiv Entscheidungen getroffen und Inhalte verhandelt werden. Das Ziel ist, Personen unabhängig von ihrem sozialen, sprachlichen oder ökonomischen Hintergrund zu ermöglichen, sich in ihrem Bezirk einzubringen. Die Community-Leader:innen, so das Konzept der *Volkshilfe Wien*, sollen einen Bezug zum 10. Bezirk haben und in ihrer Rolle als Projektleiter:innen auch als Vorbilder für andere fungieren.

Das Forschungszentrum für Soziale Arbeit der FH Campus Wien wurde für eine

Begleitforschung des Projekts beauftragt, sie wurde von Sophie Gaidoschik, Mira Liepold und Christoph Stoik durchgeführt. Der Forschung lagen folgende Fragen zugrunde:

- Wer wird durch das Projekt als Community-Leader:innen definiert und warum?
- Welche Ziele verfolgen die Community-Leader:innen in Bezug auf „ihre“ Communities?
- Wie verändern sich die Communities der Community-Leader:innen?
- Welche neue Formen von Communities entstehen durch das Projekt?

Dieser Artikel gibt einen Einblick in die Ergebnisse der Begleitforschung und ordnet das Projekt auf Basis empirischen Materials in aktuelle GWA-Diskurse ein. Er zeigt auf, welche Potentiale ein solcher Ansatz in einer Migrationsgesellschaft wie jener Wiens haben kann, aber auch mit welchen Herausforderungen er verbunden ist. Die Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und möchten dazu einladen, weiterzudenken und sozialarbeiterische Ansätze kritisch zu reflektieren. Die empirische Basis für die Ausführungen ist eine themenanalytische Auswertung (vgl. Froschauer/Lueger 2020) von neun narrativen Interviews mit Projektverantwortlichen der *Volkshilfe Wien* sowie Community-Leader:innen und von acht teilnehmenden Beobachtungen von Veranstaltungen und Projektgremien, die im Rahmen des Projekts initiiert wurden (Werkstätten, wissenschaftlicher Beirat) sowie anderen Vernetzungstreffen innerhalb des Projekts.

Im Folgenden wird das Projekt als spezifische Form der GWA in einer Migrationsgesellschaft beschrieben. Darauf aufbauend arbeitet der Artikel heraus, welcher Community-Begriff zentral für das *Volkshilfe*-Projekt und die Begleitforschung war. Die im Projekt auch implizite Verwendung von „Community“ wird analysiert und kritisch hinterfragt. Abschließend werfen wir einen Blick auf Chancen und Herausforderungen und geben einen Ausblick.

2 Gemeinwesenarbeit im Kontext der Migrationsgesellschaft

In der Forschung wurde sichtbar, dass das empirische Material nicht verstanden werden kann, ohne die Spezifika des 10. Bezirks näher zu beleuchten. Vor diesem Hintergrund muss das Projekt der *Volkshilfe Wien* als GWA im migrationsgesellschaftlichen Raum gesehen werden. Favoriten ist einer der diversesten Bezirke Wiens (vgl. Stadt Wien 2023) und wird in der Öffentlichkeit regelmäßig (deshalb) thematisiert, wobei vor allem Debatten um Kriminalität im Favoritner Raum geführt werden. Die wiederholte Engführung von Migration und Gefährdung führt unter anderem zu sozialräumlichen Securitization-Maßnahmen, beispielsweise zu regelmäßigen Polizeipatrouillen und jüngst der Definition einer Waffenverbotszone rund um den Reumannplatz/Keplerplatz. Konträr zu diesen Dynamiken fasst das Projekt der *Volkshilfe Favoriten* als postmigrantisch und bietet so eine Alternative zu den hegemonialen Erzählungen an. Migration und damit zusammenhängende

Biografien und Lebensrealitäten sollen durch das Projekt normalisiert und legitimiert werden.

Das Konzept der Migrationsgesellschaft beschreibt Migration als ein modernen Städten immanentes Phänomen. Wachstum und Verstädterung, aber vor allem Urbanisierung – im Sinne einer Entwicklung moderner städtischer Lebensweisen – sind auf Migration angewiesen. Städte sind – gegenwärtig und historisch – durch Zuwanderung geprägt; Migrant:innen sind wichtige Arbeitskräfte und Konsument:innen und bringen neue Ideen und Ressourcen ein, wovon Städte profitieren. Migration fördert dynamische urbane Entwicklungen, wobei Städte gewissermaßen die Motoren gesellschaftlicher Entwicklungen und Aushandlungsorte von gesellschaftlichen Ambivalenzen sind. Diskurse, die über rassistische Zuschreibungen funktionieren, wenden sich gegen diese Entwicklungsmöglichkeiten der urbanen Migrationsgesellschaften und lassen deren Potenziale ungenutzt. Neben der Sichtbarmachung von Chancen ermöglicht das postmigrantische Konzept der Migrationsgesellschaft eine Normalisierung von Migration und reduziert damit zusammenhängende Othering-Prozesse: Migration kann als normaler und notwendiger Prozess urbaner Entwicklungen anerkannt werden (vgl. Yildiz 2017).

„Wien 10 Connection“ zielt darauf ab, diskriminierende Zuschreibungen in Bezug auf den 10. Bezirk und seine Bewohner:innen zu durchbrechen. Die Begleitforschung macht deutlich, dass diese Zuschreibungen und die hegemonialen Narrative den demographischen und soziologischen Realitäten und Prozessen nicht gerecht werden. Sie vereinfachen und verfälschen die Situation und vor allem die Alltagserfahrung der Menschen stark, worunter viele Interviewpartner:innen zu leiden scheinen. Das Durchbrechen hegemonialer gesellschaftlicher Zuweisungen stellt sich – insbesondere für die einzelnen Individuen – als quasi unmöglich dar.

Die vorhergehend beschriebenen Zuschreibungsprozesse manifestieren sich soziokulturell in den Communities sowie räumlich und finden insofern ins Projekt Eingang, als sie den Bezugsrahmen für gegenhegemoniale Ansätze bereitstellen. Die Zuschreibungsprozesse und Bezugnahmen auf Communities werden aufgegriffen und durch positive Konnotation transformiert. Nichtsdestoweniger bleiben sie normativ wirksam und werden nicht einfach durchbrochen. Aus diesem Grund schlagen wir vor, das *Volkshilfe*-Projekt als GWA in der Migrationsgesellschaft zu begreifen. Diese Interpretation impliziert auch Herausforderungen und Potentiale für die GWA (siehe Kapitel 4).

3 „Community“ zwischen Zuschreibung und emanzipatorischem Potenzial

Da der Begriff Community eine sehr zentrale Bedeutung im Projekt einnimmt, stellt sich die Frage, was genau damit gemeint ist und worauf er abzielt. Im deutschsprachigen sozialarbeiterischen Diskurs ist der Begriff Community eng mit der Gemeinwesenarbeit verknüpft. Diese gilt seit über 50 Jahren

als ein zentrales Handlungskonzept und Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum (vgl. Stövesand/Stoik 2013: 18).¹ Zum Gemeinwesen selbst finden sich nur wenige systematische und theoriegeleitete Auseinandersetzungen (z.B. Dirks 2022), obwohl es zentraler Gegenstand der Gemeinwesenarbeit ist. Die bestehenden theoretischen Auseinandersetzungen mit Community und Gemeinwesen sind indes sehr vielschichtig (vgl. u.a. Stövesand/ Stoik 2013; Stoik 2013; Ludwig 2002). Teilweise wird der Begriff auch durch Bezeichnungen wie Sozialraum, Quartier oder Stadtteil ersetzt, wodurch der Begriff Community in diesem Diskurs weitgehend verlorengeht.

Historisch betrachtet ist die Bezeichnung Gemeinwesen auch eine ungenaue Übersetzung des englischen *community*, wobei beide Begriffe mehrdeutig sind. Folgen wir der Debatte um Community-Work, wie sie im deutschsprachigen Raum rezipiert wurde, dann kann der Begriff Community ein geografisches Gebiet, gemeinsame Interessen oder soziale Beziehungen beschreiben (vgl. Ross/Lappin 1971). In der Community-Organization (vgl. Alinsky 1984) stellt die Community eine Organisationsform dar, einen Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsame Interessen vertreten und durchsetzen. Ähnlich wie das Gemeinwesen kann Community dabei zum einen ein Ausgangspunkt von Gemeinwesenarbeit sein und sich auf ein Gebiet oder eine Gruppe von Menschen beziehen, die gemeinsame Interessen haben bzw. sich in Beziehung zueinander befinden. Zum anderen kann Community eine Gruppe von Menschen sein, die durch die Gemeinwesenarbeit gebildet wird.

Für die Begleitforschung waren die unterschiedlichen Verständnisse von Community und eine begriffliche Schärfung relevant: Community wird im Projekt zuallererst auf (ethnische) Herkunft-Communities bezogen, was aufgrund der möglichen Reproduktion von diversen Zuschreibungen problematisch ist. Darüber hinaus kann er im Projekt aber auch mit Ortsbezügen verknüpft sein (z.B. in Bezug auf Images zum 10. Bezirk) oder sich auf die neu zu bildende Community der Community-Leader:innen beziehen. Abseits dessen könnten mit Communities im *Volkshilfe*-Projekt unterstützende Netzwerke gemeint sein bzw. eine Gemeinschaft von Menschen mit gemeinsamen Interessen. Zu guter Letzt könnten Communities als emanzipatorischer Motor für gesellschaftliche Veränderungen verstanden werden (z.B. wie bei der queeren Community).

Unterschiedliche Verständnisse von Community stehen dem *Volkshilfe*-Projekt damit gleichzeitig und parallel zueinander zur Verfügung: Zum einen als ethnisiert gedachte Community im Sinne einer Gruppe von Menschen, die sich nach gemeinsamer Abstammung, Herkunft, Geschichte, Kultur, gemeinsamen Sitten und Gebräuchen sowie gemeinsamem Wohnraum zusammenfinden und somit einen Sozialraum erschaffen. Zum anderen als Gemeinschaft von Personen, die sich zu einem bestimmten Zweck oder zur Erfüllung eines bestimmten Ziels zusammengeschlossen haben. Im Folgenden wird ein empirischer Blick auf das Verständnis von Community im Projekt geworfen.

Innerhalb des Projektes „Community Work“ der *Volkshilfe Wien* beziehen sich die Projektinitiator:innen auf die zweitgenannte Definition des Community-Begriffs. Es wurden zu Beginn des Projektes Menschen gesucht, welche sich mit einem Beitrag für das friedliche, solidarische und inklusive Miteinander im sozialen Nahraum einsetzen wollen; dies unter anderem mit dem Ziel, mit dem negativen Bild des 10. Bezirks zu brechen, welches vor allem auf Einzelsituationen basiert und Ethnizität sowie Kultur in den Vordergrund drängt. Es sollten neue, positive Beispiele entstehen, welche abseits von Kultur und Religion auf das Gemeinwohl fokussieren (vgl. I4, I3).ⁱⁱ

Community-Leader:innen haben aus dieser Perspektive die Aufgabe, das Miteinander im 10. Bezirk auf positive Art und Weise zu beeinflussen und einen Beitrag zu leisten, um das friedliche, solidarische und inklusive Zusammenleben im Bezirk zu fördern. Im Konzept des Projektes werden Community Leader:innen als Menschen beschrieben, die einen starken Einfluss auf die Menschen der Communities haben, denen sie zugehören (vgl. Grasl-Akkilic et al. 2022). An dieser Stelle wird die Gleichzeitigkeit der beiden Verständnisse von Community deutlich: Zum einen werden die Community-Leader:innen als Menschen verstanden, die sich gesellschaftlich engagieren *und* sich auf ihre „Herkunfts-Communities“ beziehen, um auf diese Einfluss nehmen zu können. Aus Sicht der Initiator:innen entsteht durch die Arbeit der Community-Leader:innen zum anderen eine neue Kultur, an der sich Menschen orientieren. Community-Leader:innen werden als Personen beschrieben, die nicht nur ein Gespür für „ihre“ Herkunfts-Community haben, sondern auch für gesellschaftspolitische wie kulturelle und soziale Entwicklungen (vgl. Grasl-Akkilic et al. 2022).

In der Begleitforschung zeigt sich, dass das Verständnis von Community seitens der Community-Leader:innen vielfältig und ambivalent ist. Teilweise widerspricht es der Konzeptualisierung der Projektinitiator:innen, teilweise ist es ihr aber auch sehr ähnlich (vgl. I2, I1, I7, I4). Die Community-Leader:innen scheinen keine eindeutigen Definitionen oder Verortungen vorzunehmen: Einerseits grenzen sie sich in den Interviews von ethnischen Communities ab (vgl. I4, I6), erleben sich aber andererseits in ihren Erzählungen auch als Role Models und beziehen sich in dieser Rolle auch auf ihre ethnische Zugehörigkeit. Hier könnte eine Schlussfolgerung sein, dass der Community-Begriff für die engagierten Personen von geringerer Bedeutung ist als für die Initiator:innen des Projekts. Allerdings lässt sich diese Ambivalenz bereits auf der konzeptionellen Ebene feststellen. Zwar werden Mehrfachzugehörigkeiten zu unterschiedlichen Communities thematisiert, doch wird nicht immer klar, auf welche Art von Community Bezug genommen wird. Sofern eine Bezugnahme auf ethnische Zugehörigkeiten besteht, ergibt sich jedenfalls ein Widerspruch zum avisierten Ziel des Projekts, den ‚ethnisierten Blick‘ auf den 10. Bezirk ablösen zu wollen. Es scheint gerade der Wahl des Community-Begriffs geschuldet zu sein, dass eine Betonung der ethnischen Zugehörigkeiten forciert wird, und zwar vor allem auf

Seiten der Community-Leader:innen. Dies kann sich daraus ergeben, dass einige der Community-Leader:innen in ethnischen Communities einen Ausgangspunkt haben, von wo aus sie agieren. Gleichzeitig kann die ethnische Community als ein schützender Bereich fungieren, der Rückzug und Sicherheit schafft. Insofern ist die Bezugnahme darauf nachvollziehbar. Darüber hinaus wird Community von den Projektinitiator:innen ebenso wie den Community-Leader:innen auch auf die abstraktere Community des 10. Bezirks bezogen. Community-Leader:innen identifizieren sich stark mit dem Bezirk, in welchem sie leben, und wollen mit dem negativen Bild brechen.

Bei den Beobachtungen der Werkstätten zeigte sich, dass nicht selbstverständlich davon auszugehen ist, dass durch das Projekt eine eigene Community durch die Community-Leader:innen entsteht (vgl. B2), wie dies von den Initiator:innen intendiert war. Vielmehr konnte ein gewisser Grad an Konkurrenz unter den unterschiedlichen Community-Leader:innen beobachtet werden (vgl. B2). Dies kann dem Spannungsfeld zwischen Entrepreneurship und Kollektiv zugeordnet werden, welches im Zuge der Forschung sichtbar wurde (vgl. I1, I6, I4, I9, B2).

Aufgrund ihrer Eigenschaften, ihrer teilweise starken Verankerung im privatwirtschaftlichen Sektor sowie ihrer positiven Affirmation von Leistung können Community-Leader:innen als Entrepreneurs ihres Gemeinwesens beschrieben werden. Individuelle Interessen, wie das eigene wirtschaftliche oder berufliche Vorankommen, schwimmen mit (vermeintlich) kollektiven Interessen wie dem Image des 10. Bezirks und seiner Bewohner:innen. Das Bild des Entrepreneurs ergibt sich aus der Zielsetzung des Projekts, engagierte Personen zu suchen, die die Gesellschaft bzw. das Image des 10. Bezirks mitgestalten wollen. Durch diesen Ansatz entsteht eine Spannung zwischen individuellen und kollektiven Anliegen. Einerseits scheinen einige Community-Leader:innen Ziele hinsichtlich ihres persönlichen Unternehmens zu verfolgen, andererseits ist die Entwicklung eines Kollektivs vorgesehen, das im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens – den Projektzielen folgend – gesellschaftspolitisch und solidarisch agiert. Bei den Beobachtungen zeigte sich, dass einzelne Community-Leader:innen stärker im Vordergrund agieren als diejenigen, für die keine wirtschaftlichen Interessen relevant sind.

Es lässt sich insgesamt festhalten, dass das Konzept des Community Work der Volkshilfe in Wien theoretisch am Konzept vom Community Organizing anschließt. Es werden Community-Leader:innen gesucht und unterstützt, die Einfluss nehmen sollen auf „ihre“ Community (vgl. Szyuka/Müller 2023). Die Forschung zeigt indes, dass eine Einflussnahme auf bestehende Communities in der Praxis des Projekts kaum beobachtbar ist. Es stellt sich daher die Frage, welche Funktion der Community-Begriff für ein GWA-Projekt (in Wien) haben kann. In der begleitenden Projektforschung wurde ein Spannungsfeld zwischen individuellen Interessen einerseits und Vorstellungen von Gemeinschaft, Gemeinnützigkeit und gesellschaftlichen Ansprüchen andererseits deutlich. In

diesem spiegeln sich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen wider, wie sie durch die neoliberale Transformation der Gesellschaft seit den 1980er Jahren zu beobachten sind. Die Vorstellungen der 1980er Jahre, denen entsprechend die Bildung von Gemeinwesen dazu beitragen soll, gesellschaftliche Veränderungen zu gestalten (vgl. diverse Konzepte in Stövesand/Stoik 2013), wirken fragil angesichts der Verschiebung zu einer Gesellschaft, in der Konkurrenz gegenüber kollektiver Aushandlung an Bedeutung gewonnen hat. So lässt sich fragen, ob es überhaupt noch zeitgemäß ist, von Kollektiven zu sprechen, wenn sich gesellschaftlich gleichzeitig eine Individualisierung durchsetzt. Auf welche Gemeinschaft, auf welche gesellschaftliche Vorstellung sollte sich die Gemeinwesenarbeit dann aber beziehen? Das Projekt der *Volkshilfe Wien* könn(t)e sich auf Wertvorstellungen von einem ‚friedlichen Zusammenleben‘ beziehen. Doch eröffnen diese Werte ebenfalls Spannungsfelder, die aus unterschiedlichen Vorstellungen darüber resultieren, wie denn ein friedliches Zusammenleben aussehen soll.

Die Begleitforschung zeigt, dass es fachlich hilfreich ist, über den Begriff Community zu diskutieren und dies zu verhandeln. Erist der Ausgangspunkt für die Tätigkeit der Gemeinwesenarbeit, die von einem engeren Verständnis von Community ausgeht und vor allem gesellschaftliche Zuschreibungen aufgreift, z.B. in Bezug auf ethnische sowie territoriale Zugehörigkeiten. Das kann aber nur der erste Schritt sein, um sich dann über die Bedeutung von Community im Diskurs zu verständigen. Im Wesentlichen geht es darum, sich damit auseinanderzusetzen, in welcher Gesellschaft wir leben und leben wollen: Wie soll mit der Spannung zwischen individuellen Freiheiten und gesellschaftlichen Strukturen umgegangen werden? Was ist Gesellschaft, warum braucht es eine Gesellschaft und welche Funktion soll ihr zukommen? In welcher Beziehung steht Gesellschaft zu Communities, Gemeinschaften und Netzwerken?

Diese Fragen könnten als Ausgangspunkt von Gemeinwesenarbeit gesehen werden. Sie können in den unterschiedlichen Projekten diskutiert werden. Sie können folgend auch als Bildungsprogramm gedacht werden, in dem ausgehend von bestehenden bzw. gesellschaftlich konstruierten Communities über die Funktion gesellschaftlicher Ordnungsprozesse reflektiert wird. Fragen dazu, wie Gesellschaft sein könnte und sollte, könnten emanzipatorisches Potenzial entwickeln, da sie gleichermaßen Handlungsperspektiven und alternative Gemeinwesen-Entwicklungen eröffnen (vgl. dazu z.B. Stoik 2021). Wenn Communities als intermediäre Räume zwischen Menschen und Gesellschaft verstanden werden, dann kann die Gemeinwesenarbeit genau im Zwischenraum – zwischen Communities und Gesellschaft – agieren und dadurch beides mitgestalten (vgl. dazu u.a. Stoik/Fritsche 2024). Mit Blick auf das Projekt der *Volkshilfe Wien* stellt sich in Anschluss daran die Frage, worauf die GWA sich fachlich bezieht: Werden Communities gebildet, um ein friedliches Zusammenleben zu fördern? Soll der gesellschaftliche Zusammenhalt

gestärkt werden, beispielsweise im Sinne einer konsensorientierten Gemeinwesenarbeit (vgl. u.a. Ross 1971)? Oder geht es darum, Widersprüche im Kapitalismus aufzuzeigen, z.B. zwischen individueller Konkurrenz bzw. der Verwertung individueller Ideen und den Vorstellungen von Kollektivität sowie gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen (vgl. Schreier/Stoik 2022)? Diese fachlichen Positionierungen können selbstverständlich nicht autonom entwickelt werden. Sie sind abhängig von öffentlich finanzierten Aufträgen, wodurch die ideologische und fachliche Positionierung der Träger auf der einen und der Gemeinwesenarbeiter:innen auf der anderen Seite selbst in ein Spannungsverhältnis geraten können.

4 Ausblick und Empfehlungen

Der Community-Work-Ansatz der *Volkshilfe Wien* liefert einen Beitrag dazu, wie Gemeinwesenarbeit in der Postmigrationsgesellschaft aussehen kann. Die Forschung zeigt, dass es sich empfiehlt, mit Widersprüchen und Spannungen einen Umgang zu suchen, diese im Projekt offen anzusprechen und zu reflektieren – und zwar mit allen im Projekt Beteiligten. Ziel eines Diskurses sollte nicht die Vereinheitlichung von Meinungen sein, sondern die Benennung von Differenzen sowie eine Debatte über diese. Das emanzipatorische Potenzial eines solchen Vorgehens liegt darin, Lernprozesse bei den beteiligten Akteur:innen anzustoßen. Widersprüche und der Diskurs darüber können Ausgangspunkte dafür sein, dass Menschen, die von territorialen und rassifizierten Zuschreibungen betroffen sind, darin unterstützt werden, eigene Positionen einzunehmen.

Bei alledem muss beachtet werden, dass diese gestärkten Personen sich nicht unabhängig von anderen Menschen, unabhängig von Communities und Netzwerken sowie gesellschaftlichen Diskursen bewegen. Ein Gemeinwesenprojekt braucht daher eine weitere Auseinandersetzung über das Verhältnis von Individuen, sogenannten Communities und gesellschaftlichen Vorstellungen. Diese Auseinandersetzungen sollten einerseits ergebnisoffen mit den Engagierten geführt werden, andererseits braucht es aber auch fachliche Positionierungen vom Träger und den Gemeinwesenarbeiter:innen. Dies könnte eine Möglichkeit bieten, um der Responsibilisierung von einzelnen Menschen im Zuge von Integrationsdebatten zu entkommen und zu einer Stärkung des emanzipatorischen Potenzials von Community-Ansätzen führen.

Eine weitere Herausforderung für GWA-Projekte ist die enge Verknüpfung der Themen Integration und Migration, die in Österreich quasi synonym verwendet und immer in Zusammenhang miteinander verhandelt werden. Eine stärkere Trennung dieser Themen könnte einen Blick für Vielfalt, die sich auch in Communities organisiert, möglich machen. Ein Fokus auf Communities als emanzipatorische, kollektive Erfahrung von Vielfalt könnte eine Grundlage für die GWA in Migrationsgesellschaften sein. Dadurch würde auch der Individualisierung in solchen Projekten

entgegengewirkt, die auf das Empowerment einzelner Menschen abzielen.

Aus der Begleitforschung zum Projekt „Wien 10 Connection“ resultiert schließlich die ganz grundlegende Frage, ob ein GWA-Ansatz auf die Entstigmatisierung von Räumen Einfluss nehmen kann. Diese Frage stand nur eingeschränkt im Fokus der Forschung und kann daher auch nur thesenartig beantwortet werden. Die Gemeinwesenarbeit der *Volkshilfe Wien* in Favoriten ist noch zu kurz tätig, um verallgemeinerbare Aussagen machen zu können. Deutlich wurde aber, wie stark öffentliche Diskurse Stigmatisierungen begünstigen. Die polarisierende Berichterstattung, die medial und teilweise auch durch politische Parteien betrieben wird, hat im Beobachtungszeitraum zugenommen. Die Problematisierung des Keplerplatzes und folgende politische Maßnahmen (Waffenverbotszone) haben zu einer verstärkten Stigmatisierung des gesamten Bezirkes geführt. Es ist fraglich, ob Gemeinwesenarbeit zu derartigen Diskursen einen entscheidenden Beitrag liefern kann. Immerhin verfügen Träger der Gemeinwesenarbeit nur eingeschränkt über die Medienmacht und können nur bedingt Einfluss auf öffentliche Debatten nehmen. Nichtsdestoweniger hat Gemeinwesenarbeit die Möglichkeit, mit den betroffenen Menschen, Communities und Netzwerken zu diesen Themen zu arbeiten. Es können Fragen darüber behandelt werden, was die mediale Stigmatisierung für Menschen und Communities bedeutet und wie sie damit umgehen (können). Schließlich könnten unterschiedliche Menschen, Communities und Netzwerke miteinander verknüpft werden, um Gegenöffentlichkeiten zu etablieren.

Abschließend kann gesagt werden, dass es sich bei dem untersuchten Projekt um ein Postmigrationsprojekt handelt, das einen Vorschlag dazu bereit hält, wie GWA in Postmigrations-Gesellschaften aussehen kann: Das *Volkshilfe*-Projekt stellt sich den Widersprüchen, die mit der Bezugnahme auf ethnisierte Zuschreibungen einhergehen, ohne diese reproduzieren zu wollen. Im Rahmen des Projekts werden Zuschreibungsprozesse hinterfragt und als Ausgangspunkt dafür genommen, Ethnisierungen entgegenzutreten und alternative – solidarische – Gesellschaftsvorstellungen zumindest anzudenken.

Verweise

ⁱ Aus internationaler Perspektive liegen die Wurzeln der GWA in der sogenannten Settlement-Bewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in England und den USA entstand, sowie in der Community-Organization der 1930er Jahre in den USA (vgl. Stövesand/Stoik/Toxler 2013). Community Development gilt spätestens seit den 1960er Jahren weltweit als anerkannter Handlungsansatz (vgl. Campfens 1999).

ⁱⁱ Die Beobachtungsprotokolle der empirischen Erhebung werden im Folgenden mit B1–B8 angegeben, die Interviewprotokolle mit dem Kürzel I1–I9.

Literaturverzeichnis

Alinsky, Saul D. (1984): Anleitung zum Mächtigsein. Göttingen: Lamuv.

Campfens, Hubert (Hg.) (1999): Community-Development Around the World. Toronto/Buffalo/London: University of Toronto Press.

Dirks, Sebastian (2022): Gemeinwesen. In: Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.): Sozialraum, Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit Wiesbaden: Springer VS, S. 277–287.

Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2020): Das qualitative Interview. Wien: facultas.

Grasl-Akkilic, Senol/Steindl, Mari/Gedik, Ali (2022): Community Work Wien. Volkshilfe Wien, Stabstelle Entwicklung & Innovation Büro Diversität.

Ludewig, Birte (2002): Gemeinwesen und Stadtteil. Zur Ideologie des Gemeinwesenbegriffs und seiner Interpretation aus subjektwissenschaftlicher Sicht. In: Stiftung Mitarbeit (Hg.): AlltagsTraume. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 61–87.

Ross, Murray G./Lappin, Ben W. (1971): Gemeinwesenarbeit. Theorie, Prinzipien, Praxis. Freiburg im Breisgau: Lambertus.

Schreier, Maren/Stoik, Christoph (2022): Engagement und sozialräumliche Soziale Arbeit. In: Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.): Sozialraum – eine elementare Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 289–300.

Stadt Wien – Integration Diversität (2023): Integrations- & Diversitätsmonitor Wien 2023.

Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesen und Parteilichkeit. In: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Bd. 2. Wien: Löcker, S. 94–111.

Stoik, Christoph (2021): Sozialräumliche Soziale Arbeit als emanzipatorische Praxis. In: Kogler, Raphaela/Hamedinger, Alexander (Hg.): Interdisziplinäre Stadtforschung. Bielefeld: transcript, S. 99–115.

Stoik, Christoph/Fritsche, Andrea (2024): Transformatives professionelles Handeln in relationalen Sozialen Räumen. In: [sozialraum.de](https://www.sozialraum.de), Nr. 15, 1/2024. <https://www.sozialraum.de/transformatives-professionelles-handeln-in-relationalen-sozialen-raeumen.php> (06.09.2024).

Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 14–36.

Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.) (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Szynka, Peter/Müller, Carsten (2023.): Community Organizing. socialnet Lexikon. <https://www.socialnet.de/lexikon/357> (13.06.2024).

Volkshilfe Wien (o.J.): Volkshilfe Community Work. Projekt für ein friedliches , solidarisches und inklusives Zusammenleben. <https://cw.volkshilfe-wien.at/> (05.06.2024).

Yildiz, Erol (2017): Postmigrantische Perspektiven auf Migration, Stadt und Urbanität. In: Geisen, Thomas/Riegel, Christine/Yildiz, Erol (Hg.): Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten. Wiesbaden: Springer VS, S. 19–33.

Über die Autor:innen

Mira Liepold, MA MA

mira.liepold@edu.fh-campuswien.ac.at

Referentin Wiener Gesundheitsförderung, Lehre und Forschung FH Campus Wien.

Sophie Gaidoschik, MA

sophie.gaidoschik@gmx.at

Sozialpädagogin, Lehre und Forschung FH Campus Wien.

FH-Prof. Christoph Stoik, MA

christoph.stoik@fh-campuswien.ac.at

Lehre, Forschung und Betriebsrat FH Campus Wien.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Vaterschaft in Haft

Marion Neunkirchner & Emanuel Tananau Blumenschein

Marion Neunkirchner & Emanuel Tananau Blumenschein. Vaterschaft in Haft. *soziales_kapital*, Bd. 29 (2024). Rubrik: Nachbarschaft. St. Pölten.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/833/1561>

Zusammenfassung

Das von Erasmus+ geförderte Forschungsprojekt NESTOR hat sich mit der Implementierung und Evaluierung von Elternschulen für Väter in Haft beschäftigt. Dabei wurde festgestellt, dass es in Österreich zwar lokale aber keine bundesweiten Angebote für Väter in Haft gibt. Der Beitrag legt aus soziologischer Perspektive dar, inwieweit sowohl die individuelle Ausübung von Vaterschaft in Haft als auch eine bundesweite Unterstützung von inhaftierten Vätern durch die Bedingungen und Funktionsweisen des Strafvollzugs verhindert werden. Dazu werden zunächst drei Dimensionen von involvierter Vaterschaft (Verantwortung, Interaktion und Verfügbarkeit) definiert, um daran anschließend das Zusammenspiel verschiedener struktureller Faktoren bei der Vaterschaft in Haft zu beschreiben. Abschließend resümieren wir, dass die Haftbedingungen einer ganzheitlichen Ausübung der Vaterrolle aus empirischer und theoretischer Perspektive entgegenstehen. Daraus leiten wir ab, dass Elternschulen als bundesweite Projekte zur Verbesserung der Ausübung von Vaterschaft in Haft in Österreich unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden sollten.

Schlagnworte: Vaterschaft, Haft, Gefängnis, Strafvollzug, Resozialisierung, Exklusion, Empirie, Vaterschaft in Haft

Abstract

The Erasmus+-funded research project NESTOR dealt with the implementation and evaluation of parenting schools for fathers in prison. The research indicates that there are local but no nationwide services for fathers in prison in Austria. The article presents a sociological perspective on the extent to which both the individual exercise of fatherhood in prison and nationwide support for imprisoned fathers are prevented by the conditions and functioning of the prison system. To this end, we first define three dimensions of involved fatherhood (responsibility, interaction and availability) and then describe the interplay of various structural factors in fatherhood in prison. Finally, we conclude that, from both an empirical and theoretical perspective, the conditions of imprisonment hinder the holistic exercise of the father role. From this, we conclude that parenting schools should be promoted as nationwide projects to improve the exercise of fatherhood in prison in Austria under certain conditions.

Keywords: fatherhood, incarceration, prison, penal system, resocialization, exclusion, empirical research, fatherhood in prison

1 Einleitung

Die Haft restrukturiert das Leben der Inhaftierten. Das fängt mit den strikt geplanten und fremdbestimmten Tagesabläufen an und reicht bis zur Limitierung sozialer Kontakte. Dieser totalitäre Charakter des Strafvollzugs hat auch Auswirkungen auf die Vaterschaft während der Haft. Im Gegensatz zu Angeboten für inhaftierte Mütter, wie zum Beispiel Mutter-Kind-Hafträume oder die Anbindung eines Kindergartens an das Frauengefängnis Schwarzau, gibt es in Österreich keine vergleichbaren Initiativen für Väter. Gesetzliche Regelungen, welche die Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Vater-Kind-Beziehung während der Haft in Österreich adressieren, fehlen.

Diesem Thema – der Vaterschaft in Haft – widmet sich das Forschungsprojekt NESTOR. Im Rahmen einer Förderung durch ERASMUS+ wurde von 2021 bis 2024 in Griechenland, Bulgarien, Zypern und Österreich geforscht. Auf Grundlage einer Literaturanalyse und von Interviews mit betroffenen Vätern, Partnerinnen, Gefängnismitarbeitenden und Entscheidungsträger:innen wurde ein Curriculum für sogenannte Elternschulen für inhaftierte Väter in 19 griechischen Gefängnissen implementiert und evaluiert. Die Elternschulen haben zum Ziel, die inhaftierten Väter in ihrer Vaterrolle zu bestärken, indem sie die Eltern-Kind-Beziehung während der Haft unterstützen und Softskills für die Vaterschaft vor und nach der Entlassung vermitteln.

In Österreich wurden im Zuge des Projekts NESTOR keine Elternschulen eingerichtet. Hierzulande wurden Desktop-Recherchen durchgeführt und Interviews mit Sozialarbeiter:innen und Pädagog:innen aus dem Strafvollzug sowie mit anderen Expert:innen und Entscheidungsträger:innen geführt. Die Haft und damit auch die Vaterschaft in Haft werden in Österreich aufgrund der Verwaltungsstruktur der Gefängnisse bundesweit reglementiert. Während sich vor der Corona-Pandemie mehrere lokale Initiativen darum bemühten, das Ausüben aktiver Vaterschaft auch hinter Gittern zu ermöglichen, verblieben nationale Bestrebungen in der Planungsphase. Demzufolge war das lokale Geschehen zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Jahr 2022 Hauptgegenstand der Untersuchung.

Die Untersuchung zeigt, dass es in Justizanstalten zwar Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der Eltern-Kind-Beziehung gibt, dass jedoch nicht alle davon flächendeckend eingerichtet sind. Familienfreundliche Besuchszeiten und die Einrichtung von geeigneten Besuchsräumen sind gesetzlich geregelt und unterliegen spezifischen Bestimmungen des Vollzugshandbuchs. Darunter fällt auch die Regelung, „auf eine kinder- und familienfreundliche Ausstattung Rücksicht“ (BMJ 2024: 2) zu nehmen, die von allen Justizanstalten umgesetzt werden sollte (vgl. dazu auch StVG § 94 Abs. 1; § 93 Abs. 2;). Spezielle Projekte für Väter in Haft werden bislang nur in vereinzelten Anstalten angeboten, wie z.B. die Möglichkeit, Tonaufnahmen für die Kinder anzufertigen oder die Durchführung begleiteter Eltern-Kind-Besuche. Die Umsetzung dieser Initiativen ist oft von den

persönlichen Bemühungen der Anstaltsleitungen und Gefängnismitarbeitenden abhängig. Wie die Forschungsergebnisse zeigen, wird das Thema Vaterschaft in Haft vom österreichischen Strafvollzug also überwiegend lokal und personenspezifisch adressiert. Nationale Regelungen für inhaftierte Eltern existieren in Österreich nur für Mütter von Kleinkindern gemäß § 74 Abs. 2 StVG (vgl. Oberlauer 2012). Ihnen stehen speziell ausgestattete Hafträume für den Verbleib der minderjährigen Kinder bis zum (maximal) dritten Lebensjahr zur Verfügung. Dazu kommt die Möglichkeit, die Inhaftierung von Personen aufzuschieben, die bis zu einem Jahr vor Haftantritt entbunden haben (vgl. StVG § 5 Abs 2). Ähnliche gesetzliche Regelungen zur Unterstützung der Ausübung von Vaterschaft in Haft existieren nicht.

Folgender Beitrag analysiert aus soziologischer Perspektive, inwieweit die individuelle Ausübung von Vaterschaft in Haft und eine gesetzliche bundesweite Unterstützung von inhaftierten Vätern durch die Bedingungen und Funktionsweisen des Strafvollzugs verhindert werden. Dazu werden zunächst drei Dimensionen von involvierter Vaterschaft (Verantwortung, Interaktion und Verfügbarkeit) definiert, um daran anschließend das Zusammenspiel verschiedener struktureller Faktoren der Vaterschaft in Haft zu beschreiben. In diesem Zusammenhang zeigen wir, inwiefern die Haftbedingungen einer ganzheitlichen Ausübung der Vaterrolle aus empirischer und theoretischer Perspektive entgegenstehen. Als mögliche Initiative schlagen wir die Einführung von Elternschulen als bundesweites Projekt zur Verbesserung der Ausübung von Vaterschaft in Haft auch in Österreich und unter bestimmten Voraussetzungen vor.

2 Dimensionen von Vaterschaft

Das Definieren von Vaterschaft ist kompliziert, u.a. weil die Vaterrolle zeitlich, geographisch und persönlich zu verorten ist und somit Variationen unterliegt (vgl. Lamb/Pleck/Charnov/Levine 1985: 885–889; Day/Lewis/O'Brien/Lamb 2005: 347f.; Meuser/Neumann 2022: 28–31). Auch das Verhältnis von Vaterschaft und Männlichkeit ist ähnlich unklar. Das Thema Vaterschaft war in den Men Studies lange Zeit kaum vorhanden. Dort spricht Meuser von einer „geschlechtsexklusiven Zuweisung der Sphären von Familie und Beruf“ (Meuser/Neumann 2022: 92). Da die öffentliche Sphäre und nicht die private Hauptschauplatz für Männlichkeit ist, wird Vaterschaft zum Randthema in der Männlichkeitsforschung. Diese öffentliche, männliche Sphäre befasst sich mit der Produktion und dem Politischen, im Gegensatz zur privaten, weiblichen Sphäre der Reproduktion, also vor allem der Haus- und Familienarbeit (vgl. Bourdieu 2001: 8f.; 47–49). Auch wenn Männlichkeit durch die Vaterschaftsrolle definiert werden kann, sind alternative Verständnisse von Männlichkeit verbreiteter: Sie beziehen sich auf das Nicht-Männliche, die Weiblichkeit und auf Institutionen, allem voran auf die Arbeit (vgl. Connell 2015: 69–78, 103f.). Daraus folgt, dass Vaterschaft zwar nicht

ohne Männlichkeit gedacht werden kann, Männlichkeit jedoch nicht durch Vaterschaft definiert werden muss – und dies auch häufig nicht wird. Anders verhält es sich bei der Vorstellung von Weiblichkeit, für die die Mutterrolle und damit verbundene Eigenschaften der Fürsorglichkeit und Verantwortungsübernahme als zentrale Definitionsmerkmale angenommen werden.

Das Festlegen einer stringenten, allgemeinen Definition von Vaterschaft wird spätestens mit dem Übergang zu modernen Produktions- und Geschlechterverhältnissen erschwert, seitdem Väter also nicht mehr einzig in ihrer Funktion als Versorger verstanden werden (vgl. Meusser 2009: 148–152). Es finden sich nun verschiedene Vaterschaftsrollen, die über die Versorgung hinaus auch die fürsorglichen Eigenschaften von Vätern umfassen. Vaterschaft kann also auch in Bezug auf die Interaktion zwischen Vater und Kind betrachtet werden. Diese Involvierung des Vaters im Leben der Kinder wird mit dem Begriff *father involvement* umschrieben, der sich von *fatherhood* (Vaterschaft) unterscheidet.

Auf der einen Seite stehen die theoretischen Vaterschaftsdefinitionen (*fatherhood*), auf der anderen die praktische Ausübung (*father involvement*), also die Frage, wie und wieviel Zeit Väter mit ihren Kindern verbringen. Diese müssen keineswegs deckungsgleich sein, da sich zwischen normativer Vorstellung und gelebter Praxis Unterschiede finden lassen (vgl. LaRossa 1988: 451f.). Lamb et al. (1985: 884) unterscheiden beim *father involvement* drei Bestandteile: Die Interaktion mit dem Kind (*interaction*), die Verfügbarkeit des Vaters (*availability*) sowie das Ausmaß an Verantwortung (*responsibility*), die ein Vater für das Kind übernimmt. In Bezug darauf erarbeitete Palkovitz (1997: 207–10) 15 Arten, wie Väter Vaterschaft ausüben können. Diese umfassen u.a. Lehren, Erledigungen, Fürsorge und kinderbezogene Pflegearbeiten, Verfügbarkeit, Planung, Zuneigung, Schutz sowie emotionale Unterstützung (vgl. ebd.: 209f.).

Für diesen Beitrag werden Tätigkeiten in Haft im Sinne des *father involvements* nach Lamb et al. (1985) in Interaktion, Verfügbarkeit und Verantwortung unterteilt. Die ersten zwei Begriffe stehen tendenziell mit Eigenschaften der Vaterschaft in Verbindung, die mit den modernen Produktions- und Geschlechterverhältnissen entstehen. Die Vaterrolle wird hier als aktive verstanden, wodurch der Vater, abseits seiner traditionellen Rolle als Ernährer und Familienoberhaupt, verfügbar und interaktiv als Teil des unmittelbaren Lebens des Kindes gedacht wird. Die Verantwortung meint dabei eher Formen der Vaterschaft, die v.a. das Versorgen, Erziehen, aber auch Disziplinieren der Kinder inkludiert. Gute bzw. schlechte Vaterschaft lässt sich dann daran beurteilen, inwieweit das väterliche Handeln mit vorherrschenden Handlungsvorstellungen kongruent ist, d.h. inwieweit z.B. die Verfügbarkeit eines Vaters den gesellschaftlichen und milieuspezifischen Anforderungen entspricht (vgl. z.B. Palkovitz 2002: 39–42).

Wird Vaterschaft als eine gesellschaftliche Rolle verstanden, die sich im Sinne des *father*

involvements aus den Dimensionen Verantwortung, Interaktion und Verfügbarkeit zusammensetzt, leiten sich daraus spezifische Folgen für die Situation von Vätern in Haft ab. Die Möglichkeit der Interaktion mit dem Kind und die damit verbundene Verfügbarkeit und Verantwortungsübernahme, so zeigen die NESTOR-Interviews, sind einerseits aufgrund der exkludierenden Haftbedingungen weitgehend verunmöglicht. Andererseits kann inhaftierten Vätern aufgrund der Straffälligkeit auch eine gute Vaterschaft abgesprochen werden. Dies resultiert aus (durchaus berechtigten) Unterschieden in der öffentlich-normativen Bewertung der Vaterschaftsqualitäten aufgrund des Delikts (Väter, welche Missbrauch Minderjähriger verübt haben, vs. Väter, die wegen Betrugsdelikten inhaftiert sind). Inhaftierte Väter können im öffentlichen Diskurs daher auch als schlechte Vorbilder für ihre Kinder gelten, wie in verschiedenen Medienberichten ersichtlich wird (vgl. ORF 2024; Möseneder 2024; Dehnhardt 2022; Double-G und Double-H 2020; KURIER 2024). Anhand der Interviews im NESTOR-Projekt zeigt sich, dass Väter aufgrund ihrer Straffälligkeit und Inhaftierung an ihrer Vaterschaft zweifeln, was zum Teil auf internalisierten Normen zu guter und schlechter Vaterschaft beruhen kann. Inwieweit das auf alle inhaftierten Väter zutrifft, lässt sich anhand der empirischen Erkenntnisse des Projekts nicht mit Sicherheit sagen. Es kann davon ausgegangen werden, dass vor allem Väter an den Elternschulen und Interviews teilgenommen haben, die sich während der Haft um ihre Vaterschaft bemühen. Um das Zusammenspiel verschiedener Bedingungen für die Ausübung von Vaterschaft in Haft zu verstehen, werden im folgenden Kapitel die Perspektiven der befragten inhaftierten Väter erläutert und mit theoretischen Einsichten in die Mechanismen der Haft verknüpft.

3 Die Situation inhaftierter Väter und das Gefängnis als Institution

3.1 Ergebnisse des Projekts NESTOR

In den Interviews des NESTOR-Projekts zeichnen sich wiederkehrende Vorstellungen darüber ab, wie Inhaftierte ihre Vaterschaft ausüben wollen – sowohl in als auch nach der Haft. Im Vordergrund steht die Ausübung einer ökonomischen Vaterschaftsfunktion. Vaterschaft ist für viele das Absichern der familiären Existenz durch ein ausreichendes Einkommen. Die befragten Väter diskutieren aber auch die Bedeutung der Interaktion mit ihren Kindern, egal ob während Besuchszeiten oder über Telefon und Internet. Die Ausübung von Vaterschaft während der Haft wird auch über regelmäßige Anrufe oder Umarmungen bei Besuchen mit den Kindern versucht, so weit als möglich aufrechtzuerhalten. Dieses Verständnis von Vaterschaft in Haft, welches nicht auf die Versorgerfunktion limitiert wird, zeigt sich auch in ähnlichen Studien (vgl. Adritti/Smock/Parkman 2005: 7, 9f.; Clarke et al. 2005: 7–10).

Die Empirie lässt insgesamt auf unterschiedliche Bedürfnisse inhaftierter Väter schließen. Manche meiden den Kontakt zu ihren Kindern und verschweigen die Haft, um keine schlechten Vorbilder zu sein. Im Gegensatz dazu finden sich auch andere Väter, die sich aktiv um die Aufrechterhaltung des Kontakts zu ihren Kindern bemühen. Eine „Wunsch-Vaterschaft“ inkludiert jedoch für die meisten Inhaftierten ein Maß an Verfügbarkeit und Interaktion mit ihren Kindern, die durch die Haftsituation jedoch nicht ausgelebt werden können. Ebenso kann die Verantwortung für das Kind nicht übernommen werden, da Gefangene großteils handlungsunmächtig und nicht verfügbar sind. So beschreibt ein Vater: „I can't follow the path they are going towards, to see how they grow up and influence their upbringing.“ (NESTOR Interview: F3WG)

Die gesellschaftlichen Vorstellungen von Vaterschaft stehen bei Inhaftierten immer in Beziehung zu den vorherrschenden Haftbedingungen. Für Väter in Haft gilt, dass sie nur Funktionen ausüben können, die von der Haftinstitution ermöglicht werden. Dies kann auch dazu führen, so zeigen die Interviews, dass Inhaftierte an ihrer Vaterrolle zweifeln. Die Zweifel entstehen aufgrund der mangelnden regelmäßigen Teilhabe an der Fürsorgearbeit und wegen dem fehlenden Entgegenbringen von Zuneigung. Ein Vater beschreibt das folgendermaßen: „Because I am not there, there is no presence [...]. And I need to be a father from a distance, [...] to be there when someone asks for an advice [...].“ (NESTOR Interview: F4WG)

Wie die Erfahrungen der Inhaftierten zeigen, ist Haft vom unmittelbaren Erleben gesellschaftlicher Exklusion geprägt. Alle Inhaftierten sind aus den täglichen Abläufen im gesellschaftlichen Leben exkludiert, da sie sich einerseits physisch in einem Gefängnis befinden und andererseits ihre Handlungsmacht und sozialen Interaktionen kontrolliert werden. Diese Exklusion hat Folgen sowohl in der Untersuchungshaft als auch in der Strafhaft nach Ausspruch eines Urteils. Sie ist nicht nur eine physische, sondern auch eine soziale Ausschließung (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 45–53; Steinert 2016), weshalb sie die Inhaftierten auch von Handlungen und Aufgaben abhält, die mit dem Vatersein verbunden sind. So können Gefangene keine kinderbezogene Pflegearbeit oder fürsorgliche Tätigkeiten wahrnehmen, beispielsweise die tägliche Versorgung mit Nahrung oder die Begleitung zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Sowohl die Interaktion als auch die Verfügbarkeit und Verantwortung der Vaterrolle können während der Inhaftierung daher kaum bis gar nicht ausgeübt werden.

Neben dieser offensichtlichen Exklusion jener Menschen, die sich in Haft befinden, ist der Haftalltag selbst geprägt von der Ausübung und Durchsetzung von Macht. Die Folgen der sozialen Ausschließung sind, ähnlich wie für Personen in Pflegeheimen, für die Inhaftierten täglich spürbar (vgl. Krajc/Dötig 2007; Goffman 1987). Goffman (1987) beschreibt diesen spezifischen Charakter der Gefängnisse mit ihren starren Abläufen als „totale Institution“. Damit ist gemeint,

dass während der Haft alle zentralen Lebensbereiche durch die Gefängnisorganisation kontrolliert werden. Die Autonomie über Essen, Schlafen, Arbeiten, Freizeitgestaltung oder soziale Kontakte geht für die eingesperrten Individuen verloren (vgl. Pilgram 1978: 134). Foucault spricht in diesem Zusammenhang von einer „zwanghafte[n] Individualisierung durch den Abbruch jeder Beziehung, die nicht von der Macht kontrolliert oder hierarchisch geordnet war“ (Foucault 1979: 307). Dies betrifft selbstredend auch die Kontrolle aller Beziehungen der Vaterschaft. Das Prinzip der Isolierung in Haft steht der Rolle des Vaters entgegen.

3.2 Theoretische Bezüge zur Institution Gefängnis

Aus theoretischer Perspektive kann Haft als Hauptstrafe eines Herrschaftsverfahrens gesehen werden, welches juristisch-ökonomische und technisch-disziplinäre gesellschaftliche Funktionen übernimmt (vgl. Foucault 1979: 297). Die disziplinäre Funktion bezieht sich laut österreichischem Strafvollzugsgesetz auf den Zweck, „den Verurteilten zu einer rechtschaffenen und den Erfordernissen des Gemeinschaftslebens angepaßten Lebenseinstellung“ zu verhelfen (vgl. StVG §20). Zusammengefasst meint das all jene Aspekte, die heute mit dem Begriff der Resozialisierung beschrieben werden. Das Verhalten und die Persönlichkeit der Gefangenen sollen also dem Gesetzestext folgend während der Haft verändert und gebessert werden. Foucault formuliert dies folgendermaßen: „Die Gefängnisstrafe war immer schon eine ‚legale Haft‘ mit dem Zweck der Besserung bzw. ein Unternehmen zur Veränderung von Individuen, das durch die Freiheitsberaubung legalisiert wird.“ (Foucault 1979: 297)

Das Ziel der Resozialisierung ist für den Strafvollzug demzufolge die Persönlichkeitsveränderung der Straffälligen, wodurch neuerlichen Straftaten vorgebeugt werden soll (vgl. Pilgram 1978: 131). Die Gefängnisstrafe ist jedoch kein adäquates Mittel, um die angestrebte Veränderung zu erreichen. Da sie mit diversen Deprivationen einhergeht, wie beispielsweise der Abnahme von Statussymbolen während der Haft (Name, Titel, persönliche Gegenstände etc.), wirkt sie einer gesellschaftlichen Inklusion entgegen (vgl. Pilgram 1978: 134).

Cremer-Schäfer und Steinert (1998: 40) beschreiben Strafvollzug als Teil der Institution „Verbrechen und Strafe“ und meinen damit einen ideologischen Staatsapparat, der gesellschaftliche Moralvorstellungen abdeckt, ohne dabei all die vielfältigen Strafbedürfnisse der Bevölkerung tatsächlich zu erfüllen. Strafe ist demnach vor allem auf einer ideologischen Ebene bedeutsam. Straffällig gewordene Individuen sollen durch die Haft zunächst öffentlich-wirksam exkludiert werden, um vor ihrer Rückkehr im Sinne der Resozialisierung verändert zu werden. Darin zeigt sich der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Exklusion durch Haft und gleichzeitiger Bestrebungen der Inklusion durch Resozialisierung. Die Exklusion ist auch hinsichtlich der Realisierung von

Vaterschaft folgenreich: Die Verweigerung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beinhaltet auch den Entzug von väterlichen Pflichten und Aufgaben (Verantwortung) sowie die Kontrolle sozialer Kontakte (Interaktion, Verfügbarkeit) durch den Strafvollzug. Das Problem der sozialen Ausschließung aufgrund des Gefängnisaufenthalts kann jedoch nicht gelöst werden.

In Allianz mit der Institution „Verbrechen und Strafe“ folgt die Sozialarbeit im Strafvollzug der institutionellen Logik von „Schwäche und Fürsorge“ (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 57–75, 64). Mit ihren Bemühungen zur Resozialisierung versuchen die Betreuungsdienste umzusetzen, was durch Strafe nicht möglich ist (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 62, 57–75, 64). In Foucaults Worten handelt es sich dabei um die Umerziehung des ‚Delinquenten‘ in Abgrenzung zum Rechtsbrecher. Gemeint ist damit, dass die Veränderung auf die delinquente Person als Ganze abzielt und daher Eigenschaften inkludiert, die über den direkten Deliktbezug (Rechtsbrecher) hinausgehen (vgl. Foucault 1979: 323). Dies kann sich auch auf solche Bestrebungen beziehen, welche die Ausübung „guter Vaterschaft“ unterstützen sollen. Institutionelle Resozialisierungsbemühungen, z.B. im Zuge der Elternschulen, versuchen auf symbolischer Ebene, gesellschaftliche Inklusion durch Elternschaft (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 62) zu erreichen, trotz der vorhandenen Exklusion der Inhaftierten aufgrund der Straffälligkeit.

Eine Schlussfolgerung der beschriebenen institutionellen Logik ist, dass Haft eine Form gesellschaftlicher Exklusion darstellt. Väter in Haft sind damit physisch und sozial vom täglichen Leben ihrer Kinder ausgeschlossen. Die gesellschaftliche Inklusion, im Sinne der Unterstützung der Interaktion mit dem Kind, wird derzeit nur in lokalen Vaterschaftsprojekten einzelner österreichischer Haftanstalten angestrebt. Da es keine vergleichbaren bundesweiten Angebote für die Unterstützung inhaftierter Väter in Österreich gibt, findet der soziale Ausschluss daher strukturell statt, trotz möglicher Resozialisierungsbemühungen von Inhaftierten.

Die gesellschaftliche Aufgabe der Haft ist abseits der Resozialisierung und Strafe auch eine unmittelbar schützende, da die Bevölkerung vor dem delinquenten Verhalten der Inhaftierten bewahrt werden soll. Expert:innen des Sicherheits- und Betreuungsbereichs in den Gefängnissen sind daher auch mit Aufgaben des Risikomanagements und der Risikoprognose konfrontiert (vgl. Simon 2000: 287). Demzufolge erscheinen die Zwecke des Strafvollzugs widersprüchlich: Einerseits soll die Inklusion der Gefangenen nach Vollendung der Haftstrafe in die Gesellschaft gelingen, wozu es Resozialisierungs- und Lockerungsmaßnahmen benötigt. Andererseits sollen die Inhaftierten durch den Freiheitsentzug bestraft und exkludiert werden, um keine neuen Delikte zu begehen.

Das Thema Vaterschaft in Haft ist dabei von vornherein moralisiert, da es um straffällige Menschen geht, die mit Kindern in Kontakt kämen. So wird argumentiert, dass die Risiken, welche von der Haftsituation und den inhaftierten Eltern ausgehen, für Kinder von inhaftierten Vätern zu

groß seien (vgl. Oberlauer 2012). Die Resozialisierung im Sinne einer Unterstützung der Beziehung des Vaters zu seinen Kindern steht damit der Sicherheit (der Kinder) durch die Haftstrafe entgegen. Womöglich ist diese Ambivalenz ein Grund für ausbleibende bundesweite Maßnahmen zur Beziehungsförderung von Vater und Kind während der Haft. Wird dieser Annahme gefolgt, stellt sich auch die Frage, inwiefern ähnlich pauschalisierte Narrative über die Gefährlichkeit inhaftierter Mütter wirken, die sich nur aufgrund der Straffälligkeit und nicht anhand konkreter Beobachtungen im Umgang manifestieren.

4 Resümee

Der Beitrag beschreibt aus empirischer und theoretischer Perspektive, wie das Ausüben von Vaterschaft in Haft erschwert wird. Abschließend soll nun zusammengefasst werden, welche Folgen sich daraus für Initiativen zur Unterstützung von Vaterschaft in Haft ergeben. Dabei werden Gründe für das defizitäre Angebot bundesweiter Maßnahmen hergeleitet sowie die Umsetzung von Elternschulen für Väter nach dem Vorbild des Projekts NESTOR diskutiert.

4.1 Fazit zur Ausübung von Vaterschaft in Haft

Wie die NESTOR-Projektergebnisse und die theoretische Analyse von Vaterschaft in Haft zeigen, wird das Ausüben der Vaterrolle für Inhaftierte aufgrund der gesellschaftlichen Exklusion und Deprivationen im Gefängnis sehr erschwert. Im Strafvollzug finden sich zwar einzelne Initiativen, die Väter im Sinne der Resozialisierung fördern sollen, spezifische bundesweite Maßnahmen fehlen jedoch. Daraus leiten wir zwei Befunde ab:

1. Die involvierte Ausübung der Vaterschaft (*father involvement*) kann nicht mit der Zuschreibung von Vaterschaft in und durch die Institution „Verbrechen und Strafe“ in Einklang gebracht werden. Eingangs wurde zwar argumentiert, dass sich diffuse Definitionen von Vaterschaft und Männlichkeit finden lassen, mit Blick auf den Strafvollzug zeigt sich aber eine recht klare Rollenverteilung. Wie aus den ausbleibenden gesetzlichen Bestimmungen zur Stärkung der Vater-Kind-Beziehung abgeleitet werden kann, werden Väter in Haft vor allem in ihrer Rolle zur finanziellen Versorgung der Kinder und der Familie erkannt und adressiert. Dies lässt sich am Beispiel der Auszahlung von Unterhaltsvorschüssen während der Haft erkennen. Familien von Inhaftierten können einen Unterhaltsvorschuss gem. Unterhaltsvorschussgesetz beim Jugendhilfeträger beantragen, welcher dann nach der Haft von den Vätern zurückbezahlt werden soll (vgl. UVG). Auch wenn diese gesetzliche Maßnahme nicht ausschließlich für die finanzielle Unterstützung bei Inhaftierung eines Vaters angedacht ist, kommt sie aufgrund der mehrheitlich männlichen Insassenpopulation

vermutlich überwiegend durch den Ausfall des väterlichen Einkommens zur Anwendung. Die staatliche Maßnahme orientiert sich folglich an der ökonomischen Realität ungleich verteilter Erwerbseinkommen und reproduziert damit verbundene Geschlechterverhältnisse. Der ökonomische Aspekt väterlicher Verantwortung wird also durch die gesetzlichen Maßnahmen adressiert, er kann jedoch durch den minimalen Verdienst von Gefangenen während der Haft nur in geringem Ausmaß aufrechterhalten werden.

Eine involvierte Vaterschaft, so wie sie auch von inhaftierten Vätern in den Interviews gewünscht wird, scheint – im Gegensatz zur Mutterschaft im Gefängnis und aus analytischer Perspektive – nur optional möglich zu sein. Denn bundesweite Maßnahmen zur Unterstützung der fürsorglichen väterlichen Tätigkeiten fehlen. Dies zeigt sich z.B. anhand nicht vorhandener Vater-Kind-Hafträume sowie durch die ausbleibenden Möglichkeiten des Strafaufschubs für Männer zur Kinderbetreuung nach einer Entbindung. Bei inhaftierten Müttern wird die fürsorgliche Rolle gegenüber dem Kleinkind aktiv durch die genannten gesetzlichen Maßnahmen gefördert.

2. Verantwortung in der Vaterschaft umfasst neben dem ökonomischen Aspekt auch die Erziehung des Kindes. In abstrakter Hinsicht übernimmt auch der Strafvollzug ökonomische und erzieherische Verantwortung für die Inhaftierten, ähnlich wie Väter für ihre Kinder: Einerseits versorgt er sie mit den notwendigen Existenzgrundlagen, andererseits möchte er sie auch als Institution der „Schwäche und Fürsorge“ erziehen und disziplinieren. Die widersprüchlichen gesetzlichen Zwecke der Haft (Bestrafung und Resozialisierung) zeigen diesen disziplinierenden Charakter. Doch die Disziplinierung durch die Haftanstalten schafft strukturelle Hindernisse für Väter, die selbst Verantwortung gegenüber ihren Kindern ausüben wollen: Erstens zieht die Haft die Exklusion der Inhaftierten durch die Abnahme und Beschränkung u.a. von Status und Kontaktmöglichkeiten nach sich. Die Kontrolle der sozialen Kontakte und die damit einhergehenden Beschränkungen der Interaktion zwischen Vätern und Kindern verhindern eine aktive Teilnahme an der Erziehung und Disziplinierung. Zweitens verfällt die Möglichkeit zur Erziehung der Kinder nicht nur auf unmittelbarer interpersoneller, sondern auch auf symbolischer Ebene. Aufgrund der Straffälligkeit und dem damit angenommenen Risiko für die Kinder (vgl. Oberlauer 2012) wird auch in Frage gestellt, dass inhaftierte Väter Erzieher sein können und sollen. Dieses gesellschaftliche Infragestellen der Fähigkeit zur Ausübung von Vaterschaft in Haft wird ebenso in den NESTOR-Interviews beschrieben, sie wird besonders deutlich anhand der geäußerten Zweifel der Inhaftierten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Vaterrolle.

Zusammenfassend zeigt sich, dass Vaterschaft in Haft nur entlang eines beschränkten Handlungsrahmens ausgeübt werden kann. Einerseits prägen die nationalen oder staatlichen Rahmenbedingungen der Haft ein auf Verantwortung limitiertes Vaterschaftsverständnis ohne

Interaktion und Verfügbarkeit. Andererseits werden auch jene auf Verantwortung limitierten Aspekte der Vaterschaft durch die Haftbedingungen erschwert, welche von nationalstaatlicher Seite erkannt werden. Nun stellt sich berechtigterweise die Frage, inwieweit und wie alle Aspekte von Vaterschaft überhaupt durch den Strafvollzug adressiert werden können. Da Restriktionen in der Logik des Strafvollzugs tief verankert sind, bedarf eine alternative Ausgestaltung von Vaterschaft in Haft weitreichender gesetzlicher Veränderungen. Die Einführung von Elternschulen in Haft stellt einen möglichen ersten Schritt dar, durch den die involvierte Vaterfunktion für Inhaftierte auch über die Versorgerrolle hinaus Anerkennung findet. Abschließend wird daher die mögliche Implementierung von Elternschulen in Österreich diskutiert.

4.2 Elternschulen: Ein passendes Angebot für Väter?

Die Evaluierung der Elternschulen im NESTOR-Projekt fällt insgesamt positiv aus und zeigt, dass sich Väter durch diese in ihrer Vaterrolle gestärkt sehen und sich um bessere Interaktion mit ihren Kindern sowohl während der Haft als auch danach bemühen. Inwieweit das auch Jahre nach den Vaterschaftskursen und der Inhaftierung bestehen bleibt, ist zu beobachten. Die Implementierung von Elternschulen hat jedoch keineswegs das Ausmaß von strukturellen Veränderungen. Obwohl durch sie versucht wird, die Fürsorgerolle von Vätern zu stärken, lassen die bestehenden Rahmenbedingungen nur sehr beschränkte Möglichkeiten für Verfügbarkeit und Interaktion bei den Vätern zu. Das ist auch insofern problematisch, als sich die Erarbeitung fürsorglicher Vaterschaftsmodelle positiv auf die Resozialisierung der Väter und das Wohlbefinden ihrer Kinder auswirken könnte (vgl. z.B. Dallaire/Kaufman 2018: 6f., 13f.). Die Maßnahmen bewirken indes hauptsächlich eine verbesserte Vaterschaft für die Zeit *nach* der Haft – als eine Art Training für die „Vaterschaft in der Zukunft“.

Folgen wir der Kritik von Cremer-Schäfer und Steinert (1998), kann jedoch auch angenommen werden, dass sich die Moralisierung der Gefangenen in den Elternschulen fortsetzt. Da die Institution „Verbrechen und Strafe“ eine moralische und ideologische Wirkung auf gesellschaftlicher Ebene ausübt, besteht die Gefahr, dass der symbolische Effekt der Implementierung von Vaterschulen womöglich weitreichender ist als der tatsächliche Nutzen für die Betroffenen auf individueller Ebene (vgl. ebd.: 40). Zudem stellen Elternschulen, wie auch andere Gruppenangebote in Haft, ein Instrument sozialer Kontrolle in dem Sinne dar, dass deren Anwendung (vgl. ebd.: 44) das Wissen über die Inhaftierten und deren Besserungsabsichten erweitert. Dadurch werden nicht nur die Rechtsbrecher, sondern vor allem auch das Leben der Delinquenten zum Zweck der Veränderung adressiert (vgl. Foucault 1979: 318–320).

Ein Blick auf den Selektionsprozess zur Teilnahme an den Elternschulen wirft ebenso Fragen der Moralisierung auf. Strafvollzugsmitarbeitende entscheiden anhand des Benehmens während der Haft und der Vorgeschichte, welche Inhaftierten teilnehmen dürfen. Entschieden wird damit auch, welche Väter gefördert werden sollen, was ein Stück weit den Status eines (potenziell) „guten Vaters“ vordefiniert. Nicht-Ausgewählten wird die Vaterschaft dahingegen abgesprochen. Eine Umsetzung der Elternschulen erfordert daher bereits eine relative Gleichstellung und ein Mitspracherecht der Väter im Auswahlverfahren. Denn erst, wenn die Teilnahme der Gefangenen nicht an deren Verhalten außerhalb der Gruppe gebunden ist, wenn den zivilen Gruppenleiter:innen Entscheidungsautonomie auch in Bezug auf gerichtliche Stellungnahmen zur Entlassung zugesprochen wird und wenn kein Gefängnispersonal während der Gruppensitzungen anwesend ist, kann Pilgram (1978: 145–147) zufolge eine Veränderung auf struktureller Ebene wirksam werden. Wenn sich die Rahmenbedingungen nicht ändern, bleibt die Vaterschaft in Haft weiterhin ein schwieriges Unterfangen. Ungeachtet der bewährten internen Gruppenangebote in Justizanstalten, wie z.B. Entlassungsgruppen, sollten diese Kriterien daher bei der Umsetzung von Elternschulen berücksichtigt werden.

Die Teilnahme an Elternschulen kann aus struktureller Perspektive schließlich auch als Anpassung an die Haftstruktur und damit als Unterordnung unter Disziplin und ökonomische Kontrolle verstanden werden (vgl. Pilgram 1978: 131). Für die Inhaftierten ist die Gruppenarbeit aber auch gefährlich, weil sie sich aufgrund der Preisgabe persönlicher Information gegenüber anderen Teilnehmenden vulnerabel machen. Umso wichtiger ist daher die sorgfältige Regelung der Verschwiegenheit innerhalb der Gruppe sowie die Freiwilligkeit in Bezug auf die Bekanntgabe privater Daten (Namen oder Geburtstage der Kinder, Wohnort etc.). Im Projekt NESTOR wurde dafür den teilnehmenden Vätern die Option gegeben, fiktive Szenarien zu verwenden oder sensible Inhalte mit Gruppenleiter:innen im Zweier-Setting zu besprechen.

Insgesamt können Elternschulen, so sie mit genannten Rahmenbedingungen implementiert werden, ein erster Schritt sein, um die Rolle von Vätern in Haft in allen drei Dimensionen – Interaktion, Verfügbarkeit und Verantwortung – zu stärken. Für eine nachhaltige und strukturelle Veränderung benötigt es aber bundesweit geregelte, gesetzlich verankerte Angebote, ähnlich wie sie z.B. durch die Einrichtung von Mutter-Kind-Hafträumen existieren. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Maßnahmen gelegt werden, bei denen Kinder nicht in Haft verbleiben. Beispielsweise könnte der Strafaufschub nach §5 Abs 2 StVG auch für Väter zur Anwendung kommen, deren Partner:innen schwanger sind oder entbunden haben. Derzeit gilt die Regelung ausschließlich für schwangere Personen oder jene, deren Entbindung zum Zeitpunkt ihrer Verurteilung weniger als 12 Monaten zurückliegt (vgl. StVG). Durch diese gesetzliche Erweiterung könnte ein ganzheitliches

Vaterschaftsverständnis auch institutionelle Anerkennung finden und so langfristig zur Neugestaltung der Vaterrolle für Inhaftierte beitragen.

Verweise

ⁱ NESTOR wurde unter der Fördernummer 621410-EPP-1-2020-1-EL-EPPKA3-IPI-SOC-IN im Rahmen des Erasmus+-Förderprogramms von der Europäischen Kommission gefördert. Mehr Informationen zum NESTOR Projekt finden sich hier: <https://www.vicesse.eu/nestor>.

ⁱⁱ Im Zuge des Projekts wurden Handbücher für Trainer:innen und für Väter entwickelt. Diese stehen kostenfrei zum Download zur Verfügung: <https://schools.kemea-research.gr/>.

ⁱⁱⁱ Anhand dieser Handlungsarten unterteilt Palkovitz *father involvement* weiter in das *inventory of father involvement* (IFI) (vgl. Hawkins et al. 2002: 189f.).

^{iv} Insbesondere ist die Verfügbarkeit von Vätern aufgrund der Limitation von sozialen Kontakten während des Ermittlungsverfahrens eingeschränkt.

Literaturverzeichnis

Arditti, Joyce A./Smock, Sara A./Parkman, Tiffaney S. (2005): It's Been Hard to Be a Father“: A Qualitative Exploration of Incarcerated Fatherhood. In: *Fathering*, 3(3), S. 267–288. <https://doi.org/10.3149/fth.0303.267>

BMJ – Bundesministerium für Justiz (2024): Auskunftsbegleichen zu GZ: 2024-0.701.378, Wien am 8.10.2024. <https://fragdenstaat.at/a/3216> (20.12.2024).

Bourdieu, Pierre (2001): *Masculine Domination*. Stanford: Stanford University Press.

Clarke, Lynda/O'Brien, Margaret/Godwin, Hugo/Hemmings, Joanne/Day, Randal D./Connolly, Jo/Van Leeson, Terri (2005): *Fathering behind Bars in English Prisons: Imprisoned Fathers' Identity and Contact with Their Children*. In: *Fathering*, 3(3), S. 221–241. <https://doi.org/10.3149/fth.0303.221>

Connell, Raewyn (2015): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeit*. 4. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.

Cremer-Schäfer, Helga/Steinert, Heinz (1998): *Straflust und Repression: Zur Kritik der populistischen Kriminologie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Dallaire, Danielle/Kaufman, Rebecca (2018): Parenting Programs for Incarcerated Fathers. Fatherhood Research & Practice Network. <https://www.frpn.org/asset/frpn-research-brief-parenting-programs-incarcerated-fathers> (12.11.2024).

Day, Randal D./Lewis, Charlie/O'Brien, Margaret/Lam, Michael E. (2005): Fatherhood and Father Involvement. Emerging Constructs and Theoretical Orientations. In: Bengtson, Vern L./Acock, Alan C./Allen, Katherine R./Dilworth-Anderson, Peggye /Klein, David M. (Hg.): Sourcebook of Family Theory and Research. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage Publications, S. 341–365.

Dehnhardt, Patrick (2022): Wenn der Papa im Knast sitzt. Gießener Allgemeine vom 27.01.2022. <https://www.giessener-allgemeine.de/kreis-giessen/wenn-der-papa-im-knast-sitzt-91265372.html> (20.09.2024).

Double-G und Double-H (2020): Wie kann es dazu kommen, dass Jugendliche kriminell werden? Eine Ursachenforschung. Schreibgruppe der JVA Hahnöfersand. In: Jugendserver: Haftnotizen, Oktober 2020. <https://www.jugendserver-hamburg.de/?bid=3507> (20.09.2024).

Foucault, Michel (1979): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Goffman, Erving (1987): Asylums: Essays on the social situation of mental patients and other inmates. London: Penguin (Repr.).

Hawkins, Alan J./Palkovitz, Rob/Bradford, Kay P./Christiansen, Shawn L./Day, Randal D./Call, Vaughn R.A. (2002): The Inventory of Father Involvement. A Pilot Study of a New Measure of Father Involvement. In: Journal of Men's Studies, 10(2), S. 183–196. <https://doi.org/10.3149/jms.1002.183>

Krajic, Karl/Dötig, Charlotte (2007): Organisationssoziologische Perspektive auf die Altenbetreuung und -pflege: Institutionen und Netzwerke. Wiener Neustadt: Ferdinand Porsche Fernfachhochschule. KURIER (2024): Vater macht Sohn zu siebenfachem Räuber: Acht Jahre Haft. 19.09.2024. <https://kurier.at/chronik/wien/vater-macht-sohn-zu-siebenfachem-raeuber-acht-jahre-haft/402949946> (21.09.2024).

Lamb, Michael E./Pleck, Joseph H./Charnov, Eric L./Levine, James A. (1985): Paternal Behaviour in Humans. In: *American Zoologist*, 25(3), S. 883–894. <https://doi.org/10.1093/icb/25.3.883>

LaRossa, Ralph (1988): Fatherhood and Social Change. In: *Family Relations*, 37(4), S. 451–457.

Meuser, Michael (2009): Männer und Familie – Perspektiven aus der Männlichkeitsforschung In: Kapella, Olaf/Rille-Pfeifer, Christiane/Rupp, Marina/Schneider, Norbert F. (Hg.): *Die Vielfalt der Familie. Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung*. Leverkusen: Barbara Budrich, S. 145–156.

Meuser, Michael/Neumann, Benjamin (2022): Vaterschaft. In: Haller, Y. Lisa/Schlender, Alicia (Hg.): *Handbuch Feministische Perspektiven auf Elternschaft*. Leverkusen: Barbara Budrich, S. 27–38.

Möseneder, Michael (2024): Blutschandeprozess: Vater muss ins Gefängnis. Gerichtsreportage. *DerStandard* vom 17.07.2024. <https://www.derstandard.at/story/3000000228810/blutschandeprozess-gegen-ehepaar> (21.09.2024).

Oberlauer, Johannes (2012): Kindererziehung in Haft (als Privileg der Frau)? <https://rdb.manz.at/document/rdb.tso.LIsprw2012005> (11.12.2024).

ORF (2024): Vier Tote an US-Schule: Vater des Schützen in Haft. 06.09.2024. <https://orf.at/stories/3368691/> (21.09.2024).

Palkovitz, Rob (1997): Reconstructing “Involvement” Expanding Conceptualizations of Men’s Caring in Contemporary Families. In: Hawkins, Alan J./Dollahite, David C. (Hg.): *Generative Fathering: Beyond Deficit Perspectives*. Thousand Oaks : Sage Publications, S. 200–216.

Palkovitz, Rob (2002): *Involved Fathering and Men’s Adult Development – Provisional Balances*. London: Lawrence Erlbaum.

Pilgram, Arno (1978): Herrschaft durch Korruption. Randbedingungen der Gruppenarbeit in Gefängnissen. In: Borneman, Ernest/Huber, Jakob (Hg.): *Soziale Identität und Gruppendynamik: Zur Bildung individueller und kollektiver Identität im Alltag, im Betrieb, im Krankenhaus, im Gefängnis*. Klagenfurt: Kärntner Dr.- u. Verl.-Ges., S. 131–150.

Simon, Jonathan (2000): The 'Society of Captives' in the Era of Hyper-Incarceration. In: *Theoretical Criminology*, 4(3), S. 285–308. <https://doi.org/10.1177/1362480600004003003>

Steinert, Heinz (2016): Soziale Ausschließung: Produktionsweisen und Begriffs-Konjunkturen. In: Klimke, Daniela/Legnaro, Aldo (Hg.): *Kriminologische Grundlagentexte*. Wiesbaden: Springer VS, S. 203–217.

StVG – Strafvollzugsgesetz 1969, BGBl. Nr. 144/1969, idF. BGBl. I Nr. 223/2022. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10002135&FassungVom=2024-06-01> (12.12.2024).

UVG – Unterhaltsvorschussgesetz 1985, BGBl. Nr. 451/1985 , idF. BGBl. I Nr. 61/2018. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10002710&FassungVom=2024-05-07> (19.11.2024).

Über die Autor:innen

Marion Neunkirchner, BA MA

marion.neunkirchner@vicesse.eu

Forscht als Soziologin bei *VICESSE Research GmbH* zu Gewalt, Gefängnis, Digitalisierung und Technik. Hat BA Soziale Arbeit (FH Campus Wien) und MA Soziologie (Universität Wien) studiert, nun Dissertantin in Soziologie (Universität Wien). War Sozialarbeiterin im Strafvollzug (2015–2023) und ist seit 2024 in der Lehre (Techniksoziologie, FH Technikum Wien) tätig. Forschungsschwerpunkt: Strafvollzug.

Emanuel Tananau Blumenschein, BA

emanuel.tananaublumenschein@vicesse.eu

Arbeitet als Researcher bei *VICESSE Research GmbH* zu den Themen Häusliche Gewalt und Geschlecht. Studiert hat Emanuel Sinologie und Politikwissenschaften an der Universität Wien mit dem Schwerpunkt Partizipation in Autoritären Regimen.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Wagner, Petra / Strohmeier, Dagmar (2023)

Stärkenorientierte Schulsozialarbeit Grundlagen, Methoden und Handlungskonzepte

Stuttgart: Kohlhammer

Wagner, Petra / Strohmeier, Dagmar (2023).
Stärkenorientierte Schulsozialarbeit. Grundlagen,
Methoden und Handlungskonzepte. Stuttgart:
Kohlhammer. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik:
Rezensionen. Linz.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/831/1563>

Das Werk *Stärkenorientierte Schulsozialarbeit. Grundlagen, Methoden und Handlungskonzepte* von Petra Wagner und Dagmar Strohmeier leistet einen wertvollen Beitrag zur Etablierung und Weiterentwicklung der stärkenorientierten Schulsozialarbeit. Angesichts der zunehmenden psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen sowie der wachsenden Herausforderungen im Schulsystem rücken die Autorinnen einen Ansatz in den Mittelpunkt, der den Blick weg von Problemen und hin zu Lösungen lenkt. Dabei steht die Förderung der individuellen Ressourcen von Schüler*innen und ihren Familien im Vordergrund. Das Format „Soziale Arbeit. kompakt & direkt“ ist dabei ideal gewählt, da es die Inhalte klar und strukturiert vermittelt. Ein roter Faden zieht sich durch das gesamte Werk, das durch praktische Leitfragen und anschauliche Praxisbeispiele überzeugt und die Anwendung des stärkenorientierten Ansatzes im Schulalltag erleichtert. Wagner und Strohmeier gelingt es somit, die hohe Relevanz der stärkenorientierten Schulsozialarbeit klar herauszuarbeiten und deren Potential für die schulische Praxis umfassend darzustellen.

Das Buch eignet sich nicht nur als Einstiegsliteratur für Bachelor- und Masterstudierende der Sozialen Arbeit oder für Schulsozialarbeit*innen am Berufsbeginn. Es richtet sich vielmehr an alle, die sich mit einer stärkenorientierten Haltung im Bildungsbereich vertraut machen möchten oder nach neuen Impulsen für ihre berufliche Praxis suchen.

Im ersten Kapitel zu den „Grundlagen der stärkenorientierten Schulsozialarbeit“ werden Überlegungen zum Menschenbild angestellt, aus denen grundlegende Prinzipien für die Soziale Arbeit abgeleitet werden. Den Autorinnen gelingt es bereits hier, durch prägnant formulierte Leitfragen die Leser*innen nicht nur theoretisch in das Thema einzuführen, sondern auch den Wunsch zu wecken, praxisnah mitzudenken und sich aktiv eine stärkenorientierte Schulsozialarbeit vorzustellen. Die Darstellung der Grundhaltungen für die tägliche Arbeit sowie die Beschreibung der Aufgabengebiete und Kompetenzfelder beleuchten den Kern einer stärkenorientierten Schulsozialarbeit und verdeutlichen die Vielfalt des Handlungsfeldes. Die Autorinnen thematisieren sowohl die Chancen als auch die Herausforderungen der Schulsozialarbeit, insbesondere die hohe Bedeutung der Kooperation mit anderen Fachkräften. Ihr umfassendes Hintergrundwissen trägt dazu bei, viele Praxissituationen im Schulsystem besser einordnen zu können. Im Kapitel „Methoden der stärkenorientierten Schulsozialarbeit“ werden neben den Themen Beratung, Prävention und Intervention auch Überlegungen zu Qualitätsentwicklung und Evaluation präsentiert. Dies ist von großer Bedeutung, da für die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit eine fundierte Beschäftigung mit diesen Aspekten notwendig ist.

Im Kapitel „Handlungskonzepte der stärkenorientierten Schulsozialarbeit“ führen die Autorinnen in drei zentrale Kompetenzbereiche ein, die für die Schulsozialarbeit von großer Bedeutung sind. Der erste Bereich umfasst die Lern- und Selbstregulationskompetenz. Obwohl der

Fokus der Schulsozialarbeit auf non-formalen Bildungsaspekten liegt, wird im Berufsalltag schnell deutlich, dass das gesamte Bildungsgeschehen die tägliche Arbeit beeinflusst. Den Autorinnen gelingt es hier besonders gut, fundiertes Basiswissen zu vermitteln, welches die ganzheitliche Erfassung der Lebenssituation der Adressat*innen unterstützt. Der zweite Kompetenzbereich umfasst die sozialen Kompetenzen. Die Autorinnen betonen, dass Schulsozialarbeiter*innen nicht nur ein fundiertes Verständnis der konkreten sozialen Fähigkeiten benötigen, sondern auch über die passenden Interventionen Bescheid wissen müssen. Durch ihre detaillierten Ausführungen zu verschiedenen Kompetenzmodellen wecken die Autorinnen das Interesse an verschiedenen Fördermöglichkeiten, die mit den sozialen Kompetenzen bei den unterschiedlichsten Schüler*innen korrespondieren. Besonders hervorzuheben ist, dass das Buch die mediatisierten Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund stellt. Im dritten Kompetenzbereich widmen sich die Autorinnen entsprechend auch der Medienkompetenz. Sie beleuchten zentrale Themen, wie Online-Beratung, Cybermobbing und Hass im Netz, und tragen so dazu bei, diese wichtigen Aspekte stärker ins Bewusstsein zu rücken. Da Kinder und Jugendliche in einer digital geprägten Welt aufwachsen, wäre es ein großer Fehler, diesen Teil ihrer Lebensrealität nicht zu berücksichtigen. Aus diesem Grund ist es besonders erfreulich, dass die Autorinnen das Thema im Buch aufgreifen und somit die Grundprinzipien einer niederschweligen und lebensweltorientierten Schulsozialarbeit fördern.

Im letzten Kapitel, „Zukunftsperspektiven der stärkenorientierten Schulsozialarbeit“, gelingt den Autorinnen ein überzeugender Abschluss des Buches. Sie fassen zentrale Erkenntnisse zusammen, beleuchten die wichtigsten Ergebnisse und weisen auf notwendige Weiterentwicklungen hin, die für die Zukunft der Schulsozialarbeit von Bedeutung sind. So wird der Bogen zwischen Theorie und Praxis gespannt und auf zukünftige Herausforderungen aufmerksam gemacht.

Insgesamt bietet das Werk Stärkenorientierte Schulsozialarbeit. Grundlagen, Methoden und Handlungskonzepte eine wertvolle und umfassende Grundlage für all jene, die sich intensiv mit der Schulsozialarbeit auseinandersetzen möchten. Es gelingt den Autorinnen, einen stärkenorientierten Ansatz zu vermitteln, der sich klar von problemzentrierten Sichtweisen abhebt und stattdessen die Ressourcen von Schüler*innen und ihren Familien in den Mittelpunkt stellt. Durch die klare Struktur und das kompakte Format des Buches wird der Inhalt sowohl theoretisch fundiert als auch praxisnah vermittelt. Besonders überzeugend sind die praxisorientierten Beispiele und Leitfragen, die es den Leser*innen ermöglichen, die theoretischen Konzepte direkt auf den Schulalltag zu übertragen. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Beratung, Prävention, Intervention sowie Qualitätsentwicklung und Evaluation unterstreichen die Autorinnen die notwendige Weiterentwicklung und Professionalisierung der Schulsozialarbeit. Auch die Auseinandersetzung

mit aktuellen Herausforderungen, wie der mediatisierten Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, zeigt, wie relevant und zeitgemäß der stärkenorientierte Ansatz ist. Das Buch ist somit nicht nur für Studierende und Berufseinsteiger*innen in der Schulsozialarbeit ein wertvolles Werk, sondern auch für erfahrene Fachkräfte, die neue Impulse für ihre Arbeit suchen.

Petra Wagner und Dagmar Strohmeier liefern mit ihrem Werk einen wertvollen Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit, der Theorie und Praxis gleichermaßen verknüpft und zukünftige Perspektiven beleuchtet.

119 Seiten, 20 Euro

Lisa Apollonio

lisa.apollonio@liwest.at

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Rossmann, Katrin (2024)

Menschenrechtsbildung in der Sozialen Arbeit Mit Global Citizenship Education zur sozialökologischen Transformation

Bielefeld: transcript

Rossmann, Katrin (2024). Menschenrechtsbildung in der Sozialen Arbeit. Mit Global Citizenship Education zur sozialökologischen Transformation. Bielefeld: transcript. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Rezensionen. Salzburg.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/835/1565>

Seit den 1990er Jahren ist sowohl eine zunehmende Professionalisierung der Sozialen Arbeit zu beobachten als auch eine Akademisierung der Ausbildung durch die Einrichtung von Studiengängen an den österreichischen Fachhochschulen. Im Zuge dieser Entwicklungen setzte sich auch die Ansicht durch, dass die Soziale Arbeit stark mit Aufgaben und Herausforderungen einhergeht, die einen menschenrechtlichen Hintergrund aufweisen. Die Autorin der vorliegenden Studie, die selbst auf langjährige Erfahrung in der Ausbildung von Sozialarbeiter*innen zurückgreifen kann, leitet daraus die Notwendigkeit einer stärkeren Beachtung menschenrechtlicher Inhalte in der Ausbildung ab.

Dazu erarbeitet sie zunächst unter Bezugnahme auf die ausführlich wiedergegebene Literatur die theoretischen Grundlagen sowohl der Menschenrechtsbildung als auch des Professionsverständnisses der Sozialen Arbeit. Nach einer Bestimmung des Gegenstands der Sozialen Arbeit und des diesem Berufsfeld zugrunde liegenden Menschenbilds aus anthropologischer und bildungstheoretischer Perspektive befasst sich Rossmann mit den theoretischen Konzepten und Modellen zur Professionalisierung der Ausbildung. Sodann rekapituliert sie die historische Entwicklung und aktuelle Bedeutung der Menschenwürde und der Menschenrechte, ehe sie die wesentlichen Inhalte und Methoden der Menschenrechtsbildung darlegt. Auf den bisherigen Erkenntnissen aufbauend wendet sich die Autorin sodann dem Selbstverständnis der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession zu, wobei sie zunächst die geschichtliche Entwicklung der heute unter diesem Begriff zusammengefassten Berufsbilder in den Blick nimmt, ehe sie die aktuell zu beobachtende Menschenrechtsorientierung untersucht. Abgeschlossen wird der theoretische Teil der Arbeit mit Erörterungen über die Rolle von Ethik und Moral in der Praxis und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Kompetenzen von Sozialarbeiter*innen.

Der zweite Teil der Studie beruht auf empirischen Untersuchungen der Autorin. Zunächst gelangt sie aufgrund einer Auswertung der Curricula der Studiengänge der Sozialen Arbeit an den österreichischen Fachhochschulen zum Ergebnis, dass menschenrechtsspezifische Lehrveranstaltungen flächendeckend inkludiert sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit divergierenden Inhalten und Methoden. Spannend sind auch die differenzierten Ergebnisse zum Professionsverständnis von Dozent*innen, die an Fachhochschulen menschenrechtliche Themen unterrichten, und Lehrgangsteilnehmer*innen. Demnach besteht zwar ein Verständnis der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession, doch scheint dieses zum Teil recht unkonkret zu sein.

Abschließend entwirft Katrin Rossmann auf der Grundlage ihrer theoretischen und empirischen Erkenntnisse ein neues Konzept für eine Lehrveranstaltung, mit der sie eine inhaltliche Weiterentwicklung der Menschenrechtsbildung im Rahmen des Studiengangs Soziale Arbeit verwirklichen möchte.

Das vorliegende Werk bietet einen soliden theoretischen Überblick sowohl über Aufgaben und Selbstverständnis der Sozialen Arbeit als auch über die Methoden und Konzepte der Menschenrechtsbildung. Zudem leistet Katrin Rossmann einen wichtigen Beitrag zur fundierteren Integration menschenrechtlicher Inhalte und Kompetenzen in die Ausbildung von Sozialarbeiter*innen, der hoffentlich Beachtung finden wird. Darüber hinaus lassen sich ihrem Buch zentrale Gedanken über die Relevanz von Menschenrechtsbildung und über deren mögliche Implementierung entnehmen, die sich auch auf viele andere Berufsfelder und die jeweiligen Ausbildungen übertragen lassen.

308 Seiten, 45 EUR
(gratis im Open Access)

DDr. Philip Czech
philip.czech@plus.ac.at

Diese Buchbesprechung ist zuerst erschienen in Newsletter *Menschenrechte*, Ausgabe 2024/1.
Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Jan Sramek Verlags.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Knecht, Alban (2024)

Mit Sozialpolitik regieren

Eine ressourcentheoretische Policy-Analyse
der Beschäftigungsförderung benachteiligter
Jugendlicher in Österreich

Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich

Knecht, Alban (2024). Mit Sozialpolitik regieren. Eine ressourcentheoretische Policy-Analyse der Beschäftigungsförderung benachteiligter Jugendlicher in Österreich. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Rezensionen. Wien.

Printversion: <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/824/1567>

Die vorliegende Monographie von Alban Knecht rahmt seine langjährige wissenschaftliche Arbeit zu Ressourcen, Sozialpolitik und Sozialer Arbeit. Am Beispiel der Beschäftigungsförderung benachteiligter Jugendlicher in Österreich stellt er die Frage, inwiefern Arbeitsmarktpolitiken einen Beitrag zur Bewältigung des herausfordernden Übergangs von der Schule zur Ausbildung und zum Berufseinstieg leisten können. Ausgehend von einer detaillierten Analyse des diskursiven wie auch institutionellen Wandels der Beschäftigungsförderung von 2000 bis 2019 werden wesentliche Transformationen sowohl des österreichischen Wohlfahrtsstaates als auch der Sozialen Arbeit erkennbar. Knecht nutzt (2024: 21) eine „interdisziplinäre, multidimensionale, transformations- und mehrerebenenbezogene Ressourcentheorie (IMTM)“, die für den Leitbegriff Ressource in der Sozialen Arbeit eine wichtige Ungleichheitstheoretische Erweiterung darstellt.

Im ersten Kapitel des Buches skizziert Knecht wesentliche Transformationslinien des österreichischen Sozialstaats und betont, dass mit der zunehmenden Flexibilisierung von Arbeitsmärkten die Bedeutung von Arbeit als Humankapital steigt. Damit wird Bildungspolitik zum bedeutenden Bereich einer Sozialpolitik, die das Aktivieren, Fördern und Fordern zu Leitparadigmen erhebt. Die Beschäftigungsförderung von Jugendlichen rückt seit den 2000er Jahren zunehmend in den Mittelpunkt einer „sozialinvestiven Politik“, die z.B. an der Etablierung einer Ausbildungsgarantie ab 2008 und der Einführung einer Ausbildungsverpflichtung ab 2018 ablesbar ist (vgl. Knecht 2024: 15). Knecht (2024: 16f.) betont, dass mit der „Ökonomisierung des Wohlfahrtssektors“ und „der Einführung marktförmiger oder marktähnlicher Steuerungsmechanismen in den Bereich der sozialen Dienste“ auch kontrollierende, disziplinierende und sanktionierende Aspekte in der Sozialen Arbeit zunehmen.

Im zweiten Kapitel erörtert Knecht seinen ressourcentheoretischen Ansatz (IMTM) und skizziert auf rund 20 Seiten die Besonderheiten dieses Zugangs, mit dem die typische Fokussierung auf psychosoziale bzw. immaterielle und materielle Ressourcen Sozialer Arbeit überschritten wird. Mit Bezugnahmen u.a. auf Bourdieu, Giddens und Sen möchte Knecht die Ungleichverteilung von Ressourcen auf individueller Ebene in ihrer Abhängigkeit von sozialpolitischen Strukturen fassen: „Ungleichverteilung der Ressourcen bezieht sich einerseits auf jene Ressourcen, über die Individuen direkt verfügen bzw. die sie selbst erzeugt haben (durch Ressourcenausstattung und individuelle Transformation) und andererseits auf jene Ressourcen, die sie durch Gesellschaft oder durch andere erhalten haben.“ (Knecht 2024: 25)

Die ungleiche Ausstattung mit Ressourcen (und Möglichkeiten) ist nach Knecht relational zu betrachten, da diese immer auch das Resultat von Hierarchisierungen, ungleicher Machtverteilung und Anerkennung sind (vgl. ebd.). Mit seinem ressourcentheoretischen Ansatz zielt der Autor darauf ab, das Zusammenspiel von Ressourcenzuteilungen auf struktureller (Makro-)Ebene und

den Rahmenbedingungen auf institutioneller (Meso-)Ebene mit der Ko-Produktion Sozialer Arbeit (Mikroebene) respektive den Interaktionen zwischen Fachkraft und Nutzer*in analytisch zu erfassen (vgl. Knecht 2024: 28).

Das dritte Kapitel widmet sich dem diskursiven Wandel zur Beschäftigungsförderung von Jugendlichen. Den öffentlichen Diskurs rund um die Ausbildungspflicht charakterisiert Knecht (2024: 59) als pathologisierend, beispielsweise wenn die Rede von den „angeblich defizitären Jugendlichen“ als Legitimation für die Einführung der Ausbildungspflicht herangezogen wird. Die Individualisierung von Problemlagen zeigt sich auch daran, dass „materielle Armut, Marginalisierung und Diskriminierung der Jugendlichen“ (ebd.: 58) kaum thematisiert wurden. Auch wenn die Fachdiskurse differenzierter sind und hier „vordergründig ein verständnisvolleres Bild der Jugendlichen“ (ebd. 59) erkennbar wird, ist dieses Knecht zufolge durch Paternalismus und geringe emanzipatorische Unterstützung gekennzeichnet, zudem orientiert es sich an Bedarfen des Arbeitsmarktes (vgl. ebd.). Laut Knecht reproduzieren Fachkräfte zum Teil die diskreditierende Rede über ‚Sozialleistungsmissbrauch‘ oder ‚defizitäre Jugendliche und ihre Familien‘. Dies führe zur „Legitimation und Anwendung von aktivierenden Maßnahmen“ (ebd.: 59) und begrenze die Chancen der Jugendlichen in der professionellen Ko-Produktion Sozialer Arbeit.

Im vierten Kapitel skizziert Knecht den institutionellen Wandel der Beschäftigungsförderung von Jugendlichen in Österreich entlang dreier Phasen, die mit unterschiedlichen Bundesregierungen korrelieren. In der ersten Phase, unter Schwarz-Blau I (2000–2007), steht der Ausbau unternehmensorientierter Lehrstellenförderung im Mittelpunkt, was laut Knecht als „Klientelpolitik“ zugunsten von Unternehmen verstanden werden kann (vgl. ebd.: 61–64). An der zweiten Phase unter Rot-Schwarz (2007–2017), die mit der Einführung der Ausbildungsgarantie beginnt und mit der Ausbildungspflicht für Jugendliche endet, hebt der Autor hervor, dass einerseits von einer „gute[n] Versorgungslage“ gesprochen werden kann, die andererseits von einer zunehmenden Verpflichtung (Ausbildung bis 18) der Jugendlichen gekennzeichnet ist. In der dritten Phase, unter Schwarz-Blau II (2017–2019), intensiviert sich sowohl der Aktivierungsdruck gegenüber österreichischen Jugendlichen als auch die Ausgrenzung von asylsuchenden Jugendlichen, da letzteren der Zugang zum Arbeitsmarkt völlig verwehrt wird (vgl. ebd.: 69–74). Anhand der dritten Transformation zeigt sich auch, dass konservative Wohlfahrtsstaaten wie Österreich nur zum Teil einer neoliberalen, sozialinvestiven Strategie der Aktivierung von Humankapital folgen, da diese von rechtspopulistischen/-extremen Ausgrenzungsstrategien mit ihrer „exkludierenden Verhinderungspolitik“ konterkariert werden (vgl. ebd.: 82).

Im fünften Kapitel diskutiert Knecht seine Forschungsergebnisse zur Governance im österreichischen Wohlfahrtsstaat vor dem Hintergrund seiner Ressourcentheorie. Dabei zeigt er auf,

wie sozialpolitische Zuteilungen und Blockaden zu ungleicher Ressourcenverteilung führen und so „neue Spaltungen“ produzieren. Beispielsweise argumentiert Knecht, dass pädagogische Settings durch den verpflichtenden Charakter beim Zugang zu Bildungsressourcen dauerhaft belastet werden, da „Jugendlichen wenig Platz für ein an eigenen Interessen und Bedürfnissen orientiertes Handeln“ (ebd.: 77) gelassen wird. Knechts Ausführungen zur „Quasi-Pädagogik des Marktes“ (vgl. ebd.: 92–94), zur „Diskriminierung und fehlenden Anerkennung“ (vgl. ebd.: 94–97) oder zu den „mangelnden Partizipationsmöglichkeiten und [der] Idee einer politischen Berufsbildung“ (vgl. ebd.: 98–101) in Kapitel sechs sind insofern hervorzuheben, als sie einen ressourcenreflektierten Einblick in fachliche Transformationen Sozialer Arbeit geben. In seinem Ausblick plädiert Knecht sodann für einen weiten Bildungsbegriff, der das „menschliche Entwicklungspotential gegenüber der Beschäftigungsfähigkeit in den Vordergrund“ (ebd.: 107) rückt. Damit verschiebt er den Bildungsbegriff – weg vom Arbeitsmarkt in Richtung Demokratiepoltik – und argumentiert für eine politische Berufsbildung, die „Mitbestimmung und Mitwirkung in der Arbeitswelt“ (ebd. 107) stärkt und über die gesellschaftliche Bedingtheit von Arbeit und Arbeitslosigkeit aufklärt.

Das Werk *Mit Sozialpolitik regieren* von Alban Knecht ist m.E.n. in mehrfacher Hinsicht zu würdigen: Das präsentierte ressourcentheoretische Modell stellt für die einschlägige Debatte zum Ressourcenbegriff in der Sozialen Arbeit – sei es als Haltung, Technik oder Methode – eine bedeutende Erweiterung dar, weil es gesellschaftliche Verteilungspolitik und die sozialpolitische Zuteilung von Ressourcen mit Praktiken der Sozialen Arbeit verschränkt. Aufgrund der komprimierten Darstellung scheint mir für eine Vertiefung ein Blick in die theoretischen Grundlagen des Modells empfehlenswert, die Knecht in früheren Beiträgen präsentiert hat (vgl. Knecht 2012; Knecht/Schubert 2020; Schubert/Knecht 2012). Darüber hinaus bewährt sich das Ressourcenmodell für die Politikfeldanalyse, weil mit ihm wohlfahrtsstaatliche Transformationen in Diskursen, Institutionen und Praxen nachgezeichnet werden können. Dies hilft Sozialer Arbeit auch, ihre sozialstaatliche Involviertheit kritisch zu reflektieren, weil deutlich wird, dass veränderte strukturelle und institutionelle Bedingungen eben nicht an situativen Settings und Handlungsvollzügen Sozialer Arbeit ‚vorbeigehen‘, sondern sich in diese einschreiben.

Knechts Analyse eines bildungs-/sozialpolitischen Feldes zeigt zudem, wie sich neoliberal inspirierte Umstrukturierungen des konservativen Sozialstaatsmodells in Österreich über fast zwei Jahrzehnte vollzogen haben und dabei durch rechtspopulistische/-extreme Strategien maßgeblich beeinflusst wurden. Am Beispiel der Blockade asylsuchender Jugendlicher in der Beschäftigungsförderung wird das Muster einer rassistisch-diskriminierenden Politik allzu deutlich, die Nutzer*innen Sozialer Arbeit entlang von race oder Herkunft differenziert und ihnen unterschiedliche (oder keine) Ressourcen sozialstaatlich zuteilt. Die Gefahr nationalistisch-

illiberaler Formen des Regierens wird hier in aller Deutlichkeit greifbar, denn durch sie soll die so grundlegende Funktion des Sozialstaats – die kollektive Absicherung individueller Risiken – für Teile der Bevölkerung aufgehoben werden.

155 Seiten, 47,50 EUR

(gratis im Open Access:

<https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2023/11/9783847419747.pdf>)

FH-Prof. Dr. Marc Diebäcker

marc.diebaecker@fh-campuswien.ac.at

Literaturverzeichnis

Knecht, Alban (2012): Ressourcenzuteilung im Wohlfahrtsstaat – Sozialpolitische Perspektiven. In: Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (Hg.): Ressourcen im Sozialstaat und in der Sozialen Arbeit. Zuteilung – Förderung – Aktivierung. Stuttgart: Kohlhammer, S. 75–88.

Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (2020): Konzeptualisierung einer transdisziplinären Resourcentheorie. In: neue praxis, 4/2020, S. 310–320.

Schubert, Franz-Christian/Knecht, Alban (2012): Ressourcen – Einführung in Merkmale, Theorien und Konzeptionen. In: Knecht, Alban/Schubert, Franz-Christian (Hg.): Ressourcen im Sozialstaat und in der Sozialen Arbeit. Zuteilung – Förderung – Aktivierung. Stuttgart: Kohlhammer, S. 15–41.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

AG Queere WWH (2024)

Queering der Wohnungslosenhilfe

Positionspapier zur Verbesserung der Situation für queere Obdach- und Wohnungslose in Wien

AG Queere WWH (2024). Queering der Wohnungslosenhilfe. Positionspapier zur Verbesserung der Situation für queere Obdach- und Wohnungslose in Wien. soziales_kapital, Bd. 29 (2024). Rubrik: Termine/Ankündigungen. Wien.

Printversion: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/825/1569>

Die AG Queere WWH, bestehend aus Sozialarbeitenden in verschiedenen Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe (WWH), hat im Rahmen der LGBTIQ+ Vernetzung ein Positionspapier verfasst. In diesem werden grundlegende Empfehlungen und Forderungen formuliert, um die nötige fachliche Entwicklung in der Sozialen Arbeit wie auch die Angebotsentwicklung in der WWH voranzutreiben. Um für mehrfachdiskriminierte LGBTI *QNA+ Klient*innen eine deutlich bessere Beratung, Begleitung und Versorgung sicherzustellen, werden konkrete Maßnahmen für die unterschiedlichen Angebote vorgeschlagen. Die fachlich-kritische und anregende Publikation skizziert, wie Streetwork, Tageszentren, Beratungs- und zuweisende Stellen, Mobil betreutes Wohnen, Notquartiere, Chancenhäuser oder stationär betreutes Wohnen für Klient*innen zu einem bedarfsgerechten Ort der Unterstützung werden können. Insofern werden auch Träger und Fördergebende mit klaren Vorschlägen konfrontiert, um die notwendigen Voraussetzungen und institutionellen Bedingungen zu schaffen.

Marc Diebäcker
Standortredaktion Wien

<https://queerewwh.wixsite.com/positionspapier>